Verfassungsschutzbericht 2000

Freistaat Sachsen

Staatsministerium des Innern
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Verteilerhinweis:

Diese Informationsbroschüre wird vom Sächsischen Staatsministerium des Innern und dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Vorwort

Der jährliche Verfassungsschutzbericht des Sächsischen Staatsministeriums des Innern ist ein wichtiger Beitrag der sächsischen Staatsregierung zur Information der Bürgerinnen und Bürger. Er gibt einen Überblick über verfassungsfeindliche Bestrebungen im Freistaat Sachsen, informiert über Ziele und Aktivitäten extremistischer Gruppierungen und ermöglicht es somit allen Interessierten, sich ein Bild von den Gruppierungen, Organisationen und Parteien zu machen, die unseren demokratischen Rechtsstaat beeinträchtigen und letztendlich beseitigen wollen.

Der Verfassungsschutzbericht ist daher ein unverzichtbares Element der Öffentlichkeitsarbeit des Freistaats Sachsen, denn nur der informierte Bürger kann sich mit den Gegnern unserer Demokratie geistig und politisch auseinandersetzen. Er richtet sich insbesondere an alle, die im Bereich der Jugendarbeit tätig sind, an Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Jugendgruppenleiter der Kirchen, Vereine und Verbände und damit an jeden, der Verantwortung für die Erziehung junger Menschen trägt. Denn wir wissen, dass sich Extremisten von rechts wie von links auf die Jugend konzentrieren und danach streben, sie in ihrem Sinne zu beeinflussen, nach dem Motto: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft".

Im Berichtsjahr 2000 ist es uns in wichtigen Bereichen gelungen, rechtsextremistische Aktivitäten zurückzudrängen. So ist im Freistaat Sachsen entgegen dem allgemeinen Trend in der Bundesrepublik Deutschland die Anzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten gesunken. Auch konnten rechtsextremistische Skinheads nur noch erheblich weniger der für ihre Nachwuchswerbung bedeutsamen Konzerte mit massiv verringerten Teilnehmerzahlen durchführen.

Dennoch bleibt der Rechtsextremismus wie andere Arten von politischem Extremismus ein ernstzunehmendes Problem im Freistaat Sachsen. Dies zeigt auch der bedauerliche Anstieg der Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen, selbst wenn es ihnen nicht gelungen ist, die früheren Höchststände wieder zu erreichen.

Trotz der Zunahme des rechtsextremistischen Personenpotenzials konnte aufgrund der Beobachtung extremistischer Gruppierungen durch den Verfassungsschutz und die konsequente Verfolgung einschlägiger Delikte durch die Polizei der Anstieg rechtsextremistischer Straftaten weit unterhalb des Bundestrends gehalten werden. Dies ist ein Beleg dafür, dass die Bekämpfungskonzepte im Freistaat Sachsen greifen, auch wenn noch keine Entwarnung gegeben werden kann. Einem ständigen Nachwachsen junger Leute in die rechtsextremistische Szene hinein kann jedoch nicht mit staatlichen Maßnahmen allein begegnet werden. Vielmehr sind hierzu auch in Zukunft erhebliche Anstrengungen der staatlichen, kommunalen und gesellschaftlichen Kräfte erforderlich.

Neben der Information über die Beobachtung rechtsextremistischer Entwicklungen, die einen aktuellen Schwerpunkt der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen darstellt, gibt der Verfassungsschutzbericht 2000 Einblicke auch in die nachfolgend genannten extremistischen Bereiche:

Im linksextremistischen Spektrum verkörpern vor allem die sogenannten Autonomen ein besonderes Gefahrenpotenzial. Sie stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage, d.h. den Grundsatz, dass ausschließlich die Verwaltung, in der Regel die Polizei, auf der Grundlage der von der Volksvertretung beschlossenen Gesetze und unter der Kontrolle der Gerichte zur Anwendung von Zwang befugt ist. Sie bekämpfen unsere demokratische Ordnung, indem sie sich als Gegenmacht etablieren und die demokratisch legitimierte Staatsgewalt zurückdrängen wollen. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im Berichtsjahr lag im „Antifaschismuskampf", jedoch zeichnen sich mit der Globalisierung und der Kernkraftnutzung weitere aktuelle Betätigungsfelder ab. Daher ist die Beobachtung dieses Personenkreises durch den Verfassungsschutz zur Sicherung unserer freiheitlichen Grundordnung weiterhin erforderlich.

Auch im Jahr 2000 gelang es der Scientology Organisation nicht, im Freistaat Sachsen feste Strukturen aufzubauen. Vereinzelte Werbeaktionen zeigen jedoch, dass die Organisation weiterhin präsent und bemüht ist, ihre Ideologie zu verbreiten, für die Organisation zu werben und ihren Einfluss auszuweiten.

Auch die trotz der Überwindung der Teilung Europas in zwei Machtblöcke fortdauernden Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste und die Entwicklung im Bereich der Spionage am Wirtschaftsstandort Sachsen werden dargestellt.

Der vorliegende Bericht fasst die wesentlichen Tätigkeitsbereiche und Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsschutzes in Sachsen im Jahre 2000 zusammen. Er kann keinen erschöpfenden Überblick geben, sondern unterrichtet über die grundlegenden Erkenntnisse, analysiert und bewertet die aktuellen Entwicklungen und stellt die inneren Zusammenhänge dar. Er macht deutlich, dass es den Feinden der Demokratie von rechts wie von links auch im Jahre 2000 nicht gelungen ist, die freiheitliche Grundordnung des Freistaates Sachsen ernsthaft zu gefährden. Dies ist zunächst ein Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, denen ich für ihre engagierte Arbeit danke.

Ebenso sehr gilt mein Dank darüber hinaus allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich auch im Jahre 2000 extremistischen Strömungen friedlich, aber entschieden entgegengestellt haben. Ich möchte sie in diesem Engagement bestärken, unsere freiheitliche Gesellschaftsform gegen Anfeindungen und Unterwanderungsversuche von rechts wie von links auch in Zukunft zu verteidigen und zu schützen.

Klaus Hardraht
Sächsischer Staatsminister des Innern

Inhaltsverzeichnis

Definitionen 6

Der Beobachtungsauftrag des LfV Sachsen 7

Rechtsextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen 8
Überblick in Zahlen 9
Entwicklungstendenzen im Bereich Rechtsextremismus 12
Rechtsextremistische Szenen 16
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) 27
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) 29
Nationaler Jugendblock Zittau e.V. (NJB) 31
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 32
Deutsche Volksunion (DVU) 45
Die Republikaner (REP) 49
Junge Landsmannschaft Ostpreussen (JLO) 53
Rechtsextremistische organisationsunabhängige Verlage 55
Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren (Auswahl) 58

Linksextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen 60
Überblick in Zahlen 61
Entwicklungstendenzen im Bereich Linksextremismus 64
Linksextremistische Autonome 65
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 78
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 79
Linksextremistische Strömungen in der PDS 81
Kommunistische Plattform (KPF) 81
Marxistisches Forum (MF) 83
Trotzkismus 85
Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren (Auswahl) 87

Ausländerextremismus/-terrorismus

Einleitung 89
Politisch motivierte Ausländerkriminalität 89
Kurdischer Extremismus 90
Türkischer Extremismus 95
Islamischer Extremismus 96
Iraner 98

Scientology-Organisation (SO)

. 100

Spionageabwehr

. 105

Ereignisse

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund 111
Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund 113
Chronik - Dokumentation ausgewählter Ereignisse 115

Hintergründe

Jugendarbeit von Extremisten 126
Extremistische Homepages im Internet 130
Auszüge aus der Antragsschrift der Bundesregierung auf Verbot der
Nationaldemokratischen Partei Deutschlands vor dem Bundesverfassungsgericht 134

Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit

. 139

Verfassungsschutz auf einen Blick

. 141

Gesetzesanhang

. 144

Stichwortverzeichnis

. 169

Definitionen

Folgende Begriffe sind erläuterungsbedürftig:

Straftaten mit extremistischem Hintergrund

Unter dieser Kategorie zählt das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen Straftaten, mit denen erwiesenermaßen oder mutmaßlich rechts- oder linksextremistische Ziele verfolgt werden. Das extremistische Ziel ist erwiesen, wenn der Täter diese Zielrichtung zugibt oder sie sich aus sonstigen Erkenntnissen über ihn sicher ergibt. Von einem mutmaßlichen extremistischen Hintergrund wird ausgegangen, wenn Ziel oder Umstände der Tat eine extremistische Zielsetzung möglich erscheinen lassen. In diesen Fällen kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Ermittlungen zu dem Ergebnis führen, dass die Tat doch keinen extremistischen Hintergrund hatte.
Das Bundesamt für Verfassungsschutz und andere Verfassungsschutzbehörden bezeichnen diese Straftaten als Straftaten mit erwiesener oder zu vermutender extremistischer Motivation.

Fremdenfeindliche Straftaten

Die Polizeibehörden des Bundes und der Länder erfassen fremdenfeindliche Straftaten nach folgender Definition: „Fremdenfeindliche Straftaten sind Delikte, die gegen Personen begangen werden, denen der Täter (aus intoleranter Haltung heraus) auf Grund ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder auf Grund ihres äußeren Erscheinungsbildes ein Bleibe- und Aufenthaltsrecht in seiner Wohnumgebung oder in der gesamten Bundesrepublik Deutschland bestreitet.“[1]

Antisemitische Straftaten

Die Polizeibehörden des Bundes und der Länder erfassen antisemitische Straftaten nach folgender Definition: „Antisemitische Straftaten sind Delikte, die gegen Personen begangen werden, denen der Täter (aus intoleranter Haltung heraus) alleine auf Grund ihrer jüdischen Glaubenszugehörigkeit ein Bleibe- und Aufenthaltsrecht in seiner Wohnumgebung oder in der gesamten Bundesrepublik Deutschland bzw. im Einzelfall sogar das Lebensrecht an sich bestreitet.“[2]

Gewalttaten

Gewalttaten sind u. a.:
- Tötungsdelikte,
- Körperverletzungen,
- Brandstiftungen/Sprengstoffdelikte,
- Landfriedensbruch.

Sonstige Straftaten

Sonstige Straftaten sind u. a.:
- Sachbeschädigung mit Gewaltanwendung,
- Sachbeschädigung ohne Gewaltanwendung (z. B. Schmierereien),
- das Verbreiten von Propagandamaterial und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen,
- Nötigung, Bedrohung mit und ohne Waffen,
- Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten,
- Beleidigung.

Bestrebungen

Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzes sind in § 3 Abs. 1 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz (SächsVSG) definiert als vor allem ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen (einzelner Personen) in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.
Der Begriff geht davon aus, dass die verfassungsfeindliche Aktivität grundsätzlich über einen Personenzusammenschluss, d. h. eine Organisation, verfolgt wird. Regelmäßig steht der Begriff daher für das Zusammenwirken von Personen in einer verfassungsfeindlichen Organisation und deren Unterstützung. Das Gesetz trägt damit dem Umstand Rechnung, dass eine verfassungsfeindliche Aktivität regelmäßig erst durch das Zusammenwirken mehrerer eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder darstellt (§ 3 Abs. 1 SächsVSG).
Das Verhalten von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss tätig sind, sieht das Verfassungsschutzgesetz nur dann als Bestrebung an, wenn dieses auf Gewalt ausgerichtet oder in seiner Wirkungsweise geeignet ist, ein im Verfassungsschutzgesetz genanntes Schutzgut (z. B. freiheitliche demokratische Grundordnung) erheblich zu beschädigen.

Mitgliederzahlen

Die im Bericht genannten Mitgliederzahlen sind Schätzungen des LfV.

---

[1] Dokumentation Rechtsextremistische / fremdenfeindliche Straftaten im Freistaat Sachsen 1997, Landeskriminalamt Sachsen, S. 3.
[2] Dokumentation Rechtsextremistische / fremdenfeindliche Straftaten im Freistaat Sachsen 1997, Landeskriminalamt Sachsen, S. 3.

Der Beobachtungsauftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen beobachtet rechts-, links- und ausländerextremistische Bestrebungen, die SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO), Spionagetätigkeiten fremder Staaten sowie fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR.

Im Teil „Gruppierungen" wird ein Überblick über bedeutende Bestrebungen und Tätigkeiten gegeben, soweit sie im Berichtszeitraum im Freistaat Sachsen feststellbar waren:

Zunächst werden die **rechts- und linksextremistischen Bestrebungen** dargestellt.
Eine Bestrebung ist nur dann rechts- oder linksextremistisch, wenn sie die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen will oder zumindest Anhaltspunkte darauf hindeuten. Es muss tatsächliche Anhaltspunkte dafür geben, dass die obersten Werte der Verfassungsordnung, d. h. die Grundsätze, die unsere Demokratie und damit die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland überhaupt erst funktionieren lassen, beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen. Verfassungsschutz ist Schutz des Kernbestandes der Verfassungsordnung. Das Sächsische Verfassungsschutzgesetz listet die obersten Verfassungsgrundsätze in § 3 Absatz 2 auf.

Danach wird ein Überblick über **ausländerextremistische Bestrebungen** gegeben.

Ausländerextremistische Bestrebungen haben ihre Ursache regelmäßig in Konflikten in den Heimatländern der Ausländer. Das LfV beobachtet solche ausländerextremistischen Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Weiterhin wird über die Erkenntnisse auf dem Gebiet der **Spionageabwehr** berichtet.
Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

Die Beobachtung durch den Verfassungsschutz setzt nicht voraus, dass die Bestrebung gewalttätig ist oder sonst gegen Strafgesetze verstößt.

Die Wachsamkeit und die politische Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen sind nicht nur Angelegenheit staatlicher Stellen und demokratischer Parteien. Auch und vor allem die verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, einen Beitrag zum Schutz und Erhalt der freiheitlichen demokratischen Ordnung zu leisten. Zu diesem Zweck unterrichten das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen - wie in diesem Bericht - die Öffentlichkeit über Zielsetzung, Organisation und Aktivitäten extremistischer Bestrebungen.

Rechtsextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen

Rechtsextremistische Bestrebungen sind im Wesentlichen durch folgende **Merkmale** geprägt:

- eine auf rassistischen Grundlagen aufbauende Vorstellung von einer völkischen Gemeinschaft, die Vorrang vor den Freiheitsrechten des Einzelnen hat;
- aggressive Fremdenfeindlichkeit als Ausdruck von Rassismus und Antisemitismus;
- mangelnde Distanz zum Dritten Reich in der gesamten Spannbreite von Verharmlosung bis Verherrlichung des Nationalsozialismus;
- Diffamierung demokratischer Institutionen und ihrer Repräsentanten.

Im Einzelnen untergliedern sich rechtsextremistische Bestrebungen in:

- nicht militante rechtsextremistische Parteien,
- neonationalsozialistische Gruppierungen und
- rechtsextremistische Szenen, insbesondere rechtsextremistische Skinheads.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen ist der Revisionismus. Er ist eine Form rechtsextremistischer Agitation mit dem Ziel, die Geschichtsschreibung über die Zeit des Nationalsozialismus zu verändern. Es wird versucht, den Völkermord im Dritten Reich sowie Kriegsverbrechen und die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen bzw. zu relativieren. Der Revisionismus existiert nicht als politische Organisation. Er ist vielmehr ein Ideologieelement, das in zahlreichen rechtsextremistischen Publikationen verbreitet und von den extremistischen Organisationen oder einzelnen Personen aufgegriffen und propagiert wird.

Die **nicht militanten rechtsextremistischen Parteien** versuchen, in ihrer politischen Agitation - obwohl sie sich teilweise in der Öffentlichkeit zum Grundgesetz bekennen - wesentliche Grundprinzipien des freiheitlichen demokratischen Staates zu schwächen oder zu beseitigen. Der demokratische Rechtsstaat sowie seine Repräsentanten und Einrichtungen werden diffamiert, um das Vertrauen in die demokratische Staatsform zu untergraben. In ihrer Propaganda sind übersteigerter, den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus und menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit enthalten. Ausländer werden generell als minderwertig, kriminell, faul, schmarotzend und betrügerisch dargestellt. Auch in der auf die Aushöhlung der Grundrechte abzielenden pauschalen Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Rechte und Freiheiten des Einzelnen ist die verfassungsfeindliche Zielsetzung dieser Parteien erkennbar.
Darüber hinaus greifen diese Parteien verstärkt soziale und wirtschaftliche Themen auf. In der Kritik an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen werden dabei zum Teil sozialistische Thesen unter nationalistischem Vorzeichen übernommen.

Die neonationalsozialistischen Gruppierungen orientieren sich am Nationalsozialismus. Sie wollen einen totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild des Dritten Reiches errichten. Ihre Ideologie orientiert sich dabei in verschiedenen Punkten am Programm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) aus dem Jahr 1920. Darin werden nationale Interessen auf Kosten der Rechte anderer Nationen und des Einzelnen überbewertet. Die „deutsche Rasse“ wird als Elite dargestellt, alles Andersartige als minderwertig eingestuft. Neben den neonationalsozialistischen Bestrebungen, die sich am Vorbild HITLERs ausrichten, gibt es auch einige Neonationalsozialisten, die sich an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Strömungen im Nationalsozialismus orientieren.

Zu den **rechtsextremistischen Szenen** gehören die **rechtsextremistischen Skinheads, die sonstigen militanten Rechtsextremisten** und **die Kameradschaften.** Eine Klassifizierung der Skinheads nach ihrem äußeren Erscheinungsbild ist oft nicht möglich. Das skinheadtypische Aussehen - kurzgeschorene Haare, Bomberjacke und Springerstiefel - ist unter Jugendlichen in gewissem Umfang zur Mode geworden. Die rechtsextremistischen Skinheads grenzen sich durch ihre politische Einstellung von anderen Jugendlichen ab. Sie verfügen jedoch meist nicht über eine geschlossene Ideologie. Ihre Weltanschauung ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

– extreme Fremdenfeindlichkeit,
– sehr stark ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus sowie
– Verherrlichung von Elementen des Nationalsozialismus, insbesondere seiner Führungspersonen und Symbole,
– teilweise werden auch germanische Symbole und Riten verwendet.

Auf Grund ihrer Gewaltbereitschaft sind rechtsextremistische Skinheads und von dieser Subkultur beeinflusste andere Jugendliche häufig an Straftaten mit rechtsextremistischem, insbesondere fremdenfeindlichem Hintergrund beteiligt.

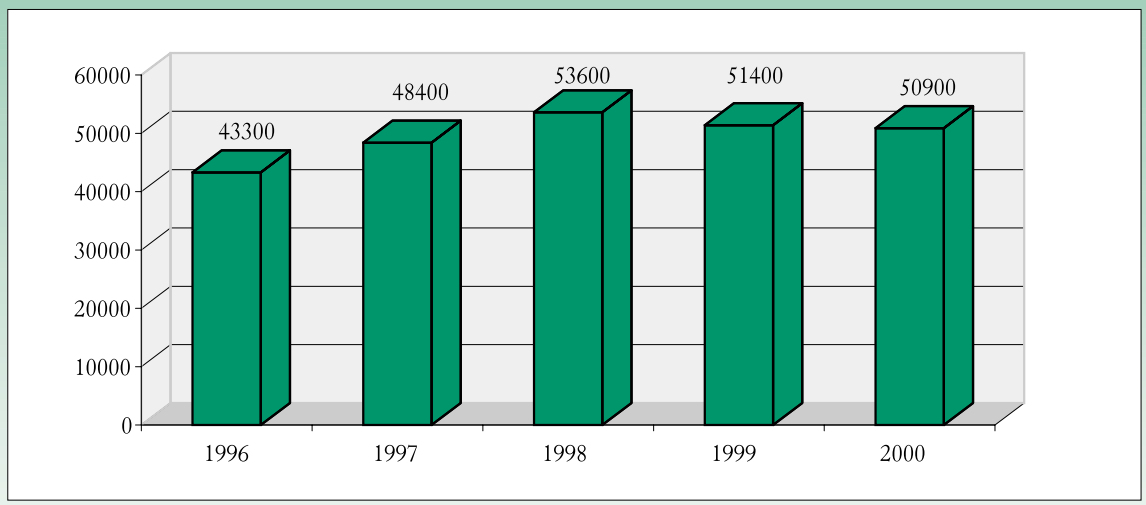
Überblick in Zahlen[3]

Bundesweit nahm die Zahl der Rechtsextremisten in den Jahren 1996 bis 1998 von 43.300 auf 53.600, also jährlich um ca. 11 bis 12 %, zu. In den letzten beiden Jahren war demgegenüber ein allerdings nur leichter Rückgang um (1999) 4,1 % auf 51.400 bzw. (2000) 0,7 % auf 50.900[4] festzustellen.

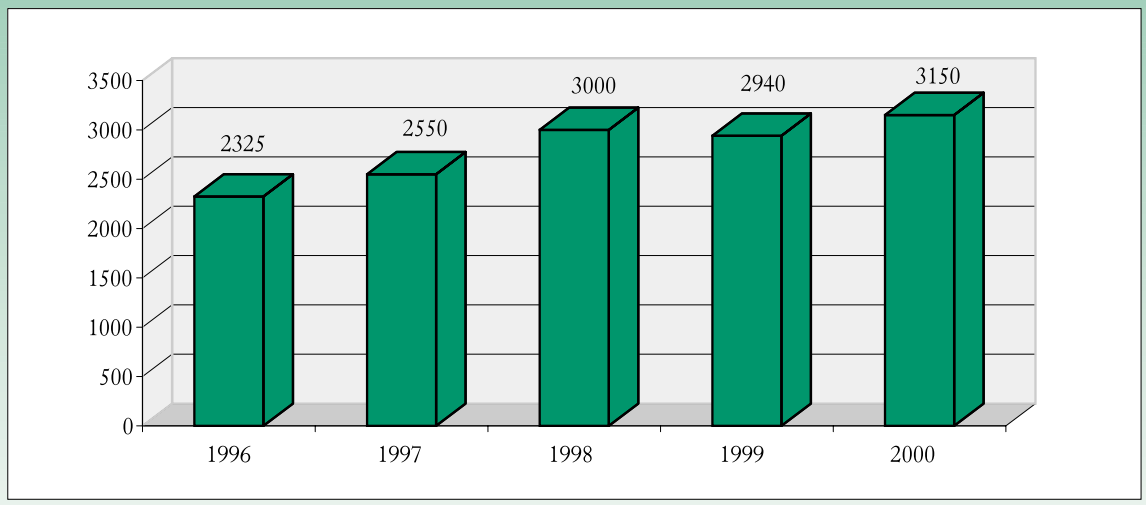
Im Freistaat Sachsen folgte die Entwicklung bis 1999 im Wesentlichen dem Bundestrend. Im Jahr 2000 stieg die Anzahl der Rechtsextremisten allerdings entgegen der gesamtdeutschen Tendenz um ca. 7 % von 2.940 auf 3.150 Personen an.

Die Zunahme der Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen resultiert sowohl aus dem Anstieg der Anzahl der militanten Rechtsextremisten als auch aus der Zunahme der Mitglieder in nicht militanten rechtsextremistischen Parteien. Damit liegt der Anteil der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen mit ca. 6,2 % an der Gesamtzahl der bundesdeutschen Rechtsextremisten nunmehr deutlich über dem Anteil der sächsischen Bevölkerung an der Gesamteinwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland (5,4 %).

Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



[3] Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.
[4] Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Stellt man die Anzahl der Personen in den einzelnen Teilbereichen des Rechtsextremismus in Relation zu 100.000 Einwohnern, ergibt sich folgender Vergleich:

Anzahl der Rechtsextremisten in der Bevölkerung, bezogen auf jeweils 100.000 Einwohner[5]	**Bundesrepublik Deutschland**		**Freistaat Sachsen**	
	2000	**1999**	**2000**	**1999**
Personen in nicht militanten rechtsextremistischen Parteien	44	45	44	40
Personen in neonationalsozialistischen Bestrebungen	3	3	1	1
rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	12	11	29	25
davon: rechtsextremistische Skinheads	keine Angabe	keine Angabe	17	18
Summe (abzüglich Mehrfachmitgliedschaften)	62[6]	63[6]	71[7]	65[7]

Den größten Teil des rechtsextremistischen Potenzials bilden die Mitglieder in nicht militanten rechtsextremistischen Parteien. Das sind bundesweit ca. 72 % und im Freistaat Sachsen ca. 62 % aller Rechtsextremisten. Bundesweit war in diesem Bereich im Jahr 2000 gegenüber 1999 ein Mitgliederrückgang von insgesamt ca. 1,4 % festzustellen. So verringerte sich die Gesamtzahl der Mitglieder der rechtsextremistischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland von etwa 37.000 im Jahr 1999 auf etwa 36.500 im Jahr 2000. Dies ist auf den Rückgang der Mitgliederzahl bei der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) zurückzuführen.
Im Freistaat Sachsen konnten die nicht militanten rechtsextremistischen Parteien nach dem deutlichen Mitgliederrückgang im Jahr 1999 (um ca. 18 % von etwa 2.200 Personen im Jahr 1998 auf etwa 1.800 im Jahr 1999) im Jahr 2000 einen Anstieg verzeichnen und zwar um ca. 8 % auf etwa 1.950. Namentlich konnten die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und die REP Mitglieder gewinnen.

Die Anzahl der Personen in neonationalsozialistischen Bestrebungen blieb bundesweit im Jahr 2000 im Vergleich zu 1999 mit etwa 2.200 Personen gleich.
Im Freistaat Sachsen stieg die Zahl der Neonationalsozialisten im Jahr 2000 auf etwa 50 Personen (1999: 40 Personen) an. Neonationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten sind im Freistaat Sachsen dennoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt vertreten (vgl. Übersicht oben).

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten erhöhte sich im Jahr 2000 bundesweit im Vergleich zu 1999 (9.000 Personen) um ca. 8 % auf etwa 9.700 Personen.
Im Freistaat Sachsen stieg die Zahl dieser Personen demgegenüber um ca. 18 % von etwa 1.100 Personen im Jahr 1999 auf ca. 1.300 Personen im Jahr 2000 an. Die Anzahl der rechtsextremistischen Skinheads blieb dabei mit etwa 800 Personen im Jahr 2000 auf dem Stand des Vorjahres, ebenso die Zahl der sonstigen militanten Gewalttäter mit etwa 250 Personen. Angestiegen ist dagegen die Zahl der rechtsextremistischen Kameradschaftsmitglieder: Gehörten 1999 noch 250 Personen den Kameradschaften an, so erhöhte sich diese Zahl im Jahr 2000 um 60 % auf 400 Personen. Damit liegt im Freistaat Sachsen wie auch in anderen neuen Bundesländern der Anteil der rechtsextremistischen Skinheads und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten mit ca. 41 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt (etwa 19 %).

[5] Zahlen gerundet.

[6] Die Zahlen beinhalten auch Mitglieder in sonstigen rechtsextremistischen Organisationen.
Gesamtbevölkerung Bundesrepublik Deutschland: 82.163.475. (Aus: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2000; Stand: 31.12.1999).

[7] Gesamtbevölkerung Freistaat Sachsen: 4.459.686. (Aus: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2000; Stand: 31.12.1999).

Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen

insgesamt ca. 3.150 Personen (1999: ca. 2.940)[8]
zum Vergleich: bundesweit ca. 50.900 Personen (1999: ca. 51.400)[9]

Nicht militante rechtsextremistische Parteien	Neonationalsozialistische Bestrebungen	Rechtsextremistische Skinheads, sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten und Kameradschaftsangehörige
Freistaat Sachsen: ca. 1.950 (1999: ca. 1.800) bundesweit: ca. 36.500 (1999: ca. 37.000)	Freistaat Sachsen: ca. 50 (1999: ca. 40) bundesweit: ca. 2.200 (1999: ca. 2.200)	Freistaat Sachsen: ca. 1.300 (1999: ca. 1.100) bundesweit: ca. 9.700 (1999: ca. 9.000)

davon:

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) Freistaat Sachsen: ca. 1.100 (1999: ca. 1.000) bundesweit: ca. 6.500 (1999: ca. 6.000)	**Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)** Freistaat Sachsen: ca. 25 (1999: ca. 20) bundesweit: ca. 550 (1999: ca. 500)	**Rechtsextremistische Skinheads** Freistaat Sachsen: ca. 800 (1999: ca. 800) bundesweit: keine Angabe (1999: keine Angabe)
Deutsche Volksunion (DVU) Freistaat Sachsen: ca. 500 (1999: ca. 500) bundesweit: ca. 17.000 (1999: ca. 17.000)	**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)** Sachsen: Vereinzelte (1999: Vereinzelte) bundesweit: keine Angabe (1999: keine Angabe)	**Sonstige militante Rechtsextremisten** Freistaat Sachsen: ca. 250 (1999: ca. 250) bundesweit: keine Angabe (1999: keine Angabe)
Die Republikaner (REP) Freistaat Sachsen: ca. 350 (1999: ca. 300) bundesweit: ca. 13.000 (1999: ca. 14.000)	**Nationaler Jugendblock Zittau e. V. (NJB)** Freistaat Sachsen: ca. 20 (1999: ca. 20)	**Kameradschaftsangehörige** Freistaat Sachsen: ca. 400 (1999: ca. 250) bundesweit: keine Angabe (1999: keine Angabe)
	Wanderjugend Gibor (WJG)[10] Freistaat Sachsen: keine Angabe (1999: keine Angabe)	

[8] Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften.
[9] Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften. Die Zahl beinhaltet auch Mitglieder sonstiger rechtsextremistischer Vereinigungen.
[10] Die WJG löste sich Anfang des Jahres 2000 auf.

Entwicklungstendenzen im Bereich Rechtsextremismus

Wenige Berichtszeiträume waren so sehr wie das Jahr 2000 von der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geprägt. Medienberichterstattung und öffentliches Interesse fokussierten sich bundesweit auf die Erscheinungen und Gefahren des Rechtsextremismus.

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus ergriffen, u. a.:

- Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat haben beschlossen, einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. (Die Verbotsanträge sind mittlerweile – nach Ablauf des Berichtszeitraums – gestellt worden.) Von dieser Maßnahme wird damit seit 1956 erstmals wieder Gebrauch gemacht.
- Der Bundesminister des Innern hat die Skinheadorganisation BLOOD & HONOUR und deren Jugendorganisation WHITE YOUTH verboten. Diese Organisationen hatten eine zentrale Funktion bei der Verbreitung rechtsextremistischer Skinheadmusik.
- Gegen die größte rechtsextremistische Kameradschaft, die SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) wurden Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung geführt. (Die SSS wurde vom Sächsischen Staatsminister des Innern am 5. April 2001 - nach Ablauf des Berichtszeitraums - verboten.) Gegen einen NPD-Funktionär wird wegen Unterstützung dieser Vereinigung ermittelt.
- Die gesellschaftliche und kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat im Freistaat Sachsen deutlich zugenommen.

Folge staatlicher und gesellschaftlicher Bemühungen ist auch, dass

- die Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr abgenommen hat;
- die Zahl der rechtsextremistischen Skinheadkonzerte von 30 im Jahr 1999 auf 16 im Berichtsjahr zurückgegangen ist. Weitere 16 Konzerte konnten von vornherein durch polizeiliche Maßnahmen verhindert oder zumindest abgebrochen werden.

Der Rechtsextremismus ist aber nach wie vor bundesweit und im Freistaat Sachsen ein virulentes Problem. Breite gesellschaftliche Ächtung des extremistischen Gedankengutes und konsequentes staatliches Einschreiten bleiben weiterhin erforderlich.

Rechtsextremistische Parteien

Die NPD hat unter den rechtsextremistischen Organisationen im Freistaat Sachsen weiterhin eine herausragende Bedeutung. Sie hat mit ca. 1.100 Mitgliedern, einer fast flächendeckenden Kreisverbandsstruktur und ihren vielfältigen Aktivitäten ihre führende Stellung in der sächsischen rechtsextremistischen Szene behaupten können. Der Mitgliederzuwachs um 100 Personen konnte den deutlichen Mitgliederschwund des Jahres 1999 jedoch nicht ausgleichen. Mit der Gründung der Kreisverbände Bautzen und Mittlerer Erzgebirgskreis erhöhte sich aber die Zahl der Regionalverbände im Freistaat Sachsen auf 24. Die NPD versucht damit, ihr strategisches Ziel der kommunalen Verankerung, die sich in einigen Regionen sowohl in der Mitgliederwerbung als auch bei den Wahlergebnissen positiv ausgewirkt hatte, weiter voranzutreiben.

Während der sächsische Landesverband der NPD im Vorjahr noch bemüht war, durch den Verzicht auf Aufmärsche unter Skinheadbeteiligung Wahlfähigkeit zu suggerieren, kehrte er im ersten Halbjahr 2000 wieder zum „Kampf um die Straße“ - einem der drei Eckpunkte des „3-Säulen-Konzeptes“ (die weiteren sind: „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“) - zurück. Die NPD ist in dieser Zeit sowohl in ihrem politischen Vokabular als auch in ihrer Strategie, sich gewaltbereiten rechtsextremistischen Kreisen zu öffnen, deutlich radikaler geworden. So bot sie bei ihren Demonstrationen auch gewaltbereiten rechtsextremistischen Skinheads und Kameradschaftsmitgliedern die Möglichkeit zur öffentlichen Präsenz. Die NPD animierte insbesondere junge Menschen, die „Wut auf die Straße“ zu tragen. Gerade unter Jugendlichen sieht sie ein großes Mobilisierungspotenzial.
In symbiotischer Einheit mit gewaltbereiten - überwiegend sehr jungen - Rechtsextremisten organisierte der sächsische NPD-Landesverband 5 Demonstrationen, vorzugsweise zu sozialpolitischen Themen.

Die Jugend befindet sich nach Vorstellung der NPD auf dem Weg zu ihr: „Volkstreue Jugend schließt sich zunehmend in Freien Kameradschaften zusammen. Diese bilden wichtige politische Vorfeldorganisationen für unsere Partei“, schreibt der sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried PETZOLD in einem Artikel in der NPD-Zeitung SACHSEN STIMME. Er spricht von einer „Stärkung der Kampfmoral“ und von Demonstrationen als bewährtem „Kampfmittel“ und beschwört einen „zweifellos bevorstehenden Endkampf“, bei dem es „gut geschulter politischer Soldaten“ bedarf.

Tatsächlich arbeitet die NPD im Freistaat Sachsen eng mit Kameradschaften und Skinheadgruppen zusammen. Beispielsweise schützten Mitglieder der SSS NPD-Veranstaltungen als Ordnungsdienst, halfen bei Plakatierungsaktionen im Landtagswahlkampf und wurden auch zu Parteiveranstaltungen eingeladen.

In einigen Regionen versucht die NPD, in örtlichen Jugendclubs präsent zu sein, um die Jugendlichen auf diese Weise an rechtsextremistisches Gedankengut und die Partei heranzuführen.

Mit Beginn der öffentlichen Diskussion über ein Verbot der NPD Mitte des Jahres zog sie sich zunächst ganz aus dem Demonstrationsgeschehen zurück. Die Nationaldemokraten starteten eine neue Kampagne unter dem Motto „Argumente statt Verbote“ und versuchten, sich durch Mahnwachen und Info-Stände in der Rolle eines Opfers des „Systems“ zu präsentieren.

Etwa zeitgleich entstand die Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000 (RPF). Ihr Anliegen war es, „revolutionäre Nationalisten“ innerhalb der NPD zu organisieren. Sie entwickelte sich zeitweise zu einem Sprachrohr einer innerparteilichen Opposition, die neonationalsozialistischen Kreisen nahe stand und ein kompromissloses Auftreten in der Öffentlichkeit forderte. Die RPF fand auch im Freistaat Sachsen Anhänger.
Ende des Jahres 2000 beschloss der NPD-Landesverband Sachsen und später auch die Bundes-NPD, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der NPD und der RPF ausgeschlossen sei.

Nachdem Ende des Jahres 2000 feststand, dass die Anträge auf ein Verbot der NPD gestellt werden, entschloss sich der NPD-Bundesvorstand, nicht zuletzt auf Druck der Basis, das Demonstrationsverbot wieder aufzuheben. Die daraufhin vom NPD-Kreisverband Dresden angemeldete Demonstration für den 2. Dezember 2000 unter dem Motto „Kulturerhalt statt Leitkultur“ wurde von der Stadtverwaltung verboten, da gegen einen der Verantwortlichen und einen Teil der vorgesehenen Ordner polizeiliche Ermittlungen liefen. Bei dem Versuch, trotzdem einen Aufmarsch in Dresden durchzuführen, nahm die Polizei 16 Personen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam.

Die Bedeutung Sachsens für die NPD verstärkte sich mit der Verlagerung des parteieigenen Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH nach Riesa. Mit dem Verlag sind auch führende Funktionäre, u. a. der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL, der Beisitzer im Bundesvorstand Jens PÜHSE sowie der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Alexander DELLE nach Sachsen gezogen.

Andere rechtsextremistische Parteien reichen im Freistaat Sachsen nicht an die Bedeutung der NPD heran. Trotz parteioffizieller Abgrenzungen gegen die NPD kommt es an der Basis der Parteiorganisationen immer wieder zu Gemeinsamkeiten.

Die bundesweite Krise der Partei Die Republikaner (REP) nach den Misserfolgen bei den Wahlen 1999 dauerte auch im Jahr 2000 an. Der Richtungsstreit zwischen der Parteiführung und vielen Landesverbänden über Art und Umfang der Kooperation mit NPD, Deutscher Volksunion (DVU) oder anderen rechtsextremistischen Gruppen führte zu innerparteilichen Querelen. Bei einer vom Parteivorsitzenden einberufenen Strategiekonferenz der REP Anfang des Jahres konnte Dr. SCHLIERER nur mit Mühe personelle Konsequenzen an der Parteispitze verhindern. Auf dem Bundesparteitag der REP im November konnte sich der Parteivorsitzende trotzdem mit Mehrheit gegenüber einem innerparteilichen Kontrahenten behaupten.
Im Freistaat Sachsen demonstrierten REP-Mitglieder, gegen den Willen des Parteivorstandes, immer wieder gemeinsam mit Mitgliedern und Sympathisanten von NPD, DVU, Junger Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) oder Skinheadgruppierungen.

Für die DVU war das Jahr 2000 geprägt vom weiteren Zerfall der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Die aus der Partei ausgeschlossene ehemalige DVU-Fraktionsvorsitzende Claudia WICHMANN bescheinigte in einer Presseerklärung der DVU mangelnde innerparteiliche Demokratie und charakterisierte sie als „Spendenverein ohne Rücklauf“.
Im Freistaat Sachsen war der Organisationsgrad der Partei auch im Jahr 2000 gering. Die Aktivitäten der Parteimitglieder beschränken sich auf den Bezug der wöchentlich erscheinenden DVU-Publikation, die vom Vorsitzenden Dr. FREY herausgegeben wird, sowie den gelegentlichen Besuch so genannter „Stammtische“.

Die gemeinsame Teilnahme von DVU-Mitgliedern und Mitgliedern sowie Sympathisanten von NPD und REP an der Demonstration am 13. Februar 2000 in Dresden zeigt erstmals auch nach außen, dass es an den Parteibasen kaum Berührungsängste gibt. Die Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit der rechtsextremen Parteien gipfelten in einer Erklärung eines NPD-Kreisverbandes im Internet zur zukünfti-

gen Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Antritt bei Kommunalwahlen von DVU und NPD im Raum Zwickau.

Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)

Die Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen bei der seit 1999 vom Verfassungsschutz beobachteten Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) haben sich im Jahr 2000 weiter verdichtet. Die Landsmannschaft Ostpreußen[11] hat sich wegen enger und mit deutlichen Sympathiebekundungen verbundener Zusammenarbeit des JLO-Landesverbandes mit rechtsextremistischen Organisationen und Personen mit Wirkung vom Januar 2000 von ihrer Jugendorganisation getrennt.
Nach dieser Trennung sucht der JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien weiterhin die Nähe rechtsextremistischer Gruppierungen und Personen insbesondere der NPD. Das zeigen gemeinsame Veranstaltungen und Demonstrationen aber auch Artikel, Annoncen und Veranstaltungshinweise der JLO in den NPD-Publikationen SACHSEN STIMME und DEUTSCHE STIMME.

Neonationalsozialisten

Die Bedeutung neonationalsozialistischer Bestrebungen im Freistaat Sachsen blieb mit Ausnahme des Nationalen Jugendblock Zittau e. V. (NJB) nach wie vor sehr gering.

Nachdem der NJB seine eigenständigen Aktivitäten schon im Jahr 1999 wieder aufgenommen hatte, trat er auch im Jahr 2000 mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit.
Bereits in der Vorbereitungsphase von Veranstaltungen versucht er - zum Teil überregional - mit anderen Rechtsextremisten zusammenzuarbeiten. So trat er unter anderem als Mitorganisator des diesjährigen Holger-MÜLLER-Gedenkmarsches[12] auf, der vom NPD-Kreisverband Löbau/Zittau angemeldet wurde. Der NJB hat damit zumindest in der Zittauer Region seine Funktion als Bindeglied zwischen verschiedenen lokalen und überregionalen Skinhead-Szenen weiter gefestigt.

Die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) erhielt im Jahr 2000 weiterhin Zulauf und auch die Briefkontaktwünsche aus sächsischen Justizvollzugsanstalten, die über Publikationen der HNG veröffentlicht wurden, stiegen an.

Rechtsextremistische Szenen

Die gewaltbereite Skinhead- und Kameradschaftsszene ist im Jahr 2000 weiter gewachsen.
Die Anzahl der diesem Bereich zuzurechnenden Personen erhöhte sich von 1.100 auf etwa 1.300 Personen. Dabei blieb die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads mit etwa 800 Personen konstant, wobei sich Abwanderungen aus der Szene in feste Gruppierungen und der Neueinstieg von überwiegend sehr jungen Personen in etwa die Waage halten.

Die nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Sachsen bedeutende rechtsextremistische Skinhead-Organisation Blood & Honour sowie deren Jugendorganisation White Youth wurden am 14. September 2000 durch den Bundesminister des Innern in Deutschland verboten. Der Blood & Honour-Division Deutschland wurden zuletzt etwa 200 Mitglieder zugerechnet. Die Szene hat nach dem Verbot aktive Gegenwehr gegen staatliche Maßnahmen angekündigt. Im Herbst 2000 leisteten erstmals Konzertteilnehmer bei der Auflösung eines Skinheadkonzertes im Freistaat Sachsen massiven Widerstand.

Die zweite internationale Organisationsstruktur der Skinheadszene, die Hammerskins haben in Sachsen nur vereinzelte Anhänger. Diese stehen zwar im Kontakt zu Hammerskins in anderen Bundesländern und dem Ausland, ihr Einfluss auf die rechtsextremistische Skinhead-Szene in Sachsen ist jedoch gering.

Durch staatliche Sanktionsmaßnahmen ist die Anzahl der für den Einstieg in die Szene und deren Zusammenhalt bedeutsamen Skinheadkonzerte im Freistaat Sachsen von 30 im Jahr 1999 auf 16 im Berichtsjahr durchgeführte Konzerte deutlich zurückgegangen. Dies gilt auch für die durchschnittliche Teilnehmerzahl der Konzerte; sie fiel von 435 im Jahr 1999 auf 140 im vergangenen Jahr. Die Szene hat durch professionelleres und hochkonspiratives Vorgehen reagiert.

Im Freistaat Sachsen verstärkte sich im Jahr 2000 der bereits 1999 begonnene Trend zur Bildung von kleine-

[11] Die Landsmannschaft Ostpreußen ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

[12] Holger MÜLLER kam bei einer Auseinandersetzung mit Ausländern 1992 ums Leben. In den Jahren 1992 bis 1994 und 1997 bis 1999 fanden in Zittau Veranstaltungen anlässlich seines Todestages statt, die bis 1994 vom NJB organisiert wurde. Seit 1997 tritt der NPD-Kreisverband Löbau/Zittau als Organisator in Erscheinung.

ren, in der Regel 5 bis 20 Personen umfassenden Gruppierungen, die sich mehrheitlich selbst als Kameradschaften bezeichnen. Im Berichtszeitraum stieg die Anzahl der Kameradschaften bis zum Jahresende 2000 auf mindestens 25 mit insgesamt etwa 400 Mitgliedern an. Kameradschaften, insbesondere solche aus dem Skinhead-Milieu, können sehr aktionistisch orientiert sein. Andererseits gibt es allerdings auch Kameradschaften, die nur kurze Zeit bestehen und wenige oder keine Aktivitäten entfalten.
Rekrutiert werden vor allem männliche Jugendliche, überwiegend rechtsextremistische Skinheads. Kameradschaften sind in praktisch allen Regionen des Freistaates aktiv, der Schwerpunkt liegt aber in und um Dresden sowie im östlichen Raum Sachsens. Südlich der Landeshauptstadt war im Berichtsjahr die zahlenmäßig stärkste Gruppierung, die SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), aktiv.

Ein wesentliches Ziel der meisten Kameradschaften besteht darin, in Form der Anti-Antifa-Arbeit eine Gegenmacht zum politischen Gegner aufzubauen. Dies ist insbesondere dort anzutreffen, wo sich die Kameradschaften aus dem rechtsextremistischen Skinhead-Milieu rekrutieren. Das Ausspähen und Verbreiten von Adressen und Tätigkeiten des politischen Gegners ist im Jahr 2000 zunehmend bedeutsames Aktionsfeld der Rechtsextremisten geworden. Als politischer Gegner wird alles „Undeutsche“ angesehen, also Ausländer ebenso wie „Zecken“ (d. h. „Linke“).

In anderen Kameradschaften sollen bisher unorganisierte Jugendliche, oft auch Besucher von Jugendclubs, unter dem Deckmantel der Brauchtumspflege und des Heimat- und Naturschutzes an rechtsextremistisches Gedankengut herangeführt werden.

Auf einige Kameradschaften übt die NPD nach wie vor große Anziehungskraft aus, insbesondere wegen deren öffentlichkeitswirksamen und organisationsübergreifenden Demonstrationen, an denen sich diese Kameradschaftsmitglieder beteiligen.

Kameradschaften verstehen sich auch als Teil des so genannten Nationalen Widerstandes. Unter diesem Begriff sollen sich alle rechtsextremistischen Kräfte unabhängig davon, ob es sich um Einzelpersonen, Kleingruppen oder Mitglieder rechtsextremistischer Parteien handelt, formieren und in öffentlichkeitswirksamen Aktionen gemeinsam als starke politische Kraft auftreten. Es handelt sich also um eine Kampagnenbezeichnung, unter der sich die jeweiligen lokalen Kräfte sammeln, nicht um eine Organisation. In Erscheinung traten im Freistaat Sachsen bislang der NATIONALE WIDERSTAND SÄCHSISCHE SCHWEIZ und der NATIONALE WIDERSTAND OBERLAUSITZ.

Beispiel:
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS)

Herausragendes Beispiel einer Kameradschaftsstruktur war auch im Berichtsjahr die Gruppierung SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS). Sie wurde im April 2001 verboten.
Bei den SSS handelte es sich um eine militär-nationalistische Skinheadorganisation, die ca. 100 Mitglieder umfasste. Die Gruppe rekrutierte ihren Nachwuchs hauptsächlich aus 14- bis 18-jährigen Jugendlichen. Trotz staatlicher Maßnahmen, insbesondere Strafverfahren nach § 129 StGB wegen des Verdachtes der Bildung einer kriminellen Vereinigung war die Gruppe und ihr Umfeld im Berichtsjahr weiterhin Schwerpunkt rechtsextremistischer Bestrebungen, insbesondere von jungen Menschen, im Landkreis Sächsische Schweiz.

Internet

Das Internet gewinnt für die rechtsextreme Szene, insbesondere für die lose strukturierten Einzelgruppierungen, immer mehr an Bedeutung. Es hilft, die regional, organisatorisch und ideologisch zersplitterte Szene zumindest informell zu vernetzen. Außerdem ist es ein hervorragendes Medium für extremistische Agitation und zur Ansprache von Personen außerhalb des eigenen Umfeldes. Die internationale Struktur des Internet ermöglicht es darüber hinaus, die Risiken deutscher Strafverfolgung zu umgehen. Wie wichtig das Internet für die Szene ist, wird auch durch die steigende Zahl der bekannt gewordenen rechtsextremistischen Homepages deutlich. Im Laufe des Jahres 2000 erfassten die Verfassungsschutzbehörden bundesweit mindestens 800 (Vorjahr: 330) Homepages, davon stammen 30 aus Sachsen.

Gewalttäter

Entgegen dem Bundestrend gibt es im Freistaat Sachsen einen deutlichen Rückgang der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten.
Gleichwohl besteht weiterhin die Gefahr der Gewaltanwendung durch Einzelpersonen oder konspirative Kleingruppen, zumal es auch im Freistaat Sachsen vereinzelte Hinweise auf eine mögliche Bewaffnung der Szene gibt.
Im Jahr 2000 ergaben sich im Freistaat Sachsen keine Hinweise für die Existenz rechtsterroristischer Gruppierungen.

Rechtsextremistische Szenen

Rechtsextremisten formieren sich nicht ausschließlich in Parteien. Es sind gerade die „Skinheads“[13] mit ihren Cliquen und Organisationen sowie die „Kameradschaften“, die als regionale Szenen einen maßgeblichen Teil der rechtsextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen ausmachen. Diesen Cliquen gehören vornehmlich Jugendliche an. Sie erregen in ihrem Umfeld Aufsehen durch rechtsextremistische Symbolik und fördern die Gewaltbereitschaft – vor allem gegen Fremde und politische Gegner. Bereits 13- oder 14-Jährige kommen in „rechten“ Cliquen erstmals mit derartigem Gedankengut in Kontakt.

Die genannten Szenen sind grundsätzlich gewaltgeneigt. Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund werden oftmals aus ihnen heraus begangen.
Während die optisch auffällige und zahlenmäßig starke rechtsextremistische Skinheadszene überwiegend zwar als gewaltbereite, aber eher unorganisierte und oft nur an ideologischen Symbolen und Schlagworten orientierte Jugendsubkultur in Erscheinung tritt, besitzen Kameradschaften in der Regel eine klare hierarchische Struktur und vertreten eine ausgeprägt rechtsextremistische, oftmals neonationalsozialistische Weltanschauung. Dabei arbeiten sie teils eng mit rechtsextremistischen Parteien und Organisationen zusammen, zumal diese immer stärker versuchen, Einfluss auf solche Jugendgruppen zu gewinnen, um unter Jugendlichen für ihre Ziele zu werben und Nachwuchs zu rekrutieren.

Im Gegensatz zu den neonationalsozialistischen Bestrebungen und den rechtsextremistischen Parteien war vor allem bei den Kameradschaften im Jahr 2000 eine deutliche Vergrößerung der Anhängerschaft zu beobachten.

Rechtsextremistische Skinheads

Gegenwärtig werden im Freistaat Sachsen - wie im Jahr 1999 - rund 800 Personen der rechtsextremistischen Skinhead-Szene zugerechnet. Der Einstieg wird durch szenetypische Medien, z. B. Skinhead-Musik und Szenezeitschriften, gefördert. Vor allem von der Skinhead-Musik werden Jugendliche - auch solche, die nicht der Szene angehören - angesprochen und finden so Zugang zu den Skinheads. Die Konzerte fördern einen festen Zusammenhalt.

Rechtsextremistische Skinheads sind überwiegend in regionalen Cliquen aktiv. Schwerpunkte bilden die Regionen Sächsische Schweiz, Dresden, Chemnitz und der Muldentalkreis.

Die Fluktuation in den Skinhead-Cliquen ist hoch. Nur vereinzelt versuchen Gruppen, festere Bindungen zu schaffen. Langjährige Szeneangehörige, die ein relativ gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild haben, sind dabei bestrebt, Führungsfunktionen zu übernehmen. Auf diese Weise entstehen aus dem Skinhead-Milieu geordnete Strukturen. Sie bezeichnen sich mehrheitlich als Kameradschaften und wollen bisher unorganisierte Skinheads stärker politisch ausrichten. Die Anzahl der Kameradschaften nimmt deutlich zu. Sie treten neben die schon länger bestehenden und international agierenden Skinhead-Netzwerke wie BLOOD & HONOUR (diese Organisation wurde im September 2000 verboten) oder HAMMERSKINS.

An traditionelle rechtsextremistische Organisationen und Parteien binden sich Skinheads nur zögernd. Die Rekrutierungsbemühungen rechtsextremistischer Parteien scheitern - trotz verstärkter Versuche - oft, da eine Mitgliedschaft auch mit größeren Verpflichtungen für die Skinheads verbunden ist. Dennoch entstehen z. T. enge Kontakte zu den Parteien.

Entstehung und Selbstverständnis der Skinhead-Szene

Die Skinhead-Szene entstand in der Bundesrepublik Deutschland Ende der 70er Jahre. Ihren Ursprung hat sie in Großbritannien. Damals wurde aus einer Protestbewegung von Jugendlichen gegen die bürgerliche Gesellschaft eine variantenreiche Jugendszene.
Skinheads grenzen sich gegenüber anderen Jugendkulturen durch ihr szenetypisches Outfit wie kurzgeschorenes Haar, Bomberjacke und „Doc-Martens“-Siefel ab. Im Laufe der Zeit entstanden einzelne Strömungen, die unterschiedlich ausgerichtet sind. Neben den rechtsextremistischen Skinheads gibt es auch linke, teilweise linksextremistische Red- und S.H.A.R.P.[14] - Skins sowie die so genannten „Oi“-Skins. Die „Oi“-Skins[15] vertreten weitgehend keine politischen Inhalte. Ihre Lebensmaxime ist „Spaß haben“. Darunter verstehen sie vor allem exzessiven Alkoholgenuss und das Begehen von Provokationen. Im Gegensatz zur Musik rechtsextremistischer Skinheads, u. a. der R.A.C.-Musik („Rock against Communism“) wird ihre Musik „Oi-Musik“ genannt.

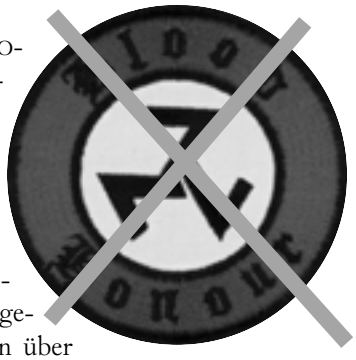
[13] Nicht alle Skinheads sind rechtsextremistisch eingestellt. Vgl. Abschnitt „Entstehung und Selbstverständnis der Skinhead-Szene“.
[14] Skinhead Against Racial Prejudice – deutsch: Skinheads gegen rassistische Vorurteile.
[15] Der Begriff „Oi“ ist keine Abkürzung und nicht übersetzbar. Es handelt sich um eine Wortschöpfung, die für Freude und Action stehen soll.

Die rechtsextremistischen Skinheads bilden im Freistaat Sachsen die zahlenmäßig größte Gruppe unter den militanten Rechtsextremisten.
Rechtsextremistische Skinheads haben weitgehend keine gefestigte Ideologie. Dennoch vertreten sie rechtsextremistische Anschauungen, die sich in Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus ausdrücken.
Rechtsextremistische Skinheads stellen ihre Zugehörigkeit zur „weißen Rasse“ und deren angebliche Überlegenheit in den Mittelpunkt ihres Zusammengehörigkeitsgefühls und definieren darüber Feindbilder. Die rassistische Einstellung wird in dem Schlagwort „White Power“ zusammengefasst. Rechtsextremistische Skinheads sehen sich als „Krieger“ für die „Weiße Rasse“, was durch die Verwendung der so genannten „Fourteen Words“ („14 Wörter“) verdeutlicht wird. Sie werden oft als Grußformel - in Verbindung mit dem „White-Power“-Gedanken - in Fanzines, in Liedtexten oder im Internet gebraucht. Die „14 words“ wurden vom US-Amerikaner David LANE[16] geprägt: „We must secure the existence of our race and a future for white children“ (deutsch: „Wir müssen die Existenz unserer Rasse und eine Zukunft für die weißen Kinder schützen!“). Diese Worte sind als Kampfaufruf gemeint. Ihnen ist auch ein Titel auf der CD der sächsischen rechtsextremistischen Band 14 NOTHELFER aus Pirna gewidmet. Im Refrain heißt es: „Es gibt einen Satz, den vergesse nie. Kämpfe, lebe, streite nach ihm. 14 words never forget. 14 words never forget.“
Auch in einem anderen Zusammenhang verwenden Skinheads Zahlen an Stelle von Buchstaben. In der Szene ist als Gruß die Zahl „88“ weit verbreitet. Dabei steht die Zahl 8 als Synonym für den achten Buchstaben des Alphabetes, also für das H. Die Zahl 88 steht somit für den verbotenen Gruß „Heil Hitler“. Ihre Verwendung ist jedoch – im Gegensatz zum „Heil Hitler“-Gruß – nicht strafbar.
Eine Grußformel, die von Szeneangehörigen häufig verwendet wird, ist „14/88“, was „14 words / Heil Hitler!“ bedeutet.

Rechtsextremistische Skinheads sind gewaltbereit. Durch den hohen Alkoholkonsum und die Dynamik in der Gruppe sinkt die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt deutlich. Dies führt zu spontanen gewalttätigen Übergriffen auf alles, was von den Skinheads für Feinde gehalten wird. Dazu gehören Farbige ebenso wie Angehörige des linken bzw. linksextremistischen Spektrums.

Blood & Honour-Bewegung (B&H)

Die rechtsextremistische Skinhead-Organisation Blood & Honour-Division Deutschland sowie deren Jugendorganisation White Youth wurde am 14. September 2000 durch den Bundesminister des Innern verboten.



Die Blood & Honour-Bewegung entstand in den 80er Jahren in England und wurde von dem 1993 verstorbenen britischen Neonationalsozialisten Ian Stuart DONALDSON gegründet. Sie besitzt in über 20 europäischen und außereuropäischen Ländern Strukturen.

Seit 1994 existierte die Gruppierung in Deutschland. Bundesweit bezeichnete man sich als Blood & Honour-Division. Regional wurden in fast allen Bundesländern eigene so genannte Sektionen gegründet.
Die Jugendorganisation White Youth wurde im Jahr 1997 gegründet. Ihr Ziel war es, Jüngere an Blood & Honour heranzuführen.

Der Blood & Honour-Division Deutschland wurden bis zum Verbot etwa 200 Mitglieder zugerechnet. Die Sektion Sachsen zählte rund 10 Mitglieder.

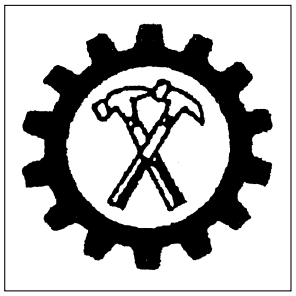
[16] LANE war Mitglied der US-amerikanischen rechtsextremistischen Organisation The Order, und verfasste Schriften mit rassistischen Inhalten. Bis 1997 beging die Organisation Straftaten mit neonationalsozialistischem Hintergrund.

Die deutsche Division verfolgte - ebenso wie die Länder übergreifende Gesamtorganisation - den Zweck, nationalsozialistisches Gedankengut durch die Veranstaltung von rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten und in rechtsextremistischen Szene-Magazinen zu propagieren. Die von BLOOD & HONOUR organisierten Konzerte zogen bis zu 2.000 Besucher an. Der Gruppierung war es bis zum Verbot gelungen, zum wichtigsten und einflussreichsten Netzwerk innerhalb der rechtsextremistischen Skinhead-Szene heranzuwachsen.

In der Begründung zum Verbot der Vereinigung wird dargelegt, dass BLOOD & HONOUR wie die Nationalsozialisten für eine rassistische, auf Überhöhung der weißen Rasse gerichtete Politik eintrat und fundamentale Prinzipien unserer Verfassung zu Gunsten einer völkisch elitären und nationalistischen Gesellschaft ablehnte.
Zur Durchsetzung des Verbotes wurden Wohn- und Geschäftsräume von Mitgliedern und Funktionären der beiden Gruppierungen durchsucht. Dabei konnten umfangreiche Unterlagen und Materialien sichergestellt werden. In Sachsen waren zwei Personen von der Exekutivmaßnahme betroffen. Bei der Durchsuchung eines Szeneladens in Leipzig wurde Propagandamaterial sowie Bekleidung mit BLOOD & HONOUR-Schriftzug beschlagnahmt. Die sächsische BLOOD & HONOUR-Sektion trat zuletzt nicht wesentlich in Erscheinung, da sie sich erst in jüngster Zeit neu konstituiert hatte.

Das Verbot von BLOOD & HONOUR dürfte die gesamte gewaltbereite rechtsextremistische Musikszene schwächen. Ihr wurde eine wichtige organisatorische Basis für Auftritte in der Öffentlichkeit entzogen.

HAMMERSKINS



Die HAMMERSKIN-Bewegung hat ihren Ursprung in den USA. Die Vereinigung ist elitär, rassistisch und z. T. neonationalsozialistisch ausgerichtet. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sie sich auch in Europa etabliert. Die Bewegung verfolgt das Ziel, weltweit alle „weißen, nationalen" Kräfte in einer so genannten „HAMMERSKIN-Nation" zu vereinen.
Das Symbol der HAMMERSKINS zeigt zwei gekreuzte Hämmer, die Kraft und Stärke des „weißen Arbeiters" verdeutlichen sollen.

Im Freistaat Sachsen gibt es vereinzelte Anhänger der HAMMERSKIN-Szene. Sie stehen in Kontakt zu HAMMERSKINS in anderen Bundesländern und dem Ausland (Schweiz, Tschechien, USA, Kanada).
Eine bisher letzte Ausgabe der sächsischen HAMMERSKIN-Publikation HASS erschien 1998.

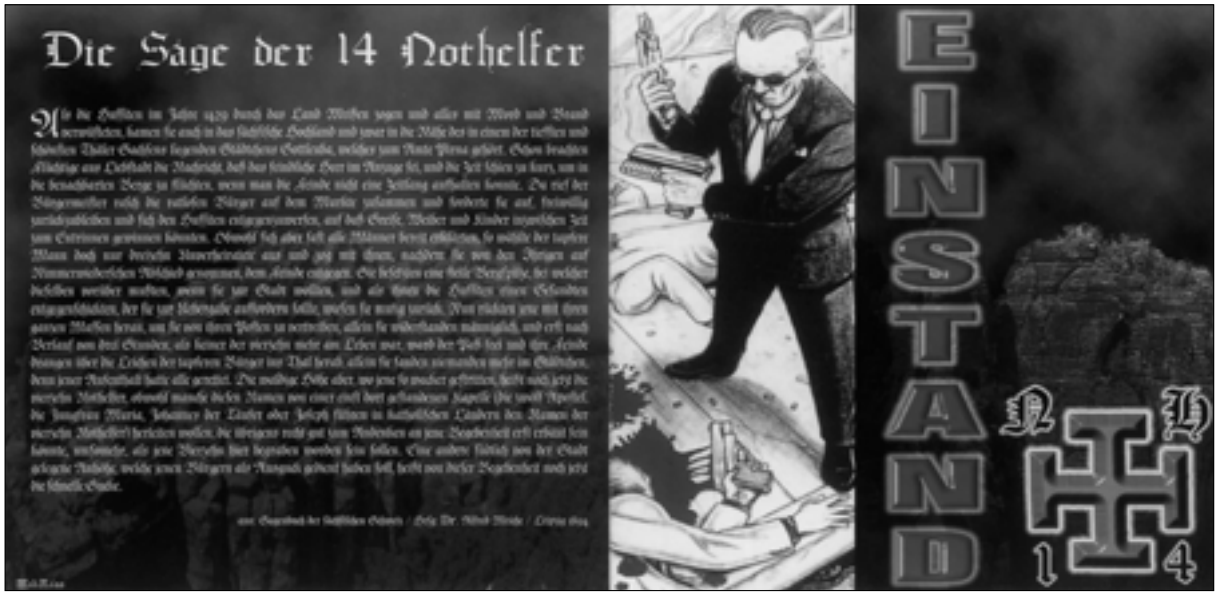
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS)[17]

Die SSS stellte im Jahr 2000 mit einem Anhängerpotenzial von ca. 100 Personen aus der Region Sächsische Schweiz die zahlenmäßig stärkste Skinheadorganisation im Freistaat Sachsen dar. Sie wurde im April 2001 verboten, weil sie als kriminelle Vereinigung gegen Strafgesetze verstieß und als extremistische Gruppierung die freiheitliche demokratische Grundordnung aktiv bekämpfte.
Die SSS war als Kameradschaft strukturiert: Im Zentrum der SSS standen die so genannten „Member". Bei diesen handelte es sich – entgegen dem Wortsinn – nicht um (einfache) Mitglieder, sondern um Führungspersonen bzw. Funktionäre. Um die „Member" herum gab es ein abgestuftes Organisations- und Mitgliedschaftssystem. Über die Regional- und Unterorganisationen bauten die SSS ein beachtliches rechtsextremistisches Anhängerpotenzial in der Region auf.
Die SSS waren mit zwei rechtsextremistischen Skinheadbands, den 14 NOTHELFERN und der Band BLUTSTAHL aus Pirna, eng verwoben. Die SSS organisierten rechtsextremistische Skinheadkonzerte bzw. deren Bands traten auf solchen Konzerten auf.

Die SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ waren rassistisch und antisemitisch ausgerichtet. Ihre Feindbilder waren neben Ausländern und einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung, die direkt oder indirekt nach der Vernichtung des Deutschen Volkes trachte, politische Gegner (im Szenejargon „Zecken" genannt), die nach Ansicht der SSS aus der Sächsischen Schweiz vertrieben werden mussten.
Auf Grund von Hinweisen, wonach es bei der Umsetzung dieser Ziele zur Anwendung von Gewalt gekommen ist, ermittelt die Staatsanwaltschaft nach § 129 Strafgesetzbuch (StGB) gegen Mitglieder der SSS wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Deshalb fanden sowohl am 24. Juni 2000 als auch am 26. September 2000 polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen bei einer Vielzahl mutmaßlicher SSS-Mitglieder statt.

Zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes nutzten die SSS insbesondere das Rundschreiben FROINDSCHAFT, das in der Vergangenheit als

[17] Im Januar 2001 wurde im Internet öffentlich die Auflösung des „Freundeskreises der SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ" erklärt.



CD-Cover der rechtsextremistischen Skinheadband 14 NOTHELFER aus Pirna

„Organ der SSS“ erschien sowie die Publikation PAROLE. Diese verstand sich als Schülerzeitung und erschien erstmals in der ersten Jahreshälfte 2000. Seit dem Jahr 2000 agitierten die SSS auch im Internet. Dort waren sie zum Ende des Berichtsjahres mit einer eigenen Homepage vertreten.

Die rassistische Ausrichtung der SSS lässt sich in ihren Publikationen nachvollziehen. So sagten sie von sich selbst: „Einer der zentralen Punkte unseres Skinheadbewußtseins ist der Stolz auf unsere Rasse sowie der damit verbundene Kampf um das Überleben dieser.“[18] Der „Kampf um das Überleben der eigenen Rasse“ orientierte sich dabei an einem konkreten Vorbild: Zu einem Artikel über die in den USA aktive rassistische Organisation KU-KLUX-KLAN (KKK) in der Publikation FROINDSCHAFT[19] merkte ein Verfasser an. „(...) bei dem Aufstand der Nigger (...) hat sich mal wieder gezeigt, dass solche Organisationen in den Vereinigten Staaten gebraucht werden (aber nicht nur dort!). (...) Im großen und ganzen ist der Klan einen geniale Organisation (...)“ Lediglich die christliche Ausrichtung des KKK störte den Verfasser und er schloss seine Überlegungen mit den Worten: „(...) Wollen wir aber nicht vergessen, dass wir alle ein Ziel haben, ob nun weiße Christen oder Odinisten[20] oder einfach Patrioten. Wir wissen, daß unser Kampf nicht umsonst sein wird, am Ende steht der Sieg der nordischen Rasse, da kann kommen, was kommen mag !!“

Ausländerfeindliche Parolen, Karikaturen und Gedichte zogen sich wie ein roter Faden durch die Publikationen. Ausländer wurden als schmarotzend und als „Abschaum“[21] diffamiert. Die Zeitschrift FROINDSCHAFT Nr. 8 enthielt folgendes Gedicht:

> „(...) Herr Asylbewerber, na wie geht's ??
> Oh ganz gut, bring‘ den Deutschen Aids.
> Komm‘ direkt aus Übersee-
> Hab Rauschgift mit, so weiß wie Schnee.
> Verteil‘ im Sommer wie im Winter,
> Sehr viel davon an deutsche Kinder. (...)“[22]

In der PAROLE wurde zum Widerstand gegen Ausländer aufgerufen: „Kameraden, wie ihr sicherlich schon gehört habt, hat unsere Amerikahörige Regierung es geschafft und die „Green Card“ durchgesetzt. (...) Wie kann es sein das ein Volk wie unseres, (...) es nötig hat sich von Indern und ähnlichen ausländischen Zeugs helfen zu lassen. (...) ORGANISIERT DEN WIDERSTAND!!!“[23]

Ein weiteres Feindbild der SSS stellte der politische Gegner, im Szenejargon „Zecken“ genannt, dar. Ziel der SSS war es, Informationen über den politischen Gegner (die „Antifa“) zu sammeln. Dazu forderten sie zum Beispiel in der FROINDSCHAFT auf: „In Pirna gibt es seit kurzem wieder eine Kinderlinke mit Antifaabsichten. Jeder ist aufgefordert Info`s über diese Personen zu sammeln und weiterzuleiten.“[24]

[18] FROINDSCHAFT Nr. 5, S. 1, Schreibweise wie im Original.
[19] FROINDSCHAFT Nr. 8, S. 3, Schreibweise wie im Original.
[20] Gemeint sind Anhänger des germanischen Gottes Odin. Unter Rechtsextremisten ist zurzeit die Ablehnung des Christentums und das Aufgreifen heidnischer Kulturelemente weit verbreitet.
[21] FROINDSCHAFT Nr. 8, S. 23.
[22] FROINDSCHAFT Nr. 8, S. 20.
[23] PAROLE (ohne Nr.), Fehler aus dem Original übernommen.
[24] FROINDSCHAFT (ohne Nr.), S. 11. Fehler aus dem Original übernommen.

Ähnliche Zitate konnte man der PAROLE entnehmen: „(...) in Pirna gibt es eine neue Kinder Antifa. Nachdem unfreiwilligen Bad der „Antifa- Pirna-Aufbruch“ vor zwei Jahren an der Elbe, haben einige Buthaarige Rotznasen beschlossen der Rechten Szene in der Sächsischen Schweiz den Kampf anzusagen. (...) Aber nicht verzagen, die SSS fragen.“[25]
Die Ergebnisse der Recherchen gegen Angehörige der „Antifa“ und andere politische Gegner wurden fotografisch und schriftlich dokumentiert und in Ordnern gesammelt. Zwei solcher Ordner wurden bei den polizeilichen Durchsuchungen (siehe oben) gefunden. Diese waren mit „Infoblatt der SSS/A.O. Drogenszene Pirna“ und „Infoblatt der SSS Anti-Fa Teil 2“ beschriftet. Von den Recherchen waren Personen und Objekte gleichermaßen betroffen.

Die SSS beließen es aber nicht nur bei der Sammlung von Informationen. Politische Gegner wurden auch bedroht. Ende 2000 geschah dies auf der Internet-Seite der SSS: „Da ist (...), beim sinnlosen Angriff auf einen SSS Aktivisten. Er wird wohl doch wieder in die Hecke fallen. Unser Tip an (...): Ziehe weg von hier. Weeiiiit weg!“ Ebenda: „Und zu guter Letzt noch unser besonderer Freund (...); er hat sich wieder so sehr über die SSS geärgert, daß sein Gesicht eine Birnenform annahm. Unser Tip an (...): Leg Deinen Kopf in einen Schraubstock und laß einen von uns zudrehen.“[26]

Die SSS kooperierten eng mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). So unterstützten die SSS die NPD im Wahlkampf zur Landtagswahl in Sachsen und mit Ordnerdiensten bei NPD-Veranstaltungen.
In der Publikation der sächsischen NPD, der SACHSEN STIMME (Ausgaben Juli bis September 2000), wurde das Verhältnis der beiden Organisationen nach den polizeilichen Exekutivmaßnahmen am 24. Juni 2000 folgendermaßen beschrieben: „Den Anhängern der SSS ist nichts nachzuweisen, und die gesamte Gruppe hat sich noch stärker gefestigt. Auch das Verhältnis zu den Nationaldemokraten hat sich dadurch intensiviert.“

Trotz des Strafverfahrens und der polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen führten die SSS ihre Aktivitäten fort. Im Herbst 2000 stellten sie eine eigene Homepage ins Internet ein. Zudem erschien folgende Verlautbarung in einem Exemplar der PAROLE: „Eines wollen wir aber Klarstellen: Die „SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ“ wurde Nicht zerschlagen, wie in den Systemtreuen Medien Propagandiert wurde. Uns gibt es immer noch. Der Kampf geht weiter, mit unvermittelter Härte!! WIR SIND DIE GUTEN. JETZT ERST RECHT!!!“

Skinhead-Musik

Die Skinheadszene findet ihren Zusammenhang jedoch nicht primär durch Organisationen. Ihr Dreh- und Angelpunkt ist vielmehr die Skinhead-Musik.
Die Skinhead-Musik schafft in der Szene ein Gemeinschaftsgefühl und ist ein wichtiges Kommunikationsmittel. Mit Hilfe der Lieder werden rechtsextremistische Einstellungen verbreitet. Die rechtsextremistische Skinhead-Musik dient somit der Stabilisierung der meist ungefestigten ideologischen Einstellung sowohl von Jugendlichen, die der Szene bereits angehören, aber auch derer, die sich zu ihr hingezogen fühlen. Vor allem die rechtsextremistische Musik ist damit Basis für den Zulauf zur Skinhead-Szene.

Den Stil der Skinhead-Musik prägen vor allem die einhämmernden Rhythmen und die aggressiven Texte. Mit den Texten werden häufig rassistische oder Gewalt verherrlichende Inhalte transportiert und das NS-Regime verherrlicht, aber auch Germanen- und Wikingerkult sind z. T. Gegenstand.
Wegen thematischer Gemeinsamkeiten bietet die so genannte Dark-Wave-Szene[27] gewisse Anziehungspunkte für Rechtsextremisten. Zwischenzeitlich versuchen bereits einzelne Tonträgerhersteller und Konzertveranstalter, in dieser Szene Einfluss zu gewinnen.
Parallel zum wachsenden Repertoire der Bands und zur wachsenden Zahl der Konsumenten von Skinhead-Musik stieg in den letzten Jahren die Herstellung und der Vertrieb von Tonträgern mit rechtsextremistischer Musik an. Dies führte auch zu einer steigenden Professionalität bei der Produktion von Tonträgern sowohl in technischer Hinsicht als auch beim Vertrieb.

Skinhead-Bands

Im Freistaat Sachsen gab es im Laufe des Berichtsjahres 17 rechtsextremistische Skinhead-Bands, die ihre Musik auf rechtsextremistischen Konzerten oder auf Tonträgern über szeneeigene Vertriebe verbreiten. Dies sind die folgenden Bands:

[25] PAROLE (ohne Nr.), Fehler aus dem Original übernommen. Mit dem „Bad an der Elbe“ wird offensichtlich auf einen Landfriedensbruch aus dem Jahre 1998 angespielt, bei dem auf den Pirnaer Elbwiesen auf Personen eingeschlagen wurde.
[26] Fehler aus dem Original übernommen. Namen, die mit vollem Vornamen und dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens genannt waren, sind im Zitat durch (...) ersetzt.
[27] Die Dark-Wave-Musik ist durch eine düster klagende Grundstimmung in ihren Liedern und Texten geprägt.

AEG (Auf eigene Gefahr) aus Chemnitz,
Blitzkrieg aus Chemnitz,
Blutstahl aus Pirna,
Bürgerwehr aus Riesa,
Frontschwein aus Kamenz,
Gestapo aus Leipzig,
Legion of Hate aus Chemnitz,
Might Of Rage,
Neue Argumente aus Chemnitz,
Odessa aus Leipzig,
Ostara aus Leipzig,
Schwurbrüder aus Leipzig,
Solution aus Leipzig,
Staatsfeind,
Utgard aus Wurzen,
Westsachsengesocks aus Zwickau,
14 Nothelfer aus Pirna.

Diese Bands traten im Jahr 2000 bei Konzerten im Freistaat Sachsen und in angrenzenden Bundesländern auf.
Einige der Bands produzierten bereits in den Vorjahren Tonträger. Eine CD der Gruppe Frontschwein mit dem Titel „Der Sieg wird unser sein“ wurde bereits 1999 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert[28].
Die CD „Heil dem Führer“ der Band Gestapo, auf deren Cover Adolf HITLER abgebildet ist, unterliegt der Einziehung[29]. In den auf ihr enthaltenen Liedern wird zum Hass gegen Farbige, Türken und Juden aufgestachelt und zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen gegen diese aufgefordert. So heißt es im Titel „Gestapo“:

„(...) Wir sind die Skinheads im Sachsengau
und hassen jede Kanakensau.
Bewaffnet ziehn wir durch die Stadt
damit die Rassenschande hier ein Ende hat.“

oder in einem anderen Titel:

„Ich mag Adolf und sein Reich,
alle Juden sind mir gleich.
Ich mag Skinheads und SA,
Türken klatschen, ist doch klar.
Ich mag Fußball auf dem Rasen,
die SS, wenn sie gasen.
All das mag ich und ganz doll NSDAP.“

Skinhead-Konzerte

Im Freistaat Sachsen ist im Jahr 2000 die Zahl der rechtsextremistischen Skinhead-Konzerte gegenüber 1999 zurückgegangen. Durch staatliche Maßnahmen konnte die Zahl der durchgeführten Konzerte von 30 im Jahr 1999 auf 16 im Jahr 2000 deutlich reduziert werden. Die anderen geplanten Konzerte wurden entweder im Vorfeld verhindert oder im Laufe der Veranstaltung aufgelöst. Ein deutlicher Rückgang lässt sich auch bei der durchschnittlichen Teilnehmerzahl feststellen; sie fiel von 435 Teilnehmern pro Veranstaltung im Jahr 1999 auf 140 im Jahr 2000.

Um staatliche Sanktionen zu vermeiden, wird für Skinhead-Konzerte nicht öffentlich geworben. Potenzielle Besucher bekommen lediglich allgemein den Hinweis auf ein geplantes Konzert unter Angabe eines vage beschriebenen Großraum mitgeteilt. In der Regel erfahren die Teilnehmer erst im Verlauf der Anreise über Mobilfunk die Sammelpunkte. Der konkrete Veranstaltungsort wird den Teilnehmern erst kurz vor Beginn benannt.
Bei den Konzerten treten in der Regel mehrere Bands auf. Konzerte, bei denen ausländische Bands verpflichtet wurden, gehören allgemein zu den Großereignissen in der Szene. Bands aus Großbritannien, den USA, Skandinavien oder Australien sind Besuchermagneten, denn ihre Lieder haben meist besonders aggressive Texte. Auch einige deutsche Bands sind auf Grund ihrer außerordentlich extremistischen Texte, nicht zuletzt auch zunehmend wegen ihrer musikalischen Qualität, für Skinheads attraktiv. Beliebt ist zudem auch das „covern“ von bekannten Titeln anderer, häufig inzwischen aufgelöster Bands. Die Auftritte der Gruppen werden regelmäßig von „Sieg Heil“-Rufen

[28] Bundesanzeiger Nr. 118 vom 30.06.1999.
[29] Amtsgericht Hannover, Beschlagnahmebeschluss vom 28.09.1998, Aktenzeichen: 272 GS 3831/98.

und dem Zeigen des Hitlergrußes aus dem Publikum begleitet.
Am Rande der Konzerte verkaufen Skinhead-Vertriebe oder Einzelpersonen Skinhead-Bekleidung, -Fanzines und -Tonträger. Den Verkäufern bieten diese Geschäfte durchaus lukrative Gewinne.

Skinhead-Vertriebe

Rechtsextremistische Skinhead-Musik ist im allgemeinen Handel nicht erhältlich. Aus diesem Grund hat sich speziell für diese Musik ein Versand- und Vertriebshandel entwickelt, der z. T. sehr konspirativ arbeitet und sich nur auf den szeneangehörigen Käuferkreis konzentriert. Die Werbung erfolgt über entsprechende Szenepublikationen oder über Vertriebslisten, in denen neben Tonträgern u. a. auch szenetypische Bekleidung, Aufnäher oder Flaggen angeboten werden. Verschiedene Vertriebe sind bereits mit Angeboten im Internet präsent. Einerseits können diese Szeneartikel direkt vom Versand bezogen werden, andererseits werden sie am Rande von Skinhead-Konzerten oder in einschlägigen Szene-Läden - gegebenenfalls unter dem Ladentisch - verkauft.

Tonträger rechtsextremistischer Skinhead-Bands enthalten oft strafbare Inhalte. Häufig besteht der Verdacht des Verbreitens und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Volksverhetzung. Um einer strafrechtlichen Verfolgung in Deutschland zu entgehen, werden Tonträger meist im Ausland produziert und konspirativ eingeführt.
Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) kann durch eine Indizierung einschlägiger Skinhead-Musik in den Vertrieb eingreifen. Betroffene Tonträger dürfen Kindern und Jugendlichen dann nicht mehr zugänglich gemacht werden. Das schließt ein öffentliches Werbe- und Vertriebsverbot ein.
Um Indizierungen und Exekutivmaßnahmen durch die Polizei zu entgehen, versuchen immer mehr rechtsextremistische Bands und Produzenten, die Musiktexte so zu formulieren, dass für den Kenner der extremistische Bezug zwar noch klar erkennbar bleibt, aber keine Ansatzpunkte für strafrechtliche Konsequenzen gegeben werden.

Einer der einflussreichsten Vertriebe im Freistaat Sachsen ist das Label[30] MOVEMENT RECORDS. Der Tonträgervertrieb wurde 1997 von sächsischen BLOOD & HONOUR-Mitgliedern gegründet. Bis zur Abspaltung der B&H-Sektion Sachsen von der B&H-Division Deutschland im Oktober 1998 war MOVEMENT RECORDS Bestandteil der bundesweiten Organisation. Seit dieser Trennung setzt das Label seine Aktivitäten eigenständig fort.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Vertriebs- und Versandhandelszene stetig gewachsen ist, könnte die Anzahl der Anbieter zukünftig stagnieren, da die Angebote im Internet zunehmend zur Konkurrenz für Musikproduzenten erwachsen. Durch die Bereitstellung von zahlreichen MP3-Klangdateien[31], die von den Szeneangehörigen kostenlos heruntergeladen werden können, wird der Absatzmarkt immer stärker beeinträchtigt. Andererseits fördert die neue Vertriebsmethode die Verbreitung derartiger Musik und ihrer rechtsextremistischen Inhalte.

Skinhead-Fanzines

Skinhead-Magazine, die so genannten Fanzines, enthalten für Insider wichtige Informationen, die zur Verständigung innerhalb der Skinhead-Szene beitragen

[30] Tonträgerfirma, Marke.
[31] Komprimierungsverfahren für Audiodateien ohne hörbaren Qualitätsverlust.

und somit ein weiteres bedeutsames Kommunikationsmittel darstellen.
Beiträge in Fanzines haben oft rechtsextremistischen, insbesondere rassistischen und antisemitischen Charakter. Berichtet wird über Skinhead-Veranstaltungen, neue Publikationen und Tonträger sowie über nationale und internationale Skinhead-Bands. Vertriebe werben in Fanzines für ihre vielfältigen Angebote. Im zunehmenden Maße erfolgen auch Berichterstattungen über Veranstaltungen der NPD.
In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine große Zahl regionaler Fanzines, die mit einer Auflagenhöhe von mehreren Hundert Stück hergestellt werden. Fanzines mit überregionaler Bedeutung erreichen auch Auflagenstärken von 1.000 Exemplaren und mehr.
Angefertigt werden die Magazine in der Regel von Skinheads, die bereits lange der Szene angehören. Die Qualität der Layouts steigt an. Immer mehr Fanzines haben sich zu farbigen Hochglanzmagazinen entwickelt.
Der Verkauf von Skinhead-Fanzines erfolgt in erster Linie auf Konzerten, über Vertriebe und Szene-Läden, sowie innerhalb der Szene von Hand zu Hand. Bei einigen Fanzines ist bereits eine Bestellung per Internet möglich.

Im Gegensatz zu den Vorjahren ist die Anzahl der Skinhead-Publikationen im Freistaat Sachsen zurückgegangen. Im Jahr 2000 erschienen hier insgesamt fünf Fanzines. Dazu gehören zwei neue Ausgaben des Fanzines DER FOIERSTURM aus Dresden sowie die zweite und die dritte Ausgabe des Fanzines WHITE SUPREMACY, dessen erstes Exemplar bereits im Jahr 1998 erschien. Mit dem Titel IM NAMEN DES VOLKES! kam eine neue Publikation aus Dresden hinzu.
Das Fanzine SACHSENS GLANZ aus Chemnitz wurde nach eigenen Angaben eingestellt.

Durch den zunehmenden Einfluss des Internets ist zu erwarten, dass die Herstellung von Szene-Publikationen auch zukünftig weiter zurückgeht. Vor allem jüngere Szeneangehörige werden sich verstärkt auf die neuen Medien konzentrieren.

Kameradschaften

Im Jahr 2000 verstärkte sich der Trend zur Bildung von kleineren, in der Regel 5 bis 20 Personen umfassenden Gruppierungen, die sich mehrheitlich selbst als „Kameradschaften“ bezeichnen. Ihre Anzahl stieg bis zum Jahresende 2000 auf mindestens 25 namentlich bekannte Kameradschaften mit insgesamt etwa 400 Mitgliedern an, während es im Jahr 1999 noch etwa 12 Kameradschaften mit ca. 250 Mitgliedern waren.
Rekrutiert werden vor allem männliche Jugendliche, überwiegend rechtsextremistische Skinheads. Kameradschaften sind in praktisch allen Regionen des Freistaates Sachsen aktiv, der Schwerpunkt liegt aber in und um Dresden sowie im östlichen Raum Sachsens. Südlich der Landeshauptstadt war im Berichtsjahr die zahlenmäßig stärkste Gruppierung, die SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), aktiv.

Entstehung der rechtsextremistischen Kameradschaften

Die Bildung von Kameradschaften geht ursprünglich auf ein Konzept von Neonationalsozialisten zurück. Nachdem 1992 und in den folgenden Jahren einige neonationalsozialistische Organisationen verboten worden waren, hieß das neue Motto der rechtsextremistischen Szene: „Organisierung ohne Organisation“. Ein Netzwerk kleiner unabhängiger Zellen sollte die „angreifbaren“ Organisationsformen ersetzen.
Im Freistaat Sachsen entstanden nach 1992 vorerst wenige Kameradschaften, denen zunächst auch nicht die Bedeutung zukam, die sie selbst für sich erhofften. Die meisten dieser Kameradschaften und kameradschaftsähnlichen Strukturen lösten sich in den Jahren 1996 bis 1997 wieder auf. Grund dafür war vor allem die neue „aktionistischere“ Linie der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und ihre Öffnung für Skinheads und Neonationalsozialisten. Diese Klientel wandte sich in der Folge verstärkt der NPD sowie ihrer Jugendorganisation, den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), zu, die damit im Freistaat Sachsen ihre Strukturen und ihre Bedeutung erheblich ausbauen konnte. Allerdings zeigten sich gerade diese „Neu“-Mitglieder nach ihrem Eintritt in die NPD enttäuscht von der tatsächlichen Parteiarbeit, von der sie sich mehr Möglichkeiten zu Aktionen versprochen hatten. Der Zustrom zur NPD verebbte,

viele der neu eingetretenen Mitglieder verließen meist nach kurzer Zeit wieder die Partei. Schon 1999 und verstärkt im Jahr 2000 wurden deshalb als Ausweichorganisationen Kameradschaften gegründet.
Es muss auch weiterhin mit einer steigenden Anzahl der Kameradschaftsgründungen und einem Erstarken dieser Szene gerechnet werden.

Selbstverständnis der rechtsextremistischen Kameradschaften

Kameradschaften sind im Gegensatz zur allgemeinen Skinhead-Szene stärker politisch geprägt. Sie verfügen oft über eine an nationalsozialistisches Gedankengut angelehnte Grundhaltung.
Kameradschaften haben in der Regel eine verbindlichere Struktur als Skinheadcliquen. Ihnen sind Hierarchien, Ämter und Posten nicht fremd. Meist gibt es einen Kameradschaftsführer, der die Aktivitäten der Kameradschaft initiiert.

Kameradschaften befassen sich in aller Regel mit der so genannten „Anti-Antifa-Arbeit". Im Jahr 2000 häuften sich Hinweise auf das Ausspähen und Aufbereiten von Daten des politischen Gegners. Die „Anti-Antifa-Arbeit" ist insbesondere dort anzutreffen, wo sich die Kameradschaften aus dem rechtsextremistischen Skinhead-Milieu rekrutieren.

Einige Kameradschaften versuchen unter dem Deckmantel der Brauchtumspflege und des Heimat- und Naturschutzes, Jugendliche an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen bzw. sie bieten bisher unorganisierten Jugendlichen eine Plattform, rechtsextremistisch aktiv zu sein. Ein Mitglied der rechtsextremistischen Kameradschaft ODINS LEGION aus der Oberlausitz berichtete dazu in einem Interview mit der NPD-Publikation DEUTSCHE STIMME über Aktivitäten der Vereinigung: „Als lose Kameradschaft unternehmen wir sehr viel. Wir nehmen an Demonstrationen und verschiedenen Schulungen teil, pflegen deutsche Kriegsgräber beider Weltkriege, veranstalten Wanderungen und Ausfahrten zu Kulturdenkmälern."[32]

Zunehmende Bedeutung für die Nachwuchswerbung unter zunächst unpolitischen Jugendlichen gewinnt auch das Aufgreifen alter germanischer Symbolik sowie heidnischer Riten wie Sonnenwendfeiern und „Germanen"-Wettkämpfe. So nahmen an Sonnenwendfeiern der KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ e. V. und der SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) 150 bzw. 250 Personen teil.

Die NPD übt auf einige Kameradschaften nach wie vor eine große Anziehungskraft wegen ihrer öffentlichkeitswirksamen und organisationsübergreifenden Demonstrationen, an denen sich Kameradschaftsmitglieder beteiligen können, aus. Auf diesen Foren können sie große öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Der Anteil von Skinheads, Kameradschaftsmitgliedern und Neonationalsozialisten bei NPD-Demonstrationen im Freistaat Sachsen beträgt bis zu 50 %.
Aus dem August 2000 datiert ein vom sächsischen NPD-Landesvorsitzenden unterzeichnetes Flugblatt, in dem die Gründung eines BÜNDNIS GEGEN LINKS (B.G.L.) angekündigt wird, dem neben etablierten Organisationen wie der NPD auch die FREIE KAMERADSCHAFT SACHSEN (FKS), eine KAMERADSCHAFT MULDENTAL, eine KAMERADSCHAFT TAUCHA, eine KAMERADSCHAFT SÄCHSISCHE SCHWEIZ sowie die WHITE TERROR SKINHEADS (WTS) aus Leipzig angehören sollen.
Dies zeigt, dass die NPD auch nach dem Beginn der Diskussion über ein Verbot der Partei und trotz offizieller Distanzierungen von gewaltbereiten Skinheads durch NPD-Funktionäre enge Kontakte zur rechtsextremistischen Kameradschaftsszene unterhält, da sie sehr stark an der Gewinnung junger Menschen als Neumitglieder für die Partei interessiert ist. Entsprechend einer Aussage des sächsischen NPD-Vorsitzenden PETZOLD in einem programmatischen Artikel[33]: die „volkstreue Jugend schließt sich zunehmend in Freien Kameradschaften zusammen. Diese bilden wichtige politische Vorfeldorganisationen für unsere Partei" betrachtet die NPD rechtsextremistische Kameradschaften als verlängerten Arm der eigenen Partei.

Kameradschaften selbst verstehen sich vor allem als Teil des so genannten „Nationalen Widerstandes". Unter diesem Begriff sollen sich alle rechtsextremistischen Kräfte, egal ob es Einzelpersonen, Kameradschaften, Parteien oder andere Organisationen sind, gemeinsam formieren und in öffentlichkeitswirksamen Aktionen als eine politische Kraft auftreten. Die Berliner neonationalsozialistische KAMERADSCHAFT GERMANIA ruft auf ihrer Internet-Homepage unter dem Motto „Nur gemeinsam sind wir stark" zur Vernetzung aller Strukturen auf. Darauf müsse man sich konzentrieren, denn je dichter und stärker das „Netz des Nationalen Widerstands" werde, desto schwerer lasse es sich zerstören.
Im Freistaat Sachsen traten bislang der NATIONALE WIDERSTAND SÄCHSISCHE SCHWEIZ, der NATIONALE WIDERSTAND PIRNA und der NATIONALE WIDERSTAND OBERLAUSITZ in Erscheinung. Vom NATIONALEN WIDERSTAND SÄCHSISCHE SCHWEIZ gibt es einen Gästebucheintrag im Internet bei einer KAMERADSCHAFT GERA der mit „Heil Euch" unterzeichnet ist. Unter dem Begriff NATIONALER WIDER-

[32] DEUTSCHE STIMME, Nr. 5, Mai 2000.
[33] SACHSEN STIMME, Ausgabe Jan.-April 2000.

STAND OBERLAUSITZ treten neben dem NPD-Kreisverband Löbau-Zittau und dem NATIONALEN JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) auch ODINS LEGION sowie weitere Kameradschaften aus der Oberlausitzer Region beim alljährlich stattfindenden Holger-MÜLLER-Gedenkmarsch in Zittau auf, an dem sich im Jahr 2000 rund 180 Rechtsextremisten beteiligten.
Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“ werden sowohl bundesweit als auch bei den im Freistaat Sachsen von der NPD organisierten Demonstrationen von den Teilnehmern skandiert.

Mit N.W. (dies steht für „Nationaler Widerstand“) zeichnen auch die Herausgeber einer rechtsextremistischen Publikation mit dem Namen DER FRONTSOLDAT - DAS NATIONALE MAGAZIN AUS SCHLESIEN. Die Zeitschrift zeigt exemplarisch die Vernetzung einer regionalen Szene.

So befasst sich ein Beitrag mit einem Frühjahrs-Fußballturnier des Jugendclubs in Glossen. Als Teilnehmer werden u. a. genannt: Die Jugendclubs Glossen und Löbau-Süd, die KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ, SCHLESISCHE JUNGS aus Niesky, sowie FREIKORPS LÖBAU, JUNGSTURM BELLWITZ, RÜSSELSKINS KAUPEN sowie REICHSFRONT RENNERSDORF. Im Anschluss an das Fußballturnier wurde im Klubhaus in Glossen eine Party mit Skinheadbands gefeiert. Daran hätten ca. 100 Personen teilgenommen. Die Bands CONFIDENT OF GLORY und S.U.D.[34] sollen gespielt haben. Letztere Band habe größte Begeisterung mit dem Lied „vom Kreuz, das Hacken [!] schlagen wird“ hervorgerufen. Ferner hätten Cover-Versionen von RADIKAHL, FREIKORPS, SKREWDRIVER und „der berühmten Band aus der Reichshauptstadt“ (gemeint sein dürfte die rechtsextremistische Gruppe LANDSER) „mitgerissen“.
Die Beiträge belegen neben vielfältigen Beziehungen unter den regionalen Gruppen auch Verbindungen zu Neonationalsozialisten wie Frank SCHWERDT und der neonationalsozialistischen HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG).

In einem weiteren Bericht über den „Holger-MÜLLER-Gedenkmarsch“ am 1. Juli 2000 in Zittau kommt die unter den Teilnehmern vorhandene Gewaltbereitschaft zum Ausdruck. Als politische Gegner versucht hätten, die Trauerrede des Gedenkmarsches mit Musik zu stören und Teilnehmer zu filmen, sei der Ordnungsdienst der Demonstration „an der Ausübung seiner Pflicht, den geregelten und ruhigen Ablauf des Marsches zu sichern, durch Beamte der Einsatzpolizei gehindert“ worden, indem diese selbst gegen die Störer eingeschritten seien. Abschließend wird dieser Vorfall mit den Worten kommentiert „Naja, vielleicht kommen wir ja beim nächsten Mal zum Einsatz und dann Gnade euch Odin ihr (...).“

In einem Interview derselben Ausgabe äußert sich ein Mitglied der Jugendorganisation der NPD, den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), zu seinem Verhältnis zu „Freien Nationalisten“ und unabhängigen Kameradschaften. Die JN stünden diesen Gruppierungen positiv gegenüber. Gerade die Debatte über ein Verbot der NPD zeige deutlich, dass der Widerstand neue Wege gehen sollte. Im Falle eines Verbotes sei das Konzept der „Freien“ wahrscheinlich das einzige, das aufgehe. Auf die Frage, ob es schon Ärger mit „Antifanten“ (gemeint ist der politische Gegner) gegeben habe, antwortete der Interviewte, dieser Ärger halte sich in Grenzen, denn Dank eines ausgebauten Informationssystems wisse man gut über die Machenschaften des politischen Gegners Bescheid.

[34] Gemeint ist vermutlich die Band STURM UND DRANG.

Beispielhafte Aufzählung einiger sächsischer rechtsextremistischer Kameradschaften

Weiße Bruderschaft Erzgebirge (WBE), Lauter

Die Weiße Bruderschaft Erzgebirge (WBE) wurde in diesem Jahr neu gegründet. In dem Skinheadmagazin WHITE SUPREMACY stellt sie sich folgendermaßen vor: „Wir, d. h. die ´WBE´, sind eine Kameradschaft, mit dem Ziel, eine sichere Zukunft für unsere Kinder und unsere Kultur zu schaffen. Was wir wollen, ist Frieden für alle weißen Völker der Erde (...)“.[35]
Die Kameradschaft plant, einen Rundbrief herauszugeben. In der Anwendung von Gewalt sieht sie nach eigenen Aussagen kein Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie seien nicht die „dummen Schläger“, für die sie jeder halte. Sie seien „stolze Patrioten“, die der Regierung gegenüberstehen und statt ihrer Fäuste ihren Verstand benutzen. Dies mache es ihrer Ansicht nach „DEN DA OBEN“ schwerer, gegen sie vorzugehen. Die Kameradschaft vermittelt jedoch den Eindruck, dass sie diese Strategie eher aus taktischen Gründen verfolgt.

Kameradschaft Asgard, Oschatz

Die Kameradschaft Asgard zeigt in ihrer Internetpräsentation unverhohlen ein neonationalsozialistisches Weltbild. Auf ihrer Internet-Seite finden sich die Losungen „Jugend dient dem Führer“ und „alle zehnjährigen in die HJ“ sowie Abbildungen von Adolf HITLER und einem Jungen der Hitlerjugend. Als Ziel gibt die Kameradschaft an: „(...) aktiv an der Umgestaltung der brd in ein neues Großdeutsches Reich, daß seinen verdienten Platz in der Welt hat, mitzuwirken.“[36]
Umsetzen will sie dieses Ziel einerseits durch öffentlichkeitswirksame Flugblätterverteilungen, Plakatierungen und Gespräche. Andererseits will sie andere nationale Gruppen und Parteien im Wahlkampf unterstützen und dazu beitragen, dass der „Nationale Widerstand“ in der Öffentlichkeit massiv auftritt und Stärke zeigt. Die Kameradschaft ist eigenen Angaben zufolge lose strukturiert. Sie inserierte bereits im August 1998 in der NPD-Publikation SACHSEN STIMME.

Kameradschaft Ahnenerbe, Chemnitz

Die Kameradschaft Ahnenerbe machte in diesem Jahr ebenfalls im Internet auf sich aufmerksam. Nach eigenen Angaben handelt es sich um eine 1999 gegründete, aus 16- bis 19-jährigen Personen bestehende Gruppierung.
Als Ziel gibt die Kameradschaft das Knüpfen von Kontakten zu gleichgesinnten Kameradschaften, Aktionsgruppen usw. an, um mit diesen gemeinsam für ein weißes, freies Europa der Vaterländer zu kämpfen. Die Kameradschaft wolle heiliges Erbe erhalten, pflegen und dafür kämpfen.
Das Symbol der Gruppe besteht aus der Odal-Rune, die bewusst als Zeichen für geistiges und väterliches Erbe sowie das Vaterland gewählt worden sei, und einem Schwert, das für Kampf stehe. Im Mai waren in Chemnitz Flugblätter mit der Überschrift „Deutschland muß leben“ und dem Impressum „Eine Initiative der Kameradschaft Ahnenerbe“ aufgetaucht.

Heimatschutz Elsnig, Elsnig

Die Kameradschaft Heimatschutz Elsnig präsentierte sich Anfang des Jahres 2000 ebenfalls auf einer Internetseite. Demnach wolle sie sich dafür einsetzen, dass „die deutsche Bevölkerung nicht in ihrer Kultur zusammenbricht“. Sie beabsichtige sich mit Kultur, Geschichte und Brauchtum zu beschäftigen. Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen ergeben sich aus den Kontakten dieser Kameradschaft zu bekannten Rechtsextremisten und rechtsextremistischen Organisationen anderer Bundesländer, so z. B. zu dem Liedermacher Frank RENNICKE und zu der neonationalsozialistischen Kameradschaft Germania aus Berlin. In einer E-Mail an diese Kameradschaft vom Oktober 2000 kündigte die Kameradschaft Heimatschutz Elsnig ihre Auflösung an. Sie warnte davor, durch die Anwendung von Gewalt sich Sympathien im Volk zu verspielen.

Dahlefront Kameradschaft Cavertitz, Cavertitz

Auch zur Dahlefront Kameradschaft Cavertitz waren Anfang des Jahres 2000 im Internet Informationen abrufbar. Nachfolgend sind einige für die Szene typische Aussagen und Aufrufe aufgeführt: „‘White Power !’ Das hier ist unser Land, unser Volk, unser Reich. Wehrt euch !“; „Vergiss nicht, dass das Tragen einer Glatze nur Abgrenzung und Ablehnung gegen ein verlogenes und unfähiges Polit-System ist, welches sich im heutigen Deutschland breitgemacht hat!“; „Überfremdung usw. sind einige der Ursachen des deutschen Niedergangs !“; „Deutscher, es liegt an Dir mit der Verlogenheit und Unfähigkeit Schluss zu machen ! Kämpfen Sie mit uns für ein neues, besseres Deutschland !“; „Sind doch Verbote nur ein Schwächezeichen der Tyrannei, die Widerstand erzeugt. Wir Jungen werden der Gewalt nicht weichen.“

[35] WHITE SUPREMACY, Nr. 2.
[36] Schreibweise wie im Original.

Neonationalsozialistische Bestrebungen

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Gründung:	1972
Sitz:	Lincoln/Nebraska (USA)
Mitglieder 1999	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 2000	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	Einzelne
Publikation:	NS KAMPFRUF
Präsenz im Internet:	mit mehreren Homepages vertreten

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) wurde 1972 in den USA gegründet. Leiter der Organisation ist der Amerikaner Gary Rex LAUCK, ihr erklärtes Ziel die wieder Zulassung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in der Bundesrepublik Deutschland.

Die weltweit agierende NSDAP/AO hat im Berichtsjahr ihre Aktivitäten erweitert. Nachdem der Leiter der NSDAP/AO 1999 aus deutscher Haft entlassen und in die USA abgeschoben worden war, sind neue Anstrengungen unternommen worden, die Organisation in den elektronischen Medien zu präsentieren. Zum einen ist das Angebot im Internet von einer (1999) auf drei Internet-Homepages erweitert worden, wovon jede in mehreren Sprachen abrufbar ist. Zum anderen wird das Radio zur Verbreitung der neonationalsozialistischen Propaganda eingesetzt; hierzu nutzt die NSDAP/AO jetzt auch einen Kurzwellensender. Ferner bietet sie eine zunächst nur in einer Sprache erhältliche Propaganda-CD seit Anfang 2000 in neun Sprachen an.

Über ihre Auslandszentrale in Lincoln/Nebraska (USA) versorgt die Organisation auf konspirativen Wegen Rechtsextremisten auch in Deutschland mit großen Mengen neonationalsozialistischen Propagandamaterials. Hakenkreuzaufkleber, Kleinplakate und Handzettel tragen Aufschriften, wie „Ausländer Raus!", „Die Juden sind unser Unglück!" oder „NS-Verbot aufheben!". Neu sind sogenannte „Mini-Comics", auf denen Gewalt gegen Juden und Ausländer dargestellt wird.

Im Gegensatz zur Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland ist in den USA der öffentliche Umgang mit NS-Devotionalien und die Herstellung und Verbreitung von neonationalsozialistischem Propagandamaterial nicht verboten.

Die NSDAP/AO engagiert sich nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Schriften bzw. Internet-Seiten erscheinen in elf Sprachen: deutsch, englisch, schwedisch, italienisch, spanisch, französisch, portugiesisch, holländisch, dänisch, ungarisch und seit März 2000 zusätzlich in japanisch. Bei der Herstellung des Propagandamaterials wirken auch führende Neonationalsozialisten aus den einzelnen Ländern mit. Die wichtigsten Veröffentlichungen verbreitet die NSDAP/AO über das Internet und ihre Publikation NS KAMPFRUF. Sie beinhalten rassistische, antisemitische und teilweise militante Agitation.

Politische Zielsetzung

Die NSDAP/AO versteht sich sowohl als Auslandsorganisation als auch als Aufbauorganisation der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP). Ihr Ziel ist der „entschlossene Kampf gegen das NS-Verbot und für die Zulassung der NSDAP als eine wahlberechtigte Partei"[37]. Endziel ihres Strebens sei die Schaffung eines „nationalsozialistischen Staates in einem freien, souveränen und neuvereinigten Großdeutschen Reich und die Errichtung einer neuen Ordnung auf einer rassischen Grundlage in der ganzen arischen Welt"[38].
Um dieses Ziel zu erreichen, strebte die NSDAP/AO den Aufbau eines Zellensystems an. Dieses Vorhaben blieb jedoch erfolglos. Bundesweit gibt es nur einzelne Verbindungsleute.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

In der ersten Ausgabe des Jahres 2000 des NS KAMPFRUF wird im Leitartikel verkündet: „Ein neues Jahrtausend – Eine neue Waffe. Die ‚Computeroffensive'!"[39] Darin heißt es, dass die 1999 für die Organisation angeschaffte neue Computertechnik nunmehr eine preiswertere Herstellung von Druckwerken ermögliche. Mit der neuen, in mehreren Sprachen erhältlichen Propaganda-CD sei die „Herstellung *zusätzlicher* Druckauflagen mit billigen A4 Laserdruckern *überall in der Welt*, dh auch im Untergrund"[40] möglich. Mit diesem Hinweis fordert die NSDAP/AO zur Vervielfältigung und Verbreitung des zahlreich angebotenen rechtsextremistischen Propagandamaterials auf und resümiert: „Wer einen Computer hat, kann ihn jetzt in eine Propaganda-Waffe umwandeln!"[41]

In der Ausgabe 131 (März-April 2000) beginnt eine Serie „Adolf Hitler – Führer der Selbstaufopferung". Darin wird HITLER als Persönlichkeit dargestellt, die sich uneigennützig für Volk und Vaterland aufgeopfert habe und als Vorbild gelte. „Der Nationalsozialismus wird, wie jede revolutionäre Bewegung, von der Selbstaufopferung angetrieben. Unsere Bewegung ist einmalig, weil unser Führer nicht nur während des Ringens um die politische Macht ein Vorbild für Selbstaufopferung darstellte, sondern weil er dies während seines ganzen Lebens tat."[42]
Die stark antisemitische und rassistische Einstellung der Organisation wird in einem anderen Artikel mit

NS KAMPFRUF
KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION

Adolf Hitler – Führer der Selbstaufopferung

der Überschrift: „Von Negern und Juden" deutlich[43]. Es wird ein Zwiegespräch dargestellt, in dem ein „Yid" einem „Nigger" befiehlt, nach Deutschland zu gehen. „Der Reichtum gehört dir. Das Ganze Land gehort dir. Du darfst dir alles nehmen."[44] Auch hier kommt das von Rechtsextremisten typischerweise verwendete Klischee der Bedrohung Deutschlands durch Juden und Ausländer zum Ausdruck.

Die aggressive antisemitische Einstellung der NSDAP/AO wird auch durch ein besonders makabres Angebot auf einer Internet-Seite der NSDAP/AO deutlich. Dort wird die Nachbildung eines „Zyklon B Kanisters in Museumsqualität - Marke Konzentrationslager Auschwitz" zum Kauf angeboten. Gleichzeitig lobt LAUCK einen Preis für den aus, „dem es gelingt, die passendste Werbung für die Nachbildung dieses bekannten Schädlingsbekämpfungsmittels zu finden". An anderer Stelle wird für „Seife - Marke Auschwitz" - eine „Freie Nachbildung eines Fantasieproduktes", die „NICHT fürs Reinigen" verwendet werden solle, sondern für „erzieherische Zwecke" gedacht sei - geworben.

[37] CD ROM der NSDAP/AO, Stand Januar/Februar 2000, Beitrag „Unser Ziel".
[38] CD ROM der NSDAP/AO, Stand Januar/Februar 2000, Beitrag „Unser Ziel".
[39] NS KAMPFRUF, Nr. 130, Januar-Februar 2000, S. 1.
[40] NS KAMPFRUF, Nr. 130, Januar-Februar 2000, S. 1 (Hervorhebungen und Schreibweise wie Original).
[41] NS KAMPFRUF, Nr. 130, Januar-Februar 2000, S. 1.
[42] NS KAMPFRUF, Nr. 131, März-April 2000, S. 1.
[43] NS KAMPFRUF, Nr. 131, März-April 2000, S. 4.
[44] NS KAMPFRUF, Nr. 131, März-April 2000, S. 4 (Schreibweise wie Original).

Der NS KAMPFRUF veröffentlicht ferner Berichte über rechtsextremistische Demonstrationen, z. B.: „Am symbolreichen 30. Januar 2000 marschierten zum ersten Male seit dem Waffenstillstand 1945 Nationalisten und Nationalsozialisten durch das Brandenburger Tor in der Reichshauptstadt Berlin.“[45] In einem Bericht über die NPD-Demonstration am 1. Mai in Fürth (Bayern) wird vom „Tag der Nationalen Arbeit, der von unserem geliebten Führer 1933 ins Leben gerufen wurde und seitdem von Juden und Roten für ihre Machenschaften missbraucht wird“[46], gesprochen.
Weiterhin wird umfangreiches nationalsozialistisches Propagandamaterial angeboten. Dazu gehören Bücher, wie z. B. HITLERs „Mein Kampf“, das „SS-Liederbuch“ oder die „SS-Rassenkunde und Richtlinien zur Gattenwahl“. Angeboten werden auch Abzeichen (z. B. Hakenkreuznadel, NSDAP-Parteiabzeichen), NS-Lieder auf Kassette oder CD und Reden, beispielsweise von Joseph GOEBBELS.

Die NSDAP/AO stellt sich auch als Internet-Provider zur Verfügung. Die HNG[47] nutzt beispielsweise dieses Angebot. Ihre Homepage ist über den Speicherplatz der NSDAP/AO abrufbar.
Die bei einem amerikanischen Provider angesiedelte Internet-Adresse verfassungsschutz.net[48] führt direkt zu einer Internet-Seite des Gary Rex LAUCK. Internet-Nutzer, die sich mit Hilfe dieser Adresse über die Arbeit des Verfassungsschutzes informieren wollen, werden so mit dem Angebot von LAUCK konfrontiert.

Auch im Freistaat Sachsen wurden vereinzelte Aktivitäten der NSDAP/AO verzeichnet:
In unregelmäßigen Abständen wurden Aufkleber der NSDAP/AO festgestellt, so z. B. am Fenster des Büros eines Mitglieds des sächsischen Landtages.
In einem im NS KAMPFRUF veröffentlichten Leserbrief heißt es: „Da ich noch ziemlich jung bin (18 Jahre), bin ich ständig mit einer negroidverseuchten, jüdisch gesteuerten, primitiven und undeutschen Jugendkultur konfrontiert. Ich glaube, unser Führer würde sich im Grabe umdrehen, wenn er Deutschland und den größten Teil seiner Jugend jetzt sehen könnte.“ Unterzeichnet ist der Brief mit „Heil Hitler! Sieg Heil! – Bautzen“[49]

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Gründung:	1979
Sitz:	Frankfurt/Main (Hessen)
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 500
Sachsen:	etwa 20
Mitglieder 2000	
bundesweit:	etwa 500
Sachsen:	etwa 20
Publikation:	NACHRICHTEN DER HNG
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die 1979 gegründete HNG ist ein Sammelbecken für Neonationalsozialisten aller Schattierungen und damit bundesweites Bindeglied der rechtsextremistischen Szene. Sie ist mit etwa 500 Mitgliedern die mitgliederstärkste neonationalsozialistische Organisation. Geleitet wird sie von der Rechtsextremistin Ursula MÜLLER aus Mainz (Rheinland-Pfalz). Sitz des Vereins ist Frankfurt/Main. Die Organisation unterliegt keiner weiteren Strukturierung.
Ursula MÜLLER wurde auf der Jahreshauptversammlung der HNG im März 2000 in ihrer Funktion bestätigt.

Politische Zielsetzung

Die HNG sieht ihre Aufgabe vorrangig in der ideologischen und finanziellen Betreuung von „eingekerkerten politischen Verfolgten des Systems“ und deren Rechtsberatung. Sie sorgt dafür, dass der Kontakt zwischen inhaftierten Rechtsextremisten und der Szene außerhalb der Gefängnisse nicht abreißt. Hierfür

[45] NS KAMPFRUF, Nr. 132, Mai-Juni 2000, S. 1.
[46] NS KAMPFRUF, Nr. 133, Juli-August 2000, S. 3.
[47] Vgl. Beitrag zur Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG).
[48] Diese Adresse wird nicht von den Verfassungsschutzbehörden benutzt.
[49] NS KAMPFRUF, Nr. 131, März-April 2000, S. 9.

nutzt sie die vereinseigene Publikation NACHRICHTEN DER HNG, die an Mitglieder und inhaftierte „Kameraden“ verschickt wird.
Monatlich wird u. a. eine Gefangenenliste mit Namen und Anschriften inhaftierter „Kameraden“ veröffentlicht. Diese Liste wird auch in anderen neonationalsozialistischen Publikationen abgedruckt und in das Internet eingestellt.
Durch die Korrespondenz mit politisch Gleichgesinnten und den Erhalt von einschlägigem Informationsmaterial werden Inhaftierte über das aktuelle Geschehen in ihrem alten Umfeld unterrichtet und können ihre Kontakte zur rechtsextremistischen Szene auf-

rechterhalten. Die HNG tritt dabei als Vermittlerin auf und bietet mit der Veröffentlichung von Leserbriefen in den NACHRICHTEN DER HNG eine Plattform.

In der Publikation stellt die HNG die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland in Abrede und prangert die strafrechtliche Verfolgung von Staatsschutzdelikten als Menschenrechtsverletzung an.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Die Jahreshauptversammlung der HNG fand am 18. März 2000 im rheinland-pfälzischen Kalbach-Sparhof statt. Die Mehrzahl der Teilnehmer waren Skinheads. Reden hielten neben dem Ehepaar MÜLLER Thorsten HEISE, ehemaliger Funktionär der 1995 verbotenen FAP, und Christian WENDT, Schriftleiter der NACHRICHTEN DER HNG. Der ehemalige Vorsitzende der verbotenen FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (FAP), Friedhelm BUSSE, forderte in seinem Vortrag den „Nationalen Widerstand“ auf, näher zusammenzurücken.

Häftlinge können ihre Adresse - unabhängig von einer Mitgliedschaft - in der Rubrik „Briefkontakt wünschen ...“ der Publikation NACHRICHTEN DER HNG veröffentlichen lassen. Im Jahr 2000 nahmen 14 Inhaftierte in sächsischen Justizvollzugsanstalten diese Möglichkeit wahr, darunter auch ein ehemaliger Dresdner NPD-Funktionär.

Seit Ende 1999 ist die HNG im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten. Dort werden Gesetzestexte, Urteile, Berichte über Prozesse bekannter Rechtsextremisten, Informationen aus den „Systemkerkern“, Hinweise auf Demonstrationen und andere Veranstaltungen von Rechtsextremisten und Rufnummern von „Nationalen Info-Telefonen“ veröffentlicht.

Auch bei der Internetpräsentation legt die HNG-Schriftleitung den Schwerpunkt auf die Rechtsberatung. So werden „Links“ zu Gesetzessammlungen, einschlägiger Literatur und Urteilstexten, aber auch zu Rechtsanwälten, Gerichten und Staatsanwaltschaften gesetzt.

Nachdem zahlreiche Provider rechtsextremistische Homepages gesperrt hatten, ist die Homepage der HNG seit Anfang Oktober 2000 über den Speicherplatz des amerikanischen Rechtsextremisten Gary Rex LAUCK (Leiter der NSDAP/AO)[50] abrufbar.

Die HNG versuchte in den vergangenen Jahren sich aus Meinungsverschiedenheiten im rechtsextremistischen Lager herauszuhalten. Im Berichtsjahr wurde jedoch eine Annäherung an die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) festgestellt. Zum „Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai 2000 erhielt die HNG den „Nationalen Solidaritätspreis“ der NPD. Weiterhin wurde in den NACHRICHTEN DER HNG häufig auf bundesweite NPD-Aktionen hingewiesen.

[50] Vgl. Beitrag zur NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI/AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO).

NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB)

Gründung:	4. Januar 1992
Sitz:	Zittau (Lkr. Löbau-Zittau)
Mitglieder 1999 Freistaat Sachsen:	etwa 20
Mitglieder 2000 Freistaat Sachsen:	etwa 20
Präsenz im Internet:	bis April 2000 mit einer Vorschau-Seite vertreten; seitdem nicht mehr abrufbar

Der NATIONALE JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) ist eine aktive neonationalsozialistische Organisation. Der NJB ist ein wichtiges Bindeglied der Rechtsextremisten in Ostsachsen und pflegt enge Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen und zur Skinheadszene.

Der NJB wurde 1992 gegründet.
Über den Verein werden organisationsübergreifende Absprachen zu rechtsextremistischen Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung getroffen. So beteiligte sich der NJB u. a. an Aktionsbündnissen, die von der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) dominiert wurden.

Politische Zielsetzung

Der NJB sieht seine Aufgabe in der Sammlung „national gesinnter" Jugendlicher aus der Region. Eine Schlüsselstellung hierfür nehmen die vom Verein genutzten Räume ein, die als Treffpunkt dienen. Skinheads, Neonationalsozialisten und sonstige rechtsextremistisch eingestellte Jugendliche nehmen an „Festen" des NJB teil und finden so eine Gelegenheit, rechtsextremistisches Gedankengut auszutauschen bzw. sie finden Zugang zum organisierten Rechtsextremismus.

Der NJB finanziert sich u. a. durch Konzertveranstaltungen, bei denen auch rechtsextremistische Skinheadbands auftreten.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Nach einem Rückgang der eigenständigen Aktivitäten des NJB bis Ende 1998 sind verstärkte Aktivitäten verbunden mit Bemühungen festzustellen, gemeinsam mit anderen Rechtsextremisten - zum Teil überregional - zusammenzuarbeiten.

Der NJB unterstützte - neben anderen rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen - als Mitorganisator den Holger-MÜLLER-Gedenkmarsch[51] im Jahr 2000, der wie im Jahr 1999 durch den NPD-Kreisverband Löbau/Zittau angemeldet wurde.
Die Veranstaltung fand am 1. Juli 2000 in Zittau statt. Über die so genannten „Nationalen Infotelefone" und im Internet war zur Beteiligung aufgerufen worden. An der Demonstration beteiligten sich etwa 180 Personen - überwiegend rechtsextremistische Skinheads und Angehörige von Kameradschaften aus der Region. Im Jahr 1999 hatten noch ca. 300 Rechtsextremisten an der Veranstaltung teilgenommen.

Parallel dazu fand am 30. Juni/1. Juli 2000 eine Sommersonnenwendfeier in Mittelherwigsdorf statt, die durch den NJB angemeldet wurde. Daran beteiligten sich mehrere Teilnehmer des Holger-MÜLLER-Gedenkmarsches.

Im Objekt des NJB finden regelmäßig Veranstaltungen statt, die auch rechtsextremistischer Betätigung dienten. Auf Konzerten traten rechtsextremistische Skinheadbands auf.

[51] Vgl. FN 12.

Nicht militante rechtsextremistische Parteien

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Gründung:	1964
Gründung in Sachsen:	September 1990
Sitz:	Berlin
Teil-/Nebenorganisationen:	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen, Sitz in Leipzig; 20 Kreisverbände, Ortsverbände
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 6.000
Sachsen:	etwa 1.000
Mitglieder 2000	
bundesweit:	etwa 6.500
Sachsen:	etwa 1.100[52]
Publikation:	
bundesweit:	DEUTSCHE STIMME
Sachsen:	SACHSEN STIMME
Wirtschaftsorganisation:	DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH; Sitz in Riesa
Präsenz im Internet:	mit mehreren Homepages vertreten
Kennzeichen:	

Die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) nimmt unter den rechtsextremistischen Organisationen bundesweit wie auch im Freistaat Sachsen eine führende Stellung ein.
Allerdings gelang es dem Landesverband Sachsen im Berichtsjahr nicht, den fast 30-prozentigen Mitgliederverlust des Vorjahres auszugleichen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahr 2000 nur geringfügig von 1.000 auf 1.100 Personen.
Mit einer fast flächendeckenden Struktur und einer Vielzahl öffentlicher Aktivitäten war der Landesverband dennoch in der Lage, seine führende Stellung im Mittelpunkt der sächsischen rechtsextremistischen Szene zu behaupten.
Etwa ein Drittel aller Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen sind Mitglied in der NPD. Der bundesweite Mitgliederbestand ist von 6.000 im Jahr 1999 auf ca. 6.500 angestiegen.

Nach eigenen Erhebungen hat sich der Altersdurchschnitt der NPD-Mitglieder in den letzten Jahren bundesweit verjüngt. 1999 soll das Neumitglied in der NPD durchschnittlich 25 Jahre alt gewesen sein. Im Zeitraum zwischen Mai 1997 und Januar 2000 ist der Anteil der 16- bis 25-jährigen Mitglieder - nach eigenen Angaben - in der Gesamtpartei von 20 % auf 33 % gestiegen; das Durchschnittsalter der Parteimitglieder sei entsprechend von 45,6 Jahre auf 39 Jahre gesunken. Im Freistaat Sachsen sollen bereits 1999 ca. 2/3 der Mitglieder unter 27 Jahre gewesen sein.

Nachdem die NPD im Jahr 1999 im Freistaat Sachsen aus wahltaktischen Gründen weitgehend auf Demonstrationen verzichtet hatte, fand sie im Berichtsjahr wieder zum bundesweit von der NPD ausgerufenen „Kampf um die Straße“ zurück. Sie ist im Jahr 2000 auch in Sachsen sowohl in ihrem politischen Vokabular als auch in ihrer Strategie, sich gewaltbereiten rechtsextremistischen Kreisen zu öffnen, deutlich radikaler geworden.
Ein enges Zusammenwirken mit gewaltbereiten Rechtsextremisten, mangelnde Distanz zu rechtsextremistischen Straftätern und vereinzelt auch zu Straftaten (siehe Abschnitt „Das Verhältnis der NPD zu militanten Rechtsextremisten“) und eine kämpferische aggressive Rhetorik vermitteln das Bild einer Organisation, die in Verfolgung ihrer verfassungsfeindlicher Ziele bestrebt ist, über den außerparlamentarischen Kampf politischen Einfluss zu erringen und auszubauen.

Die NPD führte insgesamt fünf Demonstrationen in Dresden, Görlitz, Grimma und Zittau durch. Mit den Demonstrationen bot die NPD nicht nur den eigenen Mitgliedern, sondern auch rechtsextremistischen Skinheads und Kameradschaftsangehörigen die Möglichkeit zur öffentlichen Präsenz. Gerade diesen gewaltbereiten Gruppen öffnete sich die NPD mit Erfolg, wie ihre hohe Beteiligung an den NPD-Demonstrationen zeigt. Der sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried PETZOLD aus Leipzig

[52] Die NPD gibt eine höhere Mitgliederzahl an (1.200).

versuchte mit einer deutlich militanten Diktion in der NPD-Publikation SACHSEN STIMME, die Sprache dieser Szene zu treffen. Von einer „Stärkung der Kampfmoral“, von Demonstrationen als bewährtem „Kampfmittel“ und einem „zweifellos bevorstehenden Endkampf“, bei dem es „gut geschulter politischer Soldaten“ bedarf, ist die Rede.

Im August begann eine öffentliche Diskussion über ein Verbot der NPD. Die Partei reagierte hierauf u. a. mit einem zeitweiligen Rückzug vom „Kampf um die Straße“. Demonstrationen, wie z. B. eine für den 13. August 2000 in Grimma angemeldete, wurden wieder abgesagt. Die Parteiführung gab an, man fürchte „Provokateure“ des Staates, die derartige Veranstaltungen ausnutzen könnten, um der NPD zu schaden.
Ende November, als sich abzeichnete, dass Anträge auf ein Verbot der NPD gestellt werden, entsprach die Parteiführung jedoch dem Willen der Parteibasis und ließ die Organisation von Demonstrationen wieder zu. Die NPD in Dresden meldete bereits für den 2. Dezember 2000 eine Demonstration an, die jedoch mit einer vom Oberverwaltungsgericht Bautzen bestätigten Verfügung verboten wurde. Dresdner Rechtsextremisten, darunter Mitglieder der NPD, versuchten daraufhin mit Spontanaktivitäten, die verhindert wurden, auf sich aufmerksam zu machen.

Die NPD umwirbt als eine ihrer wichtigsten Zielgruppen junge Rechtsextremisten und Jugendliche, die eine Disposition für rechtsextremistische Einstellungen haben.

Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) hat ihren Sitz Anfang des Jahres nach Riesa verlegt. Im Freistaat Sachsen sind nur vereinzelte Mitglieder der JN aktiv. Sie bemühen sich um den Aufbau eines Landesverbandes.
Das BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG) - eine im Juni 1999 gegründete Abspaltung der JN - zeigt im Freistaat Sachsen kaum Aktivitäten.

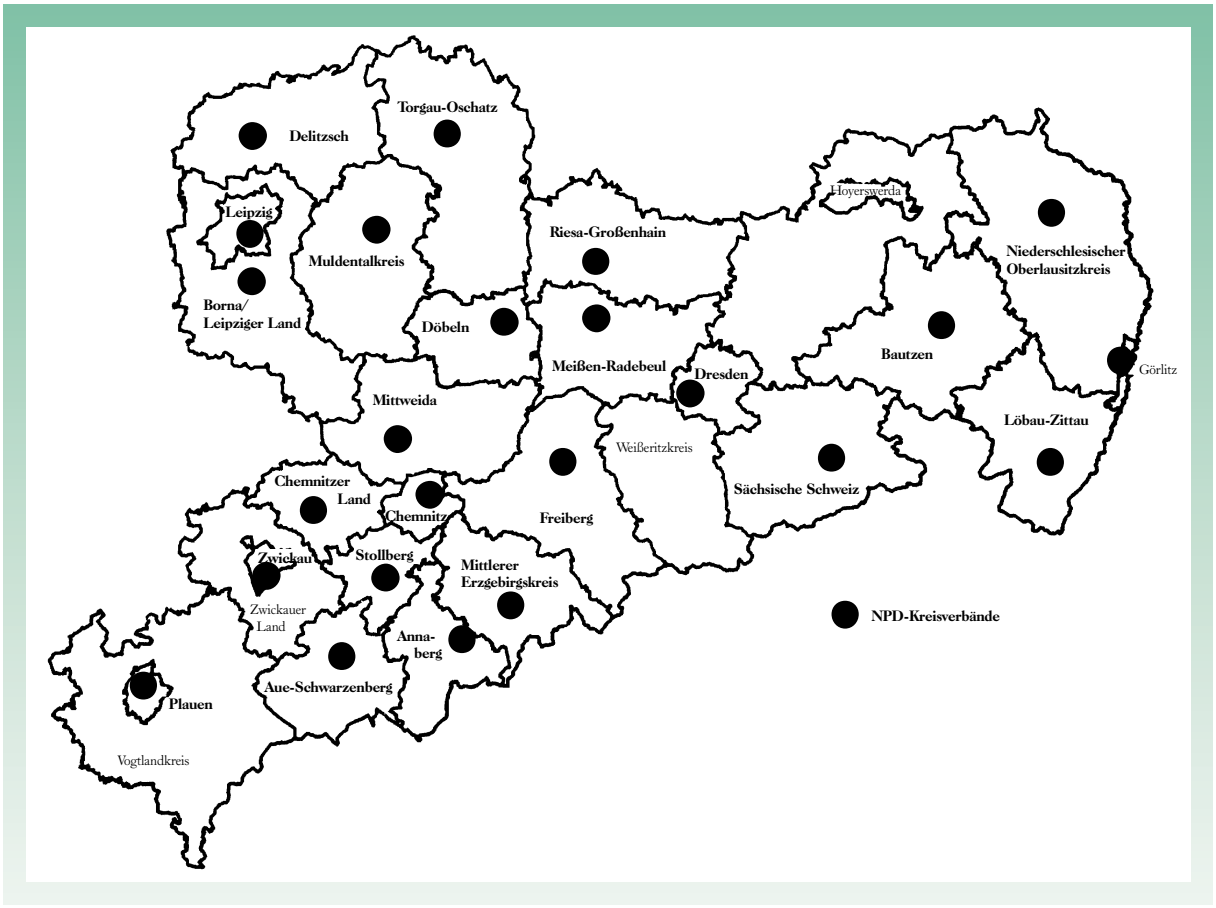
Historie und Strukturentwicklung

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI (DRP) hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) wurde 1969 gegründet.

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern 1989 bei Leipziger Montagsdemonstrationen Flugblätter verteilt hatten, gründeten Aktivisten am 24. März 1990 in der Messestadt die erste Struktur der NPD auf dem Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen unter der Bezeichnung MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 formierten die Mitglieder der MITTELDEUTSCHEN NATIONALDEMOKRATEN den sächsischen Landesverband der NPD und wählten den heutigen stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Jürgen SCHÖN aus Leipzig zum ersten Landesvorsitzenden. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

Im Verlauf der folgenden Jahre schwankte sowohl die Zahl der Kreisverbände als auch der Mitglieder im Freistaat Sachsen stark. In den ersten Jahren nach der Gründung hatte die NPD über 400 Mitglieder, die in rund 16 Kreisverbänden organisiert waren. Bis 1994 sank die Mitgliederzahl auf unter 100 Personen. Erst nach einer organisatorischen Straffung im Jahr 1995 auf 7 Kreisverbände und durch intensive Arbeit im Rahmen von Freundeskreisveranstaltungen gelang es der NPD, neue Mitglieder zu werben. In den darauf folgenden Jahren weiteten sich der Mitgliederbestand und die Strukturen der NPD kontinuierlich aus. Im Jahr 1996 gab es neun Kreisverbände mit ca. 300 Mitgliedern. Im darauf folgendem Jahr verdreifachte sich diese Zahl auf rund 900 Personen, die in 17 Kreisverbänden organisiert waren. Den Zenit dieser Entwicklung durchschritt der sächsische NPD-Landesverband Mitte 1998 mit ca. 1.400 Mitgliedern und 20 Kreisverbänden. Bis Ende des Jahres veränderten sich diese Zahlen nicht mehr. Trotz des Ausbaus der Struktur im Jahr 1999 auf 22 Kreisverbände sank die Mitgliederzahl auf rund 1.000. Im Jahr 2000 konnte die NPD trotz der seit Sommer 2000 geführten Diskussion über ein Parteiverbot einen Mitgliederzuwachs auf 1.100 Personen verzeichnen. Damit war sie jedoch bei weitem nicht in der Lage, den hohen Rückgang der Mitgliederzahl im Vorjahr zu kompensieren. Auch die Gründung der Kreisverbände Bautzen und Mittlerer Erzgebirgskreis – die Zahl der Kreisverbände im Freistaat Sachsen stieg damit auf 24 an – vermochte letztendlich hieran nichts zu ändern.
Die NPD bemühte sich um eine Kooperation mit militanten Rechtsextremisten, versuchte vor allem junge Menschen für sich einzunehmen und zeigte insbesondere mit Demonstrationen Präsenz in der Öffentlichkeit.

Die regionalen Schwerpunkte der NPD haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Nach wie vor ist die NPD in Leipzig und Umfeld, der Sächsischen



Schweiz und in der Region Dresden/Meißen/Riesa sehr aktiv. Daneben zeigt die NPD auch in Ostsachsen (Zittau/Görlitz) verstärkt öffentliche Präsenz.

Die Bedeutung des Bundeslandes Sachsen für die NPD wurde durch die Verlegung der parteizugehörigen DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH nach Riesa unterstrichen. In dem Verlag werden neben Flugblättern, Publikationen und dem NPD-Parteiorgan DEUTSCHE STIMME auch diverse Tonträger und Skinheadartikel vertrieben. Mit dem Umzug des Verlages nach Sachsen siedelten sich hier auch hochrangige NPD-Funktionäre an. Namentlich

DS Deutsche Stimme
MONATSZEITUNG FÜR POLITIK UND KULTUR
Ein System unter Anklage

sind der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL, Jens PÜHSE (Beisitzer im Bundesvorstand) und der stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Alexander DELLE nach Sachsen gezogen.

Politische Zielsetzung

Die NPD bekämpft die freiheitliche demokratische Grundordnung. Das „neue Reich", das die NPD anstrebt, ist eine völkisch-kollektivistische Staats- und Gesellschaftsordnung. Im Zentrum dieser Staatsidee steht nicht der einzelne Mensch, sondern die „Volksgemeinschaft". Oberstes Gebot für den Staat sind nicht die Achtung der Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes (Art. 1 Grundgesetz) und die daraus folgenden Freiheitsrechte, sondern die Wahrung der Volksinteressen, denen sich alles unterzuordnen hat. „Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde der Menschen"[53]. Damit verkehrt die NPD das Menschenbild des Grundgesetzes ins Gegenteil: die Würde des Einzelnen resultiert nicht aus dem freien Willen des individuellen Menschen, sondern sie ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der „Volksgemeinschaft" abhängig. Steht der Mensch außerhalb (seiner) Volksgemeinschaft, so verliert er sein Anrecht auf den Schutz durch den Staat. Ihre fremdenfeindliche Gesinnung

[53] Programm der NPD 1997, ohne Seitenangabe.

bringt die NPD u. a. dadurch zum Ausdruck, dass sie eine Politik, die auf die Integration von Fremden abzielt, als „menschenfeindlich“ bezeichnet.

In der sächsischen NPD-Publikation KOMPAß macht die NPD ihr Verständnis vom „Nationalismus“ deutlich: „Der Nationalismus stellt sich gegen die Grundthese der Internationalisten: die angebliche Gleichheit aller Menschen. (...) Wir glauben an keine Menschheit als Kollektivwesen mit zentralem Gewissen und einheitlichem Recht. (...) Wir glauben vielmehr an ein schärfstes Bedingtsein von Wahrheit, Recht und Moral durch Zeit, Raum und Blut.“[54] Diese Ausführungen lassen deutlich einen Widerspruch zum Art. 3 Grundgesetz (Gleichheit vor dem

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Kreisverband Löbau-Zittau

Kompaß

N

02/2000

Der nationale Weg

Seite 2: Augenblick (mal)
Seite 3: Eurodemokraten
Seite 5: Verlust der Muttersprache
Seite 7: Stadtgeschichte Zittau
Seite 9: Waltersdorf – NPD setzt Akzente
Seite 10: Rechenschaft NPD Gemeinderat
Seite 11: Programm 2000
Seite 12: In eigener Sache

Gesetz) erkennen, in dem es heißt: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“.

In der Vorstellung der NPD bestimmt der Staat das Gemeinwohl nicht in einem demokratischen - Mehrheiten und Minderheiten und ihren möglichen Wechsel berücksichtigenden - Prozess, sondern er hat die von vornherein definierten „Volksinteressen“ umzusetzen. Eine Demokratie, in der legitim widerstreitende Interessen in einem parlamentarischen System zum Ausgleich geführt werden, ist der NPD fremd. Die Politik hat vielmehr einer klaren Richtschnur zu folgen: „Politische Organisationsformen müssen so geordnet sein, daß sie handlungsfähige Organe ermöglichen, die in Übereinstimmung mit den Grundzielen des Volkes handeln“[55].

SACHSEN STIMME

UNKOSTENBEITRAG: 2 DM

Jan.-April 2000 Jahrgang VI, 1. Ausgabe

DIE NEUE WELTORDNUNG ?

bald

?

Die Ablehnung der Demokratie verdeutlicht auch eine Stellungnahme des sächsischen NPD-Vorsitzenden Winfried PETZOLD in einem Artikel der NPD-Publikation SACHSEN STIMME zum zukünftigen Weg der Partei. Dieser Artikel mit der Bezeichnung „NPD 2000. Mit geschlossenen Reihen vorwärts“ kann als theoretisches Basiskonzept des sächsischen NPD-Landesverbandes gewertet werden, dem er auch in der Praxis folgt (näheres zur Umsetzung im Kapitel „Aktuelle Entwicklung“). Es beschreibt die Vision der NPD von ihrer zukünftigen Rolle im „nationalen Widerstand“ und ist abgeleitet vom Strategiekonzept der NPD, das sich aus den Kernelementen „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um die Köpfe“ zusammensetzt.

Unter dem Mantel von antikapitalistischen Aussagen verbirgt sich in den Zeilen von PETZOLD eine deutliche Ablehnung der Demokratie. Er schreibt: „Die Weltvergifter und Verderber aller Völker stehen kurz

[54] KOMPAß 10/00, im Internet, Homepage der NPD Löbau/Zittau, ohne Seitenangabe.
[55] Programm der NPD 1997, ohne Seitenangabe. Schreibweise wie im Original.

vor dem Erreichen ihres Zieles: einer Diktatur des Weltkapitals mit totaler Zerstörung gewachsener Kulturen. (...) Eine Umkehr in Denken und Handeln wird überlebenswichtig. Dazu bedarf es eines neuen politisch-ökologischen Herangehens unter Anerkennung immerwirkender Naturgesetze. Mit ständigem Streben nach „Wachstum", mit globaler Ausbeutung von Regionen und Menschen, durch Versklavung freier Völker verwandelt der Raffgierkapitalismus die Erde in ein Leichenhaus. Erkennbar festzustellen bleibt, daß die Demokratie als politische Ausdrucksform des Kapitalismus, den Rahmen für dieses selbstmörderische Unternehmen bildet"[56]. Der letzte Satz gibt deutlich zu erkennen, dass sich die Argumentation letztlich gegen die Demokratie als „politische Ausdrucksform des Kapitalismus" richtet. Die Demokratie sei der Rahmen für ein „selbstmörderisches Unternehmen". PETZOLD sieht in der Demokratie offensichtlich eine Bedrohung für „gewachsene Kulturen" und „immerwirkende Naturgesetze". Nach Auffassung der NPD ist die staatliche und die gesellschaftliche Ordnung durch Naturgesetze bestimmt und die Demokratie gegen diese Naturgesetze gerichtet. Die „immerwirkenden Naturgesetze" besagen nach Auffassung der NPD, dass das Volk eine Volksgemeinschaft bilden muss, deren Ordnung nach bestimmten kulturellen und ggf. auch biologischen Kriterien - den „gewachsenen Kulturen" - bestimmt wird. Wenn dieses Naturgesetz nicht akzeptiert werde, so die NPD, drohe der Untergang des Volkes. Nach Auffassung des Vorsitzenden des NPD-Landesverbandes Sachsen muss also seinen Vorstellungen über die gesellschaftliche und staatliche Ordnung gefolgt werden, da sie mit naturgesetzlicher Notwendigkeit gelten. Derartige Vorstellungen tragen einen diktatorischen Charakter.

PETZOLD skizziert in seinen strategischen Ausführungen auch, auf welchem Weg die NPD diese neue Gesellschaftsordnung erreichen will: „Nach 10 Jahren BRD in Mitteldeutschland liegt es klar auf der Hand, daß ein Wandel zum Besseren durch Wahlen nicht zu erreichen ist. (...) Der zweifellos bevorstehende Endkampf bedarf gut geschulter politischer Soldaten, die aus voller Überzeugung bereit sind, im Notfall alles zu opfern, ja das Letzte zu geben. (...) Unsere Partei versteht sich als Kampf- und Sammlungsbewegung aller nationalen Kräfte, sie ist kein Wahlverein. Wahlen sind eines von vielen Mitteln des politischen Kampfes, jedoch kein ausschließliches."[57]

Als weiteres aktiv-kämpferisches und aggressives Element befürwortet der Landesvorsitzende der NPD die Bildung „national befreiter Zonen": Er behauptet, dass mittlerweile eine „Kultur des nationalen Widerstandes" entstanden sei. „Für viele Jugendliche bedeutet es Teil der eigenen Identität, Rennicke, „Landser" oder „Sturmtrupp" zu hören, einen deutschen Kurzhaarschnitt zu tragen und sich im NPD-Umfeld zu engagieren. (...) Gegenwärtig entstehen in vielen Regionen von Mitteldeutschlands nationale Szeneläden (...). Nebenbei dienen diese Läden als Treffpunkte, wo Veranstaltungstips und Konzerttermine ausgetauscht werden. Folgerichtig bilden sich im Umfeld solcher Stätten national befreite Zonen heraus. Für deutsche Anwohner und Besucher bedeutet das ein spürbares Plus an Sicherheit vor aus- und inländischen Kriminellen sowie eine Steigerung der Aufenthaltsqualität im Allgemeinen."[58]
Dieses Konzept hat eine klare militante Komponente und zielt auf die Eroberung der „Hoheit" über ein bestimmtes Gebiet. Wenn der Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Sachsen mit den befreiten Zonen[59] ein „spürbares Plus an Sicherheit vor aus- und inländischen Kriminellen sowie die Steigerung der Aufenthaltsqualität im Allgemeinen" verbindet, so legt dies zumindest eine Billigung der Gewalttaten gegen Ausländer und politische Gegner nahe, die Vertreter der Strategie der „national befreiten Zonen" aus dem militanten Rechtsextremismus begehen.

Aktivitäten

Bundesrepublik Deutschland

Handlungsmaxime für die NPD war auch im Jahr 2000 das strategische „Drei-Säulen-Konzept". Neben dem „Kampf um die Parlamente" (Wahlbeteiligung) und dem „Kampf um die Köpfe" (ideologische Kaderausbildung) bildete insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres 2000 der „Kampf um die Straße" den Schwerpunkt der NPD-Aktivitäten. Die Partei versuchte mit zahlreichen öffentlichen Kundgebungen, das Bild einer durchsetzungsfähigen politischen Kraft zu vermitteln und den Boden für eine organisationsübergreifende „Nationale Außerparlamentarische Opposition" (NAPO) vorzubereiten.

Dabei war die NPD bestrebt, in dieser „NAPO" Rechtsextremisten jeder Couleur zu einer „Bewegung" zusammenzufassen und so die rechtsextremistische

[56] SACHSEN STIMME, Ausgabe Jan.-April 2000, S. 4, Schreibweise wie im Original.
[57] SACHSEN STIMME, Ausgabe Jan.-April 2000, S. 5.
[58] SACHSEN STIMME, Ausgabe Jan.-April 2000, S. 5, Schreibweise wie im Original.
[59] Das Konzept der „befreiten Zonen" stellte erstmalig ein unbekannter Autor im Jahre 1991 in der Publikation VORDERSTE FRONT - ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE THEORIE & STRATEGIE (Zeitschrift des NHB, Nr. 2, Juni 1991) vor. In diesem Konzept forderte der Autor den Aufbau einer Gegenmacht. In diesen Zonen sollten die Rechtsextremen faktisch die Macht ausüben und sanktionsfähig sein. Dies umfasse zum Beispiel die Bestrafung von Feinden und Abweichlern.

Szene unter ihre Vorherrschaft zu stellen. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT formuliert dieses Ziel mit dem Slogan „Bewegung muss Partei ergreifen".

Noch im Mai 2000 beschwor VOIGT die Gemeinschaft von Parteimitgliedern, Skinheads und Neonationalsozialisten auf der Großveranstaltung am 27. Mai 2000 in Passau und meldete den Führungsanspruch der NPD an: „Die Bewegung muß lernen, daß Sie in einem Parteien- und Verbändestaat, wie der BRD, zur

Durchsetzung ihrer Ziele eine Partei braucht, die Bewegung muß begreifen, daß wir zur Durchsetzung der Einzelziele und Gruppeninteressen eine Partei, wie die NPD brauchen." Man habe bisher durch die Organisation von zahlreichen Demonstrationen und Aktionen unter Beweis gestellt, dass es gelungen sei, „über alle Parteigrenzen hinweg eine Nationale Außerparlamentarische Opposition (NAPO) zu instrumentalisieren". Diese NAPO brauche man „als verlängerten Arm unserer künftigen Abgeordneten im Parlament". (...) „Die hier anwesenden Personen: vom einfachen Soldaten der Wehrmacht bis hin zur Waffen-SS, vom Studenten bis zum Skinhead, (...) beweisen, daß man zusammenstehen kann, wenn Deutschland es befiehlt."[60]

Unter den etwa 4.000 Teilnehmern dieser Veranstaltung waren viele Skinheads und Neonationalsozialisten (u. a. auch ehemalige Funktionäre verbotener Organisationen, neonationalsozialistische Führungspersonen, aber auch der Rechtsterrorist Manfred ROEDER). Ebenfalls zählten zu den Teilnehmern rechtsextremistische „Vordenker" wie Dr. Reinhold OBERLERCHER.

Während der führende Neonationalsozialist Christian WORCH aus Hamburg zu diesem Zeitpunkt noch die Zusammenarbeit der NPD mit den freien Nationalisten bekräftigte und betonte, dass man die größten Erfolge für Deutschlands Ehre, Freiheit und Frieden gemeinsam errungen habe, wurde jedoch bereits kurz nach der Veranstaltung auch Kritik laut. Ein „freier Nationalist" beklagte im Internet, dass die NPD auf der Veranstaltung nur „die altbekannte Losung herausgibt, daß alle parteifreien Kräfte ihr Wissen und ihre Erfahrung endlich in die Partei einbringen sollten." Er halte solch ein „Aufsaugen aller Kräfte in eine Partei" nicht für den erfolgversprechenden Weg, um gleichberechtigt zusammenarbeiten zu können. Die Veranstaltung hätte bei vielen den Eindruck hinterlassen, dass „die einladende Partei möglicherweise Angst davor hat, daß die Bewegung tatsächlich Partei ergreifen könnte (...)"[61]

Als im Sommer 2000 die öffentliche Diskussion über ein Verbot der NPD begann, untersagte der NPD-Bundesvorstand nicht nur zeitweilig den Landesverbänden die Durchführung von Demonstrationen, gleichzeitig wurde die Zusammenarbeit mit Neonationalsozialisten seitens der NPD eingeschränkt. Im August 2000 distanzierte sich der NPD-Bundesvorsitzende von Neonationalsozialisten. Er erklärte, dass die NPD und freie Kameradschaften künftig wieder öfter getrennte Wege gehen werden. Der Rückzug vom Demonstrationsgeschehen stieß in der Szene auf Verständnislosigkeit und wurde als eine „Kapitulation vor dem System" angesehen. In einer Ansage des „Nationalen Infotelefon Rheinland" wird dies kommentiert: „Die NPD zieht sich damit vorerst wieder in die Hinterzimmer zurück, aus denen sie vor einigen Jahren als angebliche Speerspitze des nationalen Widerstandes kam. (...) Schade NPD, damit ist mal wieder ganz klar bewiesen, was man vom Geschwätz über die tatsächliche Speerspitze zu halten hat, Widerstand findet auf der Straße statt (...)."

Nach dem Beginn der Verbotsdiskussion meldete sich auch die Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000 (RPF) zu Wort, eine Gruppe, die innerhalb der NPD entstanden und erstmals am 27. Mai 2000 auf der NPD-Großveranstaltung in Passau in Erscheinung getreten war. In einem Flugblatt hatte sie sich als Zusammenschluss von revolutionären Nationalisten in der NPD/JN vorgestellt.

[60] Sämtliche Zitate dieses Absatzes aus der Homepage der NPD, ohne Seitenangabe. Schreibweise wie im Original.
[61] Auszug aus der Internetseite des „Nationalen Infotelefons" (NIT), ohne Seitenangabe. Schreibweise wie im Original.

Auf einem Treffen am 30. September 2000 in Thüringen sprachen RPF-Aktivisten (NPD-Mitglieder und Neonationalsozialisten wie Thomas „Steiner“ WULFF[62] und Michael SWIERZCEK[63]) einer Internetmeldung eines „Aktionsbündnisses Norddeutschland“ zufolge über die Durchsetzung eines „konsequenten und revolutionären Wegs“ in der NPD. Die RPF verstehe sich als eine Gemeinschaft von NPD und JN-Mitgliedern, die sich verstärkt für einen konsequenten und revolutionären Weg der Partei einsetze. Das Ziel sei eine „geschlossene, erfolgreiche, schlagkräftige NPD“. Man wolle dafür sorgen, dass endlich Schluss sei mit dem „bisherigen wankelmütigen Kurs - sowohl in der Öffentlichkeit als auch gegenüber parteifreien Kräften des Nationalen Widerstandes.“ Um dies zu erreichen seien organisatorische und personelle Änderungen von „innen“ notwendig.

Eine offensichtlich von der RPF gesteuerte INITIATIVE FÜR VERSAMMLUNGSFREIHEIT mobilisierte - während der Phase, als die NPD-Bundesführung Demonstrationen untersagt hatte - für eine Großkundgebung am 4. November 2000 in Berlin. Dem NPD-Parteivorstand warf man im Demonstrationsaufruf Feigheit und parteischädigendes Verhalten vor. Man habe sich in den vergangen drei Jahren „mühsam die Straße freigekämpft“. „Was der politische Gegner nicht geschafft hat, vollbringen nun „die eigenen Leute“: Feiger Rückzug und Aufgabe der Straße.“ Man wolle sich jedoch das Erreichte nicht durch einige „kopfscheu gewordene NPD-´Führungskräfte´ zerstören“ lassen. Für den Veranstalter überraschend war die hohe Beteiligung an dieser Demonstration. Statt der prognostizierten 400 Teilnehmer folgten 1.200 Rechtsextremisten, darunter Neonationalsozialisten und NPD-Anhänger, dem Aufruf.

Nachdem die NPD-Führung bislang die Aktivitäten der RPF ohne große Konsequenzen für die Beteiligten geduldet hatte, beschloss der NPD-Bundesvorstand im Dezember 2000 die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der NPD mit der in der RPF.

Offensichtlich auf Grund des Drucks der Basis, der Kritik der Neonationalsozialisten und der Erkenntnis, dass die Anträge auf ein Verbot der NPD gestellt werden, hob der NPD-Bundesvorstand Ende November 2000 das Demonstrationsverbot auf. Am 25. November 2000 demonstrierten rund 1.400 Anhänger der NPD - davon etwa ein Viertel dem Augenschein nach rechtsextremistische Skinheads - unter dem Motto „Argumente statt Verbote - Nein zum NPD-Verbot“ in Berlin.

Neben dem „Kampf um die Straße“ stellt der „Kampf um die Köpfe“ eine weitere wichtige Säule der NPD-Strategie dar. Aktiv bemühte sich die NPD um eine Intellektualisierung der Partei. In der DEUTSCHEN STIMME kommen intellektuelle Rechtsextremisten wie Dr. Reinhold OBERLERCHER zu Wort. Der ehemalige RAF-Terrorist Horst MAHLER aus Berlin hielt bei NPD-Veranstaltungen Vorträge. Als die Diskussion über ein NPD-Verbot einsetzte, rief MAHLER die Initiative „Ja zu Deutschland, ja zur NPD“ ins Leben und trat schließlich in die NPD ein.

Ein weiteres Beispiel für die Bemühungen der NPD um eine Intellektualisierung der Partei spiegelt ein Artikel in der September-Ausgabe der NPD-Publikation DEUTSCHE STIMME wider, in dem eine neue Bildungsinitiative mit der Bezeichnung DEUTSCHE AKADEMIE vorgestellt wird. Demzufolge handele es sich bei dieser Institution um eine gemeinsame Bildungsinitiative des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES (NHB), des DEUTSCHEN KOLLEGS, der Werkstadt NEUES DEUTSCHLAND und des THULE SEMINARS. Man beabsichtige, über regionale Gesprächskreise weiter Unterstützungsgruppen für die „nationale Theoriebildung“ zu gewinnen. Im Zeitraum vom 30. Juni bis 2. Juli 2000 organisierte die DEUTSCHE AKADEMIE in Leipzig eine Veranstaltung, an der neben Dr. Reinhold OBERLERCHER u. a. auch Horst MAHLER, der Redakteur der DEUTSCHEN STIMME, Jürgen SCHWAB, und der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT teilnahmen. Dem Artikel in der DEUTSCHEN STIMME zufolge befasste sich die Veranstaltung mit der Frage, „aus welchen historischen und geistigen Quellen beziehungsweise gegenwärtigen politischen Ideen ein neues deutsches Gemeinwesen entstehen könnte“[64].

Freistaat Sachsen

Nachdem man sich im Jahr 1999 mit Rücksicht auf die Wahlen in der Öffentlichkeit zurückhaltend gezeigt hatte, schwenkte die sächsische NPD im Jahr 2000 erneut auf die vom Bundesvorstand vorgegebene konsequente Umsetzung des „Drei-Säulen-Konzeptes“ ein. Die Partei bemühte sich, durch Demonstrationen „die Wut auf die Straße“ zu bringen. Über Kameradschaften und Skinheads als „Vorfeldorganisationen der NPD“ sollten sich im Rahmen einer nationalen Jugendkultur „befreite Zonen“ etablieren.[65]

Insgesamt fünf Demonstrationen führte die NPD im Jahr 2000 im Freistaat Sachsen durch. Dabei nahmen

[62] Führender Neonationalsozialist aus Hamburg.
[63] Ehemaliger Bundesvorsitzender der verbotenen NATIONALEN OFFENSIVE (NO).
[64] DEUTSCHE STIMME, Ausgabe September 2000, S. 21.
[65] SACHSEN STIMME, Ausgabe Januar-April 2000, S. 4/5.

die Rechtsextremisten ein weites Themenspektrum zum Anlass für ihre Aufmärsche. Es reichte von historischen Daten, wie dem 17. Juni (Volksaufstand) und dem 1. Mai („Tag der Arbeit“) bis zu wirtschaftlichen bzw. sozialen Themen („Gegen die Ausraubung Deutschlands“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Kulturerhalt statt Leitkultur“).

Der Auftakt der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten von NPD-Mitgliedern fand am 13. Februar 2000 in Dresden statt. An diesem Tag demonstrierten erstmals

Trauermarsch am 13. Februar 2000 Foto: LfV Sachsen

gemeinsam Mitglieder der NPD sowie der rechtsextremistischen Parteien Die Republikaner (REP) und Deutsche Volksunion (DVU). Den äußeren Rahmen bildete ein von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) angemeldeter Trauermarsch anlässlich des 55. Jahrestages der Zerstörung der Landeshauptstadt. An der Spitze des Zuges marschierten der frühere Bundesvorsitzende der REP Franz SCHÖNHUBER, Horst MAHLER und der sächsische Landesverbandsvorsitzende der JLO, Alexander KLEBER. Im Zug marschierten Mitglieder und Sympathisanten der NPD, der REP, der DVU sowie Skinheadgruppierungen und demonstrierten mit ihrem gemeinsamen Auftreten in der Öffentlichkeit eine neue Geschlossenheit der rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen.

Anders als im Vorjahr meldete die NPD zum „Tag der Arbeit“ am 1. Mai keine zentrale Veranstaltung an, sondern plante, dezentral in mehreren Städten im Bundesgebiet Kundgebungen durchzuführen. Demonstrationen in Weimar, Hannover und Gießen wurden allerdings verboten. In Fürth, Ludwigshafen, Wetzlar, Berlin und Stralsund demonstrierte die NPD, nachdem sie gegen behördliche Verbote mit Rechtsmitteln vorgegangen war. Für den sächsischen Landesverband hatte neben einem Aufmarsch in Dresden eine Demonstration in Grimma die zentrale Bedeutung.

In Grimma folgten ca. 550 Personen dem Demonstrationsaufruf. Etwa 100 Personen reisten aus Sachsen-Anhalt, ca. 60 Rechtsextremisten aus Thüringen an. Die Mehrzahl der Demonstranten waren den NPD-Kreisverbänden Leipzig, Muldental und Delitzsch zuzuordnen. Ansprachen zur Abschlusskundgebung hielten Manfred ROEDER, der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL und der sächsische Landesvorsitzende Winfried PETZOLD.
In Dresden beteiligten sich am gleichen Tag etwa 300 Personen, darunter viele Skinheads, an der NPD-Demonstration. Der Teilnehmerkreis stammte überwiegend aus Dresden und der Umgebung sowie dem ostsächsischen Raum. In der Abschlussrede griff der Chefredakteur der DEUTSCHEN STIMME, Jürgen DISTLER aus Bayern, das „deutsche Monopolkapital“ an. Es habe sich die Gewerkschaften und die Regierung zu willfährigen Helfern gemacht. Nur der entschiedene Kampf der NPD gegen diese kapitalistischen Monopolstrukturen führe das deutsche Volk im Rahmen eines nationalen Volkstaates wieder zur sozialen Gerechtigkeit.

NPD-Demonstration am 1. Mai 2000 Foto: dpa

Die NPD nahm auch den 17. Juni (Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR) zum Anlass für mehrere Demonstrationen im Bundesgebiet. Wiederum bestimmte nicht - wie in der Vergangenheit - eine zentrale Großdemonstration das Konzept der NPD, sondern räumlich getrennte Veranstaltungen. Veranstaltungen wurden in Görlitz, Königs Wusterhausen, Magdeburg und Eisenach durchgeführt. Obwohl die NPD für die Demonstration in Görlitz bundesweit über Publikationen, Internet, Infotelefone und Flugblätter mobilisiert hatte, wurde diesmal die vom Veranstalter prognostizierte Teilnehmerzahl von 1.000 Personen auch nicht annähernd erreicht. Nur etwa 250 Rechtsextremisten folgten dem Ruf der NPD. Die Teilnehmerzahl verringerte sich sogar bis zur Abschlusskundgebung auf etwa 150 Personen. Ungefähr 40 Prozent der De-

monstrationsteilnehmer waren erneut Skinheads, darunter auch Angehörige der BLOOD & HONOUR-Sektionen Sachsen und Südbrandenburg.

Wie in den vergangenen Jahren organisierte die NPD am 1. Juli 2000 in Zittau wieder einen Gedenkmarsch anlässlich des Todestages von Holger MÜLLER[66]. An der Veranstaltung nahmen rund 180 Rechtsextremisten teil, überwiegend aus der Region, unter ihnen der ehemalige Vorsitzende der DIE NATIONALEN e. V., Frank SCHWERDT aus Berlin, und der Gründer des JUNGEN NATIONALEN SPEKTRUMS (JNS), Udo HEMPEL aus Weißwasser.[67]

Im Gegensatz zu der für die NPD enttäuschend geringen Beteiligung an der Görlitzer Demonstration, belegt die Teilnahme von ca. 300 Rechtsextremisten an der Demonstration in Dresden am 15. Juli 2000 (Motto: „Gegen die Ausraubung Deutschlands"), mit Blick darauf, dass der Veranstalter nur mit etwa 200 Personen gerechnet hatte, die hohe Aktionsbereitschaft der Rechtsextremisten in der Landeshauptstadt. Eine starke Beteiligung von Skinheads und Kameradschaftsmitgliedern konnte auch bei dieser Demonstration festgestellt werden.

Als die Diskussion über ein Verbot der NPD im Sommer begann, stellte auch der sächsische Landesverband seine Demonstrationen vorrübergehend ein. Die Anmeldung einer für den 13. August 2000 geplanten Demonstration in Grimma zog die NPD wieder zurück. Öffentlich erklärte die NPD, man befürchte, dass angeblich eingeschleuste (staatliche) Provokateure bei derartigen Veranstaltungen der NPD Schaden zufügen könnten.
Zugleich folgte der sächsische Landesverband dem Aufruf des Bundesvorstandes zu einer bundesweiten Kampagne. Mit Infoständen, Flugblattverteilaktionen und Mahnwachen protestierten die NPD-Mitglieder u. a. in Dresden, Riesa und Annaberg-Buchholz gegen das drohende Verbotsverfahren. Dabei stellte sich die NPD als Opfer einer „Hetzkampagne der Medien" dar. Der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL setzte in einem Interview[68] die Geschehnisse mit der Verfolgung der Juden während der „Reichskristallnacht" gleich.

Die innerhalb der NPD entstandene Gruppierung REVOLUTIONÄRE PLATTFORM – AUFBRUCH 2000 (RPF) (siehe oben) fand auch im Freistaat Sachsen Anhänger. In der 2. Ausgabe des Rundbriefes der RPF wurde berichtet, dass die von der RPF initiierte Demonstration am 4. November 2000 in Berlin auch von den NPD-Kreisverbänden in Görlitz, Dresden und der Sächsischen Schweiz unterstützt werde.
Der sächsische NPD-Landesverband empfand die Aktivitäten der RPF in Sachsen während der Verbotsdiskussion als schädlich. Laut der o. g. Ausgabe des Rundbriefes der RPF beschlossen die sächsischen NPD-Funktionäre bereits vor dem Unvereinbarkeitsbeschluss des NPD-Bundesvorstandes, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der NPD-Sachsen und in der RPF unvereinbar sei.
In der darauf folgenden Ausgabe Nr. 3 des Rundbriefes der RPF schreibt der ehemalige Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Dresden und Anhänger der RPF, Ronny THOMAS, er sehe in diesem Beschluss das Ergebnis „gewisser Kräfte" in Sachsen, „die NPD noch weiter ins bürgerliche Lager tragen zu wollen". Doch die RPF-Aktivisten „stehen nicht auf, um ein todkrankes Gebilde, in diesem Fall das System mit all seinen Erscheinungen, länger am Leben zu erhalten, sondern wir stehen in der politischen Pflicht für ein freies Deutschland."[69] Man werde nicht das Handtuch werfen und aus der Partei austreten. „Trotz Abgrenzungsbeschluß gegenüber der RPF im LV [Landesverband; Anmerkung des Verfassers] Sachsen lebte der revolutionäre Geist fort!"[70]

Nachdem der NPD-Bundesvorstand das Demonstrationsverbot im November 2000 wieder aufgehoben hatte, bewies die NPD in Dresden ihre hohe Aktionsneigung durch die Anmeldung einer Demonstration am 2. Dezember 2000 unter dem Motto „Kulturerhalt statt Leitkultur" in Dresden. Die Demonstration wurde verboten, das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung der Stadt Dresden. Einige Rechtsextremisten hielten sich jedoch nicht daran und versuchten, am Veranstaltungstag einen Aufmarsch in Dresden durchzuführen. In diesem Zusammenhang nahm die Polizei 16 Personen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam.

Mit Aktionismus, insbesondere in Form von Demonstrationen, und politischer Basisarbeit versucht die NPD, jugendliche Rechtsextremisten und rechtsextremistisch eingestellte junge Menschen für sich zu gewinnen.

Der NPD-Kreisgeschäftsführer und Stadtrat von Königstein Uwe LEICHSENRING bezeichnete in einem Interview mit der DEUTSCHEN STIMME die Jugendarbeit der NPD als die wichtigste Aufgabe der NPD-Kommunalarbeit. In der Ausgabe Nr. 5 der Infobroschüre KLARTEXT des NPD-Kreisverban-

---

[66] Vgl. FN 12.

[67] Ursprünglich war diese Veranstaltung regelmäßig vom neonationalsozialistischen NATIONALEN JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. angemeldet worden.

[68] MDR-Kultur vom 26. Oktober 2000.

[69] RPF-RUNDBRIEF Nr. 3/00, S. 2.

[70] Ebenda.

Weitergeben – Weitersagen

AN ALLE HAUSHALTE MIT TAGESPOST

KLARTEXT

Die *Deutsche Stimme* von Königstein

Königstein, April/Mai 2000 Ausgabe Nr. 8

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheit, deren geographische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt.

Otto Fürst von Bismarck (1815-1898)

des Sächsische Schweiz wird beispielsweise auf einen Antrag der NPD im Kreistag hingewiesen, der die Einrichtung eines Jugendstammtisches zum Inhalt hat.

Die NPD betrachtet rechtsextremistische Kameradschaften als verlängerten Arm der eigenen Partei. Sie arbeitet im Freistaat Sachsen eng mit dieser Szene zusammen und benutzt sie für Parteizwecke z. B. als Wahlkampfhelfer oder für Ordnerdienste.

Herausragendes Beispiel dafür war die rechtsextremistische Kameradschaft SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS), die mittlerweile verboten wurde. Diese Organisation hatte enge Kontakte v. a. zum NPD-Kreisverband Sächsische Schweiz. Mitglieder der SSS schützten NPD-Veranstaltungen im Rahmen eines Ordnungsdienstes, halfen bei Plakatierungsaktionen im Landtagswahlkampf und werden auch zu Parteiveranstaltungen eingeladen.

Auch in Dresden existieren zwischen der NPD und Kameradschaften wechselseitige Beziehungen. Die NPD organisiert Veranstaltungen wie Demonstrationen und Vorträge. Im Gegenzug unterstützen die Kameradschaftsmitglieder die NPD u. a. bei Flugblattaktionen und Infotischen.

In Umsetzung ihrer Strategie, eine rechtsextremistische Infrastruktur zu schaffen, versuchte die NPD bereits in der Vergangenheit in Wurzen, ein Haus als „Jugendzentrum“ auszubauen. Das Projekt musste nach einer baupolizeilichen Schließung von der NPD aus finanziellen Gründen aufgegeben werden.

In Riesa wird das vom NPD-Verlag DEUTSCHE STIMME erworbene Objekt nicht nur für Verlagsarbeit genutzt. Hier ist auch der Versand von Jens PÜHSE integriert, der im Objekt einen „Szeneladen“ führt.

In Görlitz stellt ein NPD-Funktionär der Partei sowie deren Interessenten ein Haus als Treffpunkt zur Verfügung .

Auch bereits vorhandene Jugendeinrichtungen nutzt die NPD für ihre Parteiarbeit. In den Clubräumen fanden NPD-Veranstaltungen statt, bei denen u. a. auch ein rechtsextremistischer Liedermacher auftrat. Weiterhin unterstützen Jugendclub-Mitglieder die NPD zum Beispiel bei der Absicherung von Veranstaltungen.

Mit der Herausgabe eigener örtlicher Zeitungen oder Flugblätter in den Kreisverbänden bemüht sich die NPD, ihren Bekanntheitsgrad zu steigern und ihre Akzeptanz im regionalen politischen Leben zu vergrößern. Neben der vierteljährlich erscheinenden Publi-

kation des NPD-Landesvorstandes SACHSEN STIMME geben bislang zwei Kreisverbände eigene Publikationen heraus.
Der NPD-Kreisverband Löbau/Zittau ist Herausgeber der Schrift KOMPAß. Sie wird als Broschüre regional und auch im Internet verbreitet. Neben Veranstaltungshinweisen, kurzen Schilderungen von NPD-Aktivitäten sowie geschichtlichen Abhandlungen über die Region greift die NPD darin Themen auf, welche die regionale rechtsextremistische Szene beschreiben oder kommunale Belange betreffen. Dabei stellt sie sich stets als Interessenvertreter bzw. Anwalt der Bürger dar und erweckt den Eindruck, sie wäre die einzige politische Kraft, die sich für die Belange der Bürger einsetzt.
Ein weiteres Infoblatt mit dem Titel KLARTEXT gibt die NPD-Fraktion im Stadtrat von Königstein heraus. Diese Zeitschrift wird regelmäßig im Raum Königstein verbreitet. Im KLARTEXT werden dem Leser politische Inhalte und Zielsetzungen der NPD, z. B. das Parteiprogramm, vermittelt und Leserzuschriften veröffentlicht.

Die NPD in Sachsen hat die Nutzung des Internets weiter ausgebaut. Insbesondere in der Region Dresden engagierte sich ein NPD-Mitglied für die Internetpräsentationen der NPD. Neben der Homepage des Kreisverbandes Dresden betreut er weitere Projekte wie die Seite des NPD-Landesverbandes Sachsen, der SACHSEN STIMME und die Homepage der SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ[71]. Neben diesem umfangreichen Medienprojekt sind die NPD-Kreisverbände Löbau/Zittau und Zwickau ebenfalls mit eigenen Homepages präsent.

Seit der Auflösung des früheren sächsischen Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN am 7. Juni 1999 ist diese Jugendorganisation im Freistaat Sachsen nicht wieder aufgebaut worden. In der Region Zittau ist allerdings ein Stützpunkt der JN gegründet worden. Ein Mitglied dieses Stützpunktes stellt die JN in einem Interview in der Publikation DER FRONTSOLDAT vor, die von der ostsächsischen Kameradschaftsszene herausgegeben wird. Das „Infotelefon Sachsen“ verkündete Anfang Dezember 2000, dass die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN wieder einen Landesverband gründen wollen.
Der Bundessitz der JN ist in diesem Jahr in das Gebäude der DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH nach Riesa umgezogen.

Die vereinzelten Mitglieder der Organisation BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG) - eine im Juni 1999 gegründete Abspaltung der JN - aus Kamenz und Bischofswerda, die sich zwischenzeitlich auch BEWEGUNG DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT nennen, zeigen im Freistaat Sachsen kaum Aktivitäten .

Das Verhältnis der NPD zum militanten Rechtsextremismus

Die NPD bemüht sich im Freistaat Sachsen aktiv um Skinheads und Kameradschaftsmitglieder, v. a. indem sie dieser Szene durch die Organisation von Veranstaltungen eine gemeinsame Plattform für Aktivitäten bietet.

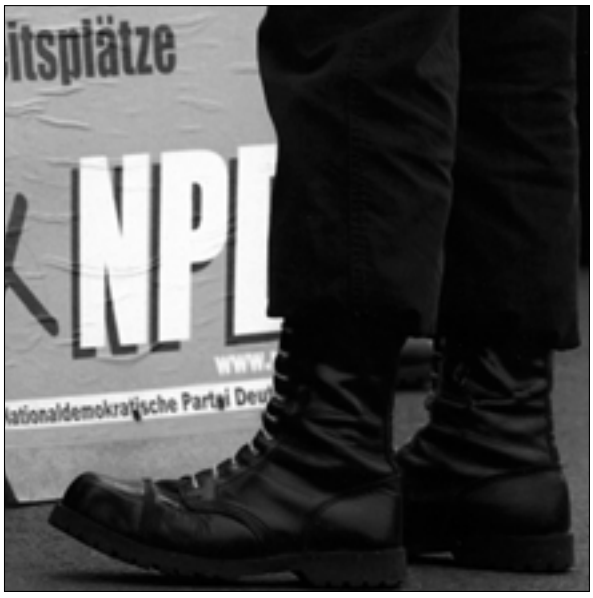


Foto: dpa

In der Vergangenheit war das Verhältnis zu dieser Szene oft wechselhaft. Die Skala reichte dabei von Ablehnung bis hin zur Umwerbung. Dieses ambivalente Verhältnis der NPD zu militanten Rechtsextremisten war einerseits in Befürchtungen begründet, dass sich die Gewaltbereitschaft und das äußere Erscheinungsbild der Anhänger dieser Szene negativ auf das Image der NPD auswirken könnte und resultierte andererseits aus der Erkenntnis der NPD-Führung, dass gerade unter diesen meist jungen Rechtsextremisten aktives Mitgliederpotenzial für den „Kampf um die Straße“ rekrutierbar ist.

Das Wechselspiel zwischen Ablehnung und Umwerbung dieser Gruppe wird im sächsischen NPD-

[71] Anfang des Jahres 2001 waren auf den Seiten des NPD-Landesverbandes Sachsen, der SACHSEN STIMME und des NPD-Kreisverbandes Dresden keine Inhalte abrufbar. Angaben auf den Homepages zufolge, sei dies auf den „zunehmenden Systemterror“ zurückzuführen. Laut Mitteilungen des stellvertretenden NPD-Bundes- und stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von Sachsen, Jürgen SCHÖN, in der Presse sind allerdings Querelen mit dem Ersteller der Internet-Seiten die Ursache.

Landesverband insbesondere in der Entwicklung der letzten Zeit deutlich. Im Jahr der sächsischen Landtagswahl 1999 distanzierte sich der stellvertretende sächsische Landesvorsitzende und zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende Jürgen SCHÖN in der Presse von Skinheads. Die Parteiführung befürchtete, dass sich die Aktivitäten von Skinheads bei Veranstaltungen der NPD negativ auf die Wahlergebnisse auswirken könnten. In diesem Zeitraum verzichtete die NPD im Freistaat Sachsen im gleichen Zusammenhang auch auf ihre Demonstrationen, um zu verhindern, dass das martialische Auftreten der Skinheads bei derartigen Veranstaltungen einen negativen Eindruck bei der Bevölkerung hinterlässt.

Als trotz dieser Maßnahmen der Mitgliederbestand der NPD zurückging und sie den erhofften Einzug in den sächsischen Landtag verfehlte, wies der sächsische NPD-Vorsitzende Winfried PETZOLD Anfang des Jahres 2000 in einem Artikel der NPD-Publikation SACHSEN STIMME den Weg zu einer aktionistischen Linie unter Einbeziehung von Skinheads und Kameradschaftsmitgliedern:
„Zukünftig kann und darf die Partei auf das bewährte Kampfmittel der Demonstration nicht verzichten. Wenn die Medien und das korrupt-verkommene Regime gegen uns hetzen, dann gibt es nur ein Gegenmittel: Die Wut auf die Straße tragen! (...) Jugend will marschieren! (...) Geben wir der deutschen Jugend die Möglichkeit zu Protest und Widerstand. (...) Prägende Gemeinschaftserlebnisse sind zur Stärkung der Kampfmoral nicht zu unterschätzen. Fahnen, Trommeln sowie exakte Marschformation erschrecken lediglich jene, die in Chaos, Gewalt, Anarchie und Zerstörung ihr Ideal sehen."
„Volkstreue Jugend schließt sich zunehmend in Freien Kameradschaften zusammen. Diese bilden wichtige politische Vorfeldorganisationen für unsere Partei (...). Viele im NPD-Umfeld engagierte Jugendliche identifizierten sich mit Skinbands wie LANDSER oder STURMTRUPP (...)."[72]

Gerade rechtsextremistische Skinhead-Bands wie LANDSER verherrlichen in ihren Texten das NS-Regime. Dies verdeutlicht ein Beispiel:

> „Neulich habe ich auf dem Dachboden 'ne Kiste entdeckt,
> die hat mein Großvater '45 da versteckt.
> Drin war 'n all die schönen Sachen aus der guten alten Zeit,
> und obendrauf lag Opas Uniform bereit".
> (...)
> „Opa war Sturmführer bei der SS".
> (...)
> „Kein Politkommissar kam ihnen davon,
> denn für Bolschewiken gab es kein Pardon."
> (...)
> „Drum freut`s mich heut auch jeden Tag enorm,
> seh ich meines Großvaters Uniform.
> Dann seh ich auf der Mütze den Totenschädel blitzen,
> weiß, dass all die Schweine bald schon wieder flitzen."[73]

Auf Grund der Gewalt verherrlichenden, rassistischen und neonationalsozialistisch geprägten Liedtexte dieser Gruppe, unterliegen Tonträger der Band Beschlagnahmebeschlüssen, das heißt, schon der Besitz einer derartigen CD kann strafbar sein.
Die rechtsextremistische Band STURMTRUPP aus Bayern trat bereits mehrfach zu Skinhead-Konzerten im Freistaat Sachsen auf. Sie brachte u. a. eine CD mit dem Titel „Es geht voran" heraus, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPjS) indiziert wurde.

Der sächsische NPD-Vorsitzende PETZOLD stellt damit eine direkte Beziehung zwischen der NPD und grundsätzlich gewaltbereiten, rechtsextremistischen Skinheads her, deren Einstellung von übersteigertem Nationalbewusstsein, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus geprägt ist. Diese Beziehung reicht auch - wie obiges Zitat belegt - bis zur Billigung Gewalt verherrlichender Texte.

Die neue Linie setzte die NPD im Jahr 2000 konsequent um. Die Partei organisierte allein im Jahr 2000 fünf Demonstrationen. Skinheads und Kameradschaftsmitglieder benutzten diese Veranstaltungen gern, um ihren politischen Willen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Dafür spricht die hohe Anzahl von Teilnehmern aus dieser Szene (zwischen 30 und 50 %) an den NPD-Demonstrationen in Dresden, Grimma, Görlitz und Zittau.

Die Akzeptanz der NPD innerhalb der Skinheadszene wird in einem Interview des Skinhead-Magazins WHITE SUPREMACY mit einem Bandmitglied der rechtsextremistischen Skinhead-Band 14 NOTHELFER aus Pirna (Lkr. Sächsische Schweiz) deutlich: Auf die Feststellung des Interviewers, dass der Großraum Sächsische Schweiz eine Hochburg von NPD, HAMMERSKINS und BLOOD & HONOUR sei, und die Frage, wie die Bandmitglieder dazu stehen, antwortet der Gefragte, dass „sie sich der NPD freundschaftlich verbunden fühlen" und „in der örtlichen Szene politisch aktiv seien".

---

[72] SACHSEN STIMME, Ausgabe Jan.-April 2000, S. 4 und 5. Fehler aus dem Original übernommen.
[73] CD „Deutsche Wut, Rock gegen oben", Gruppe LANDSER, Titel „Sturmführer".

Gerade in dieser Region manifestierte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der NPD und gewaltbereiten Skinheads.
Mitglieder der SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) - eine ca. 100 Anhänger zählende gewaltbereite sächsische Kameradschaft - unterstützten die NPD z. B. mit Ordnerdiensten bei Veranstaltungen und im Wahlkampf zur sächsischen Landtagswahl 1999. Auch als die Staatsanwaltschaft gegen die SSS ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung einleitete, distanzierte sich die NPD nicht von der SSS. Im Rahmen der Durchsuchungsmaßnahmen im Sommer 2000 konnten im Umfeld der SSS erhebliche Mengen Sprengstoff und verschiedene Waffen sichergestellt werden. Der NPD-Kreisverband Dresden bezeichnete die Strafverfolgungsmaßnahmen als Maßnahmen gegen die „volkserhaltende" Jugend. Der Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz Uwe LEICHSENRING äußerte in der Presse, dass er sich weiter mit der Gruppe verbunden fühle.[74]

Auch in der Region Zittau-Löbau existiert eine enge Zusammenarbeit zwischen der NPD und regionalen Skinhead- bzw. Kameradschaftsgruppen.
Auf einem im Internet eingestellten Aufruf zum Gedenkmarsch anlässlich des Todestages von Holger MÜLLER[75], den die NPD organisiert, unterzeichneten „In kameradschaftlicher Gemeinschaft": Der NPD-Kreisverband Löbau-Zittau, der neonationalsozialistische NATIONALE JUGENDBLOCK ZITTAU e. V., die Gruppe ODINS LEGION sowie weitere „freie Kameradschaften". Die Gruppe ODINS LEGION stellt sich in einem Interview in der NPD-Publikation DEUTSCHE STIMME als eine „freie Kameradschaft" vor. Deren Aktivisten verkehren im Jugendclub Glossen (bei Kittlitz, Lkr. Löbau-Zittau). In diesem Jugendclub fanden in der Vergangenheit rechtsextremistische Veranstaltungen statt. Am 2. Dezember 2000 beendete die Polizei ein Skinhead-Konzert in diesem Objekt.

Ein Flugblatt der NPD, das vom sächsischen NPD-Vorsitzenden Winfried PETZOLD unterzeichnet ist, verkündete im August 2000 die Gründung eines BÜNDNIS GEGEN LINKS (B.G.L.). Dieses Bündnis soll dem Schreiben zufolge eine breite Bürgerfront gegen eine angeblich „sich abzeichnende antifaschistische Diktatur" darstellen. Neben der NPD sind im Flugblatt auch die rechtsextremistische Skinhead-Kameradschaft WHITE TERROR SKINS (WTS) aus Leipzig und andere Kameradschaften als Angehörige dieses Bündnisses angeführt.

Die NPD arbeitet nicht nur mit militanten Rechtsextremisten zusammen, sondern sie zeigt auch parteiintern ein ambivalentes Verhältnis zu Gewalt- und Straftätern. Zwar fordert die NPD öffentlich nicht konkret zu Straftaten auf, und die Begehung von Straftaten gehört auch nicht zum ausdrücklichen Strategiereservoir der NPD. Aber in der NPD finden auch rechtskräftig verurteilte Straftäter ihre Heimat.
So zum Beispiel der ehemalige Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Dresden, Ronny T. Im Mai 1998 war er an einem Überfall auf links orientierte Jugendliche an einem Stausee in Kauscha (bei Dresden) beteiligt. Das Amtsgericht Dresden verurteilte ihn daraufhin am 2. September 1998 wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung und Freiheitsberaubung zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten sowie einer Geldstrafe. Seit seiner Haftentlassung Anfang des Jahres 2000 ist er wieder in der NPD aktiv, so z. B. bei einer Flugblattaktion in Dresden-Cotta im März 2000.
Ebenso wie die Duldung von Straftätern innerhalb der NPD verdeutlichen die Aussagen in der Publikation KLARTEXT (Herausgegeben von der NPD-Fraktion im Stadtrat von Königstein) vom Dezember 1999/ Januar 2000 eine mangelnde Distanz zu politisch motivierten Straftaten. In der Publikation werden Delikte wie Volksverhetzung und die Verbreitung von nationalsozialistischem Propagandamaterial verharmlost und entsprechende Verurteilungen als „Ungeheuerlichkeit" bewertet.

Die Summe dieser Erkenntnisse zeigt, dass die NPD im Freistaat Sachsen gezielt mit militanten Rechtsextremisten zusammenarbeitet. Die NPD bemüht sich aktiv um dieses potenzielle Mitgliederreservoir und toleriert dabei auch Straf- und Gewalttäter.

[74] Seit Herbst 2000 ermittelt die Polizei in diesem Zusammenhang auch gegen LEICHSENRING wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.
[75] Vgl. FN 12.

Deutsche Volksunion (DVU)

Gründung:	1987 als Partei DVU - Liste D 1991 Umbenennung in DVU
Sitz:	München
Teil-/Nebenorganisationen (Aktionsgemeinschaften):	Deutsche Volksunion e. V. (DVU e. V.) Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.) Ehrenbund Rudel Aktion Oder-Neiße (AKON)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 17.000
Sachsen:	etwa 500
Mitglieder 2000	
bundesweit:	etwa 17.000
Sachsen:	etwa 500[76]
Publikation:	NATIONAL-ZEITUNG / DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG (NZ)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Für die DVU war das Jahr 2000 geprägt vom weiteren Zerfall ihrer Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, in den sie 1998 mit 12,9 % der Stimmen gewählt worden war. Nachdem bereits 1999 mehrere Abgeordnete die DVU-Landtagsfraktion verlassen hatten, wurden Anfang des Jahres nach internen Querelen die damalige DVU-Fraktionsvorsitzende Claudia WICHMANN sowie deren damaliger Stellvertreter Helmut WOLF aus der Partei ausgeschlossen. Weitere Fraktionsmitglieder erklärten ihren Austritt.
In einer Presseerklärung bescheinigte WICHMANN der DVU mangelnde innerparteiliche Demokratie und charakterisierte sie als „Spendenverein ohne Rücklauf". Die Abgeordnete gründete schließlich Mitte Februar mit weiteren Abtrünnigen der DVU-Fraktion eine neue Partei unter der Bezeichnung Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP). Organisationsformen der FDVP sind in Sachsen nicht bekannt.

Die DVU wurde 1987 auf Initiative des Münchener Verlegers Dr. Gerhard FREY in engem Zusammenwirken mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) unter der Bezeichnung Deutsche Volksunion - Liste D gegründet und 1991 in DVU umbenannt. Vorsitzender der Partei ist seit ihrer Gründung Dr. Gerhard FREY. Unter seiner Führung haben die 16 Landesverbände kaum Handlungsspielraum für Eigeninitiativen.

Bereits 1971 war ebenfalls durch Dr. FREY der Verein DVU e. V. als Sammelbewegung und Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder gegründet worden. Im Rahmen dieses Vereins entstanden in den nachfolgenden Jahren verschiedene Aktionsgemeinschaften. Zur Zeit existieren die Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.), die Aktion Oder-Neiße (AKON) und der Ehrenbund Rudel. Die bis 1999 bestehende Aktionsgemeinschaft Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur wurde in die Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.) und die Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA) sowie die Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) in den Ehrenbund Rudel überführt.

Zwischen dem DVU e.V. und der Partei DVU besteht ein enger Zusammenhang. So können Vereinsmitglieder, sofern sie über 16 Jahre alt sind und dagegen nicht ausdrücklich Widerspruch einlegen, als Neumitglieder der Partei DVU vorgeschlagen werden.[77] Auf Grund dieser Regelung dürfte ein großer Teil der Vereinsmitglieder ebenfalls Mitglied der Partei sein.

Im Freistaat Sachsen war der Organisationsgrad der Partei auch im Jahr 2000 gering. Im Internet weist die DVU auf einen Kreisverband Dresden Stadt und Land hin. Der Landesverband Sachsen ist über eine Kontaktadresse in Nürnberg (Bayern) zu erreichen. Die Aktivitäten der meisten Parteimitglieder beschränken sich auf den Bezug der wöchentlich erscheinenden DVU-Publikation sowie den gelegentlichen Besuch so genannter „Stammtische". Es gab im Berichtszeitraum kaum öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der Partei.

[76] Die DVU gibt höhere Zahlen an. In einer Erklärung vom Februar 1999 beziffert sie die Mitgliederzahl in Sachsen mit 541.
[77] § 4 der Satzung des DVU e. V.

Die DVU-Publikation NATIONAL-ZEITUNG/ DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG (NZ) wird von der privatwirtschaftlichen DSZ-Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH (DSZ-Verlag) herausgegeben. Inhaber des Verlags ist Dr. Gerhard FREY.

Im Internet wirbt die DVU für die NATIONAL-ZEITUNG und berichtet über ihre Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Politische Zielsetzung

Die ideologischen und politischen Grundpositionen der DVU werden weniger in ihrem Parteiprogramm als in ihrer Zeitung deutlich. Im Parteiprogramm bekennt sich die DVU zwar zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zum Grundgesetz, in der Parteizeitung verbreitet sie demgegenüber rechtsextremistisches Gedankengut.

Kennzeichnend für die extremistischen Inhalte sind:
- eine rassistisch geprägte Kampagne, die sich insbesondere gegen Asylbewerber richtet,
- eine von antisemitischen Äußerungen begleitete Relativierung der NS-Verbrechen,
- die Verunglimpfung von Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Parteizeitung, die der Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY als eine der „wirkungsvollsten Waffen im Kampf gegen die antideutsche Lügenflut“[78] bezeichnet, greift regelmäßig Tagesthemen auf und kommentiert diese auf der Grundlage langjährig entwickelter Feindbilder wie der „kriminellen Asylbewerber“, der „faulen Polen“ oder der „die Deutschen erpressenden Juden“.

Es werden auch antisemitische Anschauungen mit revisionistischen Positionen verbunden. Den Lesern wird immer wieder suggeriert, „die Juden“ zwängen andere fortwährend und auf kriminelle Art zu überhöhten Wiedergutmachungsleistungen. Auch für die „beispiellose Hetzkampagne gegen Österreich“[79] werden jüdische Organisationen als Drahtzieher bezeichnet. Fast wöchentlich werden in den Veröffentlichungen Holocaust-Mahnmale und Entschädigungszahlungen an NS-Opfer thematisiert. Die als „antideutsche Buß- und Sühnestätten“[80] bezeichneten Mahnmale werden häufig als Symbol einer angeblich einseitigen („antideutschen“) Vergangenheitsbewältigung dargestellt.[81]

Die Verbrechen des NS-Regimes werden relativiert, die Kriegsschuld Deutschlands geleugnet und die Opferzahlen des Holocaust angezweifelt. Gleichzeitig wird mit Angaben über deutsche Kriegsopfer bzw. von Alliierten an Deutschen begangene Kriegsverbrechen („‘Befreiungs‘-Terror“[82]) gegengerechnet.

Für soziale Probleme in der Bundesrepublik Deutschland werden pauschalierend die hier lebenden Ausländer verantwortlich gemacht. Die Deutschen werden als Minderheit im eigenen Land, Ausländer als existen-

[78] NZ Nr. 11 vom 10. März 2000, S. 3.
[79] NZ Nr. 6 vom 4. Februar 2000, S. 6.
[80] NZ Nr. 12 vom 17. März 2000, S. 4.
[81] NZ Nr. 30 vom 21. Juli 2000, S. 10.
[82] NZ Nr. 6 vom 4. Februar 2000, S. 10.

zielle Bedrohung für die Deutschen dargestellt. Neben Aussagen wie:
- „Ersetzen Ausländer die Deutschen? Wie unser Volk beseitigt werden soll“[83],
- „Ausländische Kriminelle: 97 % dürfen bleiben“[84],
- „Massen-Einwanderung aus dem Osten“[85],
- „Siegt Mohammed in Mitteleuropa? Schon über drei Millionen Moslems in der Bundesrepublik“[86],
- „Milliardenloch durch Ausländer-Arbeitslosigkeit“[87],
- „Will die UNO Deutschland entdeutschen? Der neuste Propaganda-Trick von Überfremdern“[88],
- „Wird Deutschland überrannt? Masseneinwanderung durch EU-Osterweiterung“[89],
- „Deutsche bald in der Minderheit? Wohin die Überfremdung führt“[90]

werden in fast jeder Ausgabe der Zeitung Ausländer/Asylbewerber mit einer steigenden Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung gebracht. Diese ständig wiederkehrenden Schuldzuweisungen werden mit Kostenangaben über Sozialleistungen an Ausländer verquickt, um so die behauptete Bedrohungssituation durch Ausländer zu untermauern.

Außerdem werden in den Zeitungsartikeln die Verfassungsorgane diskreditiert und demokratische Politiker verunglimpft. So wird diesen vorgeworfen, durch volksverräterisches „Pharisäertum“ den Deutschen eine „Kollektivverantwortung für immer“ aufzubürden.[91] So lasse der amtierende Bundespräsident Rau „keine Gelegenheit außer Acht, um Kollektivanklagen gegen Deutschland, das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht zu erheben und die Deutschen zu Buße und Zahlungen aufzufordern.“[92]

Seit dem Sprengstoffanschlag in Düsseldorf[93] häufen sich die Erklärungen FREYs, in denen er sich von rechtsextremistischen Gewalttätern distanziert. Gleichzeitig wird jedoch unter Überschriften wie „Lügen-Orgie gegen rechts“[94] behauptet, rechtsextremistische Straftaten seien zum großen Teil frei erfunden oder durch Geheimdienste inszeniert. In relativierender Form werden „psychopathische Kriminelle“[95] für die rechtsextremistischen Straftaten verantwortlich gemacht und von einer „gigantischen Diskrepanz“[96] zwischen der Anzahl rechtsextremistischer Gewalttaten und der ausländischer Tatverdächtiger gesprochen.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Auf dem Bundesparteitag der DVU am 12. Februar 2000 in München wurde Dr. Gerhard FREY mit 98,9 % der abgegebenen Stimmen in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt.
Der ehemalige sächsische DVU-Landesvorsitzende Peter RÖTTGEN und der als FREY-Kritiker bekannte Prof. Dr. Klaus SOJKA aus Schleswig-Holstein wurden nicht wieder in den DVU-Bundesvorstand gewählt. SOJKA, der bereits im Herbst 1999 FREY sowie weiteren DVU-Bundesvorstandsmitgliedern parteischädigendes Verhalten vorgeworfen und deren Parteiausschluss gefordert hatte, bescheinigte der DVU auf dem Bundesparteitag eine antidemokratische Haltung. Einzig FREY habe in der Partei, die er durch finanzielle Zuwendungen beherrsche, das Sagen.

Am 19. März 2000 fand in Falkenhain (Muldentalkreis) der Landesparteitag des DVU-Landesverbandes Sachsen statt. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der bisherige Stellvertreter Arnold PAPE gewählt. Der 75-jährige DVU-Funktionär aus Bayern war bereits von Februar 1997 bis Dezember 1998 DVU-Landesvorsitzender in Sachsen. Nach dem Rücktritt von Peter RÖTTGEN im Frühjahr 1999 übernahm PAPE kommissarisch den Landesvorsitz.

Neben Arnold PAPE der als enger Vertrauter des Bundesvorsitzenden gilt, wurden weitere „bewährte Kräfte“ [97] in den neuen sächsischen Landesvorstand gewählt, von denen zwei bereits im ehemaligen Landesvorstand vertreten waren.

---

[83] NZ Nr. 13 vom 24. März 2000, S. 1.
[84] NZ Nr. 3 vom 14. Januar 2000, S. 1.
[85] NZ Nr. 26 vom 23. Juni 2000, S. 1.
[86] NZ Nr. 14 vom 31. März 2000, S. 7.
[87] NZ Nr. 8 vom 18. Februar 2000, S. 9.
[88] NZ Nr. 4 vom 21. Januar 2000, S. 8.
[89] NZ Nr. 23 vom 2. Juni 2000, S. 1.
[90] NZ Nr. 41 vom 06. Oktober 2000, S. 1.
[91] NZ Nr. 1-2 vom 31. Dezember 1999, S. 5.
[92] NZ Nr. 16 vom 14. April 2000, S. 4.
[93] Am 27. Juli 2000 wurden bei einem Sprengstoffanschlag 10 Personen z. T. schwer verletzt. Bei den Opfern handelte es sich überwiegend um so genannte Kontingentflüchtlinge jüdischen Glaubens. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.
[94] NZ Nr. 36 vom 1. September 2000, S. 2.
[95] Ebenda.
[96] NZ Nr. 38 vom 15. September 2000, S. 5.
[97] NZ Nr. 13 vom 24. März 2000, S. 14.

Im Anschluss an den sächsischen Landesparteitag fand eine DVU-Großveranstaltung statt, an der etwa 400 DVU-Mitglieder und -Sympathisanten aus Sachsen und den benachbarten Bundesländern teilnahmen. Die Redner, darunter das Bundesvorstandsmitglied Gerhard KONRAD aus Thüringen sprachen über die „erfolgreiche DVU-Parlamentsarbeit", „die Schuld etablierter Politiker an Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut"[98] und polemisierten über den angeblichen „Presseboykott gegen die DVU".
Der Bundesvorsitzende, der in seinem Vortrag mit der „herrschenden Politik" abrechnete, sprach nach den parteieigenen Medien seinen „Anhängern Wort für Wort aus den Herzen", als er über „Asyl-Betrug" und „Überfremdung" redete.

Die inhaltliche und organisatorische Stagnation im DVU-Landesverband Sachsen, die bereits nach Bekannt werden des Nichtantritts zur sächsischen Landtagswahl 1999 begann, setzte sich im Jahr 2000 fort.

So enthielt sich die DVU im Wesentlichen öffentlicher Auftritte. Am 13. Februar 2000 jedoch demonstrierten erstmals gemeinsam über 400 Mitglieder und Sympathisanten der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), der DVU und der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) in Dresden. Der Trauermarsch war von der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO) anlässlich des 55. Jahrestages der Zerstörung der Landeshauptstadt angemeldet worden. An der Spitze des Zuges marschierten der frühere Bundesvorsitzende der REP Franz SCHÖNHUBER, der ehemalige Linksterrorist Horst MAHLER und der sächsische JLO-Landesvorsitzende Alexander KLEBER. Dies sowie die Teilnahme von DVU-Mitgliedern an einer zuvor stattgefundenen Gedenkfeier der NPD in Dresden, auf der neben MAHLER und SCHÖNHUBER auch der Dresdner REP-Funktionär SCHWARZ sprach, zeigen, dass es zumindest an den Parteibasen kaum Berührungsängste zwischen DVU-Mitgliedern und Mitgliedern anderer rechtsextremistischer Organisationen gibt.

In Ermangelung aktiver Parteiarbeit entschieden sich Ende November 2000 mehrere DVU-Mitglieder aus dem Raum Zwickau einer Mitteilung der NPD im Internet zufolge „für eine engere Zusammenarbeit mit der NPD". Insbesondere für die nächsten Kommunalwahlen sei ein gemeinsamer Wahlantritt vereinbart worden. Einzelne DVU-Mitglieder kündigten einen Wechsel zur NPD an.

Am 23. September 2000 fand die traditionelle Großkundgebung der DVU in der Passauer Nibelungenhalle statt. Diese mit Abstand bedeutendste Veranstal-

tung für Mitglieder und Sympathisanten der Partei diente vor allem Dr. Gerhard FREY zur Selbstdarstellung. An der Veranstaltung, die diesmal unter dem Motto „Recht und Freiheit für das Deutsche Volk" stand, nahmen rund 2.200 Personen teil. Der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard FREY trat als Hauptredner auf und polemisierte gegen den „Ausländer- und Asylantenzuzug" sowie gegen die europäische Integration.

[98] NZ Nr. 13 vom 24. März 2000, S. 14.

DIE REPUBLIKANER (REP)

Gründung:	1983 in München
Sitz:	Berlin
Teil-/Neben-organisationen:	REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN (RepBB) REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ) REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN (RBF) REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND (RHV)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen, Kreisverbände Ortsverbände
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 14.000
Sachsen:	etwa 300
Mitglieder 2000	
bundesweit:	etwa 13.000
Sachsen:	etwa 350
Publikation:	DER REPUBLIKANER
Präsenz im Internet:	mit mehreren Homepages vertreten
Kennzeichen:	

Im Rahmen des Bundesparteitages der REP am 18./19. November 2000 in Winnenden (Baden-Württemberg) wurde der bisherige Parteivorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt. Er konnte sich damit gegenüber seinem Kontrahenten Hans HIRZEL vom hessischen REP-Landesverband behaupten.
Der innerparteiliche Kritiker Gottfried BURISCHECK, Generalsekretär des REP-Landesverbandes Hessen, der bereits im Herbst 1999 dem Bundesvorsitzenden in einem offenen Brief mangelhaften Führungsstil sowie „ständige Schönfärberei" von Wahlniederlagen der REP vorgeworfen und ihn zu personellen Konsequenzen im Rahmen eines einzuberufenden Sonderparteitages aufgerufen hatte, konnte sich nicht durchsetzen.

Der ehemalige sächsische REP-Landesvorsitzende Frank ROHLEDER wurde in seiner Funktion als stellvertretender REP-Bundesvorsitzender bestätigt. Darüber hinaus wurden drei sächsische REP-Funktionäre als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt.

Die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) wurde am 27. November 1983 in München von zwei aus der CSU ausgetretenen damaligen Bundestagsabgeordneten sowie dem Publizisten Franz SCHÖNHUBER gegründet. SCHÖNHUBER war bis zu seinem Rücktritt 1994 Bundesvorsitzender der Partei. Seine Nachfolge trat der ehemals stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER aus Baden-Württemberg an, der zuletzt auf dem Bundesparteitag im November 2000 in seinem Amt bestätigt wurde.

Bundesweit hat die Partei etwa 13.000 Mitglieder. Der sächsische Landesverband verfügt über etwa 350 Mitglieder. Er ist in Kreis- und Ortsverbände gegliedert. Seine Geschäftsstelle befindet sich in Heynitz (Lkr. Meißen).

Seit 1993 existiert der REPUBLIKANISCHE BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN (RepBB), der sich als Schutzorganisation für die im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder der REP versteht. Die Partei verfügt zudem über die Jugendorganisation REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ). Der über Jahre inaktive REPUBLIKANISCHE HOCHSCHULVERBAND (RHV) wurde Anfang 1997 wiederbelebt, nachdem ihm der Einzug in das Marburger Studentenparlament gelungen war. Ein REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN (RBF) besteht seit 1995.
Im Freistaat Sachsen zeigt lediglich die RJ vereinzelte Aktivitäten. Die Organisationen RepBB, RBF und RHV sind hier bisher nicht in Erscheinung getreten.

Die zwischenzeitlich unter der Bezeichnung DER NEUE REPUBLIKANER geführte Parteizeitung der REP heißt seit Jahresbeginn 2000 wieder DER REPUBLIKANER.

Sowohl der Bundes- als auch der Landesverband der REP präsentieren sich im Internet mit einer eigenen Homepage.

Politische Zielsetzung

Bei der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) bestehen nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Der Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER bemüht sich zwar um ein rechtskonservatives und gemäßigtes Erscheinungsbild der Partei und die REP be-

kennen sich in ihrem Programm von 1993 formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Gleichwohl ergeben sich aus der Gesamtbetrachtung der von Mitgliedern und Funktionären getätigten fremdenfeindlichen Äußerungen, Agitationen gegen das Demokratieprinzip, der Diffamierung von Verfassungsorganen und der Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten Anhaltspunkte, dass einflussreiche Funktionäre und Gruppen der Partei den demokratischen Rechtsstaat ablehnen.

Diffamierungen von Verfassungsorganen finden sich insbesondere im Internet. Dort wird - bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland - von „(Schein)Demokratie" gesprochen. Zum Thema „Soll die NPD verboten werden?" wird der Regierung vorgeworfen, sie halte nichts von Demokratie und mache „gnadenlos Jagd" auf „Andersdenkende." Die REP-Landesvorsitzende ist sich „sogar fast sicher, daß es schon Pläne für Internierungslager für Rechte gibt!" [99]
Gleichzeitig diffamieren die REP demokratische Institutionen, indem sie von einem „Pogrom gegen rechts"[100] und so genannten „Pogrom-Politikern" sprechen und behaupten, „‚rechte' Gewalt" sei „häufig staatlich produziert."[101] Die REP scheuen sich auch nicht, Vergleiche mit dem NS-Regime zu ziehen. So schreibt der Bundesvorsitzende über Kündigungen von Konten der REP: „Aber auch das hat es schon mal gegeben, nämlich ab 1934, als jüdischen Mitbürgern die Konten gekündigt wurden."[102]

In ihrer Agitation greifen die REP immer wieder die von anderen Rechtsextremisten vertretene These einer existenziellen Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch Ausländer und Asylbewerber auf. In diesem Zusammenhang werden Forderungen demokratischer Parteien nach Integration von daueraufenthaltsberechtigten Ausländern mit dem für Rechtsextremisten typischen Agitationsmuster - wonach multikulturell mit Chaos gleichgesetzt und in Deutschland lebende Ausländer als Bedrohung dargestellt werden - abgelehnt.
Exemplarisch für diese Auffassung sind Äußerungen der REP-Landesvorsitzenden Kerstin LORENZ zum Thema „Mit allen Mitteln gegen die neue Gastarbeiterschwemme". Sie wirft im Internet-Diskussionsforum des REP-Landesverbandes Sachsen der Bundesregierung vor, „einen weiteren Schritt in Richtung 'Vernichtung des deutschen Volkes' erfolgreich getan" zu haben. Frau LORENZ spricht in diesem Zusammenhang von zielgerichteter Unterwanderung und dem Ersatz des deutschen Volkes durch andere Völker. LORENZ behauptet, die Entwicklung in Deutschland gehe dahin, dass Fremde bzw. Einwanderer das Land übernehmen, die „Urbevölkerung" ausrotten und „die wenigen Überlebenden in Reservate gesteckt" werden. Die Landesvorsitzende sieht sogar „Paralelen zur Ausrottung der Indianer in Amerika".[103]
Durch diese fremdenfeindlichen Äußerungen versucht sie, Ressentiments gegen ausländische Mitbürger zu schüren.
Sie schreibt weiter: „Wie anders ist es zu erklären, daß immer öfter ein farbiger Mensch Mister Deutschland wird, die beste Nachwuchssängerin eine Farbige ist, immer mehr Moderatoren Farbige sind, im Bundestag schon jetzt Türken sitzen, mancher Oberbürgermeister ein Türke ist und selbst auf Plakaten Farbige als typisch deutsch gezeigt werden."

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bei den REP ergeben sich nicht nur aus entsprechenden Äußerungen in Publikationen oder dem Internet, sondern auch aus der Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten.
Entgegen dem offiziellen Abgrenzungsbeschluss der Partei gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen[104] ist bei vielen Funktionären oder Mitgliedern der REP immer wieder eine mangelnde Distanz gegenüber anderen Rechtsextremisten festzustellen.

Auf Einladung der Stadtratsfraktion der REP Wiesbaden fand am 22. Januar 2000 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Vergangenheitsbewältigung nur auf deutsche Kosten" statt. Bei dieser Veranstaltung traten neben dem ehemaligen REP-Parteivorsitzenden und heute als Rechtsextremist tätigen Franz SCHÖNHUBER auch der ehemalige RAF-Terrorist und jetziges Mitglied der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) Horst MAHLER sowie der damalige Beisitzer im Bundesvorstand der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) Prof. Dr. Klaus SOJKA auf. Während der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende und derzeitige Beisitzer im hessischen Landesvorstand Hans HIRZEL einleitende Worte sprach, wurde den stellvertretenden REP-Bundesvorsitzenden Uschi WINKELSETT (NRW) und Johann GÄRTNER (Bayern) der Einlass verwehrt. In einem Veranstaltungsbericht in der rechtsextremistischen Publikation NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATSHEFTE[105] wird von einer

[99] Internetbeitrag des REP-Landesverbandes Sachsen. Schreibweise wie im Original.
[100] DER REPUBLIKANER, Ausgabe September 2000, S. 1.
[101] Internetbeitrag des REP-Landesverbandes Sachsen.
[102] DER REPUBLIKANER, Ausgabe September 2000, S. 1.
[103] Schreibweise wie im Original.
[104] Auf dem Bundesparteitag der REP im Juli 1990 in Ruhstorf wurde beschlossen, dass niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen eine aktive Rolle gespielt hat, in Zukunft eine Funktion bei den REP übernehmen darf.
[105] NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATSHEFTE, Ausgabe 2/2000, S. 52.

„Wegweisende(n) Diskussion“ gesprochen, bei der die REP in Hessen die Weichen „zugunsten der Einheit unter (den) demokratischen Patrioten“ gestellt hätten.

Auch die Positionierung des brandenburgischen REP-Landesvorsitzenden Prof. Dr. KURZWEG zur NPD blieb - entgegen der von SCHLIERER wiederholt propagierten Distanzierung von der NPD[106] - ohne hinreichende innerparteiliche Konsequenzen. KURZWEG gehörte zu einem der Erstunterzeichner der von Horst MAHLER initiierten Unterschriftensammlung „JA zu Deutschland, ja zur NPD.“, die sich gegen ein NPD-Verbot richtet. Zwar trat KURZWEG auf einer darauf folgenden Landesmitgliederversammlung als Landesvorsitzender zurück, doch gleichzeitig dankte ihm der Bundesgeschäftsführer Gerhard TEMPEL im Namen der Bundespartei für seine langjährige Arbeit. Außerdem wurde er erneut als Beisitzer in den REP-Landesvorstand gewählt.

Es bestehen auch „freundschaftliche Kontakte“[107] zwischen der Republikanischen Jugend (RJ) und den Vlaams Blok Jongeren (VBJ), der Jugendorganisation der belgischen rechtsextremistischen Partei Vlaams Blok. Drei Vorstandsmitglieder des VBJ besuchten den Deutschlandtag der RJ im September 1999 in Sachsen[108]. Ein Gegenbesuch einer RJ-Delegation anlässlich des VBJ-Bundesjugendparteitages fand in Brüssel statt.

Auch im Freistaat Sachsen gibt es bei den REP-Funktionären offensichtlich kaum Vorbehalte gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen. So nahm u. a. der damalige REP-Kreisvorsitzende von Dresden - Wolfgang SCHWARZ - als Vortragender an einer Gedenkveranstaltung am 13. Februar in Dresden teil. Zusammen mit dem NPD-Landesvorsitzenden Winfried PETZOLD, Franz SCHÖNHUBER, Horst MAHLER u. a. bekundete er den Teilnehmern die „gemeinsamen patriotischen Grundlagen“.[109]

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Nach den permanenten Misserfolgen bei Wahlen, den Rücktrittsforderungen gegenüber dem REP-Bundesvorstand und massiven internen Querelen, insbesondere über die Haltung der REP zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, befindet sich die Partei spätestens seit dem Herbst 1999 in einer tief greifenden Krise.

Während sich der Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER weiterhin offiziell von der NPD und der DVU distanziert, scheint seine Glaubwürdigkeit - auf Grund der eigenen Inkonsequenz bei deren Durchsetzung - bei einigen Parteimitgliedern deutlich gelitten zu haben.
So stellt der stellvertretende hessische REP-Landesvorsitzende Gerald WISSLER in einem „Strategiepapier“ fest: „Die Ruhstorfer Beschlüsse[110] gelten nur bei Bedarf.“ Einerseits kritisiere SCHLIERER Parteifunktionäre wegen ihrer Kontakte zu NPD oder DVU, während er andererseits selbst Wahlabsprachen mit dem DVU-Bundesvorsitzenden Dr. FREY treffe.
Aus Protest gegen die Kontakte der REP-Bundesführung zur DVU hatte Ende Dezember 1999 Burkhard SCHMANK, der damalige REP-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des Republikanischen Bundes der öffentlich Bediensteten (RepBB), seinen Parteiaustritt erklärt. SCHMANK galt als einer der exponiertesten Verfechter eines klaren Abgrenzungskurses der REP.

Dagegen gibt es Parteimitglieder und -funktionäre, die offensichtlich intensivere Kontakte zu Vertretern anderer rechtsextremistischer Organisationen anstreben. In diesem Zusammenhang schreibt der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende und derzeitige Beisitzer im hessischen Landesvorstand Hans HIRZEL „Zur Zusammenarbeit deutscher Patrioten: ‚Tue recht und scheue niemand‘“[111]. HIRZEL spricht sich in dem Beitrag gegen den „Ruhstorfer Abgrenzungsbeschluss“ aus.
Einen vergleichbaren Tenor besitzt auch ein „Thesenpapier und Resolution“ der Republikanischen Jugend (RJ) Hessen. Darin rufen der Landesvorsitzende der RJ sowie dessen Stellvertreter dazu auf, den Begriff ‚Distanzierung‘ weitgehend aus dem Wortschatz der Partei zu streichen, „wenn es um das Verhältnis zu anderen nationalen Parteien, Gruppierungen oder Einzelpersönlichkeiten geht.“[112]

Vor dem Hintergrund dieser Situation fand am 19. und 20. Februar 2000 eine Strategiekonferenz der REP in Wiedemar bei Leipzig statt. Dr. SCHLIERER, der mit der Einberufung dieser Konferenz einen von der parteiinternen Opposition geforderten Sonderparteitag und daraus möglicherweise resultierende personelle Konsequenzen verhindern konnte, überraschte die Teilnehmer mit seinen Plänen zur Zusammenarbeit mit dem Bund Freier Bürger

[106] Vgl. u. a. DER REPUBLIKANER, Ausgabe September 2000.
[107] DER REPUBLIKANER, Ausgabe Januar-Februar 2000 S. 11.
[108] Siehe Verfassungsschutzbericht des LfV Sachsen 1999, S. 43.
[109] DEUTSCHE STIMME, Ausgabe Mai/Juni 2000, S. 6.
[110] Auf dem Bundesparteitag der REP im Juli 1990 in Ruhstorf wurde beschlossen, dass niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen eine aktive Rolle gespielt hat, in Zukunft eine Funktion bei den REP übernehmen darf.
[111] NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATSHEFTE, Ausgabe 2/2000, S. 50 ff.
[112] „Thesenpapier und Resolution“ der Republikanischen Jugend (RJ) Hessen vom 18. Oktober 1999, S. 3.

(BfB)[113]. Der Bundesvorsitzende des BfB trat als Gastredner bei der Veranstaltung auf und plädierte für einen Zusammenschluss beider Parteien.
Allerdings beschloss der BfB im Mai 2000 seine Auflösung zum Jahresende 2000. Eine eventuelle Vereinigung wurde damit obsolet. Einzelne Mitglieder bzw. Funktionäre des BfB traten zu den REP über.

Am 18./19. November 2000 fand in Winnenden (Baden-Württemberg) der Bundesparteitag der REP statt. Mit mehr als 80 % der Delegiertenstimmen wurde der Bundesvorsitzende SCHLIERER - trotz Gegenkandidatur des ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden und derzeitigen Beisitzers im hessischen Landesvorstand Hans HIRZEL - im Amt bestätigt.
Damit wurde die Position SCHLIERERs, der im März 2001 bei den in Baden-Württemberg stattfindenden Landtagswahlen als Spitzenkandidat der REP antritt, gestärkt. Die Partei strebt dort unter dem Motto „Mit LÖWENKRAFT für unser Land" den Wiedereinzug in das Landesparlament an.
Als Gastredner traten auf dem Bundesparteitages der Vorsitzende des BUNDES FREIER BÜRGER Heiner KAPPEL sowie der Vorsitzende der rechtsextremistischen belgischen Partei VLAAMS BLOK Wim VERREYCKEN auf.

Der REP-Landesverband Sachsen konnte auch im Jahr 2000 nicht an Bedeutung gewinnen. Zwar kann von einer leichten Steigerung der Mitgliederzahl auf etwa 350 ausgegangen werden, doch gibt es nach wie vor nur einen kleinen Kern von aktiven Funktionären.
Für den Mitgliederzuwachs dürfte sowohl die Zunahme von öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie Infotischen zur Mitgliederwerbung, als auch das verstärkte Engagement des Landesverbandes im Internet verantwortlich sein. Ebenso dürften sich die im Rahmen der Sächsischen Kommunalwahlen am 13. Juni 1999 erzielten Stadtratsmandate in Chemnitz, Hainichen und Freital positiv auf die Mitgliederentwicklung ausgewirkt haben.

Am sächsischen Landesparteitag der REP, der am 25. März 2000 in Hainichen (Lkr. Mittweida) stattfand, nahmen neben dem REP-Bundesgeschäftsführer Gerhard TEMPEL und dem stellvertretenden REP-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg Karl-August SCHAAL, auch der REP-Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER und ein Funktionär des BfB teil. Während SCHLIERER in seiner Ansprache das Volk als „Stimmvieh" der von „Doppelmoral" geprägten deutschen Politiker darstellte[114], bezichtigte Kerstin LORENZ in ihrem Rechenschaftsbericht Politiker, Verfassungsschutz und Medien der „erfolgreiche(n) Einschüchterung der Bevölkerung"[115] und sah u. a. darin Gründe für die Wahlniederlage der REP im Freistaat Sachsen.
Auf dem Landesparteitag wurde Kerstin LORENZ aus Heynitz (Lkr. Meißen) zur neuen sächsischen Landesvorsitzenden der REP gewählt. LORENZ hatte bereits seit dem Rücktritt des mittlerweile zur NPD gewechselten Herbert NEHRING im Herbst 1999 dessen Funktion kommissarisch ausgeübt.

Gleich zu Beginn des Jahres 2000 demonstrierten die REP im Freistaat Sachsen ihre Verbundenheit mit anderen Rechtsextremisten. Am 13. Februar 2000 marschierten mehrere Mitglieder der REP, gemeinsam mit etwa 400 Mitgliedern und Sympathisanten von NPD, DVU und Skinheadgruppierungen durch Dresden. Den äußeren Rahmen bildete ein von der JLO angemeldeter Trauermarsch anlässlich des 55. Jahrestages der Zerstörung der sächsischen Landeshauptstadt.

Die politische Nähe zwischen REP und NPD wurde auch am 1. Mai 2000 in Dresden deutlich, als zwischen mehreren hundert NPD-Anhängern auch einige Sympathisanten bzw. Mitglieder der REP mit einer wehenden Parteifahne mitmarschierten. Unter ihnen befand sich auch der derzeitige REP-Kreisvorsitzende von Dresden.

Die größte öffentlichkeitswirksame Veranstaltung des REP-Landesverbandes im Jahr 2000 war eine Demonstration am 17. Juni 2000 in Chemnitz unter dem Motto „Gedenkveranstaltung 17. Juni 1953 - Volksaufstand in der DDR".
Die Demonstration wurde durch den Chemnitzer REP-Stadtrat Martin KOHLMANN angemeldet und als Schweigemarsch durchgeführt.
Im Rahmen der Kundgebung auf dem Chemnitzer Lessingplatz sprachen die REP-Landesvorsitzende Kerstin LORENZ, das Mitglied des REP-Bundesvorstands Dr. Heinz SCHNEIDER sowie Martin KOHLMANN.
Die Teilnehmerzahl blieb mit etwa 90 Personen hinter den Erwartungen der Veranstalter zurück und verdeutlicht die geringe Mobilisierungsfähigkeit der REP im Freistaat Sachsen.

Mehrere sächsische Parteimitglieder und Funktionäre unterstützten im Frühjahr des Jahres 2000 den REP-Landesverband Nordrhein-Westfalen bei dessen Landtagswahlkampf. Mit einem Ergebnis von 1,1 % der Stimmen dürften die REP in Nordrhein-Westfalen, die ihre „Kernkompetenz auf dem Gebiet der Ausländerpolitik und der inneren Sicherheit"[116] sehen, mit dem Erlangen der für die Wahlkampfkostenerstattung erforderlichen Stimmenzahl nur ihr Minimalziel erreicht haben.

[113] Der BFB ist Prüffall für eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden und seit kurzem Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörde in Nordrhein-Westfalen.
[114] Internetbeitrag des REP-Landesverbandes Sachsen zum Landesparteitag.
[115] DER REPUBLIKANER, Ausgabe 4/2000, S 1, Fehler im Original.
[116] DER REPUBLIKANER, Ausgabe 5/2000, S. 1.

Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen

Junge Landsmannschaft Ostpreußen e. V. (JLO)

Gründung:	April 1991
Sitz:	Hamburg (bis Januar 2000) Neubrandenburg (ab Februar 2000)
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 1.000
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 2000	
bundesweit:	unter 1.000[117]
Sachsen:	mehrere Dutzend[118]
Publikation:	FRITZ
Präsenz im Internet:	mit mehreren Homepages vertreten

Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) ist eine bundesweite Organisation mit ca. 1.000 Mitgliedern. Im Freistaat Sachsen ist sie mit dem Landesverband Sachsen/Niederschlesien vertreten, dem mehrere Dutzend Mitglieder angehören. Aktive Gruppen des sächsischen Landesverbandes gibt es in Dresden, Hoyerswerda und Chemnitz.

Innerhalb des JLO-Landesverbandes Sachsen/Niederschlesien wurden 1999 erstmalig Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen deutlich. Diese verdichteten sich im Jahr 2000. Nicht alle Mitglieder des JLO-Landesverbandes betätigen sich rechtsextremistisch. Die rechtsextremistischen Strömungen innerhalb des Landesverbandes beeinflussen die Arbeit des Landesverbandes jedoch wesentlich.

Bis Januar 2000 war die JLO die Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Seither hat sich die Landsmannschaft von der JLO wegen deren enger und mit deutlichen Sympathiebekundungen verbundener Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Organisationen und Personen getrennt.

Die JLO gibt in unregelmäßigen Abständen die Mitgliederzeitung FRITZ heraus.[119] Der Landesverband Sachsen/Niederschlesien unterhält eine Homepage im Internet.

Politische Zielsetzung

In der Vereinssatzung der Organisation lassen sich keine rechtsextremistischen Zielsetzungen erkennen. Nach den dort genannten Zielen und Aufgaben gilt das Hauptaugenmerk der JLO einer friedlichen Wiedervereinigung mit Ostpreußen auf der Grundlage der KSZE-Schlussakte.

Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen innerhalb der JLO Sachsen sind jedoch in dem engen Zusammenwirken mit rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), zu erkennen.

[117] Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb der JLO rechtsextremistische Strömungen gibt. Die Mitgliederangaben lassen keine Rückschlüsse auf die Anzahl der Rechtsextremisten in der JLO zu.

[118] Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb der JLO rechtsextremistische Strömungen gibt. Die Mitgliederangaben lassen keine Rückschlüsse auf die Anzahl der Rechtsextremisten in der JLO zu.

[119] Eine gleichnamige Schrift gibt die neu gegründete Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen, der Bund Junges Ostpreußen (BJO), heraus.

Folgende Beispiele sind Zeichen für die Kontinuität, mit der diese Zusammenarbeit im Landesverband Sachsen/Niederschlesien vorangetrieben wird.
In dem Artikel „Wie junge Deutsche gegen den Zeitgeist leben", der in der Zeitung des sächsischen NPD-Landesverbandes, SACHSEN STIMME erschienen ist, empfehlen der JLO-Landesvorsitzende und ein Funktionär des NPD-Landesvorstandes gemeinsam die JLO dem Leserkreis.
Mitte 2000 verbreitete der NPD-Landesverband Sachsen eine vom Landesvorsitzenden unterzeichnete Mitteilung über die Gründung eines BÜNDNIS GEGEN LINKS, in der neben rechtsextremistischen Kameradschaften - u. a. den WHITE TERROR SKINS - auch die JLO als Mitglied dieses Aktionsbündnisses „deutscher Patrioten" gegen eine sich abzeichnende „antifaschistische Diktatur auf deutschem Boden" genannt wird.
An anderer Stelle beschreibt die NPD u. a. die JLO als eine „Vorfeldorganisation der nationalen Opposition". Dem widerspricht die JLO nur insoweit, als sie sich selbst nie im Vorfeld einer (bestimmten) politischen Organisation „verortet" habe.
Die Parteizeitung der NPD, die DEUTSCHE STIMME, weist regelmäßig auf Veranstaltungstermine der JLO - insbesondere in Sachsen - hin.

Es gibt auch personelle Verflechtungen von NPD und JLO. So ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der JLO zugleich Mitglied des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES (NHB), einer NPD-Nebenorganisation. Im März 2000 gab er der DEUTSCHEN STIMME ein Interview. Darin erklärt er, er sehe nach der Trennung der Landsmannschaft Ostpreußen von der JLO die einmalige Möglichkeit, aus der Jugendorganisation einen Kampfverband für Ostpreußen zu formen. „Mehr denn je gilt es, heute preußische Tugenden und Werte einem verrotteten Gemeinwesen entgegenzuhalten."[120]

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Die wichtigste von der JLO organisierte Veranstaltung war der Trauerzug von Rechtsextremisten anlässlich der Bombardierung Dresdens im Jahre 1945. Bereits in den vergangenen Jahren war das Thema auch von Rechtsextremisten aufgegriffen worden.
Im Jahr 2000 gelang es der JLO, alle maßgeblichen rechtsextremistischen Organisationen in Sachsen zu einer Kundgebung zu vereinen, wodurch die Teilnehmerzahl von maximal 100 in den Vorjahren auf etwa 450 wuchs.

Foto: LfV Sachsen

Dem an der Spitze von den beiden bundesweit bekannten Rechtsextremisten Franz SCHÖNHUBER (ehem. Bundesvorsitzender der Partei DIE REPUBLIKANER) und Horst MAHLER angeführten Zug schlossen sich DVU-, REP- und NPD-Mitglieder sowie Skinheads an.

Die JLO veranstaltet regelmäßig regionale Vereinsabende, auf denen sich nicht nur Mitglieder der JLO, sondern auch „Freunde anderer patriotischer Vereinigungen"[121] treffen, um interessierende politische

[120] DEUTSCHE STIMME, Ausgabe Nr. 3, März 2000, S. 8.
[121] SACHSEN STIMME Mai/Juni 2000, S. 8.

Themen zu erörtern. Obwohl sich die JLO mit der öffentlichen Bekanntgabe ihrer Referenten auffällig zurückhält, wurde auch im Jahre 2000 bekannt, dass Rechtsextremisten darunter waren.
So stellte in einer JLO-Vortragsveranstaltung Anfang 2000 der Publizist Jürgen SCHWAB[122] sein in der DEUTSCHEN STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH erschienenes Buch „Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik" vor. Der Verlag, der insbesondere NPD-Publikationen vertreibt, versteht das Buch als wichtige programmatische Schrift des eigenen Lagers. SCHWAB vertritt einen völkischen Nationalismus. Er erklärt, das politische System der Bundesrepublik Deutschland stelle das Grundübel der deutschen Gegenwart dar und müsse von der „Rechten" fundamental abgelehnt werden. Parlamentarismus sei ohnehin völlig überflüssig geworden, Wahlen könnten nicht der politischen Legitimation dienen.

Am 7. Oktober organisierte der JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien eine Vortragsveranstaltung zum Thema: „Vom Parteienstaat zur Nationalversammlung" mit dem Rechtsextremisten Horst MAHLER. MAHLER wird von der JLO im Internet als „mit Freuden empfangener, renommierter Gast" beschrieben. Er fordert u. a. ein Verbot aller Parteien, da sie der Vereinzelung Vorschub leisten und nur Partikularinteressen vertreten würden. An Stelle der jetzigen Ordnung sei eine „freiheitliche Volksgemeinschaft" zu errichten. MAHLER beschrieb diese als eine Art völkisches Rätesystem, das schließlich eine künftige deutsche Nationalversammlung wählen soll.
Die JLO erkennt in seinen Thesen einen „Lösungsansatz", der sich ganz in ihre eigenen Vorstellungen einreihe, „(...) das Gute von gestern, die Erkenntniss von heute und die modernen Mittel von morgen (...) für ein neues, ein besseres Deutschland"[123] einzusetzen.

Rechtsextremistische organisationsunabhängige Verlage

Verlage als Verbreiter rechtsextremistischer Ideologie

Bücher, Tonträger, Videos und sonstige Publikationen stellen - trotz zunehmender Bedeutung der elektronischen Medien - auch im Rechtsextremismus weiterhin ein wichtiges Kommunikationsmittel dar. Sie werden über Verlage und Vertriebsdienste verbreitet.
In den rechtsextremistischen Printmedien nehmen revisionistische Thesen und Abhandlungen häufig einen breiten Raum ein. Zugleich bemühen sich hier rechtsextremistische Intellektuelle um die theoretische Fundierung und Modernisierung antidemokratischen Gedankengutes[124].

Es gibt mehr als 40 Verlage in Deutschland, die im rechtsextremistischen Spektrum agieren und keiner Organisation zuzurechnen sind. Neben einigen wenigen großen Verlagen mit einem breiten Angebot existieren zahlreiche kleine Unternehmen.

Deutsche Rechtsextremisten nutzen aber auch ausländische Verlage. Z. B. werden Publikationen, die den Holocaust leugnen, von Kanada aus veröffentlicht. Damit versuchen die Autoren, der deutschen Strafverfolgung zu entgehen.

Der ARNDT-VERLAG

Einer der großen Verlage aus dem rechtsextremistischen Spektrum ist der ARNDT-VERLAG aus Martensrade (Schleswig-Holstein). Ihm angeschlossen ist die Versandbuchhandlung ARNDT-BUCHDIENST/EUROPA-BUCHHANDLUNG (diese tritt auch als LESEN & SCHENKEN VERLAGSAUSLIEFERUNG UND VERSAND GmbH auf).

Das Programm des Verlags umfasst neben kulturpolitischen Schriften revisionistische Werke, insbesondere des britischen Revisionisten David IRVING[125].
Ende 1999 erschien im ARNDT-VERLAG das Buch „Göring. Eine Biografie" von IRVING. In diesem

[122] Der Germanist Jürgen SCHWAB veröffentlichte seit Mitte der 90er Jahre Beiträge in rechtsextremistischen Zeitschriften wie NATION & EUROPA DEUTSCHE MONATSHEFTE, SLEIPNIR oder STAATSBRIEFE und insbesondere in dem in Österreich erscheinenden Magazin AULA. Er gehört seit 1999 der Redaktion der NPD-Zeitung DEUTSCHE STIMME an. Die DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH gibt primär diese Monatszeitung heraus und veröffentlichte nur wenige eigene Bücher.

[123] Internet-Meldung der JLO, Ausdruck vom 16. Januar 2001.

[124] In diesem Zusammenhang wird häufig der Begriff „Neue Rechte" verwendet. Er ist aber nicht allgemein verbindlich definiert. Mit ihm werden sowohl die Intellektualisierung des Rechtsextremismus als auch Vertreter demokratisch konservativer Positionen in Verbindung gebracht. Wegen der Unschärfe eignet sich der Begriff nicht für die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden.

[125] David IRVING (geb. 1938) gilt als einer der bekanntesten und einflussreichsten Revisionisten. Im Zusammenhang mit dem „Leuchter-Report" bekannte er sich offen zur Holocaust-Leugnung.

Buch wird GÖRING als positive Persönlichkeit dargestellt und der Nationalsozialismus verherrlicht.
Bereits 1998 gab der Verlag das Buch „Mit ruhig festem Schritt. Aus der Geschichte der SA“ heraus. Darin werden die SA, die NSDAP und GOEBBELS glorifiziert. Überdies wird das Dritte Reich als Opfer Alliierter Kriegstreiberei gesehen.

Der dem Verlag angeschlossene Buchdienst LESEN & SCHENKEN VERLAGSAUSLIEFERUNG UND VERSAND GmbH vertreibt vorwiegend Bücher, Ton- und Bildträger sowie Schmuck- und Kunstgegenstände. Neben der Musik des bekannten rechtsextremistischen Liedermachers Frank RENNICKE werden Originalreden von HITLER, GOEBBELS, GÖRING und HEß auf LP oder CD angeboten.

Eine Eigenproduktion des ARNDT-VERLAGES ist die Videoreihe „Brennpunkte deutscher Geschichte“. Hier werden Reden und Vorträge bekannter Rechtsextremisten, beispielsweise von Horst MAHLER[126] und Dr. Alfred MECHTERSHEIMER[127], angeboten.

Der NATION EUROPA VERLAG GmbH

Der NATION EUROPA VERLAG GmbH wurde 1953 gegründet. Er hat seinen Sitz in Coburg (Bayern) und gibt nur wenige, meist revisionistisch ausgerichtete Bücher heraus.

Wichtigstes Produkt ist die Zeitschrift NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE, die im Jahr 2000 im 50. Jahrgang und mit einer Auflage von angeblich mehr als 14.000 Exemplaren erschienen ist. Die Publikation ist als führendes Theorie- und Strategieorgan des intellektuellen Rechtsextremismus anzusehen und will zur Überwindung der Zersplitterung dieses politischen Lagers beitragen. Ihrem Anspruch folgend ist sie nicht Sprachrohr einer Partei oder Strömung, sondern Forum unterschiedlicher rechtsextremistischer Positionen.

In einem Grundsatzbeitrag zur Bilanz des 20. Jahrhunderts werden die Auswirkungen des westlichen Liberalismus kritisiert, die zu geistiger Nivellierung und Verflachung sowie zu Egoismus und Konsum-Fixierung geführt hätten. Die Fortsetzung dieses Liberalismus habe das Ende der menschlichen Geschichte zur Folge. „Es waren von jeher vor allem europäische Denker, die Widerspruch gegen das egalitäre Dogma einlegten. Und es war vor allem der deutsche Soldat, der dem Widerstand der europäischen Sphäre gegen die Zumutung eines säkularen Materialismus in zwei Weltkriegen sein militärisches Gepräge gab. Dieses Erbe bleibt unverloren und steht als geistiger Fundus eines künftigen Erwachens zur Verfügung.“[128]

Franz SCHÖNHUBER (geb. 1923)[129] veröffentlicht in NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE regelmäßig die Kolumne „Aus meiner Sicht“ und andere Beiträge. Ein Artikel[130] enthält zehn Vorschläge zur Zusammenführung der „patriotischen Bewegung“ in Europa. Demnach müsse das Hauptziel die Verhinderung einer wachsenden Amerikanisierung und die Ablehnung der Maastricht-Verträge sein. Alle Vorsitzenden der europäischen „Rechtsparteien“ sollten sich regelmäßig in Wien treffen. Des Weiteren sei die Kooperation durch wechselseitige Besuche, solidarische Hilfe, intensiven Jugendaustausch und stärkere Vernetzung im Internet zu fördern. Der Autor verlangt die Einrichtung eines ständigen Büros ähnlich dem der Sozialistischen Internationale. Zur Gestaltung der Jugendarbeit bezieht sich SCHÖNHUBER ausdrücklich auf den NS-Reichsjugendführer Baldur von SCHIRACH.

Unter der Überschrift „Zwei Systeme – ein Schicksal?“[131] in der Januar-Ausgabe des Jahres 2000 wird die Bundesrepublik Deutschland mit der ehemaligen DDR verglichen. Beide Staaten bezeichneten sich als „demokratisch“. Wie in der DDR seien in der Bundesrepublik Deutschland demokratische Strukturen zwar vorhanden, blieben aber oft ohne Wirkung, weil der Herrschaftsapparat eine Infragestellung seiner Macht nicht zulasse. Ähnlich wie in der DDR gebe es in der Bundesrepublik Deutschland keine Gewaltenteilung mehr, sie sei von den Parteien außer Kraft gesetzt worden. Ein Wesensmerkmal westlicher Demokratien sei, dass sie homogene Konsumgesellschaften anstrebten, die unter weitgehender Ausschaltung ethnischer oder religiöser Bindungen leicht manipulierbar wären. In dem Maß aber, in dem der Verlust ideeller Werte durch die Leitbilder des Wohlstands nicht mehr kompensierbar sei, werde auch die Bundesrepublik Deutschland an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen.

---

[126] Horst MAHLER (geb. 1936) ist ein ehemaliger Linksterrorist, der wegen seiner terroristischen Betätigung eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt hat. Seit 1998 vertritt MAHLER rechtsextremistische Positionen. Er ist Mitglied der NPD.

[127] Dr. Alfred MECHTERSHEIMER (geb. 1939) ist Sprecher des von ihm gegründeten rechtsextremistischen FRIEDENSKOMITEE 2000.

[128] „Das manichäische Jahrhundert“ in: NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE, Heft 1/2000, S. 5 ff.

[129] Franz SCHÖNHUBER war bis 1994 Bundesvorsitzender der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) und zeitweilig Wahlkandidat der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU).

[130] „Einigung oder Untergang?“ in: NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE, Heft 4/2000, S. 37 ff.

[131] NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE, Heft 1/2000.
Als Autor ist Roland WUTTKE genannt. WUTTKE veröffentlicht regelmäßig Beiträge in NATION & EUROPA DEUTSCHE MONATSHEFTE. Möglicherweise handelt es sich um ein Pseudonym.

Neben Beiträgen in NATION UND EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE veröffentlicht Peter DEHOUST[132] auch Bücher im Verlag, so z. B. das Werk „Zwangsarbeiter - Lüge & Wahrheit". Wie die Deutschen bei der Wiedergutmachung über den Tisch gezogen werden". In der aktuellen Diskussion um die finanzielle Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern spielt der Autor vielfach auf einen angeblichen dominierenden US-jüdischen Einfluss bei den Verhandlungen an, dem die deutsche Bundesregierung sich widerstandslos und unbegründet unterworfen habe.
Ein Buch der Autoren Peter DEHOUST und Franz SCHÖNHUBER trägt den Titel „Heuchler, Henker, Halunken - Der Nürnberger Prozess vor 50 Jahren". Darin wird den Nürnberger Prozessen die Rechtmäßigkeit abgesprochen, und die Verurteilten werden als Opfer eines Schauprozesses dargestellt.

Die Verlagsgesellschaft Berg mbH

Die Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) aus Berg (Bayern) besteht seit 1991. Sie entstand aus mehreren kleinen Verlagen, deren Namen auch heute noch bei Buchveröffentlichungen verwendet werden. Neben Büchern mit revisionistischen Inhalten (z. B. „Auf Teufel komm raus. Unwahrheiten und Lügen über die nationalsozialistische Jugendbewegung" aus dem zur VGB gehörenden Kurt Vowinckel-Verlag) veröffentlicht der Verlag auch Werke bekannter Rechtsextremisten zu aktuellen politischen Themen.

So publiziert die VGB das Buch „Schluß mit deutschem Selbsthaß". Darin artikulieren MAHLER und SCHÖNHUBER in einem Dialog deutlich ihre rechtsextremistischen Auffassungen. MAHLER fordert beispielsweise das Verbot aller Parteien und plädiert für die Errichtung eines Reiches mit einer Volksgemeinschaft und einem Monarchen. SCHÖNHUBER äußert, HITLER habe den jüdischen Einfluss in Amerika unterschätzt, und das ständestaatliche System Mussolinis sei nachahmenswert.

Verlag Zeitenwende

Der kleine, in Dresden ansässige Verlag Zeitenwende ist seit 1996 bekannt.

Er gibt vierteljährlich die Zeitschrift HAGAL – DIE ALLUMFASSENDE (Hagal) heraus. Sie befasst sich mit Themen aus Politik, dem Neo-Heidentum, dem Dark-Wave-Bereich, der Pop-Kultur sowie der Esoterik. Der Name der Zeitschrift ist vermutlich nicht zufällig gewählt: In den dreißiger Jahren hat es bereits eine gleichnamige Zeitung der okkult-völkischen Edda-Gesellschaft gegeben.

In Heft 1/2000 wird die von Rechtsextremisten thematisierte „Reichsidee" aufgegriffen und das Buch „Von Wladiwostok bis zur Estremadura" (Olenin Terek, Eurasischer Verlag Hans Wagner) vorgestellt. Darin werde die Grundlage für eine Bewegung beschrieben, die ein eurasisches Reich anstrebt, „so wie es sein sollte: Deutschland und Rußland als Partner, Reichssprache deutsch, Mitteleuropa als Kulturträger. Diese Vorstellungen (...) werden verständlich erklärt. Und dies so, wie es den derzeitigen Zuständen entspricht: die deutschen Mitteleuropäer übersehen in ihrem Hang zur westlichen Gesellschaftsordnung und dem herrschenden Geschichtsbild, daß sie selber die Zukunftsträger Europas sind."[133]

Weiterhin veröffentlichte der Verlag die Broschüren „Adler und Rose" (1999) und „Reich Europa" (1998). Während in „Reich Europa" der Pluralismus abgelehnt und die Abschaffung der Demokratie und die Errichtung eines totalitären Führerstaates gefordert wird, wird in „Adler und Rose" der Holocaust verharmlost.

Seit dem Jahr 2000 gibt es eine neue Schriftenreihe mit dem Titel „Mensch und Mythos". Der erste Band heißt „Der Mythos des Blutes. Ansätze zur morphologischen Betrachtung eines zeitlosen Symbols". Der Autor äußert sich darin zu verschiedenen Aspekten der Bedeutung des Blutes. In seinen Ausführungen zu politischen Fragen offenbart er eine biologistische und völkische Auffassung, die mit der Ablehnung des Ethos der menschlichen Fundamentalgleichheit einher geht. Er stützt sich dabei auf rassistische Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts.

Der Verlag Zeitenwende präsentiert sich mit einer eigenen Homepage im Internet. Von dort wird auch auf andere rechtsextremistische Homepages

[132] Peter DEHOUST (geb. 1936) war bis 1992 Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Er gilt als Mitbegründer der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), der er auch heute noch angehört. Darüber hinaus ist er Vorstandsmitglied der rechtsextremistischen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP). Außerdem war er jahrelang Redaktionsleiter der Zeitschrift NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE, deren Mitherausgeber er heute noch ist.

[133] HAGAL – DIE ALLUMFASSENDE, Ausgabe 1/2000, S. 25. Schreibweise wie im Original.

verwiesen, wie beispielsweise auf die Seiten von SYNERGON DEUTSCHLAND[134], der Zeitschrift STAATSBRIEFE[135] und des VERLAGS S. BUBLIES[136].

Die GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V.

Die GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. (GFP) wurde 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründet. Seit 1992 wird sie von dem früheren „Chefideologen" der NPD, Dr. Rolf KOSIEK (geb. 1934), geleitet. Die GFP gibt vor, sich für eine freie Publizistik und damit insbesondere für die Presse- und Meinungsfreiheit einzusetzen. Zu den mehr als 400 Mitgliedern gehören vor allem Verleger, Schriftsteller, Buchhändler und Redakteure. Mit ihren weitreichenden organisatorischen und personellen Verbindungen zu vielen organisationsunabhängigen Verlagen und Vertriebsdiensten (darunter die oben beschriebenen) kann sie als „Dachorganisation" bezeichnet werden.

Neben Vortragsveranstaltungen und der Herausgabe der Publikation DAS FREIE FORUM organisiert die GFP jährlich einen „Deutschen Kongress". Auf dieser Versammlung treten auch Rechtsextremisten auf. Referenten der diesjährigen Veranstaltung waren u. a. Dr. Alfred MECHTERSHEIMER und Harald NEUBAUER[137].

Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren (Auswahl)

im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
DAS FREIE FORUM	GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. (GFP)	vierteljährlich	1.500	nein
DER FOIERSTURM	**Skinheads**	**unregelmäßig**	**unbekannt**	**nein**
DER FRONT-SOLDAT – DAS NATIONALE MAGAZIN AUS SCHLESIEN	**Kameradschaften (Niederschlesischer Oberlausitzkreis)**	**unregelmäßig**	**unbekannt**	**nein**
DER REPUBLIKANER	DIE REPUBLIKANER (REP)	monatlich	20.000	ja
DEUTSCHE STIMME	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	monatlich	ca. 10.000	ja
HAGAL – DIE ALLUMFASSENDE	**Verlag ZEITENWENDE**	**vierteljährlich**	**unbekannt**	**ja**

[134] SYNERGON DEUTSCHLAND (SYD) wurde 1995 gegründet. Es ist die deutsche Sektion von SYNERGIES EUROPÉENNES. Ziel der Organisation ist die Überwindung der demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnung zu Gunsten eines organisch-hierarchischen Gesellschaftsmodells.

[135] Das rechtsextremistische Theorieorgan STAATSBRIEFE erscheint seit 1990 monatlich im CASTEL DEL MONTE-VERLAG, München.

[136] Der VERLAG S. BUBLIES bietet u. a. Bücher an, die den Nationalsozialismus verherrlichen.

[137] Harald NEUBAUER (geb. 1951) arbeitete von 1974 bis 1984 als Redakteur für die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU). Von 1985 bis 1990 war er Mitglied und Funktionär der Partei DIE REPUBLIKANER (REP). Anschließend trat er der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DLVH) bei. Seit 1992 ist er Mitherausgeber der rechtsextremistischen Publikation NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE.

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
IM NAMEN DES VOLKES!	Skinheads	**bisher eine Ausgabe bekannt**	**unbekannt**	**nein**
KOMPAß	**NPD-Kreisverband Löbau-Zittau**	**unregelmäßig**	**Eigenangabe: ca. 5.000**	**ja**
KLARTEXT	**NPD-Landesverband Sachsen**	**unregelmäßig**	**unbekannt**	**nein**
NACHRICHTEN DER HNG	HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. (HNG)	monatlich	500	ja
NATIONAL-ZEITUNG/ DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG (NZ)	DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	wöchentlich	45.000	ja
NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATSHEFTE	NATION EUROPA VERLAG GmbH	monatlich	14.500	ja
NS KAMPFRUF	NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI / AUSLANDS- UND AUFBAUORGANISATION (NSDAP/AO)	zweimonatlich	500	ja
PAROLE	**SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS)**	**unregelmäßig**	**unbekannt**	**nein**
SACHSEN STIMME	**NPD-Landesverband Sachsen**	**unregelmäßig**	**unbekannt**	**nein**
SIGNAL - DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN	EUROPA VORN VERTRIEB	vierteljährlich	5.000	ja
STAATSBRIEFE	Hans-Dietrich SANDER	monatlich	1.000	ja
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN	FREUNDESKREIS UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN	monatlich	10.000	ja
WHITE REVOLUTION	**WHITE WARRIOR CREW (WWC)**	**bisher eine Ausgabe bekannt**	**unbekannt**	**nein**
WHITE SUPREMACY	**Skinheads**	**unregelmäßig**	**unbekannt**	**nein**

Linksextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen

Linksextremistische Autonome verfügen nicht über ein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Ihre Aktionsfelder orientieren sich häufig am aktuellen politischen Geschehen. Gewalt gilt regelmäßig als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung.
Ihr politisches Selbstverständnis besteht in der Schaffung „herrschaftsfreier Räume". Darunter verstehen sie eine selbstbestimmte Lebensweise ohne „Bevormundung" durch jedwede Staatsform. Mit der Ablehnung jeglicher „Fremdbestimmung" ist noch nicht ohne weiteres eine verfassungsfeindliche Zielsetzung verbunden. Erst dann, wenn Anhaltspunkte auf die aktive Bekämpfung der Verfassungsgrundsätze hinweisen, ist eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz gerechtfertigt.

Zum ideologischen Konzept der **marxistisch-leninistischen Bestrebungen** gehören vor allem orthodox-kommunistische Denkansätze marxistisch-leninistischer Prägung wie beispielsweise die Thesen vom Klassenkampf und von der Diktatur des Proletariats. Das Ziel dieser Zusammenschlüsse ist eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung. Deshalb soll die freiheitliche demokratische Grundordnung auf revolutionärem Wege gewaltsam „überwunden" werden. Orthodoxe Kommunisten beanspruchen für sich, die einzig wahre und wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen. Aus diesem Grund sind vom Marxismus-Leninismus abweichende politische Vorstellungen nach ihrem ideologischen Ansatz erwiesenermaßen falsch.
Die parlamentarische Demokratie lehnen marxistisch-leninistische Bestrebungen ab. Eine Beteiligung an parlamentarischen Wahlen kommt nur unter strategischen Gesichtspunkten in Betracht.

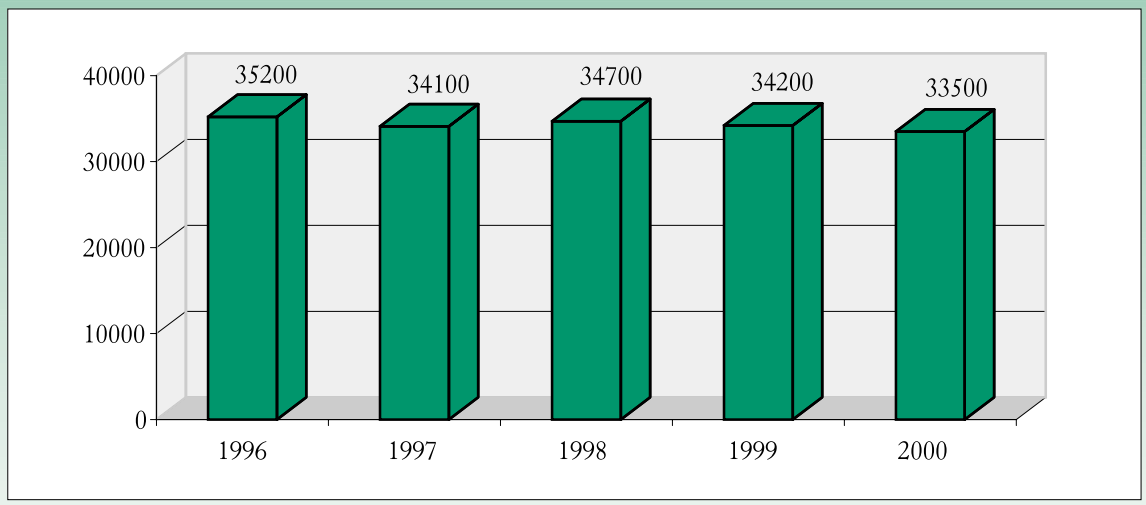
In der gemeinsamen Vision, eine angeblich bestehende „konservative Hegemonie" zu brechen, bemühen sich marxistisch-leninistische Parteien und Vereinigungen, bestehende soziale Konflikte aufzugreifen, zu verschärfen, ideologisch umzudeuten und im Sinne ihrer revolutionären Strategie zu instrumentalisieren.

Überblick in Zahlen[138]

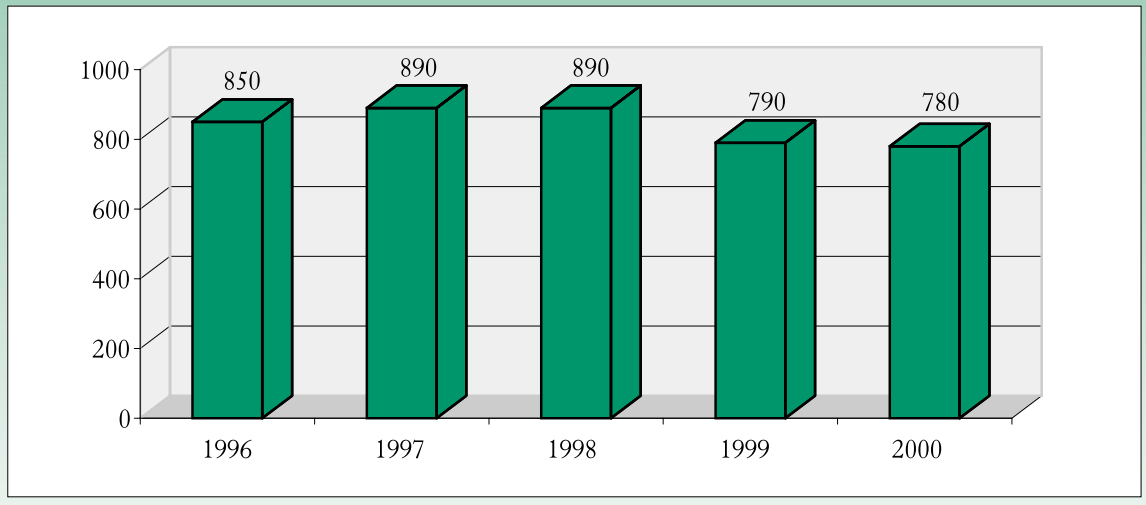
Bundesweit gehörten im Jahr 2000 ca. 33.500 Personen[139] linksextremistischen Bestrebungen an. Im Vergleich zum Vorjahr (ca. 34.200) ist damit ein Rückgang um ca. 2 % zu verzeichnen. Abzüglich der Mehrfachmitgliedschaften setzt sich diese Summe aus 7.000 militanten Linksextremisten (davon etwa 6.000 Autonome) und 27.000 Anhängern marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen zusammen. Während gegenüber 1999 die Zahl der linksextremistischen Autonomen in etwa konstant blieb, gab es bei den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen einen Rückgang der Mitgliederzahlen (1999: 27.700 Mitglieder).

Im Freistaat Sachsen ist im Jahr 2000 die Anzahl der Personen, die linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet werden, mit etwa 780 (1999: 790) weitgehend konstant geblieben.
Die Zahl der linksextremistischen Autonomen ging im Jahr 2000 um ca. 11 % auf ca. 400 (1999: 450) zurück. Dahingegen erhöhten sich die Mitgliederzahlen der marxistisch-leninistischen Bestrebungen. Waren es im Jahr 1999 noch ca. 340 Mitglieder, so steigerten sich die Mitgliederzahlen im Jahr 2000 um ca. 12 % auf 380.
Somit gehören rund 51 % aller Linksextremisten im Freistaates Sachsen der gewaltbereiten linksextremistischen autonomen Szene (1999: 57%) und ca. 49 % marxistisch-leninistischen Bestrebungen (1999: 43%) an.

Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Linksextremisten im Freistaat Sachsen



[138] Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.
[139] Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Zu den marxistisch-leninistischen Zusammenschlüssen im Freistaat Sachsen gehören:

– die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost),
– die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD),

die linksextremistischen Strömungen in der PDS:

– die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (KPF der PDS) und
– das MARXISTISCHE FORUM DER PDS (MF),
– die ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AGJG)

sowie sonstige Gruppen und Parteien wie z. B. Trotzkistische Gruppen.

Im Freistaat Sachsen ist die KPF mit ca. 100 Mitgliedern die größte marxistisch-leninistische Gruppierung.

Stellt man die Anzahl der Personen in den einzelnen Teilbereichen des Linksextremismus in Relation zu 100.000 Einwohnern, ergibt sich folgender Vergleich:

Anzahl der Linksextremisten in der Bevölkerung auf jeweils 100.000 Einwohner[140] bezogen	**Bundesrepublik Deutschland**		**Freistaat Sachsen**	
	2000	**1999**	**2000**	**1999**
Personen in marxistisch-leninistischen Bewegungen	33	35	9	8
Militante Linksextremisten davon linksextremistische Autonome	9 7	9 7	9	10
Summe (abzüglich Mehrfachmitgliedschaften)	41	42	17	18

[140] Zahlen gerundet.
Gesamtbevölkerung Bundesrepublik Deutschland: 82.163.475 (aus: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2000; Stand: 31.12.1999).
Gesamtbevölkerung Freistaat Sachsen: 4.459.686 (aus: Statistisches Jahrbuch Sachsen 2000; Stand: 31.12.1999).

Linksextremisten im Freistaat Sachsen

insgesamt: ca. 780 (1999: ca. 790)
bundesweit ca. 33.500 Personen (1999: ca. 34.200)

Linksextremistische Autonome
Freistaat Sachsen: ca. 400
(1999: ca. 450)
bundesweit: um 6.000
(1999: über 6.000)

Marxistisch-leninistische Bestrebungen
Mitglieder:
Freistaat Sachsen: ca. 380
(1999: ca. 340)
bundesweit: ca. 27.000
(1999: ca. 27.700)

davon:

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-Ost)
Freistaat Sachsen: weniger als 80
(1999: weniger als 80)
bundesweit: 400
(1999: 200)

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
Freistaat Sachsen: ca. 40
(1999: ca. 40)
bundesweit: unter 2.000
(1999: 2.500)

Kommunistische Plattform der Partei des Demokratischen Sozialismus (KPF der PDS)
Freistaat Sachsen: ca. 100
(1999: ca. 100)
bundesweit: ca. 2.000
(1999: ca. 2.000)

Marxistisches Forum der Partei des Demokratischen Sozialismus (MF)
Freistaat Sachsen: Einzelne
(1999: Einzelne)
bundesweit: keine Angabe

Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG JG)
Freistaat Sachsen: einzelne kleine Gruppen
(1999: 100)
bundesweit: Dachorganisation aufgelöst

Sonstige Gruppen und Parteien:
Rote Hilfe e. V.
Trotzkistische Gruppen
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
Freistaat Sachsen: ca. 160
(1999: unter 120)
bundesweit: keine Angabe

Entwicklungstendenzen im Bereich Linksextremismus

Für die **linksextremistischen Autonomen** (nachfolgend: Autonome) stellten im Jahr 2000 der „Antifaschismuskampf“ sowie in Leipzig die Kampagne gegen die Videoüberwachung Schwerpunkte ihrer Aktivitäten in Sachsen dar. Der Kampf gegen Rassismus und um so genannte „Freiräume“ nahm dagegen nur eine untergeordnete Position ein.

Der „Antifaschismuskampf“ wurde auf drei Ebenen geführt:

- durch Demonstrationen,
- durch Behinderung bzw. Verhinderung von Aufmärschen des politischen Gegners,
- durch Aufklärung seiner Strukturen (Recherchetätigkeit).

Bedeutende Demonstrationen unter maßgeblicher Beteiligung Autonomer zum Thema „Antifaschismus“ fanden im Jahr 2000 in Riesa (gegen die Ansiedlung der NPD-Einrichtung DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH) und in Leipzig-Grünau unter dem Motto: „Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein“ statt.
Enttäuschung herrscht innerhalb der autonomen Szene über so genannte „Bündnisdemonstrationen“. Bei den gemeinsam mit demokratischen Kräften und Parteien durchgeführten Demonstrationen sehen sich die Autonomen kaum wahrgenommen. Eigene Themen fänden keine Beachtung und gingen unter. Diese Form der Unterordnung stehe einer eigenen politischen Arbeit entgegen.
Letztendlich will sich ein großer Teil linksextremistischer Autonomer nicht mit friedlichen Demonstrationen zufrieden geben, sondern Aufmärsche des politischen Gegners direkt konfrontieren.

Dessen Demonstrationen und Kundgebungen beantworteten sie daher mit Gegenmaßnahmen. Dies galt insbesondere für Dresden. Eine erheblich gestiegene Zahl öffentlicher Veranstaltungen insbesondere der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und der INTERESSENGEMEINSCHAFT FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG GESAMTDEUTSCHLANDS e. V. (IWG) führte dort zur Verstärkung der Aktivitäten der lokalen autonomen Szene. Die erst im Jahr 1999 gegründete ANTIFASCHISTISCHE AKTION DRESDEN (A2D2) konnte sich in diesem Zusammenhang als aktivste autonome Gruppe neben der ANTIFA DRESDEN in der Landeshauptstadt etablieren. Die A2D2, die bei der militanten linksextremistischen ANTIFASCHISTISCHEN AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO) einen Beobachterstatus hat, machte bei mehreren Ereignissen auf sich aufmerksam: Sie mobilisierte zu Gegenaktivitäten am 25. März gegen einen Aufzug der IWG sowie für den 15. Juli gegen eine Veranstaltung der NPD. Meistens kam es zu verbalen, vereinzelt aber auch zu tätlichen Angriffen.
Die A2D2 meldete sich zudem im Vorfeld der Tagungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) Ende September in Prag zu Wort. Durch ein Plakat mit der Aufschrift: „(...) Für den revolutionären Antifaschismus! Kapitalismus abschaffen!“ wurde durch die A2D2 zu Störaktionen aufgerufen. Die Organisation einer „antifaschistischen“ Demonstration im Dezember 2000 in Pirna scheiterte. Unter Hinweis auf laufende strafrechtliche Ermittlungen gegen die Demonstrationsanmelder und den militanten Charakter der A2D2 wurde die Demonstration verboten.

Neue Impulse erhielt der „antifaschistische Kampf“ im Jahr 2000 durch intensivierte und professionalisierte Recherchetätigkeit. So genannte Antifaschistische Recherche-Teams oder -Gruppen sammeln Informationen über den politischen Gegner und stellen diese anderen autonomen Gruppen zur Verfügung. Ein solches Rechercheergebnis veröffentlichte das ANTIFASCHISTISCHE RECHERCHETEAM DRESDEN (ART) im Internet. Die Informationen über tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten sollen andere Autonome im Kampf gegen diese unterstützen.
Weiterhin werden Recherchen im Umfeld von Kundgebungen und Demonstrationen des politischen Gegners betrieben. Zu ihrer Be- bzw. Verhinderung werden Informationen über den politischen Gegner sowie polizeiliche Maßnahmen am Veranstaltungsort gesammelt und an unabhängig voneinander agierende Gruppen weitergegeben. Diese werden so bei der Umsetzung des dezentralen Konzeptes[141] fortlaufend über die aktuelle Entwicklung informiert.

Regionaler Schwerpunkt der Autonomen im Freistaat Sachsen ist nach wie vor Leipzig. Dort existiert ein arbeitsteilig funktionierendes Netzwerk autonomer Gruppierungen.
Der Kampf gegen die Videoüberwachung war im Jahr 2000 ein Hauptaktionsfeld der linksextremistischen Szene Leipzigs. Die Initiatoren wehrten sich gegen eine ihrer Meinung nach repressive überwachungsstaatliche Praxis sowie einen steigenden Zugriff Privater auf öffentliche Räume. Diese Entwicklung würde nicht nur jeden politischen Protest verhindern, sondern auch das von den Autonomen angestrebte selbstbestimmte Leben unmöglich machen.

[141] Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, S. 43.

Nach mehreren regional begrenzten Aktionen mobilisierten Leipziger Linksextremisten zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto: „Es ist niemals falsch das Richtige zu tun. Save the Resistance. Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn." Das linksextremistische Leipziger BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR) rief dazu mit den Parolen: „Organisiert den Widerstand gegen den Konsens der Überwachungslogik!" (...) Gegen Kapitalismus - für eine herrschaftsfreie Gesellschaft." auf.
Am 14. Oktober 2000 demonstrierten etwa 2.500 Personen gegen die Videoüberwachung, darunter zahlreiche Linksextremisten aus Sachsen und anderen Bundesländern.
Dass es den Autonomen bei diesen Protesten nicht nur um die Videoüberwachung an sich ging, zeigten Rufe wie „Aufruhr, Widerstand, es gibt kein ruhiges Hinterland" oder „Tod dem Staatsterrorismus", die während der Demonstration skandiert wurden. In einem Redebeitrag wurde gefordert: „Ob seine jeweilige historische Erscheinungsform nun offen faschistisch, schwarz-braun reaktionär verkohlt ist oder sich selbst in kunstvoll schillernden Komplementärfarben Rot/Grün auf dem Laufsteg der Konsumbesessenheit präsentiert, der Kapitalismus mit seinem Kontroll- und Überwachungswahn gehört abgeschafft!"

Bei den **linksextremistischen Strömungen in der PDS** war vor allem das MARXISTISCHE FORUM (MF) bemüht, seine Positionen über die Grenzen der eigenen Gruppe und der PDS hinaus einer breiteren Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Es veranstaltete eine Konferenz im Freistaat Sachsen und wich damit von seiner bisherigen Arbeitsweise ab, politische Positionen eher im inneren Kreis zu diskutieren.
Die KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF) verhielt sich im Berichtszeitraum eher passiv. Ein Vertreter der KPF wurde wieder in den Parteivorstand der PDS gewählt.
Trotz Auflösung der ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG) auf Bundesebene bestehen nach wie vor kleine Gruppen der AG JG im Freistaat Sachsen. Im Berichtszeitraum waren jedoch keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der AG JG Sachsen zu verzeichnen.

Im übrigen **marxistisch-leninistischen Bereich** gingen im Jahr 2000 vor allem von der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) bedingt öffentlichkeitswirksame Aktivitäten aus. Die Partei konzentrierte sich vor allem auf die Entwicklung einer eigenständigen Jugendarbeit. Zu diesem Zweck veranstaltete sie in Sachsen zwei überregionale Jugendtreffen.
Die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) bemühte sich im Jahr 2000 wiederum um Mitgliedergewinnung und Überwindung ihrer politischen Isolation, allerdings wie schon in den Vorjahren ohne nennenswerten Erfolg.

Auch im Jahr 2000 blieben im Bereich des **linksextremistischen Terrorismus** Aktivitäten mit terroristischer Qualität aus.
Seit der Auflösungserklärung der ROTEN ARMEE FRAKTION (RAF) vom April 1998 hat sich der Akzent im deutschen Linksextremismus deutlich in Richtung Vergangenheitsbewältigung verschoben, wobei eine konkrete politische Handlungsperspektive weiterhin fehlt. Die verbleibende terroristische Szene in der Bundesrepublik Deutschland ist auf der Suche nach neuen ideologischen und konzeptionellen Ansätzen und gewandelten Organisationsformen.
Der ANTIIMPERIALISTISCHE WIDERSTAND (AIW) als Teilbereich des Terrorismus sucht nach einer Grundlage für illegale Strukturen und den bewaffneten Kampf. Dabei gibt es auch Berührungspunkte mit der militanten autonomen Szene, die zum Teil terroristischen Ideen und Ansätzen nahe steht.
Das Engagement für die Freilassung von „politischen Gefangenen", das sich schon seit Jahren nicht mehr auf die RAF-Inhaftierten beschränkt, wurde im Jahr 2000 nochmals verstärkt thematisiert. Auf Grund von Durchsuchungsmaßnahmen und Festnahmen mutmaßlicher RZ-Mitglieder wurde erstmals seit Jahren den REVOLUTIONÄREN ZELLEN (RZ) wieder Aufmerksamkeit gewidmet.

Linksextremistische Autonome

Potenzial

Ein großer Teil der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen besteht aus linksextremistischen Autonomen (nachfolgend in diesem Beitrag: Autonome). 400 von insgesamt 780 Linksextremisten gehören dieser Szene an. Zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen kann die sächsische autonome Szene allerdings auf ein Potenzial von bis zu 1.000 Personen zurückgreifen. Gegenüber dem Jahr 1999 (450) ging die Anzahl der Autonomen im Freistaat Sachsen um etwa 11% zurück. Auch wenn die Autonomen in ihren Hochburgen Dresden und Leipzig ihr Potenzial halten konnten, so sind im Umland nur noch wenige eigenständig aktive Gruppen erkennbar. Diskussionen innerhalb der Szene über Möglichkeiten der Gewin-

nung jugendlicher Anhänger, vor allem aus dem Bereich der Schulen, dauern an und lassen die Schwierigkeiten erkennen, junge Leute für die autonome Szene zu gewinnen. So beklagten sich beispielsweise auf dem 1999 in Leipzig durchgeführten „Kulturellen-Hegemonie-Kongress“[142] Redner der militanten ROTEN ANTIFASCHISTISCHEN AKTION LEIPZIG (R.A.A.L.), dass es ihnen immer schlechter gelänge, ihr Mobilisierungspotenzial zu begeistern.

Hervorzuheben ist die Gewaltbereitschaft unter den Autonomen. Es ist davon auszugehen, dass die im Jahr 2000 im Freistaat Sachsen verübten Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund überwiegend von Autonomen begangen wurden. Aber auch andere Aktivitäten, z. B. öffentliche Protestkundgebungen, gehen größtenteils von Autonomen aus.
Im Jahr 2000 gab es Aktionen hauptsächlich in Dresden und Leipzig, aber auch in Freiberg, Delitzsch und im Raum Zittau/Görlitz.

Charakteristik

Autonome verfolgen kein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Viele orientieren sich an diffusen anarchistischen oder kommunistischen Ideologiefragmenten. Sie sehen sich in einer totalen Opposition zum „System“ und streben nach einem freien,

Foto: dpa

selbstbestimmten Leben innerhalb „herrschaftsfreier Räume“. Staatliche und gesellschaftliche Normen lehnen sie ab. Die Propagierung des Kampfes gegen den Staat als das „Schweinesystem“, dass es an sich zu bekämpfen gilt und dessen praktische, aktive Umsetzung verleiht dem Streben Autonomer seinen extremistischen Charakter. Auch wenn sich ihre einzelnen Aktionen gegen Asylpolitik, Atomkraft oder Repressionen richten, so bleibt hinter der aktuellen Thematik immer die staatliche Ordnung selbst das finale Ziel, das es zu treffen gilt. Geht es vordergründig um den Abbau von Videokameras in Leipzig, ist der Gegner von den Autonomen gleichwohl klar erkannt: „Als Teil der linksradikalen Bewegung in Deutschland wissen wir natürlich, was abgeht. Repression und Grundrechtsabbau können vielleicht liberale Demokratiegläubige schrecken, wir hingegen wußten schon immer, daß das bundesdeutsche Schweinesystem zu diesem und noch ganz anderem in der Lage ist.“[143]
Auch beim Thema „Antifaschismus“ geht es nur vordergründig um die Bekämpfung von Rechtsextremisten. Der „kapitalistische Staat“ wird als die Wurzel des Übels angesehen, die es zu bekämpfen gilt: „In der antifaschistischen Politik des BgR legten wir Wert darauf, die Nazis nicht als von der Gesellschaft abstrahiertes Problem zu begreifen, sondern eine gesamtgesellschaftliche Kritik zu formulieren. Insofern prägten wir auch im Zuge der Auseinandersetzungen mit Wurzen den Begriff des „rechten Konsens“. Damit wollten wir das Geflecht von starker Naziszene, Bevölkerung (die die rassistischen Ansichten der Nazis teilte), Stadtverwaltung (die den Nazis nach ihren Angriffen immer wieder neue Jugendclubs überließ), Polizei (die sich bei Auseinandersetzungen offen auf Seiten der Nazis positionierte) und Justiz (die alles andere als konsequent gegen Nazis vorging) angreifen.“[144]
Zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworten Autonome weitgehend Gewalt, sowohl gegen Personen wie auch gegen Sachen.
Die „antifaschistische“, „antirassistische“ und „antipatriarchale“ Einstellung sorgt für einen Konsens im autonomen Spektrum.

Im Jahr 2000 befassten sich autonome Gruppierungen zunehmend mit einer bundesweiten Diskussion um politische Perspektiven. Der „Abwesenheit linker Positionen in gesellschaftlichen Debatten“, wie beim Einsatz deutscher Soldaten im Kosovokonflikt 1999, will man künftig mit erfolgreicheren Aktionsformen entgegentreten. Es gehe darum, als radikale Linke wieder wahrnehmbar zu werden. Dazu sei eine intensivere Vernetzung der Gruppen untereinander notwendig. In Sachsen engagierte sich in diesem Zusammenhang unter anderem die militante R.A.A.L.. Sie strebt eine bundesweite Organisationsdebatte innerhalb der Antifaszene an, denn „alle herkömmlichen Konzepte antifaschistischer Interventionen sind, gemessen am Kriterium des mittel- und langfristigen Erfolges, offenbar gescheitert. Um ein weiteres Erstarken nationalistischer und faschistischer Kräfte zu verhindern, sind also neue Impulse vonnöten, die die Linke in die Lage

[142] Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 60.
[143] Broschüre „Aufruf zur Demonstration“ am 14. Oktober 2000 in Leipzig, S. 4.
[144] „Selbstdarstellung des BgR Leipzig“ aus dem Internet (Stand: November 2000).

versetzen, der allgemeinen Rechtsentwicklung eine wirkungsvolle Praxis entgegenzusetzen."[145]
Eine Analyse in der Leipziger Szenezeitschrift KLAROFIX # 75 vom Juni 2000 brachte die konzeptionellen Probleme der autonomen Szene insbesondere bei Mobilisierungen zu überregionalen Ereignissen deutlich zum Ausdruck: Die im ersten Halbjahr 2000 angewandte Strategie des politischen Gegners - immer weniger zentrale Veranstaltungen durchzuführen und dafür zeitgleich an verschiedenen Orten Präsenz zu zeigen - habe am 1. Mai 2000 zur Aufsplittung des

autonomen Mobilisierungspotenzials geführt. Dadurch sei die für eine effektive Behinderung der Veranstaltungen des politischen Gegners notwendige Anzahl von Gegendemonstranten nicht erreicht worden.
Diskussionsbeiträge zu diesem Problem wurden außer in der KLAROFIX auch in der Szenezeitschrift INTERIM aus Berlin veröffentlicht. Allerdings kam man über eine Analyse der Situation der Autonomen nicht hinaus. Lösungsansätze bewegten sich im Rahmen herkömmlicher Organisierungsvorschläge. Beschworen wurde das Ziel, eine revolutionäre Organisation aufbauen zu wollen, die auf kollektiver, gesamtgesellschaftlicher Analyse und Kritik sowie Strategie und Praxis basiere, um eine wirksame Macht gegen die herrschenden Verhältnisse zu schaffen[146]

Bereits 1999 war die Organisierungsdebatte zentrales Thema auf dem Leipziger Kongress der Autonomen zur „Kulturellen Hegemonie". Das Leipziger linksextremistische BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR) vertrat bei diesem Kongress neben weiteren Gruppierungen die Auffassung, dass nur durch ein Zusammengehen von verschiedenen praxisorientierten Ansätzen und differenzierten Gesellschaftsanalysen eine neue effektive Antifapolitik möglich sei. Für Ostern 2001 wird daher zu einem Folgekongress in Göttingen aufgerufen, der erneut eine Plattform für die Vernetzungsdiskussion bieten soll. Die Organisatoren des alten Kongresses, das Leipziger linksextremistische BgR, meldeten sich bereits mit einem Konzeptpapier zu Wort.

Aktionsformen

Autonome nutzen die gesamte Breite des Aktionsspektrums, das von öffentlichen Großdemonstrationen bis hin zu gewalttätigen, klandestinen (d. h. heimlichen) Kommandoaktionen reicht.
Das Demonstrationsaufkommen mit Beteiligung autonomer Gruppierungen im Freistaat Sachsen sank im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 20 % auf 24 Demonstrationen. Ausschlaggebend hierfür dürfte der Rückgang der Aktivitäten des politischen Gegners gewesen sein. In der zweiten Hälfte des Jahres 2000 zog sich die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) als Hauptgegner wegen der Diskussion um ein Verbot der Partei aus der Öffentlichkeit stark zurück.
Neben antifaschistischen Demonstrationen stellte die Kampagne des Leipziger linksextremistischen BgR „Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn" den Themenschwerpunkt der Autonomen im Jahr 2000 im Freistaat Sachsen dar. Auch die Themen „Antirassismus" und die angebliche staatliche Gewalt gaben Anlass zu demonstrativen Aktivitäten.

Neben demonstrativen Aktivitäten wenden Autonome auch militante Aktionsformen zur Durchsetzung ihrer Ziele an.
Das „dezentrale Konzept"[147], als Konzept zur gewalttätigen Verhinderung von Aktionen des politischen Gegners, konnte im Jahr 2000 allenfalls ansatzweise umgesetzt werden. Die Ursachen hierfür lagen, wie auch schon im Jahr 1999 in Organisations- und Mobilisierungsdefiziten der autonomen Szene, mehr aber noch in der hohen Präsenz der Sicherheitsbehörden.
Allerdings gab es eine Zunahme von Störungen der

[145] Flyer der R.A.A.L. „Praktische Vorschläge zur Organisierungsdebatte" vom 8.12.1999.
[146] Nürnberger autonomer Zusammenschluss ORGANISIERTE AUTONOME in: BARRICADA - ZEITUNG FÜR AUTONOME POLITIK UND KULTUR, Ausgabe Januar 2000.
[147] Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1998, S.109 ff.

Veranstaltungen des politischen Gegners nach der „Kleingruppentaktik". Dabei versuchen aus ca. drei bis fünf Personen bestehende Gruppen, durch die polizeilichen Kontrollen zu gelangen und einzelne Gegner anzugreifen. Im Unterschied zum „dezentralen Konzept" agieren diese Gruppen weitgehend ohne zentrale Anleitung und zentrale Voraufklärung mittels Fahrradkurieren oder motorisierter Patrouillen. Im Jahr 2000 waren folgende Ereignisse hierfür Beispiele:

- Am 17. Juni 2000 begleiteten in Kleingruppen agierende Autonome einen Aufzug der Partei DIE REPUBLIKANER in Chemnitz. Sie störten deren Kundgebung durch Sprechchöre, laute Pfiffe und Zwischenrufe. Polizeikräfte verhinderten eine Eskalation.
  Zuvor hatte eine Veranstaltung unter dem Thema „Auch wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein" stattgefunden. An ihr hatten sich ca. 180 Personen beteiligt, die überwiegend der Chemnitzer autonomen Szene angehörten.

- Am 15. Juli 2000 kam es in Dresden zu vereinzelten Störversuchen und Angriffen linksextremistischer Autonomer auf einen Aufzug der NPD. Dessen Teilnehmer wurden mit Eiern, Steinen, Äpfeln und Feuerwerkskörpern beworfen. Größere Auseinandersetzungen wurden durch ein starkes Polizeiaufgebot unterbunden. Es kam zu vereinzelten Festnahmen und mehreren Platzverweisen.
  Während der Abschlusskundgebung einer kurz zuvor beendeten Demonstration der „Initiative Dresden bleibt bunt – statt braun" war offen dazu aufgerufen worden, die NPD-Demonstration zu behindern. Daraufhin setzten sich ca. 200 Personen in Bewegung, wurden aber durch ein starkes Polizeiaufgebot an einer direkten Konfrontation mit den Teilnehmern der NPD-Demonstration gehindert. Im Anschluss an die Demonstrationen wurde das Kleingruppenkonzept angewendet. So wurde durch unbekannte Täter ein Transporter beschädigt sowie ein Pkw umgekippt.

Bei klandestinen Aktionen, einer weiteren militanten Aktionsform, erhoffen sich Autonome Schutz vor staatlichen Maßnahmen, indem die Aktion nur einem kleinen Kreis miteinander vertrauter Personen bekannt gemacht, teilweise konspirativ vorbereitet und schließlich handstreichartig ausgeführt wird.

Beispiele für derartige gewalttätige Aktionen waren im Jahr 2000 u. a. folgende Ereignisse:

- Am 2. April 2000 machten Unbekannte die Türschlösser des „Café Germania" in der Dresdner Waldschlößchenstraße mit einer klebstoffartigen Masse unbrauchbar. Ein gleichartiger Vorfall hatte sich zuletzt in der Nacht vom 31. August zum 1. September 1999 ereignet.
  Das seit Ende April 2000 geschlossene Lokal war ein von Rechtsextremisten stark frequentierter Treff. Es zählte daher seit seiner Eröffnung Anfang 1999 zu den bevorzugten Anschlagszielen linksextremistischer Autonomer.

- Ebenfalls in Dresden warfen am 27. Mai 2000 ca. 8 bis 10 Jugendliche einen Verkaufsstand um. Die Täter entkamen unerkannt.
  In einer später verbreiteten Pressemitteilung bezichtigen sich Unbekannte der Tat und begründen sie damit, dass an dem Verkaufsstand auch Werke des britischen Revisionisten[148] David IRVING verkauft worden seien. Diese würden gern dazu genutzt, die Anzahl der bei der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 getöteten Menschen nach oben zu verfälschen. Mit ihrer Aktion hätten sie ein Zeichen gegen Geschichtsrevisionismus und eine „Entsorgung und Umdefinition der Geschichte" setzen wollen.

- Am 12. September 2000 entfachten in Dresden etwa 10 bis 15 Personen eine verbale Auseinandersetzung mit NPD-Anhängern, die eine Mahnwache zum Thema „Argumente statt Verbote" abhielten. Anschließend bewarfen sie deren Teilnehmer mit Eiern und zerstörten bzw. beschädigten Plakate und Werbematerial der NPD.
  Später war dazu auf den Internet-Seiten des Dresdner Terminkalenders Terminal ein Text veröffentlicht worden. Darin hieß es, die „doitsch-braune Ansammlung" sei „erfolgreich von aktiven Antifas gestört" worden.

- In Torgau betrieb am 30. September 2000 der NPD-Kreisverband Torgau-Oschatz einen Informationsstand. Im Laufe des Vormittages näherten sich dem Stand neun Personen und griffen die Betreiber zunächst verbal mit „Ihr Faschisten; Ihr Faschos!" an. Danach wurde der Tisch des Informationsstandes umgeworfen sowie ein Fotoapparat und Flugblätter entwendet.

Strukturen

Bundesweite Strukturen

Der weitgehende Verzicht auf feste Strukturen und Hierarchien wurde von den Autonomen in der Vergangenheit nicht nur als Ausdruck des politischen Selbstverständnisses von einem „herrschaftsfreien Leben" angesehen, sondern diente auch einer gewissen

[148] Zum Thema Revisionismus vgl. Abschnitt „Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen".

Anonymität und dem Schutz vor staatlichen Maßnahmen. Der mit dem Verzicht auf Strukturen verbundene Verlust an Effektivität wurde in Kauf genommen. Gegenwärtig wird jedoch dieses Thema immer häufiger Gegenstand von Struktur- und Zukunftsdebatten. Es habe, so die Meinung der R.A.A.L. in ihrem Referat über „Antifaschistische Jugendarbeit“ beim „Kulturellen-Hegemonie-Kongress“ 1999 in Leipzig, schon immer Hierarchien in autonomen und linksradikalen Strukturen gegeben. Diese seien allerdings häufig verleugnet worden.
Aufbauend auf Erfahrungen aus diesem Kongress sind gegenwärtig neue Versuche regionaler oder sogar bundesweiter Koordination feststellbar. Insbesondere im Zusammenhang mit bestimmten Schwerpunktthemen unterstützen sich die ansonsten eigenständig agierenden Gruppen gegenseitig, z. B. bei Demonstrationsaufrufen. Die informelle Vernetzung tritt neben die bereits seit Jahren bestehenden bundesweiten Organisierungsansätze.

Einer dieser bundesweiten Organisierungsansätze ist die 1992 gegründete ANTIFASCHISTISCHE AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO). Mit diesem Zusammenschluss sollte eine Struktur geschaffen werden, die sich gegen „das System mit all seinen Übeln“ richtet und „offensiv gegen die Drahtzieher und Ideologen des Nazi-Terrors“ vorgeht. Intensive Programm-, Schulungs- und Medienarbeit sowie regelmäßige Delegiertentreffen dienen der Koordinierung und Weiterentwicklung gemeinsamer politischer Vorstellungen.
Der AA/BO gehörten Ende 2000 sieben Gruppen als Mitglieder an. Dazu zählen u. a. die AUTONOME ANTIFA(M) aus Göttingen, die ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN (AAB) und die ROTE ANTIFASCHISTISCHE AKTION LEIPZIG, die im Jahr 2000 vollwertiges Mitglied wurde. Mit der ANTIFASCHISTISCHEN AKTION DRESDEN (A2D2), die einen beobachtenden Status besitzt, hat eine zweite sächsische Gruppe Zugang zu dieser bundesweiten Organisation.
Ein Vergleich zum Vorjahr, in dem noch elf autonome Gruppen Mitglied in der AA/BO waren, zeigt, dass sich strukturelle Schwächen der autonomen Szene auch innerhalb der AA/BO widerspiegeln.

Mit dem Ziel, die „antifaschistische Organisierung“ voranzutreiben und regionale und überregionale Aktionen gegen einen sich angeblich bedrohlich formierenden Neofaschismus zu planen und durchzuführen, initiierte die AA/BO bereits im Jahr 1999 die Kampagne „Antifa-Offensive 99 - den rechten Vormarsch stoppen“. In Sachsen wurde die Kampagne nur von der R.A.A.L. mit getragen[149]. In einer als „Auswertung“ bezeichneten Erklärung nahm die AA/BO im Jahr 2000 kritisch Stellung zu der Kampagne. Nach außen hin habe sich die Offensive nur als eine Aneinanderreihung von Aktionen dargestellt. Trotz der mehr als 20 Demonstrationen, Veranstaltungsreihen und anderen Aktionen, die überall im Bundesgebiet im Rahmen der Kampagne stattgefunden hätten, sei es nicht gelungen, der Kampagne die gewünschte Öffentlichkeit zu verschaffen. Es sei wohl auch kaum möglich, durch eine Großaktion oder eine Aktionsreihe die relative Bedeutungslosigkeit und Isolation der autonomen Antifabewegung zu durchbrechen. Die „Antifa-Offensive 99“ habe aber, was den Aufbaucharakter, die Weiterentwicklung und die Verfestigung der Strukturen der Antifabewegung betreffe, ihren Zweck erfüllt. Als wesentlichen Erfolg der Kampagne bewerten die Verfasser die Öffnung der AA/BO für interessierte kleinere Antifagruppen. So gebe es nun ein Potenzial von ungefähr 30 Gruppen, die an der Politik der AA/BO und einer Zusammenarbeit mit ihr interessiert seien.

Während mit der AA/BO ein relativ fester Gruppenverbund geschaffen wurde, entstand im Frühjahr 1993 mit dem BUNDESWEITEN ANTIFA-TREFFEN (B.A.T.) eine weitere, aber weniger verbindliche Vernetzungsform. Sie soll dem überregionalen Informationsaustausch und der Abstimmung gemeinsamer Aktionen im Rahmen des „Antifaschismuskampfes“ dienen.
Das B.A.T. hat eine breitere Basis als die AA/BO. An den zweimal jährlich stattfindenden Delegiertentreffen beteiligten sich seit 1993 insgesamt über 50, teils gewaltbereite autonome „Antifa“-Gruppen.
Aber auch diese Organisationsstruktur wurde durch Austritte verschiedener Gruppierungen und nicht zuletzt durch eine kontrovers geführte „Sexismusdebatte“ geschwächt. Im April 2000 erklärte das B.A.T. in einer Stellungnahme „zum Umgang mit sexistischen Übergriffen“[150] den Ausschluss der R.A.A.L. Im Zusammenhang mit vermeintlichen „sexistischen Übergriffen“ einzelner Mitglieder der A2D2 auf Frauen der ANTIFA DRESDEN warf man der R.A.A.L. Täterschutz vor, da diese sich weder von der A2D2 distanziere, noch den Kontakt zu ihr abgebrochen habe.
Scheinbar an einem Tiefpunkt der Aktivitäten angelangt, sah das B.A.T. im Jahr 2000 die Ursachen des eigenen Scheiterns hauptsächlich in der ohne Kontinuität geführten politischen Arbeit sowie im mangelnden Willen vieler Teilnehmergruppen zur aktiven Mitarbeit.

[149] Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 58.
[150] Veröffentlicht in der INTERIM Nr. 500 vom 20. April 2000.

Strukturen im Freistaat Sachsen

Im Freistaat Sachsen bemühte man sich, die einzelnen autonomen Gruppen miteinander zu verknüpfen. Zum Einen wurden die sachsenweiten „Antifa-Vernetzungstreffen“ fortgeführt, und zum Anderen traten Gruppen zum Teil neu in Erscheinung, die einen informellen Vernetzungscharakter aufweisen. Sie sammeln regional und überregional Informationen über den politischen Gegner und stellen die Ergebnisse anderen autonomen Gruppen zur Verfügung. Das seit ca. zwei Jahren öffentlich auftretende ANTIFASCHISTISCHE RECHERCHETEAM DRESDEN (ART) ist eine dieser Gruppen. In Leipzig versteht sich die ANTIFA-RECHERCHEGRUPPE „MAQUIS“ als politische Gruppe mit dem Anspruch, Recherchedienstleistungen für andere Gruppen zu erbringen.

Die Vernetzungstreffen sächsischer autonomer Gruppen sollten auch im Jahr 2000 insbesondere der Integration von schwach organisierten Antifa-Gruppen dienen. Durch kontinuierliche Arbeit vor Ort erhofften sich diese Gruppen Zulauf für die regionale autonome Szene, die dadurch in die Lage versetzt werden sollte, rechtsextremistischen Gruppierungen wirksam entgegentreten zu können. Überzogene Erwartungshaltungen der weniger gefestigten autonomen Gruppen gegenüber den Gruppen aus autonomen Zentren erzeugten jedoch Konkurrenzsituationen, und es konnte eine personelle Abwanderung aus den Kleinstädten in die autonomen Zentren festgestellt werden.

Linksextremistische autonome Gruppen im Freistaat Sachsen

Leipzig

In Leipzig befindet sich die aktivste und organisatorisch am stärksten ausgeprägte autonome Szene im Freistaat Sachsen. Einen wichtigen Anlaufpunkt stellt der Jugendtreff „Conne Island“ dar.
Zu den Hauptaktionsfeldern der linksextremistischen autonomen Szene Leipzigs im Jahr 2000 zählte neben dem „Antifaschismuskampf“ der „Kampf gegen Repression und Überwachung“. Berichte, Aufrufe und Diskussionen veröffentlichen die Autonomen in der seit Sommer 1993 monatlich erscheinenden Szenezeitschrift KLAROFIX sowie im Internet. Meldungen über Ereignisse im gesamten Bundesgebiet verbreitet seit März 1998 das „Antifaschistische Infotelefon Leipzig“.

Als „Informations- und Koordinationsbörse“[151] dient der autonomen Szene das OFFENE ANTIFASCHISTISCHE PLENUM (OAP). Die Teilnahme an den wöchentlichen Treffen des OAP ermöglicht Einzelpersonen einen ersten Kontakt zu Leipziger linksextremistischen Gruppierungen sowie einen Einstieg in konkrete Aktionen. Das OAP nutzt zur Veröffentlichung von Terminen die Internetseite des „Infoladens Leipzig“. Da im Jahr 2000 das Interesse am OAP sank, warb im April 2000 eine OAP-Vorbereitungsgruppe im Internet sowie in Szenepublikationen um neue Besucher. Der Erfolg der Werbeaktion muss infrage gestellt werden, da weiterhin vom OAP keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen ausgingen bzw. von diesem unterstützt wurden.

Informationen erhält das OAP unter anderem von der im Jahr 2000 neu gegründeten ANTIFASCHISTISCHEN RECHERCHEGRUPPE „MAQUIS“ Leipzig. Ihren Beitrag zur autonomen Politik will die Gruppe mit Aufklärungsarbeit über den politischen Gegner leisten. Diese Recherchearbeit bedeute für „MAQUIS“ langfristige Erarbeitungen von „Hintergrundinformationen zu bestimmten Zusammenhängen“ (gemeint ist hier der politische Gegner) und die Bereitstellung ihrer Infostruktur bei „bestimmten Anlässen“[152]. Laut eigener Darstellung arbeitet „MAQUIS“ dabei mit anderen regionalen Recherchegruppen sowie dem B.A.T. zusammen. Weiterhin verdeutlicht die Gruppe in der Darstellung ihre autonome Ausrichtung, indem sie die Abschaffung des Kapitalismus als ihre grundlegende Aufgabe herausstellt.

Über einen hohen Bekanntheitsgrad innerhalb der bundesweiten autonomen Szene verfügt das Leipziger linksextremistische BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR), das eigenen Angaben zufolge seit Ende des Jahres 1995[153] besteht. Das linksextremistische BgR blieb auch im Jahr 2000 die Gruppierung der Leipziger autonomen Szene mit der größten Präsenz in der Öffentlichkeit.
Anlassbezogen gründete das linksextremistische BgR Arbeitsgruppen, so beispielsweise Ende 1999 die AG ÖFFENTLICHE RÄUME beim BgR. Im Rahmen der vom linksextremistischen BgR initiierten und von der genannten AG umgesetzten Kampagne gegen die Videoüberwachung in der Stadt Leipzig wurden ab Januar 2000 mehrere öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt.
Das linksextremistische BgR griff mit einer anderen AG auch das Thema „Wehrmachtsausstellung“ auf. Man wandte sich gegen eine Überarbeitung der Ausstellung und wollte mit Aktionen zugleich gegen „deutschnationale Konservative“ in der Region Leipzig vorgehen. Da die Durchführung der Ausstellung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, entfaltete die AG keine weiteren Aktivitäten.

[151] KLAROFIX 4/00, S. 7 „OAP-was nun?“.
[152] KLAROFIX # 77; 9/00, S. 45.
[153] Broschüre EIN SATZ (Göttingen) Nr. 30, Juni 1998, S. 6.

Foto: Internetseite der antifaschistischen Pressemitteilungen Leipzig

Weiterhin organisierte das linksextremistische BgR zahlreiche Veranstaltungen oder beteiligte sich mit Redebeiträgen an Demonstrationen der linksextremistischen Szene. So setzte das linksextremistische BgR beispielsweise mit der Demonstration unter dem Motto „Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein!“ am 17. Juni 2000 die bereits im Jahr 1998 / Anfang 1999 begonnene Auseinandersetzung mit der „akzeptierenden Sozialarbeit“ mit rechtsextremistischen Jugendlichen in Leipzig-Grünau fort.

Die Rote Antifaschistische Aktion Leipzig (R.A.A.L.) gründete sich Anfang des Jahres 1999 in Leipzig. Seit November 1999 ist sie eigenen Angaben[154] zufolge Mitglied in dem bundesweiten militanten Zusammenschluss Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO).
Wie die AA/BO, nach deren Ansicht eine „antifaschistische, freie Gesellschaft“ nur entstehen kann, „wenn das System mit all seinen Übeln gekippt wird. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn es nicht niedergerissen wird.“[155], vertritt die R.A.A.L. einen revolutionären linksextremistischen Ansatz. Die militante Ausrichtung der R.A.A.L. wird in deren öffentlichen Aufrufen deutlich. So warb sie mit der Parole „Gemeinsam können wir dafür sorgen, daß ein ‚zweites Seattle‘ im Herzen von Europa neue Akzente setzt“[156] für die Protestaktionen gegen die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank Ende September 2000 in Prag. In Seattle/USA war es im November 1999 zu schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen.
Die R.A.A.L. mobilisiert in der Leipziger autonomen Szene vor allem für Ereignisse außerhalb Sachsens, so beispielsweise für die Aktivitäten gegen den Bundeskongress der NPD am 27. Mai in Passau. Die Aktionen in Passau standen unter dem Motto: „kein friede mit kapitalismus und polizeistaat/bundesweiter aktionstag gegen den kongress der faschistischen NPD“[157] Den etwa 900 Gegendemonstranten gelang es nicht - wie geplant - zum Tagungsort der NPD vorzudringen. Vereinzelt kam es zu militanten Aktionen.

Eine weitere Gruppierung der Leipziger autonomen Szene ist das im Jahr 1997 gegründete Antifaschistische Schulnetz (ASN). Tatsächliche Anhaltspunkte deuten darauf hin, dass es sich bei den Mitgliedern des ASN um linksextremistische Autonome handelt. Das ASN lehnt Gewalt zwar prinzipiell ab, „aber in bestimmten Situationen (Verteidigung) unter bestimmten Bedingungen“ sei sie legitimierbar[158]. Die praktische Umsetzung der politischen Aufklärungsarbeit an Schulen - eine der Hauptaufgaben des ASN - scheiterte jedoch nach Aussagen der Gruppierung an der ablehnenden Haltung der Schulleitungen.[159]
Das ASN trat im Jahr 2000 als einer der Organisatoren der Demonstration am 17. Juni in Leipzig-Grünau in Erscheinung. Zur Erhöhung der Bekanntheit des ASN sowie zur Verbesserung der Finanzlage führt das ASN regelmäßig so genannte „BÖRB[160]-Partys“ durch. Weiterhin mobilisierte das ASN zu mehreren Demonstrationen der linksextremistischen Szene, unter anderem zu der Demonstration am 7. Oktober

[154] Aus: KLAROFIX, Ausgabe 4/00.
[155] Aus einer Selbstdarstellung der AA/BO im Internet, Ausdruck vom 27.01.2000. Schreibweise wie im Original.
[156] Aus dem Aufruf der R.A.A.L., veröffentlicht unter anderem in: KLAROFIX 9/00. Schreibweise wie im Original.
[157] Schreibweise wie im Original.
[158] Antifaschistisches Schulnetz; Infoflyer # 1 Sommer 1997.
[159] Aus dem Redebeitrag des ASN vom 17. Juni 2000, abgedruckt in Leipzigs Neue vom 23. Juni 2000, S. 5.
[160] BÖRB ist eine Leipziger SchülerInnenzeitschrift, die mehrheitlich Themen der linksextremistischen autonomen Szene behandelt.

unter dem Motto „GEMEINSAM GEGEN RECHTS - Weg mit der NPD-Zentrale - Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ in Berlin. Hauptinitiator dieser Demonstration war die militante ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN (AAB). Im Verlauf der Demonstration, an der sich ca. 4.000 Personen beteiligten, kam es zu Ausschreitungen der Demonstranten und Festnahmen durch die Polizei.

Die GRÜNAUER ANTIFA-GRUPPE (GAG) gründete sich eigenen Angaben zufolge im Herbst 1998[161]. Als Mitorganisator und Mobilisierer von Demonstrationen trat sie mit Linksextremisten öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

Eine weitere Gruppierung der Leipziger autonomen Szene ist der ANTIFASCHISTISCHE FRAUENBLOCK LEIPZIG (AFBL). Der AFBL äußerte sich bereits 1998 in Leipziger Szenepublikationen. In diesen Beiträgen agitierte die Gruppierung vor allem gegen die angeblich rassistische Politik der Bundesregierung und forderte die Öffnung aller Grenzen.
Öffentlichkeitswirksam trat der AFBL als einer der Organisatoren der Demonstration gegen die Videoüberwachung am 14. Oktober 2000 in Leipzig auf. An der Demonstration gegen die Videoüberwachung am 6. Mai 2000 hatte sich der AFBL mit einem Redebeitrag beteiligt.

Demonstration am 14. Oktober 2000 Foto: dpa

Die Gruppierungen der Leipziger autonomen Szene stehen untereinander in Kontakt. Eine verstärkte Zusammenarbeit konnte seit Ende 1999 unter anderem im Zusammenhang mit den Aktionen gegen die Videoüberwachung festgestellt werden.
Ende 1999 stellte die R.A.A.L. „Praktische Vorschläge zur Organisierungsdebatte“ zur Diskussion. Da nach ihrer Ansicht „alle herkömmlichen Konzepte antifaschistischer Interventionen“ gescheitert sind, sei für eine effektive Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen ein strategisch ausgereifteres Vorgehen unerlässlich. Im Jahr 2000 gab es jedoch keine Anhaltspunkte für eine Neuorganisierung, die auf eine veränderte Zusammenarbeit Leipziger autonomer Gruppen zurückzuführen wäre.

Dresden

Die Dresdner autonome Szene hat ihre Aktivitäten im Jahr 2000 verstärkt und ihre Strukturen ausgebaut.
Das Hauptaktionsfeld der Szene lag im Jahr 2000 im Bereich des „Antifaschismus“. Eine im Vergleich zu früheren Jahren erheblich größere Anzahl an Demonstrationen und Kundgebungen ihrer politischen Gegner im ersten Halbjahr 2000 veranlasste Dresdner Autonome regelmäßig zu entsprechenden Gegenaktivitäten, zu denen meist das ANTIFASCHISTISCHE RECHERCHETEAM DRESDEN (ART) aufrief.
Neben der seit Längerem bekannten ANTIFA DRESDEN konnte sich die ANTIFASCHISTISCHE AKTION DRESDEN (A2D2) als derzeit aktivste autonome Gruppierung in Dresden etablieren.
Sprachrohr der autonomen Szene ist die unregelmäßig erscheinende Flugschrift AUTONOMER NACHRICHTENDIENST (AND), die z. T. in die Internet-Seiten der ANTIFA DRESDEN eingestellt wird. In diesen Seiten, die von der ANTIFA DRESDEN/INTERNETGRUPPE betreut werden, meldet sich auch das ART zu Wort.

Seit Anfang des Jahres 2000 mobilisiert das ANTIFASCHISTISCHE RECHERCHETEAM DRESDEN (ART) die Dresdner autonome Szene regelmäßig zu Aktivitäten gegen Veranstaltungen tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten, so z. B. am 1. Mai und am 15. Juli gegen Veranstaltungen der NPD und am 25. März und am 29. April gegen Veranstaltungen der INTERESSENGEMEINSCHAFT FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG GESAMTDEUTSCHLANDS e. V. (IWG)[162]. Die Gegenaktivitäten waren auf die Be- oder Verhinderung der gegnerischen Veranstaltung gerichtet. Meist kam es zu verbalen, häufig auch zu tätlichen Auseinandersetzungen. In zwei Fällen sind besonders gewalttätige Übergriffe mutmaßlicher Autonomer im weiteren Umfeld des Geschehens verübt worden.
Das ART befasst sich hauptsächlich mit Recherchen zu tatsächlichen und vermeintlichen Rechtsextremis-

[161] KLAROFIX 6/00, S. 10 ff.

[162] Die IWG bezweckt die „Förderung der deutschen Interessen, auf dem Gebiet der Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands nach dem 3.10.1990 (...) auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts (...)“ (Satzung vom 8. Februar 1997). Sie plädiert für die Wiedergabe der nach dem 2. Weltkrieg annektierten deutschen Gebiete. Die Durchsetzung dieses Ziels verfolgte der Verein u. a. mit Kundgebungen und Demonstrationen, die von rechtsextremistischen Organisationen unterstützt wurden. Diese wiederum nutzten die Veranstaltungen der IWG als Plattform für die Verbreitung ihrer rechtsextremistischen Propaganda.

ten im Raum Dresden. Anfang August 2000 stellte das ART seine Rechercheergebnisse u. a. zum NPD-Kreisverband Dresden und zu der (mittlerweile verbotenen) Organisation SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) in die Internet-Seiten der ANTIFA DRESDEN ein. Die Texte enthalten Fotos und Informationen zu Personen, die das ART rechtsextremistischen Strukturen zurechnet.
In seinem Vorwort macht das ART deutlich, welche Ziele es mit seiner Veröffentlichung verfolgt: „In der Broschüre wird es auch eine ganze Menge Fotos von regional wichtigen Nazis geben. Angegliedert an diese ist ein Kasten mit Informationen zur Person. Wir hoffen, daß ihr mit diesen und in Verbindung mit den Texten den Widerstand gegen Nazis fortführen könnt." In der Nacht vom 24. bis zum 25. August 2000 beschädigten Unbekannte einen Pkw, der in der kurz zuvor veröffentlichten Textsammlung einem Dresdner NPD-Mitglied zugeordnet worden war.

Die bereits im Jahr 1999 gegründete ANTIFASCHISTISCHE AKTION DRESDEN (A2D2) hat einen Beobachterstatus bei der militanten linksextremistischen ANTIFASCHISTISCHEN AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO).
Die A2D2 machte erstmals auf einer Demonstration am 12. Februar 2000 in Riesa durch ein Spruchband mit der in deutsch und tschechisch gehaltenen Aufschrift „Antifa heißt Angriff - international Antifaschistische Aktion Dresden" auf sich aufmerksam. Seitdem mobilisiert die Gruppe zu wichtigen autonomen Ereignissen in Dresden. Mitunter nutzt sie hierfür die Internet-Seiten der AA/BO-Gruppe ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN (AAB), so z. B. für die Aktivitäten gegen den NPD-Aufzug am 15. Juli und den Aufzug der IWG am 25. März.
Mit Blick auf die Protestaktionen gegen die Tagungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) Ende September 2000 in Prag gab die A2D2 ihre militanten Positionen zu erkennen. Mit einem Plakat, das die Aufschrift „(...) Für den revolutionären Antifaschismus! Kapitalismus abschaffen!" trug, rief sie zu einem Vorbereitungstreffen für die Demonstration am 23. September in Prag auf und forderte: „Turn Praha into a new Seattle! Revolutionary Adventure Tours Vol. 3.0 powered by A2D2".[163] Nach den gewalttätigen Protesten in Prag, kündigte die A2D2 dann im Oktober in Dresden eine Filmvorführung über ihre „Erlebnisse in Prag" an.
Die A2D2 mobilisierte auch zur Teilnahme an der Demonstration unter dem Motto „Es ist niemals falsch das Richtige zu tun! Save The Resistance! Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn" am 14. Oktober 2000 in Leipzig.

Kommunikation

Um Aktionen unabhängig von einer zentralen Organisationsform gemeinsam planen und durchführen zu können, ist für autonome Gruppen die Kommunikation sehr wichtig. Neben unmittelbaren persönlichen Kontakten spielen dabei verschiedene Kommunikationsformen eine bedeutende Rolle. Dazu zählen regelmäßig stattfindende Plena zum direkten Meinungs- und Informationsaustausch. Darüber hinaus werden Infoläden, Szenekneipen, szenebetriebene Buchläden und dergleichen als Treffgelegenheiten genutzt. Im Freistaat Sachsen gibt es Infoläden in Leipzig, Dresden, Freiberg und Plauen. Mehr als 80 derartige „Netzknoten" existieren bundesweit.

Ein zentrales Informationsmittel sind - bundesweit oder auf regionaler Ebene erscheinende - Szenepublikationen. Sie veröffentlichen Berichte, Thesenpapiere, Aufrufe zu Veranstaltungen oder Demonstrationen und dienen als Diskussionsforen. Diese bundesweit etwa 50, zum Teil konspirativ hergestellten und vertriebenen Blätter, sind wichtige Multiplikatoren extremistischen Gedankengutes. Eine zentrale Bedeutung hat die vierzehntägig erscheinende Berliner Szenezeitschrift INTERIM.
Im Freistaat Sachsen erschien im Jahr 2000 regelmäßig die Leipziger Szenezeitschrift KLAROFIX und anlassbezogen die Flugschrift AUTONOMER NACHRICHTENDIENST (AND) aus Dresden. Entsprechende Informationen verbreitet ebenfalls der Conne Island Newsflyer CEE IEH aus Leipzig.

Aber auch Kommunikationstechnologien wie Internet und Infotelefone werden genutzt. Das seit 1998 von der Leipziger autonomen Szene eingerichtete „Antifaschistische Infotelefon" ist weiterhin ein wichtiger Multiplikator zur Verbreitung von Informationen. Sächsische Autonome sind auch im Internet mit eigenen Homepages präsent, beispielsweise mit der Homepage der Dresdner Szenezeitschrift VENCEREMOS und des „Infoladens Leipzig".

Aktionsfelder

„Antifaschismus"

Der Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche rechtsextremistische Personen, Institutionen und Entwicklungen gehört zu den wesentlichen Aktionsbereichen Autonomer. Für Autonome ist der „antifaschistische Kampf" nicht allein ein „Anti-Nazi-Kampf". Die Wirkung soll weiter gehen und richtet sich gegen die angeblichen Wurzeln des Rechtsextremismus, die sie

[163] Deutsch: „Verwandelt Prag in ein neues Seattle! Revolutionäre Abenteuer-Tour, Ausgabe 3.0 geführt von der A2D2". Die Verfasser spielen damit auf die gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Tagung der Ministerkonferenz der World Trade Organisation (WTO) im November 1999 in Seattle an.

im System der Bundesrepublik Deutschland ausgemacht haben wollen.
Besonders deutlich wird diese Einstellung in der seit Mitte des Jahres 2000 verstärkt geführten Rechtsextremismus-Debatte und der Diskussion um das Verbot der NPD. Das Leipziger linksextremistische BgR bezeichnete in einer ins Internet eingestellten Presseerklärung diese Diskussion als eine von Politikern scheinheilig geführte Kampagne. Dabei gehe es lediglich um das Ansehen des Standorts Deutschland im Ausland. Angesichts der jahrelangen Ignoranz und Verharmlosung von rechtsextremistischen Strukturen und deren Förderung durch akzeptierende Jugendarbeit sei es scheinheilig, heute Verbote zu fordern. Darüber hinaus werde deutlich, dass der Naziterror wieder einmal willkommener Vorwand für den weiteren Ausbau des starken Staates sei. So forderten Politiker Verbote von Parteien und Organisationen, Videoüberwachung von Bahnhöfen, die Abschaltung von Telefonen sowie Arbeitsverbote und Einschränkungen des Demonstrationsrechts. Alle diese geforderten Maßnahmen bekämpften, wenn überhaupt, nur die Symptome des Rechtsextremismus und schränkten die Freiheit und die Rechte aller Menschen noch mehr ein als bisher. Ein „Effektives Vorgehen gegen Faschismus muß dagegen an dessen Ursache ansetzen. Das kann und muß auf einer nichtstaatlichen, ja antistaatlichen Ebene erfolgen. In der 'Mitte der Gesellschaft' müssen Veränderungen stattfinden, da der Rechtsradikalismus dort seinen Ursprung hat. Solange in Deutschland ein völkisches Staatsbürgerschaftsrecht gilt, solange die Menschen immer noch nach ihrer Hautfarbe und Nationalität sortiert werden, solange ImmigrantInnen in 'nützliche' und vermeintlich 'ausnutzende' eingeteilt werden und nicht zuletzt: Solange die Rechte des Staates mehr zählen als die Freiheit des einzelnen, muß man sich über mordende Horden autoritär strukturierter Nazis nicht wundern"[164].
Mit dieser Argumentation stellte das linksextremistische BgR auch den Bezug zu der von ihm initiierten Kampagne gegen „staatliche Repressionen" und die Videoüberwachung in der Stadt Leipzig her.

Parallel zur Diskussion um das Verbot der NPD setzten autonome Gruppen ihren „antifaschistischen Kampf" auch im Jahr 2000 u. a. mit gewalttätigen Aktionen fort. Die Anwendung von Gewalt ist für Autonome dabei ein Mittel im Kampf gegen den Faschismus. Unter Autonomen umstritten ist allerdings die Anwendung schwerster Gewalt gegen Personen. Während viele Autonome argumentieren, bei Angriffen auf „Faschos" müssten der Tod des Opfers oder schwere Verletzungen ausgeschlossen sein, bekunden andere offen, bei „antifaschistischen Aktionen" den Tod von „Faschos" nicht generell ausschließen zu wollen. Allerdings bekunden auch sie: „der Spielraum (...) ist noch groß genug, als daß wir zu solchen Mitteln, die stets das letzte Mittel sein sollten, greifen müßten."[165]

„Antifa"-Demonstrationen sächsischer Autonomer im Jahr 2000

Die Ansiedelung der DEUTSCHEN STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH in Riesa gab Anfang 2000 der autonomen Szene Anlass, öffentlich gegen den „erstarkenden Neofaschismus" zu protestieren. Nachdem seit Anfang Dezember 1999 unter anderem autonome Gruppen aus Dresden, Leipzig und Berlin zu Aktionen gegen die Verlagsniederlassung mobilisiert hatten, demonstrierten am 12. Februar etwa 600 Personen in Riesa. Etwa die Hälfte der Teilnehmer konnte dem autonomen Spektrum zugeordnet werden, darunter Angehörige der ANTIFASCHISTISCHE AKTION DRESDEN (A2D2) und des Leipziger BÜNDNIS GEGEN RECHTS. In einer aufgeheizten Atmosphäre kam es zu mindestens zwei Zwischenfällen. Ein vermeintlicher Rechtsextremist wurde aus dem Demonstrationszug heraus angegriffen, als dieser versuchte, Demonstrationsteilnehmer zu fotografieren. An anderer Stelle durchbrachen ca. 50 Demonstranten kurzzeitig eine Polizeisperre, um „Rechte" zu jagen.

Der seit einiger Zeit anhaltende Konflikt zwischen Angehörigen der links- und rechtsextremistischen Szene in Delitzsch erreichte im Jahr 2000 eine neue Qualität. Nachdem es mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen beiden politischen Lager gekommen war, versuchte die autonome Szene im Jahr 2000 durch Demonstrationen auf die ihrer Meinung nach unhaltbare Situation in der Stadt aufmerksam zu machen. Den Auftakt der Proteste stellte eine Spontandemonstration am 20. Februar 2000 in Delitzsch dar, an der sich ca. 60 Personen aus der Delitzscher und Leipziger autonomen Szene beteiligten. In einer „Antifaschistischen Pressemitteilung" von westsächsischen Antifagruppen

[164] Schreibweise wie im Original.
[165] Sonderausgabe der INTERIM Nr. 498 vom 30. März 2000, S. 23. Schreibweise wie im Original.

wurden nicht nur die Übergriffe auf linke Jugendliche bei den Auseinandersetzungen verurteilt, sondern auch das Verhalten der Polizei kritisiert. Damit griffen die Verfasser typische Argumentationsweisen der linksextremistischen autonomen Szene auf. Es soll nicht nur der politische Gegner bekämpft werden, sondern auch der „Repressionsstaat", der nach autonomer Auslegung dem Gegner erst die Möglichkeit der Entfaltung bietet. So drohten die Verfasser in ihrer Pressemitteilung: „Weder den Nazi- noch den Polizeiterror lassen wir uns gefallen! Wer eskalieren will, bekommt die Eskalation!"
Am 10. Juli 2000 demonstrierten erneut ca. 250 Personen - darunter zahlreiche linksextremistische Autonome aus Leipzig und Sachsen-Anhalt - friedlich gegen rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten. Zuvor war in der Nacht vom 8. zum 9. Juli eine Familie in ihrer Wohnung mutmaßlich von Rechtsextremisten überfallen worden. Die auf der Demonstration verteilten Flyer enthielten Aufrufe wie „NAZI-TERROR STOPPEN!" und „NEONAZIS ANGREIFEN!".
Am 4. November 2000 fand unter dem Motto „Gegen Nazis in Delitzsch und Umland" eine weitere Demonstration statt. Die rund 500 Teilnehmer aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wollten damit gegen die Unterstützung der Stadt bei der Schaffung eines Jugendtreffs für rechtsorientierte Jugendliche in Delitzsch und damit gegen die „akzeptierende Jugend- und Sozialarbeit" der Stadt protestieren. In der autonomen Szene wurde mit dem Slogan „Delitzsch nicht in Nazihand! Den ´Pakt´ von Nazis und Behörden angreifen!" zu der Demonstration mobilisiert. In einer auf der Internetseite der „antifaschistischen Pressemitteilungen-Leipzig" eingestellten Presseerklärung zeigten sich die Verfasser mit dem Verlauf der Demonstration zufrieden. Gerade auf Grund der beachtlichen Teilnehmerzahl sei die Demonstration die richtige Antwort auf die Selbstherrlichkeit der Delitzscher Behörden gewesen.

Mehrere Aktionen autonomer Gruppierungen richteten sich im ersten Halbjahr 2000 gegen Demonstrationen der INTERESSENGEMEINSCHAFT FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG GESAMTDEUTSCHLANDS e. V. (IWG) in Dresden.
Etwa 230 Personen demonstrierten am 25. März 2000 in Dresden unter dem Motto „enough is enough - Nazis entgegentreten" gegen einen am gleichen Tag durchgeführten Aufzug der IWG, zu dem insbesondere Rechtsextremisten mobilisiert hatten. Die Gegendemonstranten waren überwiegend dem autonomen Spektrum zuzuordnen. Während der Abschlusskundgebung und bei der Abreise der IWG-Anhänger kam es zu verbalen Attacken und Störungen durch Gegendemonstranten, die nach Beendigung ihres Aufzuges teilweise versuchten, in Kleingruppen den politischen Gegner anzugreifen. Eine direkte Konfrontation konnte von der Polzei verhindert werden.
Auch die am 29. April und am 24. Juni 2000 in Dresden von der IWG veranstalteten Kundgebungen wurden von Autonomen erheblich gestört. Das ANTIFASCHISTISCHE RECHERCHETEAM DRESDEN (ART) äußerte im Vorfeld der Demonstration vom 29. April auf den Internet-Seiten des Dresdner Terminkalenders Terminal, man wolle bei der Veranstaltung nicht zusehen, sondern den „Nazis und der Stadt" zeigen, dass „sie nicht ungehindert ihren braunen Scheiss verbreiten können".

Anlässlich des 1. Mai – dem von Autonomen propagierten Kampftag gegen die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse - gab es im Jahr 2000 im Freistaat Sachsen nur eine geringe Mobilisierung. Der sächsischen autonomen Szene gelang es an diesem Tag nicht, eigene Akzente zu setzen. Die Aktivitäten beschränkten sich hauptsächlich auf das Reagieren auf Aktionen des politischen Gegners.
Das Leipziger linksextremistische BgR mobilisierte sowohl zu Aktionen gegen Aufmärsche des politischen Gegners im Freistaat Sachsen als auch zu der traditionellen „revolutionären 1.Mai-Demonstration" in Berlin. Die Mobilisierung zu mehreren Ereignissen an einem Tag begründete das linksextremistische BgR mit der Notwendigkeit „weiter zu gehen, als im reinen Anti-Nazi-Kampf zu verharren".[166] Zunächst sollten rechtsextremistische Aufmärsche vor Ort verhindert werden, um anschließend daran in Berlin zu verdeutlichen, „dass wir uns nicht von einem Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft weltweit (...) verabschieden wollen".[167]
Unter dem Motto „Der 1. Mai bleibt rot!" wurde in Grimma eine Demonstration gegen einen zeitgleich stattfindenden NPD-Aufmarsch durchgeführt. Unter den ca. 350 Teilnehmern befanden sich auch Personen aus der linksextremistischen autonomen Szene Leipzigs, so z. B. Angehörige der trotzkistischen Organisation LINKSRUCK LEIPZIG. Die Redebeiträge wurden von Personen aus dem Leipziger autonomen Spektrum gehalten. Dabei sollen die Redner die Demonstranten aufgefordert haben, sich nicht nur gegen Faschismus und Rassismus zu wehren, sondern auch den Staat mit seinem Polizeiapparat zu bekämpfen.
In Dresden sollte eine Demonstration der NPD mit der Anwendung des „dezentralen Konzeptes" behindert werden. Im Vorfeld setzte sich das ART auf den Internet-Seiten des Dresdner Terminkalenders Terminal intensiv mit dem geplanten NPD-Aufzug auseinander. Es kündigte an, ihm nicht nur zusehen zu wollen und forderte unter Bezugnahme auf die bevorstehenden Ereignisse in Dresden: „NIEMALS EINEN FUßBREIT DEN NAZIS". Am Tag der Demonstration versuchten ca. 200 gewaltbereite An-

[166] Aus: Aufruf des BgR, veröffentlicht unter anderem im CEE IEH Nr. 65.
[167] Ebenda.

gehörige und Unterstützer der autonomen Szene, in Kleingruppen bis zum Aufzug der NPD vorzudringen. Die Art und Weise des Vorgehens autonomer Gruppen an diesem Tag orientierte sich am „dezentralen Konzept". So nutzten die potenziellen Störer beispielsweise eine als Spontandemonstration angemeldete Versammlung als Sammelraum. Wenngleich die Polizei größere Ausschreitungen verhindern konnte, kam es zu verschiedenen Störversuchen und Zwischenfällen. In zwei Fällen begingen mutmaßlich autonome Kleingruppen im weiteren Umfeld des Veranstaltungsgeschehens Gewalttaten gegen vermeintliche Rechtsextremisten.

Eine weitere „antifaschistische" Aktion im Freistaat Sachsen richtete sich gegen das bereits 1998/Anfang 1999 verstärkt diskutierte Thema der so genannten „akzeptierenden Sozialarbeit" mit rechtsextremistischen Jugendlichen.
Unter dem Motto „Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein!" beteiligten sich am 17. Juni 2000 ca. 1.000 Personen an der antifaschistischen Demonstration in Leipzig-Grünau. Dem Aufruf der AG Jugendantifa-Demo des Leipziger linksextremistischen Bündnisses gegen Rechts (BgR), des Antifa-Schulnetzes (ASN) und der Grünauer Antifa-Gruppe (GAG) waren u. a. zahlreiche Linksextremisten gefolgt.

Kampf um öffentliche Freiräume / gegen „staatliche Repression und Überwachung"

Mit der Videoüberwachung am Connewitzer Kreuz fand die Leipziger linksextremistische Szene seit Dezember 1999 zu einem einheitlichen Thema. Das gemeinsame Ziel, die Abschaffung der Videoüberwachung, war Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit der einzelnen linksextremistischen Gruppierungen. Hauptinitiator der Protestkampagne unter dem Motto „Schluß mit dem Überwachungswahn!" war das Leipziger linksextremistische Bündnis gegen Rechts (BgR). In dem Artikel „Für die Rückgewinnung des öffentlichen Raumes" in der Januarausgabe 2000 der Szenezeitschrift KLAROFIX kündigte das linksextremistische BgR Aktionen gegen die Videoüberwachung sowie die Gründung einer Arbeitsgruppe an, die sich mit der Problematik der Videoüberwachung befassen solle.

Zu einer ersten öffentlichkeitswirksamen Aktion kam es am 26. Januar 2000 am Connewitzer Kreuz. In den im Vorfeld verteilten Flyern wurde zu einem „individuellen Protest" aufgerufen, da die Videokamera Versammlungen unmöglich mache. Etwa 100 Personen blockierten das Connewitzer Kreuz. Die bei dieser Aktion verteilten Flugblätter für eine „Kampagne zur Rückgewinnung des öffentlichen Raumes" kündigten weitere demonstrative Aktionen vom 31. Januar bis zum 4. Februar 2000 am Connewitzer Kreuz an.
Daraufhin demonstrierten am 31. Januar ca. 200 und am 1. Februar ca. 150 Personen gegen die Videoüberwachung in der Stadt Leipzig.
Eine für den 2. Februar 2000 angemeldete Demonstration wurde durch den Anmelder abgebrochen. Daraufhin schlossen sich ca. 150 Personen einer spontanen Demonstration vom Schillerpark zur „Moritzbastei" an. Eine zweite spontane Demonstration verlief von der „Moritzbastei" zum Markt. Während dieser Demonstration kam es zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrationsteilnehmern und der Polizei.
Auch am 3. und 4. Februar 2000 gab es demonstrative Aktivitäten, die ohne größere Zwischenfälle verliefen.

Am 19. April 2000 wurde die Videokamera am Connewitzer Kreuz wieder abgebaut. Die Leipziger linksextremistische Szene bewertete dies als Teilerfolg ihrer Kampagne. Wörtlich heißt es in einer Zwischenbilanz der AG Öffentliche Räume: „Der Abbau der Kamera ist also ein deutliches Signal, dass Widerstand Sinn macht und Erfolge bringt"[168].
Allerdings wurde die Videoüberwachung in Leipzig auf den Rossplatz und den Martin-Luther-Ring ausgeweitet. Am 6. Mai 2000 demonstrierten daraufhin ca. 200 Personen unter dem Motto „Abschotten, Überwachen, Ausgrenzen (...) - Null Toleranz!" Trotz einer überregionalen Mobilisierung im Internet und in verschiedenen Szenezeitschriften sowie mit Plakaten blieb die Teilnehmerzahl deutlich unter der von den Anmeldern erwarteten Zahl von 800 Personen. Nach Angaben des Leipziger Bündnisses gegen Rechts nahmen auch Personen aus Dresden, Halle, Chemnitz, Göttingen und Berlin an der Demonstration teil.

Höhepunkt der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kampagne war die bundesweite Demonstration unter dem Motto „Es ist niemals falsch das Richtige zu tun! Save The Resistance! Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn" am 14. Oktober 2000 in Leipzig. Obwohl die Organisatoren, das Leipziger linksextremistische Bündnis gegen Rechts und der Antifa-Frauenblock Leipzig (AFBL) im Vorfeld Informationsveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt hatten und im Internet und einschlägigen Szenepublikationen bundesweit mobilisiert worden war, blieb die Anzahl der Teilnehmer auch bei dieser Demonstration mit ca. 2.500 weit hinter den vom Veranstalter erwarteten 5.000 zurück. Gleichwohl stuften die Organisatoren die erreichte Teilnehmerzahl sowie die bundesweite Beteiligung an der Demonstration in ihrer Pressemitteilung vom 14. Oktober 2000 als Erfolg ein.

[168] CEE IEH # 67, S. 41.

Auch außerhalb der Kampagne gegen die Videoüberwachung unterstützte das linksextremistische BgR öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen angebliche staatliche Repression, so z. B. den Aufruf zur „Demonstration gegen Polizeigewalt“ am 25. Juli 2000 in Leipzig-Connewitz. Anlass war ein angeblicher tätlicher Übergriff von Polizisten auf zwei Punker bei deren Festnahme am 20. Juli 2000. An der Demonstration nahmen ca. 150 bis 200 Jugendliche - darunter linksextremistische Autonome - teil. Nach Beendigung der Demonstration blockierten etwa 40 Personen die Fahrbahn. Aus einer zweiten Personengruppe heraus wurden vereinzelt Steine und Flaschen geworfen.

Ebenfalls gegen „Polizeiwillkür“ und „Kriminalisierung“ autonomer Antifa-Arbeit richtete sich eine Demonstration am 2. September 2000 in Glauchau. Unter dem Motto: „Antifaschismus ist nicht kriminell, sondern notwendig! Der Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand entgegentreten!“ demonstrierten ca. 120 Personen, die überwiegend der linksextremistischen autonomen Szene zugerechnet werden konnten. Anlass für diese Demonstration waren Hausdurchsuchungen bei Personen der örtlichen „linken Szene“ durch die Polizei. Der Vorwurf der Autonomen in den „antifaschistischen Pressemitteilungen Leipzig“ im Internet lautete, diese Durchsuchungen hätten sich auf eine Internet-Veröffentlichung des NPD-Kreisverbandes Zwickau gestützt. Auf diesen Seiten war ein Überfall vermeintlicher Linksextremisten auf NPD-Anhänger beschrieben worden. Der Polizei wurde eine „informelle Allianz“[169] mit der örtlichen rechten Szene unterstellt.

Proteste gegen „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“

Die Proteste gegen „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ stellen im Vergleich zum autonomen „Antifaschismus“ ein noch junges Aktionsfeld sächsischer autonomer Gruppierungen dar. Die oft ideologisch unterschiedlich begründeten Proteste richten sich gegen Gipfelkonferenzen der Europäischen Union (EU), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO) und gegen die jährlichen Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G 8-Gipfel). Charakteristisch für diese Proteste ist die internationale Beteiligung.
Insbesondere seit den gewalttätigen Ausschreitungen im Vorfeld der Tagung der Ministerkonferenz der World Trade Organisation (WTO) im November 1999 in Seattle/USA sind Kampagnen gegen Globalisierung, weltweiten Freihandel und Deregulierung der Wirtschaft auch zu einem wichtigen Thema der extremistischen Linken geworden.

Für sächsische Globalisierungsgegner stellte die 55. Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September in Prag das Hauptereignis im Jahr 2000 dar. Die Thematik eignete sich besonders für eine breite Mobilisierung, da auch demokratische Stimmen in der Praxis dieser Institutionen einen Grund für die Verarmung der Länder der „dritten Welt“ sehen und sich somit eine vermeintliche Legitimation der Proteste herstellen ließ.
Die Demonstrationen am 23. und 26. September 2000 wurden von gewaltbereiten Gruppierungen genutzt, um Aktionen nach dem Vorbild der massiven Proteste in Seattle/USA durchzuführen. Auch in Prag kam es insbesondere am 26. September 2000 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen IWF-Gegnern und der Polizei. Unter den ca. 420 Festgenommenen befanden sich auch Personen aus dem Freistaat Sachsen.
Die linksextremistische autonome Szene bewertete die Proteste in Prag weitestgehend positiv. Mit der Behinderung der Kongressteilnehmer am ersten Tag und der vorzeitigen Beendigung der Tagung, die die IWF-Gegner auf ihre Proteste zurückführen, seien zumindest einige ihrer Ziele erreicht worden.

„Antirassismus“

Der Kampf um „Antirassismus“ war im Jahr 2000 im Freistaat Sachsens kaum relevant. Das in den zurückliegenden Jahren 1998 und 1999 im Freistaat Sachsen von der bundesweit agierenden Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL organisierte „antirassistische Grenzcamp“

fand im Jahr 2000 in der Zeit vom 29. Juli bis 6. August in Forst (Brandenburg) statt. Die Veranstaltungen des „3. antirassistischen Grenzcamps“ hatten - wie auch in den Vorjahren - die „Abschiebe- und Grenzpolitik“ der Bundesregierung zum Thema. An der einwöchigen Veranstaltung beteiligten sich zeitweise bis zu 450 Personen. Darunter befanden sich zahlreiche Angehörige der autonomen Szene, vereinzelt auch linksextremistische Autonome aus dem Freistaat Sachsen.

[169] „Demonstration in Glauchau gegen Repression“ aus: ANTIFASCHISTISCHE PRESSEMITTEILUNGEN - LEIPZIG vom 2. September 2000.

Marxistisch-leninistische Bestrebungen

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

Gründung:	Januar 1990
Sitz:	Berlin
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesorganisation Sachsen
Mitglieder 1999	
bundesweit:	keine Angabe
Sachsen:	weniger als 80
Mitglieder 2000	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	weniger als 80
Publikation:	DIE ROTE FAHNE TROTZ ALLEDEM
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Die KPD konzentrierte sich im Jahr 2000 vor allem auf die Entwicklung einer eigenständigen Jugendarbeit. Zu diesem Zweck veranstaltete sie in Sachsen zwei Jugendtreffen, die auch überregionalen Zulauf fanden.

Die KPD wurde 1990 in Ostberlin von ehemaligen Mitgliedern der SED gegründet[170].
Sie sieht sich in der Nachfolge der 1918 gegründeten KPD, die 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aufgegangen war und deren revolutionär-marxistische Traditionen sie fortführen will.
Das Mitgliederpotenzial ist seit der Parteigründung stark zurückgegangen; von den ca. 5.000 Mitgliedern in der Anfangszeit der Partei ist heute nur noch ein Bruchteil übrig.
Der Versuch der KPD, ihren ursprünglich auf die neuen Bundesländer begrenzten Wirkungskreis auch auf die alten Bundesländer auszudehnen, verlief wenig erfolgreich. Zwar gelang es ihr, dort ebenfalls Organisationsstrukturen aufzubauen, nennenswerte Mitgliederzahlen erreichte sie jedoch nicht.
Im Freistaat Sachsen hat sich die Mitgliederzahl seit 1994 auf niedrigem Niveau eingependelt. Obwohl es weniger als 80 Mitglieder geben dürfte, stellt Sachsen damit den stärksten Landesverband. Seit der Umstrukturierung des Landesverbandes Sachsen im Jahr 1995 bildet der Raum Dresden den Schwerpunkt für Aktivitäten der Partei. Die 1996 gegründete Stadtorganisation Dresden wurde jedoch nach parteiinternen Streitigkeiten im Jahr 1998 wieder aufgelöst.

Politische Zielsetzung

Die KPD bekennt sich zu den Lehren von MARX, ENGELS und LENIN und strebt „die revolutionärdemokratische Überwindung des Kapitalismus“[171] an. Den Kapitalismus charakterisiert sie - LENIN folgend - als monopolisiert, parasitär, faulend und sterbend[172]. Sie betrachtet den „Sozialismus als einzige Alternative“[173] zur momentan bestehenden Gesellschaftsform. Der Weg zum Sozialismus sei ein Kampf, bei dem die Sieger und auch die Verlierer schon feststünden, da „angesichts des katastrophalen Imperialismus (...) der Marxismus-Leninismus eine dringlichere Lebensnotwendigkeit für die Menschen (sei) als je zuvor“[174].
Die KPD verklärt die DDR, wobei sie die Ansicht vertritt, dass die DDR das Beste gewesen sei, „was die deutsche Arbeiterklasse je hervorgebracht hat“[175].

Aktivitäten

Die KPD beschäftigte sich im Jahr 2000 hauptsächlich mit der Entwicklung einer eigenständigen Jugendarbeit. Die jugendlichen Mitglieder der KPD sollten zusammengeführt werden, „um so gemeinsam neue Wege zur Stärkung der Partei zu gehen und weitere Jugendliche für die kommunistische Bewegung zu interessieren“[176]. Bereits im November 1999 war der Termin für ein erstes bundesweites Jugendtreffen festgelegt und eine Kommission zu dessen Vorbereitung eingesetzt worden.

Das Treffen fand vom 16. bis 18. Juni 2000 in Pfaffendorf in der sächsischen Schweiz statt und wurde

[170] Das Verbot der KPD auf Grund Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. August 1956 bezieht sich nicht auf die neu gegründete KPD.
[171] TROTZ ALLEDEM, 1/95.
[172] DIE ROTE FAHNE, 5/99, S. 3.
[173] DIE ROTE FAHNE, 3/97, S. 2.
[174] DIE ROTE FAHNE, 7/98, S. 6.
[175] DIE ROTE FAHNE, 1/00, S. 1.
[176] DIE ROTE FAHNE, 7/00, S. 8.

von der Landesorganisation Sachsen der KPD geleitet. Laut Aussage eines Teilnehmers in der Parteizeitung DIE ROTE FAHNE[177] waren neben Sympathisanten junge Genossen der KPD, Genossen der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP), Mitglieder der SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND (SDAJ – Jugendorganisation der DKP) und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) anwesend. Außerdem sei das Treffen auch bei jungen Kommunisten in europäischen Nachbarländern auf Resonanz gestoßen.
Auf dieser Veranstaltung wurde unter anderem über die Notwendigkeit der Gründung einer KPD-eigenen kommunistischen Jugendorganisation diskutiert. Als Alternative wurde die Stärkung von Organisationen wie der SDAJ und der FDJ angesprochen.

Um auch weiterhin einen Informationsaustausch zwischen den einzelnen Landesorganisationen zu gewährleisten, wurde beschlossen, die Kommission zur Vorbereitung des Treffens zu einer festen Einrichtung werden zu lassen. Sie soll künftig in eine Jugendkommission innerhalb des Zentralkomitees (ZK) der KPD mit mindestens zwei Mitgliedern aus jeder Landesorganisation umgewandelt werden.

Künftig sollen zwei Jugendtreffen pro Jahr stattfinden. Dieser Beschluss wurde im Jahr 2000 mit einem zweiten Treffen im November umgesetzt.

Neben internen Parteiveranstaltungen gab es auch vereinzelte Bemühungen der KPD, sich in Sachsen der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ein KPD-Mitglied äußerte Anfang des Jahres in der Parteizeitung DIE ROTE FAHNE: „(...) eines der Hauptprobleme liegt darin, daß wir noch zu wenig bekannt sind, daß man uns noch zu wenig bemerkt (...)“[178]. Um dem entgegenzutreten, wurde im März in Freiberg ein Forum „Die KPD stellt sich vor“ durchgeführt, welches die Landesleitung der KPD organisiert hatte. Außerdem betrieb die KPD am 1. Mai 2000 einen Informationsstand in Pirna (Lkr. Sächsische Schweiz). Darüber hinaus wurde die KPD jedoch in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

Gründung:	1982
Sitz:	Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)
Neben-organisationen:	Kinder- und Jugendorganisation ROTFÜCHSE und REBELL
Organisationen im Freistaat Sachsen:	Bezirk Elbe-Saale (zusammen mit Thüringen und Sachsen-Anhalt), Ortsgruppen in Leipzig und Dresden
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 2.000
Sachsen:	etwa 40
Mitglieder 2000	
bundesweit:	unter 2.000
Sachsen:	etwa 40
Publikation:	ROTE FAHNE REVOLUTIONÄRER WEG LERNEN UND KÄMPFEN Jugendzeitschrift REBELL
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die MLPD konzentrierte sich im Jahr 2000 wiederum fast ausschließlich auf Mitgliedergewinnung und Überwindung ihrer politischen Isolation, allerdings - wie schon in den Vorjahren - ohne nennenswerten Erfolg.

Die Partei ging 1982 aus dem KOMMUNISTISCHEN ARBEITERBUND DEUTSCHLANDS (KABD) hervor. Sie bekennt sich zu den Lehren von MARX, LENIN und MAO TSE-TUNG.

In den Jahren nach 1989 blieb die Partei im Gegensatz zu fast allen anderen orthodox-marxistischen Orga-

[177] DIE ROTE FAHNE, 7/00, S. 8.
[178] DIE ROTE FAHNE, 1/00, S. 17.

nisationen von krisenhaften Entwicklungen verschont und konnte ihr Mitgliederpotenzial zunächst steigern. Seit 1997 ist die Mitgliederzahl bundesweit jedoch rückläufig. Die Mitgliederzahl im Freistaat Sachsen ist auf niedrigem Niveau nahezu konstant geblieben.

Bis einschließlich 1997 war die MLPD im Freistaat Sachsen nur mit einem Landesaufbauverband vertreten, der mit den Parteistrukturen in Thüringen und Sachsen-Anhalt in einem gemeinsamen Aufbaubezirk zusammengefasst war. Dieser Aufbaubezirk wurde im Zusammenhang mit der von der Partei geführten Kampagne für die Bundestagswahl 1998 in „Bezirk Elbe-Saale" umbenannt und besteht seitdem unter dieser Bezeichnung fort. Der Vorsitzende des MLPD-Bezirks Elbe-Saale stammt aus Leipzig und ist Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der MLPD.
In Leipzig und Dresden ist die Partei mit Ortsgruppen vertreten.
Zur MLPD gehören der Jugendverband REBELL und die Kinderorganisation ROTFÜCHSE.
Die MLPD ist im Internet mit einer eigenen Homepage vertreten.

Politische Zielsetzung

Die MLPD gehört zu den revolutionär-marxistischen Gruppen. Innerhalb dieses Spektrums ist sie jedoch relativ isoliert. Charakteristisch für die MLPD ist ihre maoistische Ausrichtung.
Die Partei ist davon überzeugt, dass nach dem von ihr angestrebten „Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten und der Eroberung der Staatsmacht die Diktatur des Proletariates (...)"[179] errichtet werden müsse. Nach Auffassung der marxistischen Gruppierungen kann das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft nur über den Umweg autoritär-staatlicher Strukturen erreicht werden. Während dieser Übergangsphase, der so genannten Diktatur des Proletariates, soll der Widerstand von Gegnern der Revolution gebrochen werden, notfalls nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 mit Terror und Verfolgung.
Grundlage dieser revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft sei jedoch „die Höherentwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse bis zum sozialistischen Bewußtsein" als Ergebnis „der Überlegenheit der proletarischen Denkweise im Kampf gegen die kleinbürgerliche Denkweise"[180]. Als kleinbürgerlich wird derjenige beschrieben, der sich von bürgerlichem Ehrgeiz leiten lasse, d. h. sich selbst für unentbehrlich halte, nach individueller Auszeichnung strebe und somit die eigene Person in den Mittelpunkt stelle.

Aktivitäten

Nach ihrem VI. Parteitag Mitte Dezember 1999 wollte sich die MLPD von Januar bis September 2000 auf eine „Offensive der Parteiarbeit"[181] konzentrieren. Dabei sollte der organisatorische Schwerpunkt sowohl bei der Jugendarbeit als auch beim Parteiaufbau insbesondere in den neuen Bundesländern liegen.
Zu Beginn des Jahres 2000 vollzog das Zentralkomitee (ZK) der MLPD allerdings einen „Taktikwechsel". Obwohl es vom Parteitag so nicht vorgesehen war, beschloss man, dass die Partei zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai kandidieren solle.
Vor dem Hintergrund der Parteispendenaffäre der CDU äußerte die MLPD, dass sie als marxistisch-leninistische Partei es sich nicht erlauben könne, eine offene politische Krise zu ignorieren. „Die gesamte Herrschaftsmethode der Diktatur der Monopole"[182] sei von dieser Krise betroffen. Immer mehr Menschen seien empört über die volksfeindliche Politik der Berliner Parteien und würden sich daher von diesen abwenden. Ihren Wunsch nach grundsätzlichen Veränderungen unterstütze die MLPD voll und ganz. In dieser Situation löse sich die Bindung der Arbeiterklasse und der breiten Massen zu den bürgerlichen Parteien auf. Es gelte nunmehr, wenigstens einem Teil dieser Menschen die Perspektive des Kampfes für den echten Sozialismus zu vermitteln.
Die Partei startete deshalb in Vorbereitung ihrer Wahlbeteiligung eine bundesweite Kampagne „Neue Politiker braucht das Land". Diese sollte den Bekanntheitsgrad der Partei erhöhen, den Parteiaufbau voranbringen und außerdem helfen, ihre politische Isolierung zu durchbrechen.[183]
Bundesweit wurden Initiativgruppen zur Unterstützung des Parteiaufbaus gebildet, so auch in Dresden. Das sächsische Mitglied des ZK hielt Ende März Vorträge in Leipzig und Dresden, um die Kampagne vorzustellen. Die Dresdner Gruppe der MLPD traf sich danach regelmäßig. Außerdem organisierte sie das ganze Jahr über Informationsstände.

Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass das Ziel einer Rekrutierung von Parteimitgliedern tatsächlich erreicht wurde. Vergleichbare Bemühungen waren auch in den vergangenen Jahren weitgehend erfolglos geblieben.

[179] Programm (Entwurf) der MLPD, Januar 1999, S. 29.
[180] Ebenda, S. 42.
[181] ROTE FAHNE 5/00 vom 04.02.2000, S. 11.
[182] Ebenda.
[183] ROTE FAHNE 5/00 vom 04.02.2000, S. 11.

Linksextremistische Strömungen in der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS)

Die PDS ist eine Strömungspartei. Laut Parteiprogramm[184] haben in der PDS sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.

Auf der Grundlage dieser programmatischen Aussage können sich Zusammenschlüsse unterschiedlichster Couleur bilden, bei denen - laut Parteistatut[185] - sowohl eine politisch-ideologische als auch eine themenorientierte Ausrichtung vorherrschen kann. Bei einigen dieser Zusammenschlüsse ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass sie Ziele verfolgen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Sie stellen linksextremistische Bestrebungen dar, die vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden. Es handelt sich um:

- KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF der PDS)
- MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF)
- ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG).

Verglichen mit der Gesamtmitgliederzahl der Partei - bundesweit ca. 88.600 Personen[186] (davon ein Viertel im Freistaat Sachsen) - ist die Anzahl derer, die den als linksextremistisch eingestuften Zusammenschlüssen angehören, relativ gering. Die AG JG löste sich im Jahr 1998 auf Bundesebene auf. Der weiter bestehende sächsische Landesverband entfaltete seit 1999 kaum noch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Im Internet wurde lediglich das Protokoll eines Landestreffens veröffentlicht, welches im Mai 2000 in Sayda (Lkr. Freiberg) stattgefunden hat.

Das Statut der PDS gestattet den Zusammenschlüssen allerdings, sich „auf allen Ebenen der Parteigliederung unmittelbar in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß“[187] einzubringen. Da zudem einige Mitglieder der extremistischen Zusammenschlüsse wichtige Funktionen in der Partei innehaben, ist es den Zusammenschlüssen möglich, ihren politischen Vorstellungen in der Partei Ausdruck zu verleihen und zu aktuellen Themen und Grundsatzfragen Akzente zu setzen.

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS)

Gründung:	Dezember 1989
Sitz:	Berlin
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Regionalverbände in Chemnitz, Leipzig, Zwickau
Mitglieder 1999	
bundesweit:	etwa 2.000
Sachsen:	etwa 100
Mitglieder 2000	
bundesweit:	etwa 2.000
Sachsen:	etwa 100
Publikation:	MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS
Präsenz im Internet:	Vorstellung der KPF auf der Homepage der PDS
Kennzeichen:	

Die am 30. Dezember 1989 in Buckow bei Berlin gegründete KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER PDS (nachfolgend KPF genannt) verkörpert innerhalb der PDS eine linksextremistische Strömung mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung.

Im Jahr 2000 konnte die KPF trotz geringer Mitgliederzahl ihre Stellung innerhalb der PDS behaupten. Mit Sahra WAGENKNECHT wurde eine der bekanntesten Protagonistinnen der KPF in den Parteivorstand der PDS gewählt.
Von besonderer Bedeutung für die KPF war der Entschluss der PDS, die Programmdebatte fortzuführen. Durch eine Veränderung des derzeit gültigen Programms befürchtete die KPF eine Schwächung ihrer eigenen Position.

[184] Programm der PDS. Beschlossen auf der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31. Januar 1993, Stand: 5. Mai 1997, S. 25.
[185] Statut der PDS. Beschlossen von der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991; verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, 17. bis 19. Januar 1997, S. 34.
[186] Vgl. Verfassungsschutzbericht 2000 des Bundesministeriums des Innern (Pressefassung) S. 118.
[187] Statut der PDS. Beschlossen von der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991; verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, 17. bis 19. Januar 1997, S. 34.

Die in allen neuen sowie in fünf alten Bundesländern vertretene KPF gliedert sich in den Bundesverband sowie in Landesverbände[188]. Der KPF-Landesverband Sachsen unterhält organisatorische Strukturen in Chemnitz, Leipzig und Zwickau.
Auf Bundesebene wird die KPF von einem Bundeskoordinierungsrat (BKR) geleitet und vom Bundessprecherrat vertreten. Alle Landesverbände müssen nach der Satzung im BKR vertreten sein. Über Aufbau und Zusammensetzung des BKR entscheidet das höchste Gremium, die Bundeskonferenz. Diese wählt auch die Mitglieder des BKR und die des Bundessprecherrates. Die Bundeskonferenz ist mindestens einmal jährlich einzuberufen und beschließt die „politischen Grundorientierungen für die Tätigkeit" der KPF.
Dem Bundeskoordinierungsrat der KPF, welcher alle zwei Jahre gewählt wird, gehören nach eigenen Angaben seit 1999 23 Personen an; 4 davon sind Mitglied im Landesverband der KPF Sachsen. Im vierköpfigen Bundessprecherrat ist die KPF Sachsen nicht vertreten.

Auf Kreis- und Regionalebene können Koordinierungsorgane gewählt werden, auf Landesebene werden Koordinierungs- und Sprecherräte gewählt. Sie haben die Aufgabe, die Aktivitäten auf Kreis-, Regional- und Landesebene zu koordinieren und arbeiten eng mit den Vorständen der PDS zusammen. Sprecher bzw. Sprecherräte sind autorisiert, den Standpunkt der KPF der jeweiligen Organisationsebene zu erläutern und zu vertreten.
Grundsätzlich steht die KPF laut Satzung auch Personen offen, die nicht Mitglieder der PDS sind. Sie können gemäß Statut der PDS durch Mehrheitsbeschluss ihrer KPF-Gliederung alle Mitgliederrechte der PDS wahrnehmen[189].

Politische Zielsetzung

Ziel der marxistisch-leninistisch orientierten KPF ist es, eine sozialistische Alternative zum bestehenden „kapitalistischen System" zu schaffen.
Sie handelt dabei auf den theoretischen Grundlagen von MARX und ENGELS, fortgeführt unter anderem von LENIN, TROTZKI, Rosa LUXEMBURG, GRAMSCI, LIEBKNECHT und THÄLMANN, BRANDLER und THALHEIMER[190].

Die KPF strebt dabei nicht eine andere Regierung innerhalb des demokratischen Wandels an, sondern die Systemüberwindung. Einer der Sprecher der KPF stellte dazu 1997 fest, dass nicht die aktuelle Regierung weg müsse, sondern das bestehende System zu ändern sei. Mit diesem System könne es keinen Frieden geben. Der zentrale Punkt sei und bleibe Widerstand.

Die KPF Sachsen sieht die Regierung als „Exekutivorgan" und „Service-Institution des Großkapitals" an. Die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland wird aus Sicht der KPF als die „arbeitsteilige Verwirklichung konservativer Machtausübung" beschrieben. Diese gelte es von innen aufzubrechen. Zu diesem Zweck sei es wichtig, im Rahmen der Gewaltenteilung Institutionen von Gegenmacht zu installieren und in ihnen Einfluss zu gewinnen.[191]

Aktivitäten

Auch im Jahr 2000 konzentrierte sich die KPF hauptsächlich auf die Debatte um ein neues Parteiprogramm der PDS. Auf der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS, die vom 7. bis 9. April 2000 in Münster stattfand, wurde der Leitantrag des Parteivorstands zum Verlauf der programmatischen Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Darin heißt es u. a., das gel-

Mitteilungen
der Kommunistischen Plattform der PDS
Standpunkte
Analysen
Diskussionen
Informationen
Programmdebatte geht weiter:
Wie viel Theorie braucht ein Programm? - Programmatisches und die normative Kraft des Faktischen – Wie weiter? - Käufliche PDS? - Holters Bodenreform
Spendenempfehlung: 1,- Mark plus Porto
Heft 10/2000 (Nummer 128) 11. Jahrgang

[188] Satzung der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, S. 35 f. (beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995).
[189] Satzung der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS, S. 35 f. (beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995).
[190] Was wollen Kommunisten heute, Berlin, Juni 1996.
[191] MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS 2/1997, S. 14 ff.

tende Parteiprogramm sei überarbeitungsbedürftig, die programmatische Debatte werde daher fortgeführt. Der Beschluss des vorherigen Parteitags, bis zum Sommer 2000 einen Programmentwurf vorzulegen, wurde aufgehoben. Erst der 7. Parteitag soll über den zeitlichen Verlauf der Debatte befinden. Dieser Beschluss wurde von der KPF ausdrücklich begrüßt.
Hintergrund dieser Entscheidung war ein von der Programmkommission bis September 1999 erarbeitetes Thesenpapier, welches jedoch nicht im Konsens verabschiedet worden war. Drei Kommissionsmitglieder, darunter das KPF-Mitglied Michael BENJAMIN, hatten ein Minderheitenvotum veröffentlicht. In dessen Vorwort äußern sie, nicht für ein neues Programm eintreten zu wollen. BENJAMIN benannte die in den Mehrheitsthesen dargestellte Sozialismusauffassung, die Umwertung der DDR-Geschichte sowie die Stellung zu Regierungsbeteiligungen der PDS als wesentliche Streitpunkte in der Kommission[192], hinsichtlich derer die Verfasser des Minderheitenvotums die Mehrheitsmeinung ablehnten.

Am 29. April 2000 führte die KPF in Berlin die 3. Tagung ihrer 9. Bundeskonferenz durch. Friedrich RABE, einer der Bundessprecher der KPF, äußerte zum Parteitag: „Uns ging und geht es darum, einen programmatischen Richtungswechsel zu verhindern."[193]
Der Parteivorsitzende Lothar BISKY hatte auf dem Parteitag angekündigt, künftig nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren. RABE führte deshalb im Hinblick auf einen neuen Parteivorsitzenden weiter aus: „Wir wollen niemanden, der den Antikommunismus nicht deutlich ablehnt."

Mit rund 60 % der abgegebenen Stimmen wurde mit Sahra WAGENKNECHT wieder ein Mitglied der KPF in den PDS-Parteivorstand gewählt. WAGENKNECHT hatte dem Gremium bereits von 1993 bis 1995 angehört und war nach Rücktrittsdrohungen der damaligen Parteispitze 1995 nicht wieder gewählt worden. Seit 1999 war der am 7. August 2000 verstorbene Michael BENJAMIN Vertreter der KPF im Parteivorstand.

Marxistisches Forum der PDS (MF)

Gründung:	Juli 1995
Sitz:	Berlin
Mitglieder 1999	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 2000	
bundesweit:	keine Angaben
Sachsen:	Einzelne
Organisation im Freistaat	
Sachsen:	Koordinierungsgruppe des MF[194] Marxistisches Forum Sachsen Marxistisches Forum Leipzig
Publikationen:	MARXISTISCHES FORUM MARXISTISCHE LESEHEFTE
Präsenz im Internet:	keine

Die 1995 gegründete Gruppe „marxistischer Intellektueller"[195] hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Politik der PDS mit wissenschaftlichen Arbeiten zu begleiten. Unter Nutzung des MARXschen Erbes will das MF einen Beitrag zur theoretischen Profilierung der Politik der PDS leisten. Einfluss nehmen will das MF insbesondere auf die Diskussionen um das „Verhältnis von Opposition und Regierungsbeteiligung", das „Verhältnis von Politik - Partei - Ideologie", das „Sozialismusbild" und den „Pluralismus in der PDS"[196]. Es sieht sich als Mittler zwischen Wissenschaft und Politik.
Das MF befasste sich auch im Jahr 2000 hauptsächlich damit, einen wissenschaftlichen Beitrag zur Programmdebatte innerhalb der PDS zu leisten. Um seine Positionen einer breiteren Öffentlichkeit zu verdeutlichen, veranstaltete das MF zwei Konferenzen, die den erhofften Zulauf fanden. Damit wich das MF von seiner bisherigen Arbeitsweise ab, politische Positionen vorwiegend im inneren Kreis zu diskutieren.

[192] NEUES DEUTSCHLAND vom 30. November 1999.
[193] JUNGE WELT vom 03.05.2000.
[194] LEIPZIGS NEUE Nr. 2/96 vom 26. Januar 1996.
[195] So das eigene Verständnis des MF. In: MARXISTISCHES FORUM, Heft 3/1995, S. 1.
[196] So beschrieb das MF die an sich selbst gestellte Aufgabe. In: MARXISTISCHES FORUM, Heft 3/1995, S. 1.

Politische Zielsetzung

Das ideologische Konzept des MF ist an marxistisch-leninistischen Denkansätzen orientiert. Zu diesen zählt unter anderem die Theorie vom Klassenkampf, der nach MARX unausweichliche Konsequenz der antagonistischen Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat im Kapitalismus ist.
Das Endziel ist der Kommunismus. Um dieses zu erreichen, müsse das derzeit herrschende kapitalistische System, dem man sämtliche sozialen Missstände als systembedingte Fehler anlastet[197], durch die Errichtung des Sozialismus überwunden werden.
Dies kann aber nach Auffassung des MF nicht im Rahmen der parlamentarischen Demokratie geschehen, denn in Wahlen und dem bürgerlichen Parlamentarismus - beide als höchster Ausdruck der Demokratie gelobt - trage man in Wirklichkeit die Freiheit zu Grabe.[198]
Der Sozialismus sei nur auf revolutionärem, nicht aber auf demokratischem Weg erreichbar. Die hierfür erforderlichen revolutionären Bedingungen würden letztlich durch die Zuspitzung der „letzten Krise des Kapitalismus" geschaffen werden. Nur dann könne schließlich auch der Arbeiter selbst revolutionär sein.[199]

Aktivitäten

Das MF bewertete es positiv, dass bereits Anfang des Jahres auf der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS die Entscheidung gefallen war, die programmatische Debatte mit dem Ziel der Überarbeitung des geltenden Parteiprogramms fortzuführen. Damit werde allen Gruppen die Möglichkeit gegeben, ihre Positionen zu formulieren und für sie zu werben. Ein sächsisches MF-Mitglied äußerte: „Die Marxisten in der PDS sollten nun auch den marxistischen Part in der pluralistischen PDS tatsächlich spielen".[200]
Zum Thema Programmdebatte veranstaltete das MF zwei Konferenzen, zu denen in der Zeitschrift MARXISTISCHES FORUM Referate, Positionspapiere und Diskussionsbeiträge veröffentlicht wurden.
Obwohl das MF Sachsen 1999 alle Marxisten im Freistaat aufgerufen hatte, in den Kommunen und Regionen eigenständige marxistische Gruppen in und bei der PDS zu bilden und sich am MF Sachsen zu beteiligen, konnte eine solche Entwicklung nicht festgestellt werden.

Marxistisches Forum

Heft 28/29

Beiträge zur Konferenz des Marxistischen Forums Sachsen
am 4. März 2000 in Leipzig

Leipzig, März 2000 Preis 6,80 DM

Am 4. März fand in Leipzig eine Konferenz mit dem Titel „Marxisten in Sachsen für eine wissenschaftlich begründete Programmatik der PDS" und dem Untertitel „PDS vor Bad Godesberg?"[201] statt. Eigenen Angaben zufolge haben über 140 Personen aus dem Leipziger Raum und anderen Regionen Sachsens teilgenommen. Veranstaltet wurde die Konferenz durch das MARXISTISCHE FORUM Leipzig (MFL), welches sich nach eigenen Angaben Mitte 1999 konstituierte und für das die Konferenz die erste öffentliche Aktion darstellte.
In der Eröffnungsrede führte ein Leipziger MF-Mitglied aus: „Auf unserer Konferenz wollen wir aus marxistischer Sicht dazu beitragen, dass in der Diskussion um die Programmatik der PDS stärker wissenschaftliche Überlegungen zugrunde gelegt werden"[202].
Kritisiert wurden vor allem die Thesen, die die Mehrheit der Programmkommission der PDS im November 1999 vorgelegt hatte. Eine Minderheit der Programmkommission, der mit Uwe-Jens HEUER und Winfried WOLF zwei Protagonisten des MF angehören, hatte ein eigenes Votum abgeliefert. Kritikpunkte aus Sicht des MF waren unter anderem:

[197] Gerhard Branstner: Paradoxien der Weltgeschichte. In: MITTEILUNGEN DER KPF, Heft 7/1998, S. 14.
[198] Gerhard Branstner: Paradoxien der Weltgeschichte. In: MITTEILUNGEN DER KPF, Heft 7/1998, S. 16.
[199] Gerhard Branstner: Paradoxien der Weltgeschichte. In: MITTEILUNGEN DER KPF, Heft 7/1998, S. 19.
[200] Dieter Götze in: Beiträge zur Konferenz des Marxistischen Forums Sachsen, MARXISTISCHES FORUM, Heft 28/29 vom März 2000, S. 3.
[201] 1959 verabschiedete die SPD auf dem Parteitag in Bad Godesberg ein neues Programm, welches ihre antikommunistische Grundposition bekräftigte und außerdem jede Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Kommunisten verbot.
[202] Beiträge zur Konferenz des Marxistischen Forums Sachsen. In: MARXISTISCHES FORUM, Heft 28/29 vom März 2000, S. 1.

– das Abgehen vom Primat des außerparlamentarischen Kampfes,
– die fast durchgängige Verabschiedung vom Marxismus unter Nutzung der „Moderne"theorie,
– die Verwässerung des Sozialismusbegriffes,
– die negativere Wertung des Sozialismusversuches in der DDR und der Rolle der Oktoberrevolution.

Eine weitere wissenschaftliche Konferenz führte das MF am 16. September in Berlin unter dem Motto „Zur Programmdebatte der PDS Positionen - Probleme - Polemik" durch. Der Tageszeitung JUNGE WELT vom 19. September zufolge nahmen rund 150 Personen teil.
Uwe-Jens HEUER führte im Einführungsreferat u. a. aus, Programme seien vor allem für Parteien von Gewicht, die auf Gesellschaftsveränderung zielten; sie verlören an Bedeutung, wenn man sich den bestehenden Verhältnissen anpasse oder sich vorwiegend über Regierungspolitik definiere. Das Programm der PDS sei ein in den Grundzügen marxistisches. Marxistische Theorie sei nicht nur Politikberatung, sondern analysiere Verhältnisse und Kämpfe, Bedingungen und Möglichkeiten des Kampfes. Während die marxistisch-leninistische Orthodoxie die Theorie der Politik unterworfen habe, stünde die PDS vor der Gefahr, dass sich die Politik von der Theorie gänzlich loslöse und im bürgerlichen Politikbetrieb, im Pragmatismus, aufgehe.

Trotzkismus

Rund ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus befindet sich die trotzkistische Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland auf einem stabilen Niveau und umfasst derzeit insgesamt ca. 2.350 Mitglieder in ca. 25 aktiven Organisationen.
In Freistaat Sachsen gehören ca. 60 Personen trotzkistischen Bestrebungen an.

Die Trotzkisten berufen sich auf die Ideologie von TROTZKI[203]. Dieser war einer der maßgeblichen Akteure der russischen Oktoberrevolution von 1917 und zeitweilig einer ihrer populärsten Führer. In den Auseinandersetzungen um die Nachfolge LENINs wurde er von STALIN verdrängt und verbannt. Im mexikanischen Exil entwickelte er sich zum fanatischen Anti-Stalinisten und wurde deshalb auf STALINs Befehl 1940 ermordet.

TROTZKIs Vorstellungen von der revolutionären Umsetzung des Marxismus-Leninismus standen von jeher im Gegensatz zu den Theorien orthodoxer Kommunisten in den Staaten des ehemaligen Ostblocks. Während nach dieser herrschenden Meinung die Arbeiterklasse erst dann die Macht übernehmen kann (Diktatur des Proletariats), wenn sie in der Mehrheit ist, war TROTZKI der Überzeugung, dass das Proletariat auch als Minderheit sofort die Macht ausüben kann. Wichtig sei jedoch die internationale Solidarität der Arbeiterschaft. Mit seiner Theorie der „permanenten Revolution" vertrat TROTZKI die Auffassung, dass sich die Revolution nicht nur im nationalen Rahmen abspielen dürfe, sondern als Weltrevolution in Gang gesetzt werden müsse.

Die Mehrzahl der Anhänger des Trotzkismus ist heute in einem der zahlreichen internationalen Dachverbände organisiert, die aus der 1938 von TROTZKI gegründeten IV. INTERNATIONALE durch Spaltungen und Neuformierungen hervorgegangen sind. Die konkurrierenden trotzkistischen Zusammenschlüsse bekämpfen sich auf das Schärfste.

Zu den klassischen Methoden trotzkistischer Einflussnahme gehört die Taktik des Entrismus. Darunter versteht man die Unterwanderung meist sozialdemokratischer Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen. Kader der unterwanderten Organisation/Partei sollen aus dieser herausgebrochen und für die Stärkung der eigenen trotzkistischen Gruppe gewonnen werden.

Die SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE (SAG) und LINKSRUCK (LR)

Einer der internationalen trotzkistischen Verbände ist der Dachverband INTERNATIONAL SOCIALISTS (IS), der seinen Ursprung in Großbritannien hat und von dem trotzkistischen Funktionär Tony CLIFF (Pseudonym von Ygael GLUCKSTEIN) initiiert wurde. Mehr als andere trotzkistische Gruppierungen streben die IS nach weltweiter Verbreitung.

In der Bundesrepublik gehören heute 3 Organisationen zu diesem internationalen Dachverband. Dies ist zum einen die aus der Sektion SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE (SAG) hervorgegangene LINKSRUCK-Organisation (LR), ferner existieren 2 Abspaltungen der SAG, die INTERNATIONALISTISCHE SOZIALISTISCHE ORGANISATION (ISO) und die INTERNATIONALEN SOZIALISTEN (IS).

Die LINKSRUCK-Bundeskoordination (Sitz Hamburg) leitet als Zentrale die Aktivitäten der einzelnen LINKSRUCK-Ortsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland.

[203] Pseudonym von Leo Davidowitsch BRONSTEIN (1879-1940).

Hauptstützpunkte der Organisation im Freistaat Sachsen sind die Städte Leipzig und Chemnitz. Derzeit kann im Freistaat Sachsen von höchstens 40 Mitgliedern der SAG bzw. LINKSRUCK ausgegangen werden.

LINKSRUCK führt regelmäßige Veranstaltungen durch und zeigt Präsenz auf fast allen von Linksextremisten organisierten oder unterstützten Demonstrationen. Die Zeitung LINKSRUCK, die 14-tägig mit einer bundesweiten Auflage von ca. 7.000 Exemplaren erscheint, wird u. a. von Mitgliedern im Straßenverkauf vertrieben.

Herausragendes Ereignis für LINKSRUCK sind die seit Mitte der 90er Jahre jährlich stattfindenden „Rosa-Luxemburg-Tage", die im Jahr 2000 in Frankfurt/Main durchgeführt wurden. Sie dienten nicht nur der internen Instruktion und ideologischen Ausrichtung der aktiven Mitglieder, sondern auch der Unterweisung in einem Rekrutierungsstil, den man als freundlich-aggressiv bezeichnen könnte. LINKSRUCK-Mitglieder sollen potenzielle Interessenten (im Gruppenjargon „Kontakte") ansprechen, die Verbindung durch Hausbesuche und Anrufe ausbauen und den Interessenten zu einem Beitritt bewegen.

Im Freistaat Sachsen versuchte LINKSRUCK-Leipzig, eine Demonstration am 11. März 2000 in Leipzig unter dem Motto „Gegen Rassismus und Sozialabbau" im Rahmen eines „Anti-Haider-Aktionswochenendes" zu organisieren. Auf Grund mangelnder Resonanz musste die Kundgebung jedoch abgebrochen werden.

Auch andere spezifische Reizthemen der linksextremistischen Szene, wie z. B. die Castor-Transporte, nutzt LINKSRUCK, um Öffentlichkeit herzustellen, Mitglieder zu werben und so genannte Kampagnenfähigkeit zu demonstrieren. LINKSRUCK-Leipzig gründete an der Universität Leipzig einen ARBEITSKREIS ÖKOLOGIE, über den sie Geld für eine „Anti-Castor-Kampagne" vom Allgemeinen Studentenausschuss (Asta) beschaffen will. Damit folgt sie den Vorschlägen der Bundeskoordination, die forderten: „man muß, um an Geld zu kommen, alles abgrasen, was möglich ist, wie z. B. Gewerkschaften, PDS und Grüne-Basisgruppen. Wichtig dabei ist es auch, den „Asta" anzusprechen. Wegen des politischen Mandats war dies offiziell jedoch nicht möglich. Tatsächlich gibt es aber regionale Möglichkeiten, das zu umgehen".[204]

Um auch Schüler anzusprechen, wurde die Schülerorganisation MOVE gegründet, die sich selbst als einen Zusammenschluss revolutionärer Schüler bezeichnet, welcher mit LINKSRUCK sympathisiere. Ein Großteil der MOVE-Mitglieder sind auch in LINKSRUCK aktiv. In Leipzig existieren MOVE-Gruppen an verschiedenen Gymnasien.

[204] Aus Linksruck-Hochschulgruppe NEWS.WS.2000/01. Schreibweise wie im Original.

Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren (Auswahl)

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt

Publikation	Herausgeber/ Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
ANGEHÖRIGEN-INFO	Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD	monatlich	unbekannt	ja
AUTONOMER NACHRICHTEN-DIENST	**linksextremistische autonome Szene Dresden**	**unregelmäßig**	**unbekannt**	**ja**
DIE ROTE FAHNE	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-Ost)	monatlich	4.000	ja
DIE ROTE HILFE	Rote Hilfe e. V.	vierteljährlich	4.800	ja
DIREKTE AKTION	Freie Arbeiter-Innen-Union/ IAA (FAU)	zweimonatlich	3.000	ja
GEGENSTAND-PUNKT	Marxistische Gruppe (MG)	vierteljährlich	7.000	ja
GRASWURZEL-REVOLUTION FÜR EINE GEWALT-FREIE, HERR-SCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT	graswurzel-revolution e. V.	monatlich	4.000	ja
INTERIM	linksextremistische autonome Szene Berlin	vierzehntägig	1.000	ja
JUNGE WELT	organisationsunab-hängig	täglich	14.000	ja
KLAROFIX	**linksextremistische autonome Szene Leipzig**	**monatlich**	**unbekannt**	**nein**
LERNEN UND KÄMPFEN	Marxistisch-Leni-nistische Partei Deutschlands (MLPD)	vierteljährlich	1.000	nein
LINKE OFFENSIVE - FÜR ARBEITER-DEMOKRATIE UND INTERNATIONA-LEN SOZIALISMUS	Internationalis-tische Sozialis-tische Organisation (ISO)	monatlich	unbekannt	nein

Publikation	Herausgeber/ Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)	abrufbar im Internet
LINKSRUCK - JUNG - SOZIALISTISCH - AKTIV	Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) – Linksruck	vierzehntägig	7.000	ja
MARXISTISCHES FORUM	Marxistisches Forum (MF)	unregelmäßig	unbekannt	nein
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS	Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (KPF)	monatlich	1.000	ja
RADIKAL	autonome und antiimperialistische Gruppen	unregelmäßig, im Jahr 2000 nicht erschienen	keine Angabe möglich	ja (letzte Aktualisierung: 1998)
REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGEND-VERBANDES REBELL	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	alle zwei Monate	unbekannt	ja
REVOLUTIONÄRER WEG - PROBLEME DES MARXISMUS-LENINISMUS	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	unregelmäßig	unbekannt	nein
ROTE FAHNE	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	wöchentlich	7.500	ja
SOZ – MAGAZIN	Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)	3mal im Jahr	2.000	nein
SOZIALISMUS VON UNTEN	Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	alle zwei Monate	3.500	nein
SPARTAKIST	Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)	monatlich	1.500	nein
TROTZ ALLEDEM	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	unregelmäßig	unbekannt	nein
UNSERE ZEIT	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	wöchentlich	8.500	ja
VORAN - ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ALTERNATIVE VORAN	Sozialistische Alternative VORAN (SAV)	monatlich	3.000	ja

Ausländerextremismus

Die Ideologien ausländerextremistischer Organisationen haben eine linksextremistische, extrem-nationalistische oder islamistische Ausprägung.
Viele linksextremistische Ausländergruppierungen wollen nach der revolutionären Zerschlagung der jeweiligen Staatsordnung in ihren Herkunftsländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches System errichten. Einige dieser Gruppierungen verfolgen aber auch ethnisch motivierte Autonomie- oder Unabhängigkeitsbestrebungen, wie z. B. die ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)[205].
Extrem-nationalistische Organisationen haben ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen die Gleichwertigkeit abspricht.
Islamistische Organisationen wollen die in ihren Heimatländern bestehende Gesellschaftsordnung durch ein auf Koran und Scharia (islamisches Rechtssystem) basierendes Gesellschaftssystem ersetzen. Nach ihrer Ansicht ist der Islamismus das Gesellschaftssystem, das der menschlichen Natur vollständig entspricht. Grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Prinzip der Volkssouveränität, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, lehnen sie ab.

Die Bundesrepublik Deutschland ist für ausländerextremistische Organisationen zunächst Rückzugsgebiet, in dem finanzielle Mittel zur Unterstützung des Kampfes in der Heimat beschafft werden. Sie nutzen das demokratische Rechtssystem aber auch, um mit öffentlichkeitswirksamen Propagandaaktionen wie Demonstrationen, Info-Ständen und Flugblattverteilungen auf die politische Situation in ihren Herkunftsländern aufmerksam zu machen.
Gruppierungen wie die PKK und die türkische linksextremistische REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI - FRONT (DHKP-C)[206] versuchen darüber hinaus, auf die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Druck auszuüben, damit diese die Politik in den jeweiligen Herkunftsländern in ihrem Sinne beeinflusst. Einige Extremisten, wie die Anhänger des NATIONALEN WIDERSTANDSRATES IRAN (NWRI)[207] oder des KALIFATSSTAATES[208] bedienen sich bei der Durchsetzung ihrer Interessen allerdings auch unfriedlicher Mittel.

Im Freistaat Sachsen lebten im Berichtszeitraum knapp 84.000 ausländische Mitbürger. Etwa 0,7 % von ihnen sind nach Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz dem ausländerextremistischen Spektrum zuzurechnen.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Die politisch motivierte Ausländerkriminalität im Freistaat Sachsen war auch im Jahr 2000 rückläufig. Gegenüber 20 Delikten im Vorjahr, worunter auch 1 Gewaltdelikt zu verzeichnen war, wurden 2000 nur noch sieben Delikte festgestellt, darunter kein Gewaltdelikt.

Während 1999 die Straftaten vorwiegend von Mitgliedern und Anhängern der PKK verübt wurden, waren im Jahr 2000 auch Anhänger anderer Gruppierungen beteiligt. So war die Verschärfung der Konfrontation zwischen Israelis und Palästinensern Hintergrund für die öffentliche Verbrennung einer israelischen Flagge durch Teilnehmer einer Demonstration in Leipzig im Oktober 2000.

Wiederholt führten auch iranische Oppositionelle öffentlichkeitswirksame Protestaktionen durch, die nicht immer störungsfrei verliefen. Zum Beispiel kam es am 26. September 2000 in Leipzig nach einer Ausstellungseröffnung zu Eierwürfen auf das Fahrzeug des iranischen Botschafters. Eine Person wurde festgenommen.

Zu Beginn des Jahres nahm die Polizei in Chemnitz zwei Personen kurdischer Herkunft fest, in deren Besitz sich Propagandamaterial der PKK befand. Eine von ihnen war bis zur Festnahme Teilgebietsleiter der PKK in Chemnitz. Das Landgericht Dresden verurteilte ihn am 8. August 2000 wegen seiner Aktivitäten für die PKK.

[205] Siehe Abschnitt „Kurdischer Extremismus".
[206] Siehe Abschnitt „Türkischer Extremismus".
[207] Siehe Abschnitt „Iraner".
[208] Siehe Abschnitt „Islamischer Extremismus".

Kurdischer Extremismus

ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK)

Gründung:	November 1978
Sitz:	Damaskus (Syrien)
Betätigungsverbot:[209]	26. November 1993
Organisation im Freistaat Sachsen:	Strukturen vorhanden
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 12.000
Sachsen:	ca. 350
Mitglieder 2000	
bundesweit:	ca. 12.000
Sachsen:	ca. 350
Publikation:	SERXWEBUN
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die PKK wurde 1978 unter der Führung Abdullah ÖCALANs gegründet. Seither ist er ihr Generalsekretär. Trotz Inhaftierung und Verurteilung zum Tode wurde er auf dem 7. Außerordentlichen Parteikongress im Januar 2000 wieder einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Seit 1984 führt die PKK einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Auch außerhalb der Türkei bediente sie sich terroristischer Mittel, um ihre Forderung nach einem freien und unabhängigen Kurdistan durchzusetzen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde der PKK auf Grund ihrer Gewalthandlungen ab 1993 jegliche Betätigung verboten.

Friedenskurs der PKK

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre musste ÖCALAN feststellen, dass ein militärischer Sieg über die Türkei nicht zu erringen war. Waffenstillstandsangebote an die türkische Regierung waren erste Anzeichen für einen Strategiewechsel. Sie blieben jedoch ohne Resonanz. Bis heute besteht der türkische Staat auf einer Kapitulation der PKK. Verhandlungen mit einer Terror-Organisation lehnt er nach wie vor strikt ab.

Nach der Verkündung des Todesurteils gegen ÖCALAN am 29. Juni 1999 wandte dieser sich über seine Anwälte verstärkt mit Friedenskonzepten an die Öffentlichkeit. Die VOLKSBEFREIUNGSARMEE KURDISTANS (ARGK), der militärische Arm der PKK, forderte er auf, den bewaffneten Kampf einzustellen. Der Kampf solle auf demokratisch-politischer Ebene fortgesetzt werden.

Den Strategiewechsel ÖCALANs manifestierte die PKK auf ihrem 7. Außerordentlichen Parteikongress im Januar 2000. Sie beschloss die Demokratisierung der Partei, die sich hauptsächlich in Namensänderungen von Organisationseinheiten niederschlug[210]. Mit „allen demokratischen Kräften“ in der Türkei solle ein Dialog geführt werden, die Auseinandersetzungen zwischen den „nationalen kurdischen Kräften“[211] müssten beendet werden.

Im Frühjahr 2000 leitete die PKK der türkischen Regierung den Entwurf eines „Friedensprojektes“ zu. Darin fordert sie eine Demokratisierung der Türkei, rechtsstaatliche Verhältnisse, Respektierung der kulturellen und nationalen Minderheitenrechte, die Annullierung des Todesurteils gegen ÖCALAN, die Akzeptanz einer gewissen kurdischen Autonomie und den Wiederaufbau der zerstörten Dörfer. Eine totale Trennung der kurdischen Gebiete von der Türkei wird nicht mehr erwogen. Die Sendung ging ungeöffnet zurück. Die türkische Regierung beharrt weiterhin auf der bedingungslosen Unterwerfung der PKK. Diese will ihre Waffen jedoch solange in Bereitschaft halten, bis „Garantien für die Entwicklung eines dauerhaften Friedens und für die notwendigen gesetzlichen und politischen Abmachungen“ vorhanden seien. Ein Mitglied des PKK-Präsidialrates behauptete, dass die PKK die Kraft habe, den Kampf noch „10 oder 1.000 Jahre“ fortzusetzen, falls die Türkei nicht zu Zugeständnissen bereit sei.

Von besonderer Bedeutung für die PKK ist die Anerkennung ihres Friedenskurses in der Bundesrepublik Deutschland, wo sich die größte Anzahl von Kurden außerhalb ihrer Siedlungsgebiete in Nahost konzentriert. Die Akzeptanz der PKK als Vertreter aller Kur-

[209] In der Bundesrepublik Deutschland.

[210] Siehe Abschnitt: Struktur der PKK.

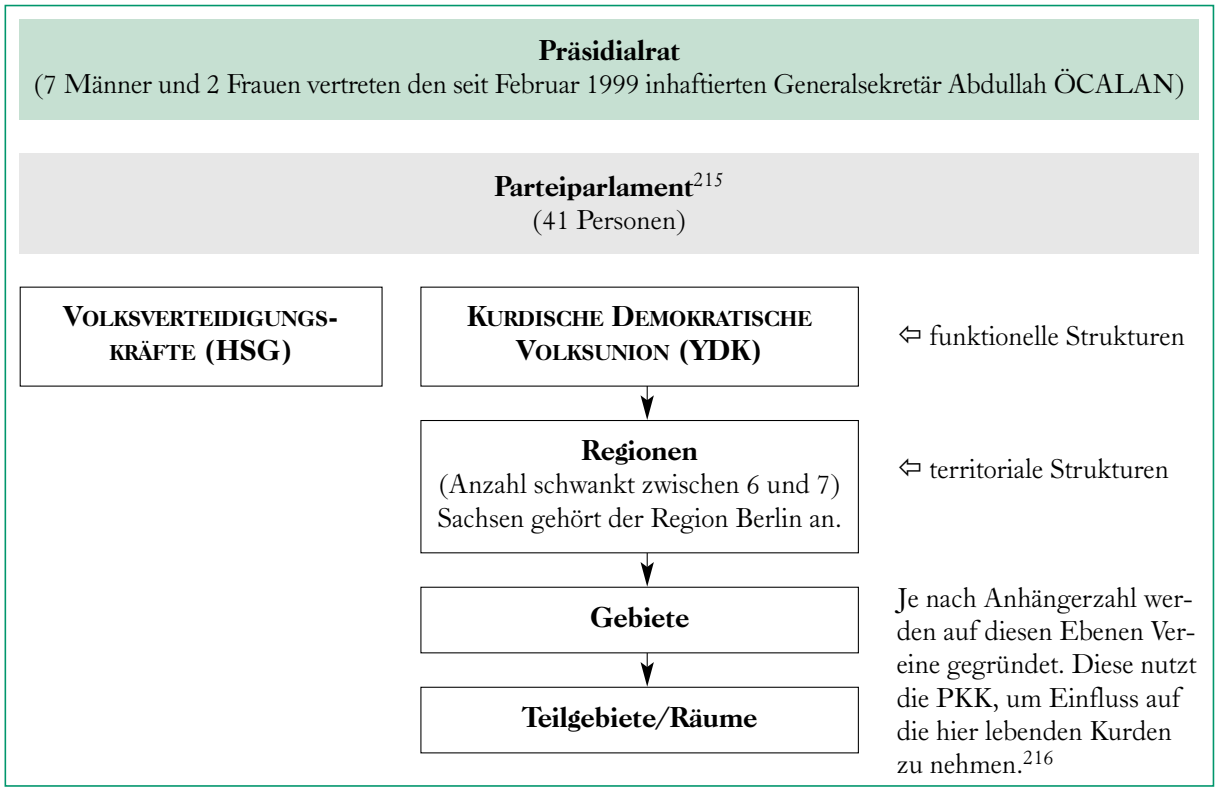
[211] Gemeint sind hauptsächlich die auf irakischem Gebiet ansässige PATRIOTISCHE UNION KURDISTANS (PUK) und die DEMOKRATISCHE PARTEI KURDISTAN/IRAK (DPK/I).

den durch die Bundesrepublik Deutschland wäre zudem maßgeblich, um in Europa als politische Kraft anerkannt zu werden. Deshalb wurde die Legalisierung kurdischer[212] Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland von der PKK zum Schwerpunkt erklärt. Weiterhin bemüht sie sich um einen störungsfreien Verlauf[213] überregionaler Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und im benachbarten Ausland. Letztendlich erwartet die PKK, dass das Betätigungsverbot in der Bundesrepublik Deutschland aufgehoben wird und die Europäische Union sie bei der Durchsetzung ihrer Forderungen gegenüber der Türkei unterstützt.

Es ist davon auszugehen, dass die Parteiführung auch in Zukunft den gewaltfreien, politischen Kampf favorisieren wird, auch wenn sie sich nach wie vor die Option auf Rückkehr zur Gewalt offen hält. Die Strukturen der PKK sind nach wie vor intakt. Sie ist straff organisiert und in der Lage, jederzeit auch militante Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland vorzubereiten und durchzuführen. Auslöser für eine Abkehr von dem friedlichen Kurs könnte die unnachgiebige Haltung der türkischen Regierung gegenüber den Forderungen der PKK nach kulturellen und nationalen Minderheitenrechten, aber auch die Vollstreckung des Todesurteils gegen ÖCALAN sein. Deshalb ist sie nach wie vor eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Struktur der PKK

Gemäß den Beschlüssen des 7. Außerordentlichen Parteikongresses sollte die Auflösung alter Strukturen und die Gründung neuer Organisationseinheiten die Demokratisierung der Partei unterstützen. In den Präsidialrat wurden zusätzlich 2 Frauen aufgenommen. Die VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HSG) ersetzen den bisherigen militärischen Arm, die ARGK. Die Aufgaben des politischen Arms, bisher die NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS (ERNK)[214], übernahm die KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK). Die neue Bezeichnung für die PKK, DEMOKRATISCHE PARTEI, hat sich bisher nicht durchgesetzt.



[212] Gemeint sind PKK-beeinflusste Strukturen.
[213] Lediglich einzelne Verstöße gegen das Vereinsgesetz waren im Jahr 2000 zu verzeichnen.
[214] Sowohl ARGK als auch ERNK sind vom Betätigungsverbot gegen die PKK mitbetroffen.
[215] Früher: Zentralkomitee.
[216] Siehe Abschnitt: Vereine im Freistaat Sachsen.

Zur angeblichen Neugründung der YDK stellte das Bundesministerium des Innern (BMI) im August 2000 fest, dass es sich lediglich um eine Umbenennung der ERNK handelt. Diese Beurteilung begründet das BMI mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH). Dieser hatte im Zusammenhang mit dem Verbot der linksextremistischen türkischen REVOLUTIONÄREN VOLKSBEFREIUNGSPARTEI-FRONT (DHKP-C) als Nachfolgeorganisation der bereits vorher verbotenen DEVRIMCI SOL[217] Kriterien entwickelt, die eine Umbenennung von einer Neugründung unterscheiden. Diese sind:

– kontinuierlicher Fortbestand der Organisationsstruktur,
– Aufrechterhalten des ursprünglichen organisatorischen Zusammenhalts der verbotenen Organisation,
– Fehlen einer formellen Auflösung der bisherigen und Gründung einer neuen Organisation,
– personelle Identität,
– kontinuierlicher Fortgang der Vereinsaktivitäten.

Nach dem bisherigen Erkenntnisstand zur Umwandlung von der ERNK zur YDK lassen die vom BGH genannten Kriterien nur den Schluss zu, dass die ERNK aus taktischen Gründen in YDK umbenannt wurde. Damit umfasst das Betätigungsverbot für die PKK auch die YDK.

Die zielgruppenorientierten Massenorganisationen, die als rechtlich selbständige Gruppierungen nicht vom Betätigungsverbot betroffen sind, behielten ihre Bezeichnungen fast ausnahmslos bei. Eine Umbenennung stünde ihren Bemühungen, die personelle und organisatorische Verflechtung mit der PKK zu tarnen, entgegen. So existieren u. a. weiterhin:

– die UNION DER JUGENDLICHEN AUS KURDISTAN (YCK) als Jugendorganisation der PKK,
– der KURDISCHE ROTE HALBMOND e. V. (HSK)[218],
– die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM). Sie ist der Dachverband für örtliche, der PKK zuzurechnende Vereine und mit gleichartigen Föderationen in anderen europäischen Staaten in der KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA (KON-KURD) in Brüssel organisiert.

Lediglich die Frauenorganisation ARBEITERPARTEI DER FRAUEN KURDISTANS (PJKK) hat sich auf ihrem dritten Kongress[219] in PARTEI DER FREIEN FRAUEN (PJA) bzw. PARTEI DER FREIEN FRAUEN KURDISTANS (PJK) umbenannt. Die Teilnehmerinnen des Kongresses sollen sich mit der Übernahme der Beschlüsse des 7. Außerordentlichen Parteikongresses der PKK sowie mit dem Aufbau einer „legalen Verteidigungskraft der Frauen", in Anlehnung an die HSG, befasst haben.

29 kurdische Parteien und Organisationen schlossen sich 1999 im KURDISCHEN NATIONALKONGRESS (KNK)[220] zusammen. Ebenso wie seine Vorgängerorganisation, das KURDISCHE EXILPARLAMENT (PKDW), ist dieser von der PKK dominiert. Der KNK versteht sich als politische Kraft, die die Interessen aller Kurden in der internationalen Politik vertritt.

Emblem des KNK

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 500.000 Kurden, wovon etwa 12.000 Mitglieder oder Anhänger der PKK sind. Zu Großveranstaltungen gelingt es der Organisation, aus der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland etwa 50.000 Personen zu mobilisieren.
Im Freistaat Sachsen bewerben sich zur Zeit etwa 1.500 Kurden[221] um politisches Asyl. Ein Großteil der etwa 350 PKK-Mitglieder und -Anhänger gehört dieser Gruppe an.

Vereine im Freistaat Sachsen

Im Freistaat Sachsen sind 3 Vereine bekannt, die Bezüge zur PKK aufweisen:

– KURDISCHER KULTURVEREIN LEIPZIG,
– DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. DRESDEN,
– DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN ZWICKAU.

Im Falle der Auflösung der Vereine soll laut Satzung das Vereinsvermögen an den HSK fallen, der die Mittel ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken zuzuwenden habe.

---

[217] Siehe auch Abschnitt: Türkischer Extremismus - REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI-FRONT (DHKP-C).

[218] Der HSK missbraucht den durch das Völkerrecht geschützten Namenstitel des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Er ist kein Mitglied des IKRK oder der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften. In jedem Land ist nur eine nationale Organisation (für die Bundesrepublik Deutschland das Deutsche Rote Kreuz, für die Türkei der Türkische Rote Halbmond) zulässig.

[219] Fand vom 29. Juli bis 21. August 2000, vermutlich im Irak, statt.

[220] Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S.79.

[221] Genaue Zahlenangaben von im Freistaat Sachsen lebenden Kurden existieren nicht. Ausländer werden lediglich nach ihrer Staatsangehörigkeit erfasst. Die Zuordnung bei Asylbewerbern beruht auf deren Angaben im Asylverfahren.

Der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein e. V. Dresden ist der YEK-KOM zuzurechnen.

Die PKK-nahe Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA gab am 24. Mai 2000 die Gründung des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins Zwickau bekannt. An der Eröffnungsfeier sollen auch Vertreter der YDK teilgenommen haben.

Neuer kurdischer Fernsehsender

Nach dem Entzug der Sendelizenz für den PKK-gesteuerten Fernsehsender MED-TV[222] im März 1999 strahlte vorübergehend der Sender CTV ein kurdisches Kulturprogramm aus. Im Juli 1999 konnte die PKK den neuen Fernsehsender MEDYA-TV installieren, der auch politische Themen aufgriff. Hier fanden Präsidialratsmitglieder wie Osman ÖCALAN eine Plattform, um die Strategie der PKK einem möglichst breiten Publikum zugänglich zu machen. Seit dem Frühjahr 2000 sendet MEZOPOTAMYA BROADCASTING A/S (METV) abwechselnd mit MEDYA-TV auf gleicher Frequenz. Die Sendungen sind über Satellit zu empfangen. METV soll - in Ergänzung zu MEDYA-TV - seit 19. Juli 2000 Beiträge über kurdische Kunst, Kultur, Literatur und Sprache ausstrahlen.

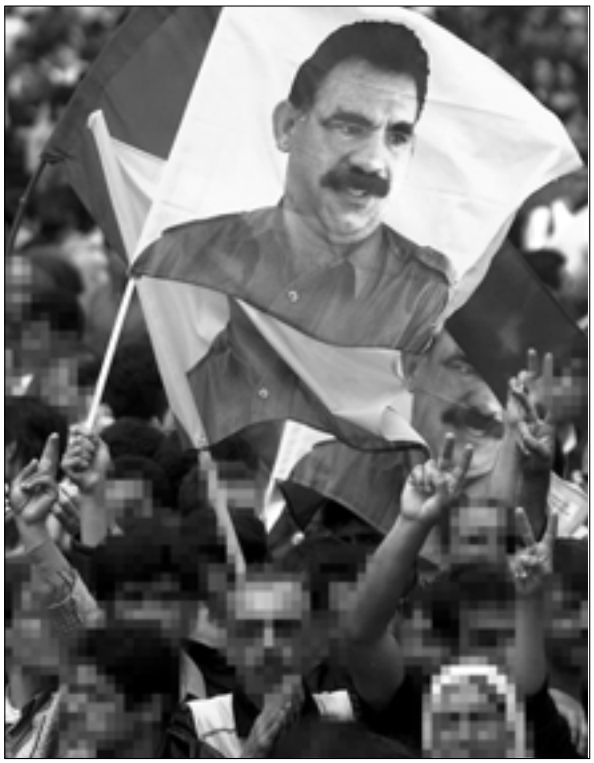
Ereignisse in Westeuropa und in der Bundesrepublik Deutschland

Mit Großveranstaltungen und einer Kampagne für die Verbesserung der Haftbedingungen ÖCALANs versuchte die PKK im Jahr 2000, das Interesse der Öffentlichkeit am Kampf des kurdischen Volkes wach zu halten. Sie forderte von der Europäischen Union, für eine friedliche Lösung des Kurdenproblems mehr Druck auf die Türkei auszuüben.

Erster Aktionsschwerpunkt war der Jahrestag der Festnahme Abdullah ÖCALANs in Kenia. Unter dem Motto „Protestieren wir gegen das internationale Komplott[223] vom 15. Februar und stehen wir dem Vorsitzenden APO[224] bei“ versammelten sich am 12. Februar 2000 etwa 16.000 seiner Anhänger in Straßburg (Frankreich) zu einem Schweigemarsch mit anschließender Kundgebung. Die Mehrheit der Teilnehmer kam aus der Bundesrepublik Deutschland. Auch in deutschen Großstädten[225] fanden an diesem Tag Kundgebungen und Mahnwachen statt, an denen sich zwischen 20 und 350 Personen beteiligten.

Den ersten Jahrestag des Prozessbeginns gegen Abdullah ÖCALAN am 31. Mai 2000 und seinen vermeintlich Besorgnis erregenden Gesundheitszustand[226] nahm die PKK zum Anlass für eine Kampagne in der Türkei und Europa. Dazu gehörten Unterschriftensammlungen für die Freilassung ÖCALANs, Mahnwachen, Info-Stände und Hungerstreikaktionen in türkischen und europäischen Gefängnissen. Betroffen waren lt. ÖZGÜR POLITIKA die Länder Frankreich, Österreich, Rumänien und Ungarn sowie die deutschen Städte Berlin, Hannover und Stuttgart. Auch im Freistaat Sachsen fand eine Aktion statt[227].

Zur traditionellen Großkundgebung im Juni reisten in diesem Jahr etwa 25.000 Anhänger Abdullah ÖCALANs aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland nach Düsseldorf. Mit dem Leitsatz „Weg mit der Todesstrafe – Frieden jetzt – Freiheit für Abdullah ÖCALAN“ forderten die Redner[228] die Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei, bessere Haftbedingungen für ÖCALAN und



Kundgebung am 24. Juni 2000 Foto: dpa

[222] Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1996, S. 74 ff.

[223] Die PKK bezichtigt verschiedene Staaten, hauptsächlich die USA, Israel und die Bundesrepublik Deutschland, aber auch Griechenland und Russland, die türkischen Interessen, beginnend von der Ausweisung ÖCALANs aus Syrien 1998 bis zu seiner Verhaftung 1999 zumindest durch ihr Verhalten unterstützt zu haben und spricht deshalb von einem „Internationalen Komplott“.

[224] Von seinen Anhängern benutzte Bezeichnung für Abdullah ÖCALAN.

[225] Der Freistaat Sachsen war nicht betroffen.

[226] Eine objektive Berichterstattung lag zu keinem Zeitpunkt vor.

[227] Siehe auch Abschnitt: Ereignisse im Freistaat Sachsen.

[228] Unter ihnen waren auch Vertreter des KNK und der PKK.

die Lösung des Kurdenproblems. Zusätzlich wurde eine ältere Rede ÖCALANs eingespielt, in der er bat, auch weiterhin den Friedenskurs der PKK zu unterstützen. Vereinzelt mitgeführte PKK-Fahnen wurden nach Aufforderung eingerollt.

Das diesjährige internationale Kurdistanfestival stand unter der Überschrift: „8. Internationales Festival für Frieden, Demokratie und Freiheit". Das Organisationsbüro rief in PKK-nahen Medien unter dem Motto: „Einen Kuss der ganzen Welt (…)" zu einer regen Beteiligung auf. Für den Programmablauf seien YXK[229], YEK[230], KAB[231], HIK[232] und KNK verantwortlich. Über 50.000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland trafen sich am 2. September 2000 im Müngersdorfer Stadion in Köln. In einem eingespielten Grußwort des inhaftierten PKK-Generalsekretärs brachte dieser wiederum die Forderung der Kurden nach Anerkennung ihrer Identität, Sprache und Kultur zum Ausdruck. Wie bei Veranstaltungen der Vorjahre wurden verbotene Symbole der PKK gezeigt.

Am 20. und 21. Mai 2000 führte die YEK-KOM ihren 7. Ordentlichen Kongress in Dortmund durch. Thema war die Umsetzung des Friedenskurses der PKK auf örtlicher Ebene.

Ereignisse im Freistaat Sachsen

Hungerstreiks

Vom 31. Mai 2000 bis 21. Juni 2000 befand sich ein vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Dresden angeklagter mutmaßlicher PKK-Funktionär im Hungerstreik. Die Sorge um den Gesundheitszustand Abdullah ÖCALANs sowie dessen Haftbedingungen waren der Anlass seiner Aktion. Er beendete sie - eigenen Angaben zufolge - nachdem ÖCALAN dazu aufgefordert hatte.
Vom 1. bis 4. Juni 2000 schloss sich ein weiterer inhaftierter PKK-Anhänger dem Streik an.

Kundgebung des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins e. V. Dresden

Am 7. Oktober 2000 fand in Dresden eine vom Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein e.V. Dresden angemeldete Kundgebung statt. Die Veranstaltung unter dem Motto „Menschenrechte in der Türkei" verlief friedlich. Hintergrund der Kundgebung war das so genannte „Internationale Komplott" gegen die PKK.
Ähnliche Aktionen wurden auch aus anderen Bundesländern bekannt.

Strafverfahren gegen Besetzer des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig am 16. Februar 1999

Das Landgericht Leipzig verkündete am 16. Mai 2000 das Urteil im Verfahren gegen die 7 Hauptakteure der Konsulatsbesetzung. Ihnen wurde Geiselnahme, besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs und schwerer Hausfriedensbruch zur Last gelegt.
Das Gericht verurteilte 6 Personen zu Freiheitsstrafen von bis zu 3 Jahren und einen Angeklagten zu 2 Jahren Jugendhaft, die auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. In der Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, dass die Handlungen der Angeklagten durch Hintermänner bzw. Funktionäre der PKK organisiert worden waren.

Einen kurdischen Asylbewerber verurteilte das Dresdner Landgericht am 8. August 2000 zu 2 Jahren Haft, die auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Kurde während der Besetzung des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig am 16. Februar 1999 eine Demonstration vor dem Gebäude organisiert hatte, um den Polizeieinsatz zur Befreiung der Geiseln zu behindern. Zwei Tage nach der Besetzung habe er eine Demonstration in Chemnitz gegen die Verhaftung ÖCALANs organisiert, bei der es mehrfach zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz kam. Darüber hinaus sei er maßgeblich an der Eintreibung von Spendengeldern für die PKK in Sachsen beteiligt gewesen.

Am 24. Oktober 2000 verurteilte das Landgericht Dresden einen Funktionär der PKK wegen Geiselnahme in einem minder schweren Fall (im Zusammenhang mit der Konsulatsbesetzung) und Verstoß gegen das Vereinsgesetz zu 3 Jahren Freiheitsstrafe. Unter Anrechnung der Untersuchungshaft setzte das Gericht die Reststrafe zur Bewährung aus.

[229] YXK = Union der StudentInnen aus Kurdistan (Massenorganisation der PKK).
[230] YEK = Union der Yeziden aus Kurdistan (Massenorganisation der PKK).
[231] KAB = Union der Aleviten aus Kurdistan (Massenorganisation der PKK).
[232] HIK (auch: KIH) = Islamische Bewegung Kurdistans (Massenorganisation der PKK).

Türkischer Extremismus

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)

Gründung:	1994 (Nachfolgeorganisation der verbotenen Devrimci Sol)
Sitz:	unbekannt
Betätigungsverbot:[233]	13. August 1998[234]
Organisation im Freistaat Sachsen:	Strukturen nicht vorhanden
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 1.000
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 2000	
bundesweit:	ca. 900
Sachsen:	Einzelne
Publikation:	u.a. DEVRIMCI SOL (REVOLUTIONÄRE LINKE)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die DHKP-C strebt die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus an. In der Türkei bedient sich die Organisation zur Durchsetzung ihrer Ziele auch terroristischer Mittel.

In der Bundesrepublik Deutschland kam es 1997 zu äußerst gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Anhängern der Türkischen Volksbefreiungspartei-Front - Revolutionäre Linke (THKP-C Dev Sol)[235]. Der Bundesminister des Innern verbot daraufhin beide Organisationen.

Mehrere an diesen Auseinandersetzungen Beteiligte, unter ihnen auch Rädelsführer, wurden zwischenzeitlich festgenommen und verurteilt. Dies führte zu einer nachhaltigen Schwächung der Organisation in Westeuropa.

Die Betroffenen protestierten teilweise mit Hungerstreiks gegen ihre Inhaftierung. Besonders spektakulär war die Aktion des wegen Mordes angeklagten DHKP-C-Aktivisten Ilhan YELKUVAN. Er begann einen Hungerstreik am 30. November 1999 in einer Hamburger Justizvollzugsanstalt, mit dem er gegen seine angebliche Isolationshaft protestieren wollte. Im Januar 2000 schlossen sich Insassen anderer deutscher, aber auch europäischer Justizvollzugsanstalten, meist ebenfalls Aktivisten der DHKP-C, dem Hungerstreik an.

Um öffentliche Aufmerksamkeit für diese Aktion zu erlangen, besetzten Anhänger der Organisation Geschäftsstellen von PDS und SPD in der Bundesrepublik Deutschland. Solidaritätskundgebungen waren u. a. in Hamburg und vor den deutschen diplomatischen Vertretungen in Wien, Den Haag und London zu verzeichnen. Alle Aktionen verliefen gewaltfrei.

Am 31. Januar 2000 beschloss der 3. Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts erste Lockerungen der Haftbedingungen für YELKUVAN, die ihm auch zeitweise Kontakte mit anderen türkischen Gefangenen ermöglichten. Daraufhin beendete er seinen Hungerstreik.

Der Freistaat Sachsen war von diesen Aktionen nicht betroffen. Hier lebende Anhänger der Organisation traten in der Vergangenheit lediglich als Unterstützer der DHKP-C in anderen Bundesländern in Erscheinung.

[233] In der Bundesrepublik Deutschland.
[234] Unanfechtbar seit 1. Februar 2000.
[235] Ebenfalls aus der Devrimci Sol hervorgegangen.

Islamischer Extremismus

KALIFATSSTAAT (HILAFET DEVLETI)[236]

Gründung:	November 1984
Sitz:	Köln
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 1.100
Sachsen:	nicht bekannt
Mitglieder 2000	
bundesweit:	ca. 1.100
Sachsen:	nicht bekannt
Publikation:	ÜMMET-I-MUHAMMED (DIE GEMEINDE MOHAMMEDS)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

1984 gründete Cemaleddin KAPLAN, von seinen Anhängern der „KHOMEINI von Köln“ genannt, den islamistischen Verband. 1995 trat sein Sohn Metin KAPLAN die Nachfolge an. Die Organisation, deren Mitglieder der sunnitischen Glaubensrichtung[237] des Islam angehören, will in der Türkei gewaltsam einen islamischen Gottesstaat errichten, in dem der Koran[238] und die Scharia[239] die alleinige Grundlage für Recht und Gesetz bilden und dem der Kalif als geistlicher und politischer Führer vorsteht. Für sie sind Islam und Demokratie miteinander unvereinbar. Ihre Kampagnen richten sich gegen Juden, Israel und die westlichen Demokratien, insbesondere die USA. Langfristig wird die Weltherrschaft des Islam angestrebt.
Heute zählt die Organisation ca. 1.100 Mitglieder bzw. Anhänger. Ihr Mobilisierungspotenzial von 8.000 Personen sank auf maximal 2.500 Personen.
Am 25. März 1999 wurde der selbst ernannte „Emir der Gläubigen und Kalif der Muslime“ Metin KAPLAN in der Kölner Ulu-Moschee auf Grund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshofes festgenommen. Ihm wird Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und öffentliche Aufforderung zu Straftaten vorgeworfen. Er soll seine Anhänger dazu aufgerufen haben, gegen Gegner notfalls auch gewaltsam vorzugehen und Anschläge gegen staatliche Ziele in der Türkei zu begehen. Die Anklage bringt KAPLAN mit der Ermordung eines ehemaligen Mitglieds in Verbindung. KAPLAN soll dem Abtrünnigen SOFU, der die Abspaltung des so genannten Gebietsemirates Berlin forderte und von seinen Anhängern als „Gegenkalif“ ausgerufen wurde, mit dem Tode gedroht haben. SOFU wurde wenig später von Unbekannten erschossen.
Schon kurz nach der Festnahme KAPLANs kam es zu größeren, teilweise gewaltsamen Protestaktionen seiner Anhänger, die die Freilassung ihres „Kalifen“ forderten. Zu diesen Veranstaltungen wurde über den organisationseigenen Fernsehsender HAKK-TV, die wöchentlich erscheinende Zeitung ÜMMET-I-MUHAMMED und das Internet mobilisiert.

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland

Am 8. Februar 2000 begann vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf der Prozess gegen Metin KAPLAN. Wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung standen außerdem zwei weitere Führungsmitglieder der Organisation vor Gericht.
Der Prozess führte zu erheblichem Unmut und demokratiefeindlichen Aussagen unter den KAPLAN-Getreuen.
Sie inszenierten immer wieder tumultartige Auftritte im Gerichtssaal, demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude, verteilten Flugblätter und riefen: „Wir sind Islamisten, keine Terroristen“. Nach KAPLANs Überzeugung werde nicht er, sondern seine Religion angeklagt.
Bei mehreren Großkundgebungen und Demonstrationen forderten tausende Anhänger des KALIFATSSTAATES aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland die Freilassung ihres Kalifen.
Am 15. November verurteilte das OLG Düsseldorf Metin KAPLAN zu 4 Jahren Haft. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass das Oberhaupt des fundamental-islamistischen Verbandes im September 1996 öffentlich zu Straftaten aufgerufen hatte. Einer der beiden Mitangeklagten erhielt eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren, der andere wurde freigesprochen.
Nach dem Urteilsspruch demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude rund 150 Anhänger KAPLANs und forderten dessen sofortige Freilassung.
Im Freistaat Sachsen wurden bisher keine Mitglieder oder Aktionen dieser islamistischen Vereinigung bekannt.

[236] Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 82.
[237] Sunniten: 97 % der Muslime; nach ihrem Glauben entspricht es dem Willen Mohammed, dass immer das fähigste Mitglied der Gemeinde ihr Anführer (Kalif) sein soll.
[238] Koran: heilige Schrift des Islam, stellt die Sammlung der Offenbarungen Gottes dar, die der Prophet Mohammed empfing.
[239] Scharia: der Weg; gemeint ist das religiöse Gesetz der Muslime.

Islamische Gemeinschaft – Milli Görüs (IGMG)[240]

Gründung:	1985 als Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT)
Sitz:	Bonn
Organisation im Freistaat Sachsen:	Strukturen vorhanden
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 27.000
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 2000	
bundesweit:	ca. 27.000
Sachsen:	Einzelne
Publikation:	u. a. MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Die IGMG ist mit ihren ca. 27.000 Mitgliedern und noch einem weitaus höheren Mobilisierungspotenzial die zahlenmäßig bedeutendste ausländerextremistische Vereinigung in Deutschland.

Zu ihren Zielen gehört die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung und die Errichtung eines islamischen Staates in der Türkei. Über eine auf dem Koran fußende islamische Rechtsordnung wird eine weltweite Islamisierung angestrebt. Zu diesem Zweck unterstützt die IGMG die Fazilet Partisi (FP) - Tugendpartei als Nachfolgepartei der in der Türkei seit Januar 1998 verbotenen Wohlfahrtspartei (RP).

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland

Unter dem Motto „Weltweite Menschenrechte“ veranstaltete die IGMG am 3. Juni im Müngersdorfer Stadion in Köln ihre 6. Generalversammlung mit ca. 30.000[241] Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland. Der frühere türkische Ministerpräsident und ehemalige Vorsitzende der verbotenen Wohlfahrtspartei (RP) Prof. Necmettin ERBAKAN war als Ehrengast anwesend. Die IGMG bereitete ihrem Mentor einen triumphalen Empfang. ERBAKAN hat die Reislamisierung der Türkei und die Islamisierung Europas zu seiner Lebensaufgabe gemacht. In seiner Ansprache betonte er, dass die NATO die alten Feindbilder verloren hätte und sich nunmehr gegen den Islam richte.
Im Freistaat Sachsen existiert in Leipzig seit 1996 ein örtlicher Verein der IGMG[242].

[240] Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 83/84.
[241] An der Vorjahresveranstaltung nahmen noch ca. 40.000 Personen teil.
[242] Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 84.

Iraner

Nationaler Widerstandsrat Iran[243] (NWRI)

Gründung:	November 1981
Sitz:	Köln
Organisation im Freistaat Sachsen:	Strukturen vorhanden
Mitglieder 1999	
bundesweit:	ca. 900
Sachsen:	Einzelne
Mitglieder 2000	
bundesweit:	ca. 900
Sachsen:	Einzelne
Publikation:	MODJAHED (GLAUBENSKÄMPFER) LÖWE UND SONNE
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Der Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI) – politischer Arm der im Iran ansässigen Volksmodjahedin Iran (MEK) – nimmt trotz fehlenden Rückhalts in der iranischen Bevölkerung für sich in Anspruch, die einzige legitime demokratische Alternative zur iranischen Regierung zu sein und strebt deren gewaltsamen Sturz an.

Die vom NWRI gegründeten bundesweit oder regional agierenden Tarnvereine organisieren Protestveranstaltungen gegen die iranische Regierung und sammeln Gelder, um den bewaffneten Kampf der MEK zu unterstützen.

Unter den in Sachsen lebenden rund 1.600 iranischen Staatsangehörigen sind einzelne Anhänger des NWRI.
In größeren Städten des Freistaates Sachsen organisierten Anhänger des NWRI Info-Stände, Geldsammelaktionen und Protestveranstaltungen. An überregionalen Großveranstaltungen beteiligten sich auch kleinere Gruppen iranischer Oppositioneller aus Sachsen.

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland

Der Präsident der Islamischen Republik Iran Mohammed Khatami besuchte auf Einladung der Bundesregierung vom 10. bis 12. Juli 2000 die Bundesrepublik Deutschland.

Wie bei den Reisen Khatamis im März 1999 nach Rom und im Oktober 1999 nach Paris war auch sein Aufenthalt in Deutschland von einer erheblichen Protestwelle, organisiert von der gesamten iranischen Opposition, begleitet. Insbesondere die MEK mobilisierte weltweit. Der NWRI mit seinen Tarnvereinen hatte bereits im Vorfeld groß angelegte, medienwirksame Aktionen wie Unterschriftensammlungen – auch im Internet – und Plakatierungen gegen den Staatsbesuch durchgeführt sowie Protestkundgebungen und Demonstrationszüge angemeldet.

Auch andere iranische Oppositionsgruppen, insbesondere Anhänger der Arbeiterkommunistischen Partei Iran (AKP-Iran) und ihr politisches Sammelbecken Internationale Föderation Iranischer Flüchtlings- und Immigrantenräte e. V. (IFIR), meldeten große Demonstrationszüge in Berlin an.

Während des Aufenthaltes von Präsident Khatami in der Bundesrepublik Deutschland kam es zu Kundgebungen und Aufzügen in Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main und Weimar mit jeweils bis zu mehreren hundert Teilnehmern, die von iranischen Oppositionsgruppen langfristig vorbereitet und organisiert waren. Sie protestierten nicht nur gegen den Besuch Khatamis, sondern auch gegen die Annäherung beider Staaten, die die MEK zu verhindern versucht.

An der mit Abstand größten Demonstration mit Kundgebung unter dem Motto „Menschenrechtsverletzungen im Iran“ am 10. Juli 2000 in Berlin beteiligten sich 6.500 bis 7.000 Personen. Anmelder war die NWRI-Tarnorganisation Verein iranischer

Demonstration am 10. Juli 2000 Foto: dpa

[243] Siehe Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 84.

DEMOKRATISCHER AKADEMIKER e. V. (VIDA). Die weitgehend störungsfreie Veranstaltung begleiteten Sprechchöre in iranischer Sprache. Die Teilnehmer riefen „Khatami ist ein Mörder“ und zeigten Transparente mit beleidigendem Inhalt.

Iranische Oppositionelle aus dem Freistaat Sachsen, darunter auch NWRI-Anhänger, nahmen an der Kundgebung in Berlin, und vermutlich auch in Weimar teil.

Ereignisse im Freistaat Sachsen

Protestaktionen gegen den Staatsbesuch Khatamis

Im Raum Leipzig und Dresden verteilten iranische Oppositionelle Flugblätter mit Parolen wie „Nieder mit der islamischen Republik“.

Ende Juni stellten in der Leipziger Innenstadt Exiliraner, unterstützt von den Volksmodjahedin, einen Info-Stand gegen den Besuch Khatamis auf. Sie warben für die Demonstration in Berlin, sammelten Unterschriften gegen das Regime in ihrer Heimat und platzierten Klappschilder mit der Losung: „KHATAMI ist ein Mörder Sagt sein Deutschlandbesuch ab!“[244].

Eine Veranstaltung am 28. Juni in Chemnitz stand unter dem Motto: „Gegen die menschenverachtende Asylpolitik - Asyl ist ein Menschenrecht“. Es wurden Transparente und Plakate gezeigt sowie Parolen wie „Nieder mit der islamischen Regierung, Bleiberecht für alle, jetzt sofort, Iran richtet hin – Deutschland hilft mit“ gerufen.

Proteste iranischer Oppositioneller gegen die Eröffnung einer iranischen Kunstausstellung im Leipziger Völkerkundemuseum

Am 26. September 2000 wurde im Leipziger Grassi-Museum – Museum für Völkerkunde – eine Ausstellung über das iranische Kunsthandwerk eröffnet.

Der UNABHÄNGIGE IRANISCHE VEREIN FÜR POLITIK LEIPZIG meldete für den Zeitpunkt der Ausstellungseröffnung eine Kundgebung unter dem Motto „Protest gegen die Veranstaltung der iranischen Botschaft“ an. Die 20 Teilnehmer skandierten Parolen gegen den islamischen iranischen Staat. Diese Kundgebung verlief friedlich.

Vier Personen (vermutlich iranischer Herkunft) störten durch Äußerungen die Eröffnungsrede. Der Aufforderung des Veranstalters, die Ausstellung zu verlassen, folgten sie erst, als Polizeibeamte ihr Nachdruck verliehen.

Bei einer anschließenden Stadtrundfahrt des iranischen Botschafters und seiner Gäste durch Leipzig wurden die Fahrzeuge mit Eiern beworfen. Polizeieinsatzkräfte nahmen fünf iranische Staatsbürger vorläufig fest. Einer der Festgenommenen ist als Anhänger der MEK bekannt.

[244] Fehler aus dem Original übernommen.

Scientology-Organisation

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Gründung:	1954 in den USA, 1970 erste Niederlassung in Deutschland
Sitz:	Los Angeles/USA (CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL)
Mitglieder 1999	
bundesweit:	5.000 bis 6.000[245]
Sachsen:	mehrere Dutzend
Mitglieder 2000	
bundesweit:	5.000 bis 6.000[246]
Sachsen:	mehrere Dutzend
Publikationen:	FREIHEIT IMPACT SOURCE u. a.
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten (mehrsprachig)
Kennzeichen:	

Auch im Jahre 2000 konnte die SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO) keine feste Struktur im Freistaat Sachsen aufbauen. Es ist ihr nicht gelungen, die als Verein eingetragene Mission in Dresden, die laut Internet der CHURCH OF SCIENTOLOGY OF BERLIN angeschlossen ist[247], zu reaktivieren.
Vereinzelte Werbeaktivitäten zeigen jedoch, dass die SO im Freistaat Sachsen weiterhin präsent und bemüht ist, ihre Ideologie zu verbreiten, Mitglieder zu rekrutieren und ihren Einfluss auszuweiten. Außerdem gibt es hier unternehmerisch tätige Personen, die Mitglieder der SO sind.

Die CHURCH OF SCIENTOLOGY wurde 1954 von dem Science-fiction-Autor Lafayette Ron HUBBARD (1911-1986) gegründet. Nach dem Tod HUBBARDs übernahm der Amerikaner David MISCAVIGE dessen Nachfolge.
Seit 1970 ist die Organisation auch in Deutschland tätig.

Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION charakterisiert sich selbst als die „am schnellsten wachsende Religion und wichtigste spirituelle Kraft auf diesem Planeten“[248]. Dianetik[249] und Scientology seien die einzige Hoffnung für die Menschheit. Keine andere Technologie sei „(...) in der Lage, den Menschen zu befreien und eine Gesellschaft zu schaffen, in der Vernunft regiert (...)“.[250]

Die SO tritt in der Öffentlichkeit als „Kirche“ und „Religionsgemeinschaft“ auf und fordert diesen Status vehement ein. Ihre Trainer, die so genannten Auditoren, werden demgemäß als „Geistliche“ bezeichnet.
Die SO behauptet, keine politischen Ziele zu verfolgen und konform mit deutschen Gesetzen und der deutschen Verfassung zu gehen.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele verfügt die SO über eine Struktur aus so genannten „Kirchen“, „Missionen“ und „Celebrity-Centern“[251]. Hauptsächlich ist die SO in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Hamburg vertreten.
Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden verfügt die SO bundesweit über etwa 5.000 bis 6.000 Mitglieder. Im Freistaat Sachsen gehören lediglich mehrere Dutzend Personen der Organisation an.

Anhaltspunkte für politisch-extremistische Bestrebungen der SO

Seit dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom Juli 1997 beobachten die Verfassungsschutzbehörden die SCIENTOLOGY-ORGANISATION, weil tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, dass Programmatik und Praxis dieser Organisation gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

[245] Die SO gibt 30.000 Mitglieder an.
[246] Die SO gibt 30.000 Mitglieder an.
[247] Internetabfrage vom 11. Dezember 2000; Stand der Homepage: Januar 2000.
[248] Sonderjahresbericht der IAS (INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS) an ihre Mitglieder aus Anlass ihres fünfzehnjährigen Bestehens im Jahr 1999, S. 2.
[249] Dianetik: Ein von L. Ron HUBBARD entwickeltes Verfahren der geistigen Manipulation und Kontrolle, das mit Hilfe von Psychotechniken, wie dem so genannten „Auditing“, die ideologische Umerziehung und Veränderung der Persönlichkeit von Menschen anstrebt.
[250] Sonderjahresbericht der IAS (INTERNATIONAL ASSOCIATION OF SCIENTOLOGISTS) an ihre Mitglieder aus Anlass ihres fünfzehnjährigen Bestehens im Jahr 1999, S. 2.
[251] „Kirchen“ und „Missionen“ sind territoriale Einrichtungen der SO (allg. als Org bezeichnet), die mit der Ausbildung und Schulung von Scientologen, dem Werben von Mitgliedern und der Verbreitung der SO-Ideologie betraut sind. „Celebrity-Center“ gehören auch zu den Orgs und dienen als Treffpunkt und Podium für Künstler, die ebenfalls für die Verbreitung von scientologischem Gedankengut eintreten.

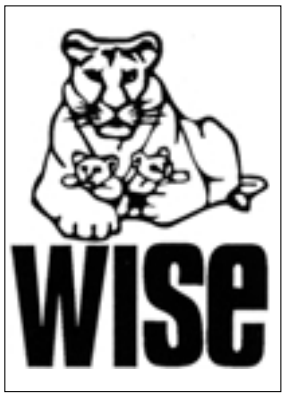
Anhaltspunkte dafür, dass sich die SO nicht nur selbst totalitär organisiert, sondern dies langfristig auch auf Staat und Gesellschaft übertragen will, liefern die zahlreichen von HUBBARD verfassten Schriften und Regelwerke[252] und die ebenso zahlreichen HCOPLs („Hubbard Communication Office-Policy Letters") und HCOBs („Hubbard Communication Office-Bulletins"), welche - unabhängig von ihrem Alter - für jeden Scientologen bindendes Gesetz sind. Sowohl diese theoretischen Konzepte als auch die Aktivitäten der Organisation und ihrer Mitglieder weisen darauf hin, dass sie die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung außer Kraft setzen und an ihrer Stelle eine Gesellschaft mit scientologisch bestimmten Normen schaffen will.

Die scientologische „Technik" zur Veränderung der Gesellschaft

Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION geht davon aus, dass Dianetik und Scientology die Technik und die Organisation bieten, um die Welt zu verändern und als Gesamtes nach ihren Vorgaben zu leiten: „Wir besitzen die Macht der Wahrheit, und wir sind als Gruppe mächtig, wir verfügen als einzelne über Macht, weil wir dank unserer überlegenen Technologie Macht und die Weisheit der Macht erzeugen können."[253]

Alle gesellschaftlichen Probleme sollen entsprechend dieser Technologie dadurch gelöst werden, dass der Planet - d. h. zunächst ein Teil der politischen Meinungsführer, dann ein Großteil der Bevölkerung - „gecleart"[254] wird, bis die Gesellschaft nur noch aus so genannten „Nichtaberrierten"[255], also aus „Clears" besteht.
Dieses Ziel steht in direktem Zusammenhang mit dem Ziel, entscheidende Positionen in allen Bereichen durch Scientologen zu besetzen: „(...) Erobern sie, egal wie, die Schlüsselpositionen, die Position als Vorsitzende des Frauenverbandes, als Personalchef einer Firma, als Leiter eines guten Orchesters, als Sekretärin des Direktors, als Berater der Gewerkschaft - irgendeine Schlüsselposition."[256]

Politische und wirtschaftliche Ziele sind bei der SO eng miteinander verknüpft. Durch die Vermarktung von Kursen und Publikationen sowie Gewinnabschöpfungen von Unternehmen, die nach den Vorgaben HUBBARDs geführt werden, schafft sich die SO die wirtschaftliche Grundlage für ihre weltweite Expansion und die Verbreitung ihrer Ideologie und Praxis.



Zur Koordinierung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten hat die SO im Jahre 1979 das WORLD INSTITUTE OF SCIENTOLOGY ENTERPRISES (WISE) gegründet. Die hauptsächlich dem Gelderwerb dienende Vereinigung hat die Aufgabe, die Verwaltungstechnologie von L. R. HUBBARD in der Wirtschaft zu verbreiten. Damit sollen HUBBARDs Verständnis von Ethik[257] und die von ihm entwickelten Kontrollmechanismen in Wirtschaftsunternehmen zur Anwendung gelangen.

Der Weltsicht der SCIENTOLOGY-ORGANISATION liegt ein ganz bestimmtes Menschenbild zu Grunde. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Gedankenwelt der Scientologen eine Aufteilung der Menschheit in den „Clear" auf der einen und den geisteskranken Rest auf der anderen Seite. Da nach scientologischer Auffassung nur der „Clear" geistig gesund ist und vernünftig denken kann und er sich demzufolge gegenüber der übrigen Menschheit durchsetzen muss, sollen nur ihm alle Rechte - bis hin zu den Menschenrechten - zugestanden werden. Dazu heißt es:

„Vielleicht werden in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte verliehen. Vielleicht ist

---

[252] Z. B. das Handbuch DIANETIK-DIE MODERNE WISSENSCHAFT DER GEISTIGEN GESUNDHEIT. Dieses Werk ist theoretische Grundlage und zentraler Ausgangspunkt für die Organisation.
Weitere Schriften sind u. a. das HANDBUCH FÜR DEN EHRENAMTLICHEN GEISTLICHEN und EINFÜHRUNG IN DIE ETHIK DER SCIENTOLOGY.

[253] Vgl. HCOPL vom 27.03.1956, S. 1 (Schreibweise wie im Original).

[254] „Clear": ein durch scientologische Techniken angeblich erreichbarer Zustand der Erlösung und des Freiseins von Ängsten, schmerzhaften Erfahrungen, Krankheiten und anderen menschlichen Problemen, welche aus der Sicht der SO Ursache für Aberrationen (Abweichungen vom rationalen Denken, Irrungen, fixe Ideen, Handlungen gegen Scientology etc.) sind.
Ziele der SO sind: „Clear Germany", „Clear Europe", „Clear Planet". „Clear Germany" bedeutet, dass in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich im Sinne der SO gehandelt wird.

[255] Menschen, die durch Anwendung scientologischer Techniken von Aberrationen (s. FN 9) befreit sein sollen.

[256] Vgl. THE ORGANIZATION EXECUTIVE COURSE BY L. RON HUBBARD - PUBLIC DIVISION - VOLUME 6, Copyright 1991, S. 829/830.

[257] Nach den Vorstellungen der SO ist „ethisch" alles, was der Organisation nützt, „unethisch" mit den Kategorien Fehler, Vergehen, Verbrechen und Schwerverbrechen alles, was sich der Ausbreitung von Scientology in den Weg stellt. Ethik ist „(...) diejenige Sektion der Organisation, deren Funktion darin besteht, Gegenabsichten aus der Umgebung zu entfernen." (Vgl. L. Ron HUBBARD, Einführung in die Ethik der Scientology, 1989, S. 297).

das Ziel irgendwann in der Zukunft erreicht, wenn nur der Nichtaberrierte die Staatsbürgerschaft erlangen und davon profitieren kann. Dies sind erstrebenswerte Ziele, deren Erreichung die Überlebensfähigkeit und das Glück der Menschheit erheblich zu steigern vermöchten“[258].
„Eines Tages wird es vielleicht ein viel vernünftigeres Gesetz geben, das nur Nichtaberrierten erlaubt, zu heiraten und Kinder in die Welt zu setzen.“[259]

Die SO verfolgt das Ziel, die bestehende Rechtsordnung durch „die wirkliche Gerechtigkeit“ zu ersetzen:
„Wenn wir einen überlegenen Gesetzeskodex und ein überlegenes Gesetzessystem haben, das den Menschen wirkliche Gerechtigkeit bringt, werden wir uns einfach leicht über die Gesellschaft ausbreiten, und jeder wird gewinnen.“[260]
„Die ganze Aufgabe des Rechts liegt darin, den ehrlichen Menschen zu schützen. Daher ist es das Ziel des Rechts, eine geistig gesunde (Anm.: eine nichtaberrierte, aus „Clears“ bestehende) Gesellschaft zu errichten. Für uns ist die Rechtspflege die Aktion, die notwendig ist, um die Geisteskranken in Schranken zu halten (...).“[261]

Mit dem aus ihrer Lehre resultierenden Absolutheitsanspruch sieht sich die SCIENTOLOGY-ORGANISATION berechtigt, jede Form von Kritik an ihren Positionen zu unterdrücken und Gegenmeinungen aus der Welt zu schaffen. Letztlich bringe die SO die „totale Freiheit“ und habe deshalb auch die Macht und Autorität, „totale Disziplin“ zu fordern.
Dementsprechend gehen Scientologen konsequent und rücksichtslos gegen Kritiker, die so genannten „unterdrückerischen Personen“, vor und geben ihren Mitarbeitern folgende Handlungsanweisungen:

„Das ist die richtige Handlungsweise:

(1) Finde heraus, wer uns angreift.
(2) Beginne sofort, den Angreifer auf VERBRECHEN oder Schlimmeres zu untersuchen, arbeite dabei mit eigenen Spezialisten und nicht mit Leuten von draußen!

(...)

(4) Füttere die Presse mit tatsächlichen Beweisen gegen die Angreifer, also mit ihren dunklen, blutigen, sexuellen und verbrecherischen Machenschaften.“[262]

Da nach Auffassung der SCIENTOLOGY-ORGANISATION der wahre, mit Rechten ausgestattete Mensch erst noch erschaffen werden muss, herrscht im Augenblick keine „wahre Demokratie“. Die SCIENTOLOGY-ORGANISATION will eine (scientologische) Gesellschaft aufbauen, in der eine „wahre Demokratie“ an die Stelle der heutigen Gesellschaftsordnung treten soll.
„Wir können (...) den Schluss ziehen, dass die erste wahre Demokratie dann auftauchen wird, wenn wir jedes Individuum von den bösartigeren reaktiven Impulsen befreit haben. Solche Wesen können vernünftig denken, können über anständige, angemessene und praktisch durchführbare Maßnahmen übereinstimmen, und man kann sich bei ihnen darauf verlassen, dass sie nützliche Maßnahmen entwickeln.“[263]

Über Demokratie und Parlamente führt HUBBARD aus: „Hüten Sie sich jedoch vor diesen Damen und Herren parlamentarischer Vorgehensweisen, die sämtliche rechtlichen und zeitverschwenderischen Verfahren kennen, aber irgendwie niemals irgendetwas anderes als Chaos erreichen. Eine fähige, erfolgreiche Führungsperson ist eine Million eindrucksvolle Bauerntölpel wert. Demokratien hassen Verstand und Können. (...) Demokratie ist nur in einer Nation von Clears möglich - und selbst sie können Fehler machen. Wenn die Mehrheit herrscht, leidet die Minderheit. Die Besten sind immer eine Minderheit.“[264]

Eine konkrete Umsetzung dieser Programmatik, d. h. die Infiltration der Gesellschaft in wirtschaftlichen und politischen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland, konnte auch im Jahr 2000 nicht festgestellt werden. Dies mag weniger an mangelnden Fähigkeiten der SO zur Infiltration liegen als vielmehr an der jahrelangen intensiven Aufklärungsarbeit staatlicher Stellen und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen.

Aktivitäten der SCIENTOLOGY-ORGANISATION im Freistaat Sachsen

Im Vergleich zu einigen alten Bundesländern, in denen es gewachsene Strukturen der SO gibt, ist die Organisation im Freistaat Sachsen mit lediglich ein paar Dutzend Mitgliedern und ohne feste Struktur nur schwach repräsentiert.

[258] Vgl. L. Ron HUBBARD, DIANETIK, Kopenhagen 1989, S. 487.
[259] Vgl. L. Ron HUBBARD, DIANETIK, Kopenhagen 1989, S. 378.
[260] HCO PL vom 27 März 1965; in: DER ORGANISATIONSFÜHRUNGSKURS-GRUNDLEGENDER MITARBEITER-HUT, Band 0, S. 791 f.
[261] Vgl. L. Ron HUBBARD, Das Handbuch für den Ehrenamtlichen Geistlichen, 2. Auflage, Kopenhagen, 1983, S. 280.
[262] Vgl. HCO Exekutive Letter v. 5.September 1966, zitiert nach Haack: Magie des 20. Jahrhunderts, München 1991, S.238.
[263] HCO PL vom 13. Februar 1965; in: DER ORGANISATIONSFÜHRUNGSKURS-GRUNDLEGENDER MITARBEITER-HUT, Band 0, S. 652 f.
[264] HCO PL vom 2. November 1970; in: DER ORGANISATIONSFÜHRUNGSKURS-GRUNDLEGENDER MITARBEITER-HUT, Band 0, S. 124.

Demzufolge sind auch die hier festgestellten Aktivitäten weniger von ortsansässigen Scientologen getragen als vielmehr Teil bundesweiter Kampagnen. So war die SO im Freistaat Sachsen wiederum durch Publikationen präsent, die vornehmlich in SO-Einrichtungen der alten Bundesländer verfasst wurden. Es wurden Behörden, sonstige öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen mit Zeitschriften und Werbematerialien der SO beliefert und einzelne öffentlichkeitswirksame Maßnahmen durchgeführt. Ziel der Aktivitäten war vor allem, die gegen die SO gerichteten staatlichen Maßnahmen anzugreifen und neue Mitglieder zu gewinnen.
Ende Mai 2000 wurde beispielsweise dem Sächsischen Staatsminister des Innern die März-Ausgabe der SO-Zeitschrift FREIHEIT von der SCIENTOLOGY KIRCHE DEUTSCHLAND e. V. zugesandt. In einem An-

schreiben greift deren Vizepräsidentin Sabine WEBER u. a. Politiker der Bundesrepublik Deutschland an, die nach ihrer Meinung mit nicht mehr nachvollziehbarem Fanatismus sowie angeblich grundgesetzwidrigen und menschenrechtsverletzenden Maßnahmen die Organisation bekämpfen und ihr den Religionsstatus verwehren.

Auch durch vereinzelte Straßenwerbung machte die SO im Freistaat Sachsen auf sich aufmerksam. So wurden Mitte des Jahres im Dresdner Stadtzentrum die vom SO-internen Nachrichtendienst (OSA)[265] herausgegebene Zeitschrift WINNING! verteilt. Mit der Zeitschrift soll die Öffentlichkeit über die - aus Sicht der SO - erfolgreiche Arbeit der Organisation im Kampf um die Menschenrechte und das Engagement in sozialen Bereichen informiert werden.

Gegen die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz wandte sich Ende Juli 2000 öffentlich ein Dresdner Scientologe. Auf Transparenten forderte er den Sächsischen Ministerpräsidenten und den Staatsminister des Innern auf, der „Verfassungswidrigkeit sofort Einhalt zu gebieten“ und die „Bespitzelung“ einzustellen. Mitgeführte Luftballons trugen die Aufschrift: „Religions-TÜV, Verfassungssch(m)utz, West-Stasi, Verfassungsschutz IM“.

Medienwirksam konnte sich die SO im März 2000 anlässlich der Leipziger Buchmesse präsentieren. Der Verlag NEW ERA PUBLICATIONS DEUTSCHLAND GmbH mit Sitz im niedersächsischen Seevetal, der der SO zuzuordnen ist und insbesondere Bücher von L. Ron HUBBARD herausgibt, war mit zwei aufwändig gestalteten Messeständen vertreten.

new·era
SCIENTOLOGY
VERLAG NEW ERA PUBLICATION
KOPENHAGEN

Neben diesen Aktivitäten hat die Organisation auch im Jahr 2000 bewiesen, wie sie getreu den Anweisungen HUBBARDs mit SO-Kritikern umgeht und diese in der Öffentlichkeit diskreditiert. So startete die OSA Mitte April 2000 eine Kampagne gegen den amerikanischen SO-Kritiker Robert MINTON, der wegen seiner Verdienste im Kampf für Menschenrechte und Religionsfreiheit in den USA am 3. Juni in Leipzig mit dem „Alternativen Karlspreis 2000“ geehrt werden sollte. Dieser Preis wird vom „Europäisch-Amerikanischen Bürgerkomitee für Menschenrechte und Religionsfreiheit in den USA“[266] vergeben. In einem Schreiben an alle Innenministerien und Behörden für Verfassungsschutz stellte die OSA Robert MINTON als Kriminellen dar. Mit einer Demonstration am Ort der Veranstaltung protestierte die SO gegen die Verleihung des Preises. Von den erwarteten 100 Teilnehmern erschienen nur etwa 10 Personen. Die Aktion fand bei der Leipziger Bevölkerung kaum Beachtung.

[265] OSA (OFFICE OF SPECIAL AFFAIRS - Büro für spezielle Angelegenheiten) - Geheimdienst und Propagandaorganisationseinheit der SO.
[266] Das Komitee setzt sich für Menschenrechte und Religionsfreiheit in den USA und weltweit ein und engagiert sich in der Auseinandersetzung insbesondere gegenüber neuen totalitären Organisationen.

An die Öffentlichkeit trat auch die KOMMISSION FÜR VERSTÖßE DER PSYCHIATRIE GEGEN MENSCHENRECHTE e. V. (KVPM)[267], eine Teilorganisation der SO. In einer Broschüre mit dem Titel „Verrat an der Gesellschaft – Psychiatrie begeht Betrug", die an eine Bibliothek im Freistaat Sachsen gesandt worden war, werden Zustände in psychiatrischen Bereichen u. a. auch in der Bundesrepublik Deutschland angeprangert und Veränderungen gefordert.

Unvermindert betreibt die SO Werbung im Internet. Auf verschiedenen Internetseiten sind u. a. Selbstdarstellungen der Organisation zu finden, werden Lehrinhalte vermittelt und Organisationsstrukturen aufgeführt. Darüber hinaus nutzt die SO das Internet zur Werbung und zur Mobilisierung für die Teilnahme an Demonstrationen u. ä..

Auch im wirtschaftlichen Bereich sind Scientologen im Freistaat Sachsen präsent. Von Scientologen geleitete Unternehmen finden sich insbesondere im Bereich der Immobilien- und Baubranche sowie der Wirtschafts- und Unternehmensberatung.

In Zwickau ist seit etwa 1994 eine Immobilienfirma mit einem hochrangigen Scientologen als Geschäftsführer tätig. Er verstand es, ein Firmengeflecht aufzubauen, das in erheblichem Maße Einfluss auf den Zwickauer Immobilienmarkt ausübt. In den Firmen sind weitere hochrangige Scientologen integriert. Durch kulturelle Aktivitäten und Sponsoring versuchte der Scientologe, seinen Einfluss auszudehnen. SO-eigenen Veröffentlichungen zufolge leistete er erhebliche Spenden an die Organisation.

Im Februar 2000 gab er in der Presse bekannt, sich „(...) aus allen Geschäftsbereichen sämtlicher Firmen in Zwickau, d. h. aus der Geschäftsführung und als Gesellschafter (...)" zurückziehen zu wollen. U. a. wolle er den Sitz seiner Firma in ein anderes Bundesland verlegen. Die von der Firma betreuten Objekte im Freistaat Sachsen sollte eine eigenständige Gesellschaft „ohne Beteiligung irgend eines Scientologen"[268] fertig stellen. Der Scientologe ist jedoch - entgegen seinen Ankündigungen - nach wie vor in Zwickau präsent.

Die aufgeführten Aktivitäten zeigen, dass die SO - auf Grund der niedrigen Zahl der Mitglieder zwar verhalten, aber dennoch permanent - im Freistaat Sachsen tätig ist. Seit Beginn der Beobachtung im Juli 1997 ist die Bevölkerung durch die Aufklärungsarbeit der Verfassungsschutzbehörden über die Ideologie der Organisation informiert und gegenüber den Anwerbeversuchen und anderen Aktionen der Organisation entsprechend sensibilisiert worden. Dieser Prozess der Aufklärung wird weitergeführt. Von Scientology Betroffene, Opfer oder Aussteiger, können sich mit ihren Erfahrungen und Problemen an das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen wenden, bei dem ein vertrauliches Telefon unter der Nummer

(0351) 85 90 920

eingerichtet ist. Die Anrufe werden strikt vertraulich behandelt.

[267] Nach Publikationen der SCIENTOLOGY-ORGANISATION ist die KVPM als „deutsche Ortsgruppe" ihrer Teilorganisation CITIZENS COMMISSION ON HUMAN RIGHTS (CCHR) anzusehen, die 1969 in den USA gegründet worden war und deren Ziel es sei, gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen der modernen Psychiatrie vorzugehen. Sie ist in Deutschland in fünf eingetragenen Vereinen (Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart) organisiert. Die Bundesleitung hat ihren Sitz in München.

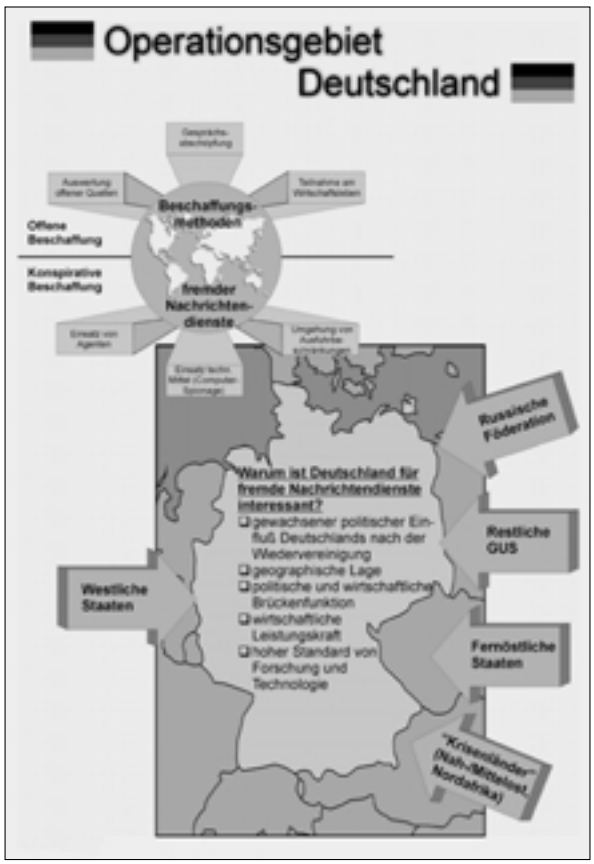
[268] Schreibweise wie im Original.

Spionageabwehr im Freistaat Sachsen

Zum gesetzlichen Auftrag des Landesamtes für Verfassungsschutz gehört es, Informationen über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Tätigkeiten einer fremden Macht zu sammeln und auszuwerten.[269] Vorrangiges Ziel ist es, Strukturen, Arbeitsmethoden und Zielsetzungen fremder Nachrichtendienste aufzudecken, um auf diese Weise Agenten zu enttarnen und Spionagetätigkeit zu verhindern.

Die politische Lage auf der Welt hat sich verändert, sie ist jedoch keinesfalls sicherer geworden. Denn insbesondere jene Staaten, die als Krisen-[270] oder Schwellenländer[271] bezeichnet werden, bemühen sich mit Hilfe nachrichtendienstlich gesteuerter Proliferation[272] und illegalem Wissenstransfer, ihre politischen Absichten auch mit Gewalt durchzusetzen.

Auch auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland sind Aktivitäten fremder Nachrichtendienste festzustellen. Die Schwerpunkte liegen zum einen in den Spionageaktivitäten der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und zum anderen in der Wirtschaftsspionage. Der Freistaat Sachsen ist dabei auf Grund seiner besonderen geographischen Lage, der wirtschaftlichen Leistungskraft und des wissenschaftlich-technischen Know-how ein interessantes Ausspähungsziel.



Grafik: LfV Baden-Württemberg

Im Zeitalter der Informationsgesellschaft entstehen neue Möglichkeiten der Spionage, denen mit der nötigen Sensibilität begegnet werden muss. Dies ist für fremde Nachrichtendienste ein günstiger Umstand, können sie doch in Bereichen mit hoher Wissenskonzentration agieren. Klassische Ziele sind u. a. Forschungseinrichtungen, Technologieunternehmen und Behörden. Die Palette des nachrichtendienstlichen Interesses reicht von globalen Zielen der Politik (z. B. NATO- und EU-Osterweiterung) über wissenschaftliche Grundlagenforschung bis hin zu wirtschaftlichen Produkten. Im Freistaat Sachsen gehören u. a. politische Organisationen, mittelständische Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu den nachrichtendienstlich relevanten Einrichtungen.

Mittel und Methoden fremder Nachrichtendienste

Den Schwerpunkt der klassischen Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste bilden die Beschaffung, Auswertung und Analyse von allgemein zugänglichen Informationen in Medienberichten, Publikationen, Ausstellungen, Seminaren und auf Messen.

[269] Vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz vom 16. Oktober 1992.

[270] Als Krisenländer werden Staaten bezeichnet, von denen zu befürchten ist, dass von dort aus atomare, biologische und chemische (ABC-) Waffen in Konflikten eingesetzt werden oder ihr Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele angedroht wird (z. B. Indien, Irak, Iran, Libyen, Nord-Korea, Pakistan und Syrien).

[271] Als Schwellenländer werden Staaten bezeichnet, die zu den fortgeschritteneren Entwicklungsländern gehören, da sie auf Grund hoher wirtschaftlicher Eigendynamik beachtliche Industrialisierungsfortschritte erzielen konnten und in ihrem Entwicklungsstand deutlich gegenüber den Industrienationen aufgeholt haben (z. B. China).

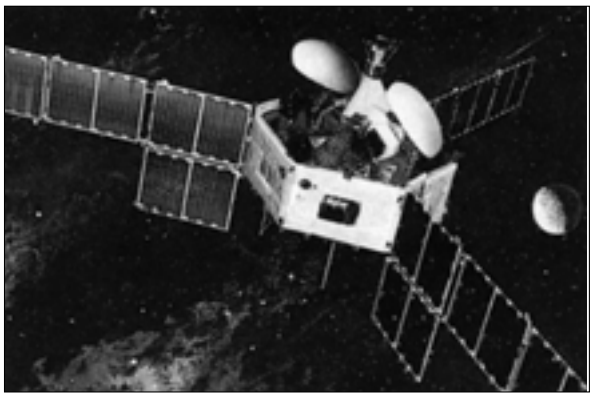
[272] Die ungenehmigte Weitergabe oder das Beschaffen von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologien sowie der Mittel und des Know-how zu deren Entwicklung und Herstellung wird als Proliferation bezeichnet.

Auch mit gezielter methodischer Gesprächsführung wird das Wissen von Personen erschlossen, ohne dass der Betroffene den nachrichtendienstlichen Hintergrund erkennt. Zu den Erfolgen fremder Nachrichtendienste tragen häufig Unerfahrenheit und fehlende Sensibilität der Gesprächspartner bei. Erste Kontakte werden oft scheinbar zufällig bei offiziellen Veranstaltungen geknüpft, später intensiviert und bei anhaltendem nachrichtendienstlichen Interesse gegebenenfalls auf die private Ebene verlagert.

Verfügt eine Zielperson über gute Zugangsmöglichkeiten zu einem Interessenbereich eines fremden Nachrichtendienstes, wird versucht, sie perspektivisch als Agent zu gewinnen. Dafür werden oft Geld- oder Sachleistungen angeboten. Aber auch vor Erpressung und Drohungen schrecken fremde Nachrichtendienste nicht zurück.
Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Informationen von Studenten, Praktikanten oder Austauschwissenschaftlern an Universitäten und Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu erlangen.

Die Führung der Agenten erfolgt durch die Zentrale des Nachrichtendienstes oder über dessen getarnte Stützpunkte im Operationsgebiet. Dazu werden persönliche Treffen, so genannte „tote Briefkästen“[273] und verschlüsselte Funksprüche, aber auch moderne Kommunikationsmittel wie beispielsweise das Internet genutzt. Die getarnten Stützpunkte fremder Nachrichtendienste befinden sich überwiegend in exterritorialen[274] Einrichtungen, z. B. an Botschaften, Generalkonsulaten und Handelsvertretungen, und werden als Legalresidenturen bezeichnet. Weiterhin kommen für nachrichtendienstliche Zwecke Niederlassungen staatlicher oder halbstaatlicher Unternehmen, wie z. B. Reisebüros, Presseagenturen, Fluggesellschaften und Import-/Exportfirmen bzw. gemischte Firmen wie Joint-Ventures[275] in Betracht. Dabei können auch geschäftliche Beziehungen nachrichtendienstlich genutzt werden.

Eine weitere Informationsbeschaffungsmethode ist die technische Aufklärung. Sie hat sich von den traditionellen Formen - klassische Funküberwachung und Abhörmaßnahmen - in Richtung einer umfassenden elektronischen Aufklärung mit Spionagesatelliten, leistungsfähigen Abhörstationen und dem Internet entwickelt. Besonders gefährdet sind Datenübermittlungen per Telefon, Fax oder E-Mail, insbesondere wenn sie unverschlüsselt sind. Denn hier besteht die Möglichkeit, Fernmeldeverbindungen abzuhören und Abstrahlungen von Datenverarbeitungsanlagen aufzufangen sowie in interne EDV-Systeme einzudringen. Die Zunahme des elektronischen Datenaustausches auf Grund der internationalen Kooperation und der Verlagerung von Forschungs- und Produktionseinrichtungen ins Ausland erhöhen das Risiko der Ausspähung von Firmeninterna.



Russischen Nachrichtendiensten obliegt die Kontrolle der elektronischen Medien in der Russischen Föderation und das Genehmigungsrecht für die Einrichtung von Kommunikationsanlagen. Dadurch erhalten sie Einblick in Verschlüsselungstechniken und Zugänge zu elektronischen Briefkästen. Unter Hinweis auf die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität überwachen sie auch die Nutzung des Internets.

Proliferation und Wissenstransfer

Für proliferationsrelevante Produkte, Materialien und Technologien sowie das Know-how zum Bau von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen interessieren sich besonders die Krisen- und Schwellenländer. Dazu werden u. a. staatliche Tarnfirmen bzw. -organisationen als Beschaffungsnetze genutzt. Auch Wissenschaftler und Studenten an Forschungseinrichtungen und in proliferationsrelevanten Firmen der Bundesrepublik Deutschland können in den Know-how-Transfer eingebunden sein.

Bei der Beschaffung proliferationsrelevanter Produkte und Materialien werden konspirative nachrichtendienstliche Methoden angewandt. Deren Verbringung

[273] „Tote Briefkästen“ sind vereinbarte geheime Verstecke, in denen ein Agent Material deponiert, das dann später von einem Nachrichtendienstangehörigen abgeholt wird. Im Gegenzug kann auf diese Weise die Übergabe von „Agentenlohn“ und Instruktionen durch den Nachrichtendienst an den Agenten erfolgen.

[274] Unter Exterritorialität wird hier die Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit bestimmter ausländischer Personen (z. B. Diplomaten) und Sachen (z. B. Botschaftsgebäude und diplomatische Fahrzeuge) im Gastland verstanden.

[275] Joint-Ventures sind vorübergehende oder dauernde Zusammenschlüsse von Unternehmen zum Zweck der gemeinsamen Ausführung von Projekten, die von einem Unternehmen allein nicht realisiert werden können.

Massenvernichtungswaffen und Trägertechnik in einigen Krisenländern

	A-Waffen	B-Waffen	C-Waffen	Raketen
Iran	Nein**	Nein**	Ja	Ja
Irak*	Nein**	Ja	Ja	Ja
Syrien	Nein**	Nein	Ja	Nein**
Lybien	Nein	Nein	Ja	Nein**
Pakistan	Ja	Nein**	Nein**	Ja
Indien	Ja	Nein**	Ja**	Ja
Nordkorea	Nein**	Ja	Ja	Ja

* = **Stand: zweiter Golfkrieg**
** = **Forschungs- oder Entwicklungsprogramm erwiesen oder vermutet**

Quelle: Broschüre „Proliferation" der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern

in die jeweiligen Länder wird durch deren Nachrichtendienste gesteuert oder zumindest staatlich gelenkt. Mit der Beschaffung über Drittländer bzw. –firmen wird versucht, die tatsächlichen Auftraggeber und Endverbraucher und damit den Verwendungszweck zu verschleiern. Diese Bestrebungen stellen weltweit ein großes Sicherheitsrisiko dar. Zahlreiche Staaten - auch die Bundesrepublik Deutschland - unterzeichneten deshalb den Atomwaffensperrvertrag, die Konventionen zum Verbot von biologischen und toxischen Waffen bzw. zum Verbot von Chemiewaffen und gehören internationalen Exportkontrollgremien an.

Die Exportkontrolle und -genehmigung von proliferationsrelevanten Gütern obliegt dem Bundesausfuhramt (BAFA) bzw. dem Zollkriminalamt (ZKA). Exportgüter können aber oft erst auf Grund von Erkenntnissen über den tatsächlichen Einsatzort und -zweck und den Endverbraucher als proliferationsrelevant eingestuft werden. Ein besonderes Problem stellen dabei Dual-Use-Technologien und -Produkte[276] dar. So werden oft nicht genehmigungspflichtige Fertigprodukte, sondern genehmigungsfreie Einzelteile von Anlagen, Geräten oder Technologien exportiert, die auch zur Herstellung von Waffen geeignet sind.

Krisenländer wie Irak, Iran, Libyen und Syrien sollen über weitreichende Raketensysteme verfügen, die auch eine Bedrohung für Europa und die Bundesrepublik Deutschland darstellen können.

Wirtschaftsspionage

Wirtschaftsspionage ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und -betrieben. Die gesetzliche Aufgabe des Verfassungsschutzes besteht in der Abwehr der nachrichtendienstlich bzw. staatlich gesteuerten Wirtschaftsspionage. Sie

Internationale Exportkontrollregime

Bezeichnung	**MTCR** **M**ISSILE **T**ECHNOLOGY **C**ONTROL **R**EGIME	**AUSTG** **AUST**RALISCHE **G**RUPPE	**NSG** **N**UCLEAR **S**UPPLIERS **G**ROUP	**WA** **W**ASSENAAR **A**RRANGEMENT
Exportkontrolle	Güter mit Bezug zu Flugkörpern (Trägerraketen, unbemannte Flugkörper)	Dual-Use-Waren mit Bezug zu chemischen und biologischen Waffen	Waren im kerntechnischen Bereich	Rüstungs- und Dual-Use-Güter mit Bezug zum konventionellen Rüstungsbereich

Quelle: Bundesausfuhramt (BAFA)

[276] Das sind Technologien und Produkte, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können und deshalb hinsichtlich ihrer tatsächlichen Nutzung schwer kontrollierbar sind.

ist in der Regel langfristiger Natur und sowohl durch offene Methoden als auch durch den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln geprägt.
Einen gesetzlichen Auftrag zur Wirtschaftsspionage haben z. B. die mit der Auslandsaufklärung betrauten Nachrichtendienste der Russischen Föderation.[277]

Alarm! Spione schnüffeln Dresdens Wirtschaft aus

Laptops geben leicht ihre Geheimnisse preis

„Kein Unternehmen ist vor Spionen sicher"

Einladung zur Wirtschaftsspionage?

Freie Fahrt für Wirtschaftsspione

Spionage in den Betrieben

Spionage in High-Tech-Firma

20 Milliarden Mark Schaden durch Spionage

Abhörwanze im Gastgeschenk

Tips gegen Spionagetricks

Alarm! Spione klauen High-Tech-Geheimnisse

Zeitungsmeldungen

Nicht im Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes liegt die Ausforschung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik in Form von Konkurrenzspionage, die konkurrierende Unternehmen gegeneinander betreiben. Sie wird auch Industrie-, Betriebs-, Werks-, Wettbewerbsspionage bzw. -ausspähung genannt.

Nachrichtendienste der Krisen- und Schwellenländer

Für die Nachrichtendienste der Krisen- und Schwellenländern, vor allem Iran, Syrien, Irak, China und Nord-Korea, ist die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein begehrtes Aufklärungsziel. Aktivitäten waren zum Teil auch im Freistaat Sachsen zu verzeichnen.

Neben klassischer Spionage erstrecken sich die Aktivitäten dieser fremden Nachrichtendienste vor allem

Iraks Agentennetz für Europa

Iran rüstet trotz Geldnot offenbar massiv auf

Libanese als syrischer Agent verurteilt

Libyens geheime Aufrüstung

Mordspur nach Bonn

BND: Irak-Raketen können Deutschland bedrohen

Jeder baut Raketen

Bewährungsstrafe für iranischen Agenten

Furcht vor der islamischen Bombe

Zeitungsmeldungen

auf die Verfolgung von Regimegegnern, die Unterwanderung und Ausspähung von Oppositionsvereinigungen sowie die Proliferation.

Nachrichtendienste der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation sowie anderer Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) gehören weiterhin zu den aktivsten der zahlreichen fremden Nachrichtendienste, die in der Bundesrepublik Deutschland operieren.

Die zivilen Nachrichtendienste SWR (Auslandsnachrichtendienst), FAPSI (Föderale Agentur für Regierungskommunikation und Information) und FSB (Föderaler Schutzdienst) sowie der militärische Nachrichtendienst GRU betreiben Auslandsaufklärung für die Russische Föderation u. a. gegen die Bundesrepublik Deutschland. Außerdem nehmen die „Verwaltung Aufklärung" des „Föderalen Dienstes für Grenzschutz" und der „Schutzdienst des Präsidenten der Russischen Föderation" Abwehr- und Aufklärungsaufgaben wahr.

Alle weiteren GUS-Staaten haben inzwischen eigene nationale Nachrichtendienste gegründet, die trotz der staatlichen Trennung zusammenarbeiten. Von diesen Staaten sind neben der Russischen Föderation u. a. auch Kasachstan, die Ukraine und Weißrussland an Informationen aus der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Zu diesem Zweck wird nicht nur Auslandsaufklärung betrieben, sondern es werden auch

[277] Vgl. Bundesgesetz Nr. 5 der Russischen Föderation „Über die Auslandsaufklärung" in Moskauer „Rossiyaskaya Gazeta" vom 17. Januar 1996.

[278] Spätaussiedler sind Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes. Einschränkungen regeln die §§ 5 und 6 des Bundesvertriebenengesetzes. Unter den Russlanddeutschen sind Spätaussiedler nur die Personen deutscher Abstammung, Kultur und Bekenntnis, die das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion nach dem 31. Dezember 1992 im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens verlassen und ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland genommen haben.

ausländische Niederlassungen sowie Dienstreisende und Touristen im Inland überwacht. Auch Spätaussiedler278 und ihre Angehörigen werden vor der Ausreise oder bei Besuchen im Herkunftsland von den Nachrichtendiensten der Russischen Föderation und weiteren GUS-Staaten angesprochen, um sie perspektivisch als Agenten zu nutzen.

Aktivitäten sonstiger fremder Nachrichtendienste

Mit militärischen Methoden werden in Paris „Konkurrenzbeobachter" ausgebildet

Hochschule nahe dem Eiffelturm drillt Frankreichs Wirtschaftsspione

Verfassungsschutz mahnt Firmen zu mehr Vorsicht

Selbst westliche Länder betreiben Wirtschaftsspionage

EUROPA

Bedroht von den Freunden

Die Kontinentaleuropäer klagen über das amerikanische Abhörsystem „Echelon". Doch das Schnüffeln und Horchen beherrschen auch sie.

Studie des EU-Parlaments

US-Spione in europäischen E-Mails

Wegen des Verdachts der Industriespionage:

EU-Politiker untersuchen US-Lauscher "Echelon"

USA betreiben Wirtschaftsspionage in Europa

Der große Bruder aus Übersee hört stets mit

Ost und West spähen Firmen aus

Verfassungsschutz prognostiziert Zunahme von Spionage

Zeitungsmeldungen

Im Zuge der Neuorientierung sollen u. a. die USA, Großbritannien und Frankreich ihre Nachrichtendienste mit Wirtschaftsspionage betraut haben. Im Freistaat Sachsen konnten bisher keine dahin gehenden Erkenntnisse gewonnen werden.

Betreiber des weltumspannenden Abhörsystems „Echelon"[279] sind die UKUSA[280]–Staaten. Die amerikanische Station in Bad Aibling (Bayern) ist Teil des Systems und wird in den STOA[281]-Berichten an das Europäische Parlament erwähnt. Die Vereinigten Staaten von Amerika versicherten mehrfach, von dem Standort gingen keine Aktivitäten aus, die sich gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland richteten. Die Arbeit der Station sei auf die Erfassung des militärischen Hochfrequenz- und Satellitenverkehrs gerichtet. Anfallende Informationen sind für die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre europäischen Partner von Bedeutung. Als rechtliche Grundlage für die Aktivitäten wird von der Bundesregierung[282] das NATO-Truppenstatut[283] angeführt.

Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen und fortwirkende Strukturen

Die Reaktivierung von ehemaligen Mitarbeitern und Helfern des MfS sowie des KGB und der GRU durch fremde Nachrichtendienste für Spionagezwecke gegen die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor möglich. Eine Gefährdung besteht grundsätzlich auch, wenn ehemalige Mitarbeiter der Aufklärungs- und Abwehrdienste der DDR fortwirkende Strukturen aufbauen und gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einsetzen.[284] Im Freistaat Sachsen liegen bisher keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vor.

Schutz vor Spionage

Bürger und Institutionen im Freistaat Sachsen gegen Angriffe fremder Nachrichtendienste zu schützen, ist die vordringliche Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen. Die personelle und materielle Geheimschutzbetreuung der im staatlichen Interesse mit geheimhaltungsbedürftigen Aufträgen befassten Unternehmen erfolgt auf Bundesebene durch das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und auf Landesebene durch das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) unter Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörden.[285] Zu ihren Aufgaben zählen u. a. Sicherheitsüberprüfungen und der Schutz von Verschlusssachen.

Die Einbeziehung anderer Unternehmen in die staatliche und vertraglich geregelte Geheimschutzbetreuung ist rechtlich und praktisch nicht möglich. Deshalb gehört die Sensibilisierung von Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen zu den wesentlichen Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft. Den Unternehmen und Wirtschaftsverbänden werden z. B. Gespräche, Informationsmaterial und Vorträge als Hilfe zur Selbsthilfe zum Schutz gegen Wirtschaftsspionage und Proliferation angeboten.

Außerdem unterrichtet das BMWi die Exportwirtschaft durch Frühwarnschreiben („Early Warning") über die aktuelle Lage, Entwicklungen und Organisationen im Bereich der Proliferation.

[279] Siehe aktuelle Presseberichte u. a. im Internet: http://www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/default.html.
[280] Diese Betreibergruppe umfasst die Staaten Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland des Vereinigten Königreiches (**U**nited **K**ingdom) und die Vereinigten Staaten von Amerika (**USA**).
[281] **S**cientific and **T**echnological **O**ptions **A**ssessment; Internet: http://www.europarl.eu.int/dg4/stoa/en/default.htm.
[282] Vgl. u. a. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/3224 vom 17. April 2000; Internet: http://www.bundestag.de.
[283] Vgl. Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) vom 3. August 1959 und 28. März 1993.
[284] § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz vom 16. Oktober 1992.
[285] Vgl. Geheimschutzhandbuch des BMWi; Internet: http://www.bmwi.info2000.de/sicherheit/.

Über die Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. (ASW) erhalten die Mitgliedsunternehmen alle Sicherheitserkenntnisse der zuständigen staatlichen Stellen, die für den Selbstschutz von Bedeutung sein könnten.[286]

Das Bundesausfuhramt (BAFA) gibt u. a. ein Merkblatt über die Genehmigungspflicht beim Wissenstransfer heraus. Vor allem Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institute sollen hinsichtlich des proliferationsrelevanten Technologietransfers sensibilisiert werden.[287]

Seit 1994 gibt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Empfehlungen zum Thema Sicherheit in Kommunikationsnetzen heraus. Das BSI berät im Rahmen seiner gesetzlichen Mitwirkungspflicht Hersteller, Vertreiber und Anwender über Sicherheit und Sicherheitsvorkehrungen in der Informationstechnik.[288]

Jährlich entstehen der Bundesrepublik Deutschland materielle und ideelle Schäden durch die Spionagetätigkeit fremder Nachrichtendienste. Die Aufwendungen für den Geheimschutz stehen dazu in einem angemessenen Verhältnis.

Kontaktaufnahme zur Spionageabwehr

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen ist auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen und bittet die Bürgerinnen und Bürger, die Kenntnisse über Aktivitäten fremder Nachrichtendienste haben, diese - auf Wunsch vertraulich - den Mitarbeitern der Spionageabwehr mitzuteilen.

Jeder kann ohne eigenes Verschulden und ohne es sofort zu bemerken in das Blickfeld eines fremden Nachrichtendienstes geraten und nachrichtendienstlich verstrickt werden. Die Betroffenen erkennen häufig zu spät, wofür sie benutzt werden. Wer Verrat begeht, schadet nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch sich selbst, indem er sich strafbar machen kann.

Eine wesentliche Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, die mit fremden Nachrichtendiensten in Kontakt geraten sind. Denn selbst wenn eine Person schon von einem fremden Nachrichtendienst in Spionageaktivitäten verwickelt wurde, ist es für eine Offenbarung nicht zu spät.

Bitte wenden Sie sich vertrauensvoll an die Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen,
Abteilung 3,
Neuländer Str. 60,
01129 Dresden
Telefonnummer (0351) 85 85 0.

[286] Vgl. Rahmenregelung des Bundesministeriums des Innern (BMI) für die Zusammenarbeit mit der gewerblichen Wirtschaft auf Bundesebene in Sicherheitsfragen vom 30. Dezember 1994; Internet: http://www.asw-online.de.

[287] Vgl. Internet: http://www.bundesausfuhramt.de.

[288] Vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 7 BSI-Gesetz und § 87 Telekommunikationsgesetz (TKG); Internet: http://www.bsi.bund.de und http://www.sicherheit-im-internet.de.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

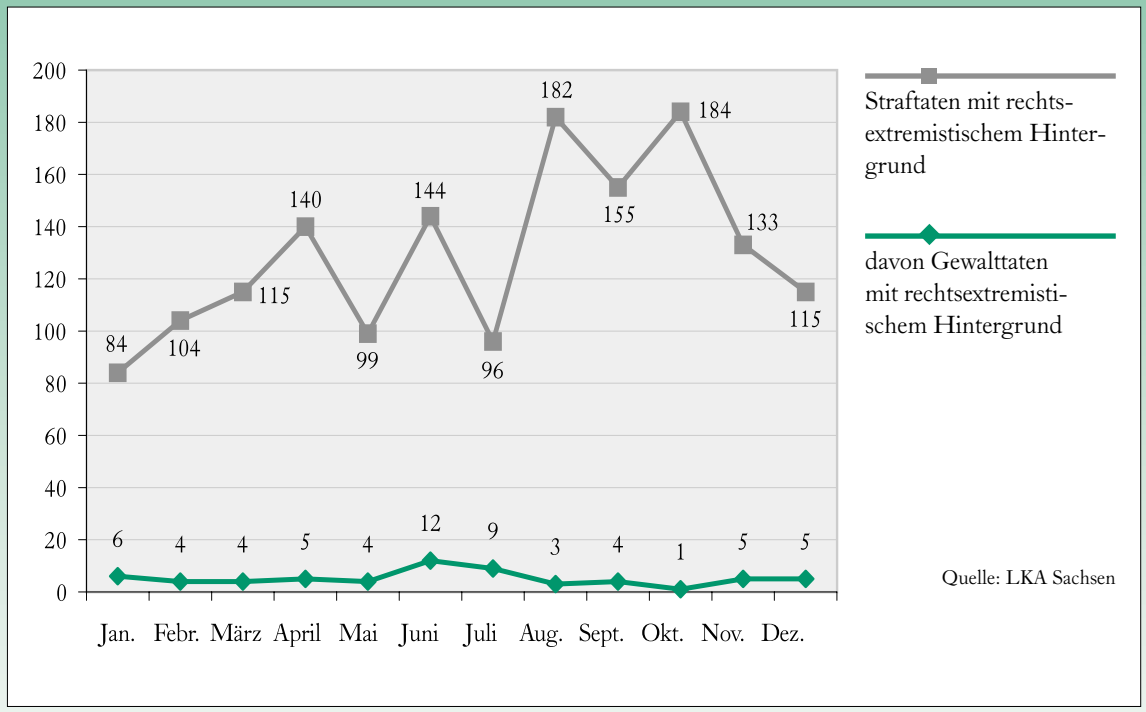
Die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr sowohl bundesweit als auch im Freistaat Sachsen - wenngleich nur in geringerem Umfang - angestiegen. Die Gewalttaten allerdings sind - entgegen dem bundesweiten Trend - in Sachsen zurückgegangen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahr 2000 15.951 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (1999: 10.037), davon 998 Gewalttaten (1999: 746), registriert. Die Straftaten stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 59 %, die Gewalttaten um 34 %.
Die Anzahl der in den Gesamtzahlen enthaltenen antisemitischen Straftaten betrug im Jahr 2000 1.378 (1999: 817). Das entspricht einem Zuwachs um 69 %.

Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 2000 1.551 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (1999: 1.291) verzeichnet. Das entspricht einem Anstieg um 20 %, der ausschließlich aus dem gestiegenen Aufkommen an Propagandadelikten resultierte. Diese 1.274 Propagandadelikte stellen mit 82 % wiederum den höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Im Vergleich zu 1999 (1.058 Delikte) ist auch insoweit ein Anstieg um 20 % zu verzeichnen.[289] Dieser ist ab August 2000 auch auf ein erhöhtes Anzeigenaufkommen infolge der Berichterstattung über die Vorfälle in Nordrhein-Westfalen und die Eintragungen im „Sebnitz-Tagebuch“ zurückzuführen.
Die Anzahl der in den Straftaten enthaltenen Gewalttaten ging dagegen um 28 % auf 62 im Jahr 2000 (1999: 86) zurück. An den Gewalttaten hatten die Körperverletzungen (51 Fälle) den größten Anteil.
Entgegen dem Vorjahrestrend sank im Jahr 2000 die Anzahl der fremdenfeindlichen Straftaten von 1999 (133) um rund 7 % auf insgesamt 124 Delikte. Die Zahl der Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund sank gegenüber 1999 (47) um rund 32 % auf 32 Vorfälle im Berichtsjahr.
Im Jahr 2000 wurden im Freistaat Sachsen 38 antisemitische Straftaten registriert (1999: 22). Das entspricht einer Steigerung um fast 73 %.
Regionaler Schwerpunkt für Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen waren im Jahr 2000 die Regierungsbezirke Dresden und Chemnitz.

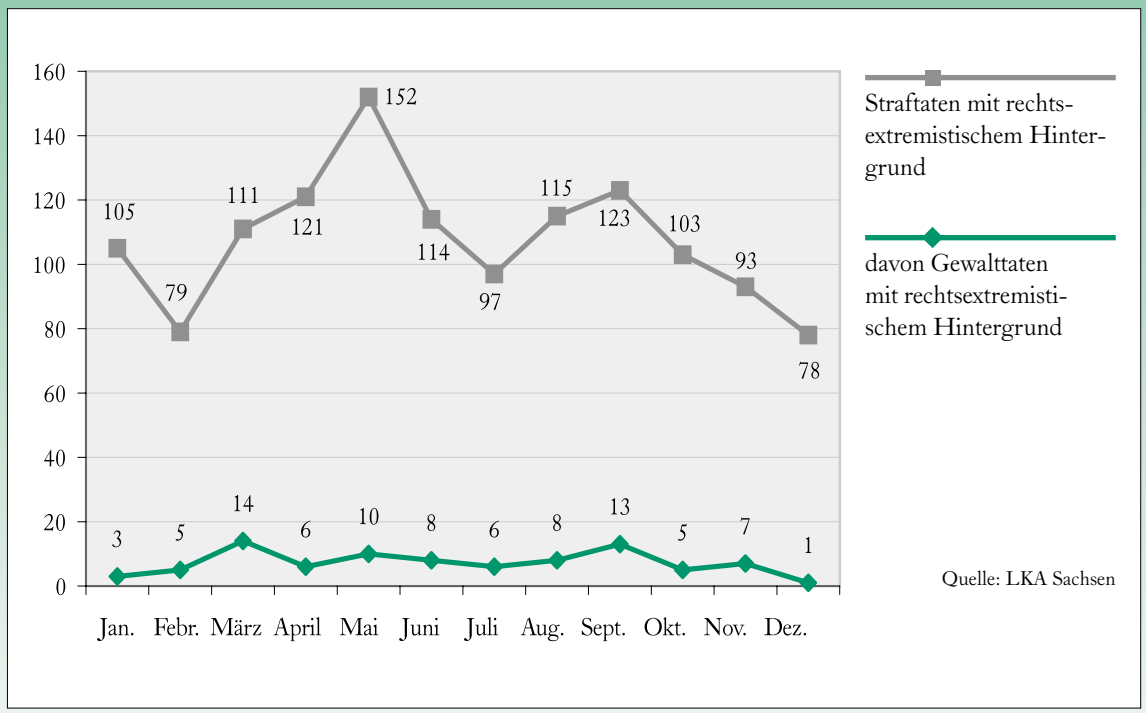
[289] Angaben des LKA Sachsen (Stand 07.02.2001).

Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen – Zeitraum 01.01.2000 - 31.12.2000 (Straftaten gesamt: 1.551 – davon 62 Gewalttaten)



Quelle: LKA Sachsen

Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen – Zeitraum 01.01.1999 - 31.12.1999 (Straftaten gesamt: 1.291 – davon 86 Gewalttaten)



Quelle: LKA Sachsen

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Jahr 2000 3.173 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund (1999: 3.055), davon 827 Gewalttaten (1999: 711), begangen. Das entspricht einem leichten Anstieg der Straftatenanzahl bundesweit um etwa 4 %. Die Anzahl der Gewalttaten stieg dagegen stärker um etwa 16 %. Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der Straftaten stieg bundesweit gegenüber 1999 (ca. 23 %) auf ca. 26 %.

Im Freistaat Sachsen wurden im Jahr 2000 176 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund (1999: 201), davon 31 Gewalttaten (1999: 30), registriert.[290]
Die Gesamtzahl der Straftaten ging damit im Vergleich zu 1999 um 12 % zurück, während die Anzahl der Gewalttaten etwa auf Vorjahresniveau verharrte.
Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der Straftaten stieg im Jahr 2000 im Vergleich zu 1999 (ca. 15 %) auf 18 %.

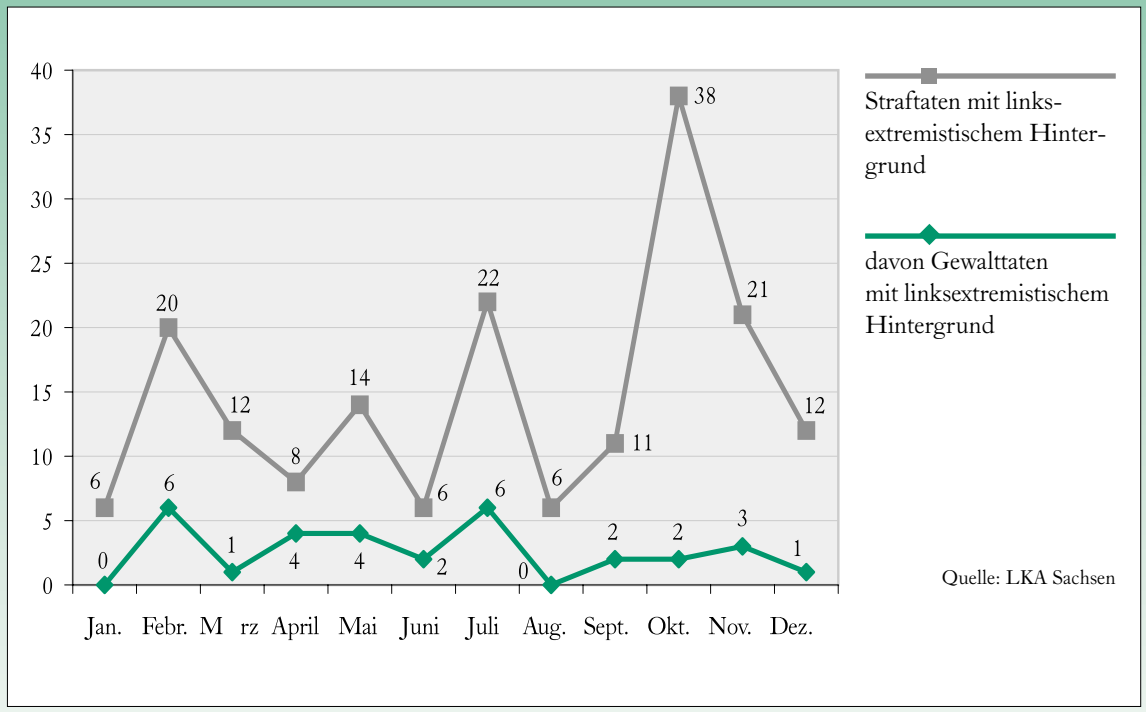
Straftaten werden aus dem Spektrum der Linksextremisten fast ausschließlich von Autonomen verübt. Schwerpunkte sind bestimmte „Aktionsfelder" der linksextremistischen Autonomen (im Folgenden: Autonome), so vor allem der „Antifaschismus", aber auch der Kampf gegen „staatliche Repression und Überwachung" (Näheres zu den Aktionsfeldern im Beitrag „Linksextremistische Autonome").
Die im Jahr 2000 registrierten Straftaten richteten sich vorrangig wieder gegen die klassischen Ziele bzw. Feindbilder der Autonomen, d. h. gegen - auch nur vermeintliche - Rechtsextremisten sowie gegen staatliche Institutionen. Letztere werden u. a. deshalb angegriffen, weil der Staat nach Auffassung der Autonomen „faschistische Kräfte" unterstützt und weil Autonome das „System" - also den Staat - für die „Repressionen" gegen das linksextremistische Spektrum verantwortlich machen.

Die Häufigkeit der Straftaten hängt stark von den jeweiligen „Reizthemen" ab, auf die linksextremistische Autonome mit Straftaten reagieren. Häufig werden Straftaten im Umfeld von eigenen Großereignissen oder denen des politischen Gegners begangen.
Hatten linksextremistische Autonome 1999 vor allem die Landtagswahl zum Anlass für Straftaten genommen, so war es im Jahr 2000 der Kampf gegen „staatliche Repression und Überwachung". Im Rahmen der Kampagne des Leipziger linksextremistischen BÜNDNIS GEGEN RECHTS (BgR) „Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn" kam es zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen, in deren Umfeld Straftaten begangen wurden. So fand Anfang Februar in Leipzig eine Demonstrationswoche statt, in deren Rahmen acht Straftaten verübt wurden. Höhepunkt der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kampagne war die bundesweite Demonstration unter dem Motto „Es ist niemals falsch das Richtige zu tun! Save The Resistance! Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn" am 14. Oktober 2000 in Leipzig. Allein im Umfeld dieser Demonstration wurden 23 der für den Oktober registrierten 38 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund begangen. Es handelte sich dabei vor allem um Verstöße gegen das Versammlungs- und Waffengesetz. Von den überdurchschnittlich vielen (22) Straftaten im Monat Juli standen 13 im Zusammenhang mit Gegenaktivitäten linksextremistischer Autonomer anlässlich der NPD-Demonstration vom 15. Juli 2000 in Dresden. Sie reichten von Landfriedensbruch bis zu gefährlichen Körperverletzungen.

Während 1999 noch etwa die Hälfte aller linksextremistischen Straftaten in Leipzig und Dresden (59 und 53 von insgesamt 201) begangen worden waren, stieg dieser Anteil im Jahr 2000 auf drei Viertel (68 und 65 von insgesamt 176).

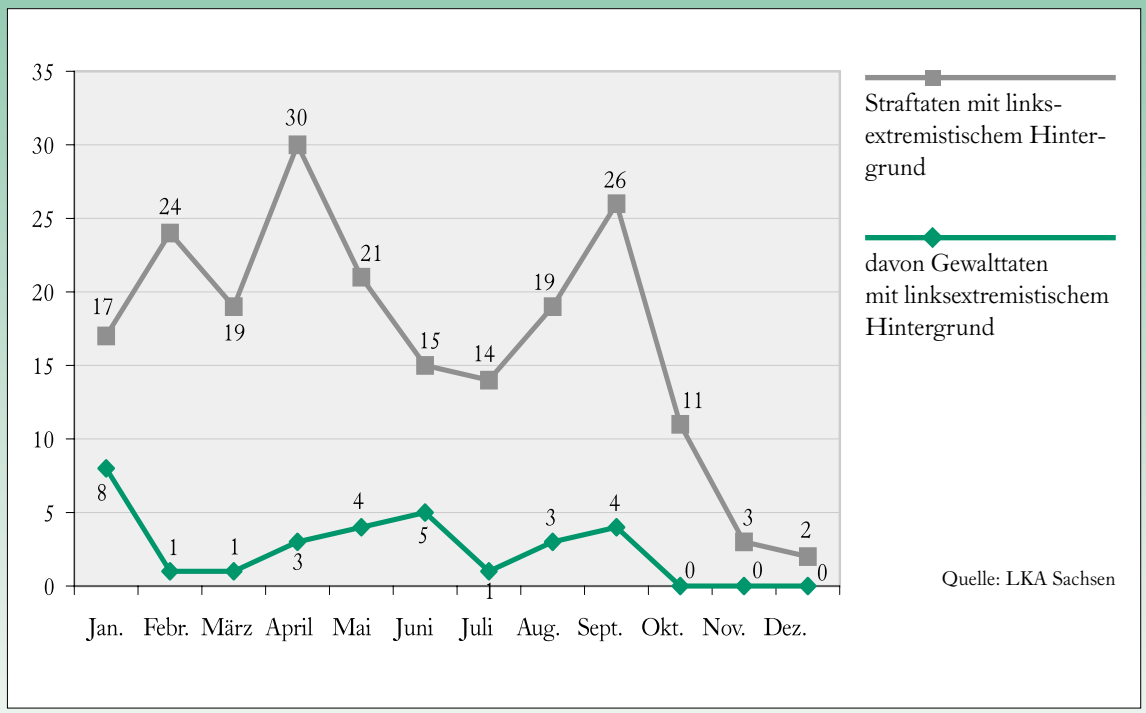
[290] Angaben des LKA Sachsen (Stand 07.02.2001).

Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen – Zeitraum 01.01.2000 - 31.12.2000 (Straftaten gesamt: 176 – davon 31 Gewalttaten)



Quelle: LKA Sachsen

Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Freistaat Sachsen – Zeitraum 01.01.1999 - 31.12.1999 (Straftaten gesamt: 201 – davon 30 Gewalttaten)



Quelle: LKA Sachsen

Chronik

Dokumentation ausgewählter Ereignisse im Jahr 2000[291]

mit rechtsextremistischem Hintergrund / Anhalts-punkten für die Beteiligung von Rechtsextremisten

mit linksextremistischem Hintergrund / Anhalts-punkten für die Beteiligung von Linksextremisten

mit ausländerextremistischem Hintergrund / Anhaltspunkten für die Beteiligung von ausländischen Extremisten

Januar 2000

12. Januar Türkei – Entscheidung der türkischen Regierung zur Aussetzung der gegen Abdullah ÖCALAN verhängten Todesstrafe

Die Koalitionspartner der türkischen Regierung treten zusammen und beschließen, das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes bezüglich der gegen Abdullah ÖCALAN verhängten Todesstrafe abzuwarten. Erst dann solle der Vorgang dem türkischen Parlament zur Entscheidung über die Vollstreckung zugeleitet werden.
Anlassbezogen finden in der Bundesrepublik Deutschland Kundgebungen und Petitionsübergaben an Landesparlamente durch Anhänger ÖCALANs statt.

22. Januar Dohna, OT Borthen – Rechtsextremistisches Skinhead-Konzert aufgelöst

In Dohna, OT Borthen (Landkreis Sächsische Schweiz), findet ein rechtsextremistisches Skinheadkonzert statt. Die Veranstaltung, an der ca. 150-200 Besucher aus der rechtsextremistischen Szene teilnehmen, wird durch die Polizei aufgelöst.

26. Januar Leipzig – Protestaktion der linksextremistischen Szene gegen die Videoüberwachung am Connewitzer Kreuz in Leipzig

An der ersten öffentlichkeitswirksamen Aktion einer „Kampagne zur Rückgewinnung des öffentlichen Raumes“ beteiligen sich etwa 100 Personen. Initiator der Kampagne ist das Leipziger linksextremistische BgR, welches bereits Ende 1999 eine AG Öffentliche Räume gründete. Im Verlauf der Aktion kommt es zu einer Straßenblockade, die von der Polizei aufgelöst wird. Flugblätter, die zu weiteren demonstrativen Aktionen gegen die Videoüberwachung aufrufen, werden verteilt.

[291] Die Sachverhaltsdarstellungen entsprechen den zum Zeitpunkt der Erstellung dem LfV Sachsen vorliegenden Meldungen und Bewertungen.

Februar 2000

12. Februar Riesa – Demonstration gegen die DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH

Etwa 600 Demonstranten protestieren friedlich gegen die Ansiedelung der NPD-eigenen DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH in Riesa.
Etwa die Hälfte der Teilnehmer kann der autonomen Szene zugeordnet werden. Während der Demonstration fordern Autonome des Leipziger linksextremistischen BgR auf einem Flugblatt „Weg mit dem Nazi-Zentrum in Riesa! Organisiert Euch in Antifa-Gruppen! Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft!". Anhänger der A2D2 tragen ein Spruchband mit der Aufschrift „Antifa heißt Angriff - international Antifaschistische Aktion Dresden". Auf einem anderen Spruchband heißt es: „Gemeinsam kämpfen gegen Rassismus und staatliche Unterdrückung!".

13. Februar Dresden – Kranzniederlegung der JLO, REP, NPD und DVU

Über 400 Personen, darunter Mitglieder von NPD, REP und DVU demonstrieren gemeinsam in Dresden. Die JLO hat den Trauermarsch anlässlich des 55. Jahrestages der Zerstörung der Landeshauptstadt angemeldet. Die Spitze des Zuges führen der frühere Bundesvorsitzende der REP, Franz SCHÖNHUBER, das ehemalige Mitglied der linksterroristischen RAF, Horst MAHLER, und der sächsische Landesverbandsvorsitzende der JLO, Alexander KLEBER, an.

Foto: LfV Sachsen

Gegenaktivitäten linksextremistischer Autonomer:

Im Veranstaltungsraum bewegen sich etwa 60 bis 100 Autonome in kleineren Gruppen, ohne dass es dort zu Störungen kommt. Im räumlichen und zeitlichen Umfeld ereignen sich jedoch drei Gewalttaten, bei denen mutmaßlich linksextremistische Täter mit Straftaten gegen vermeintliche Rechtsextremisten vorgehen. In einem Fall bewerfen vermummte Personen eine Straßenbahn mit Pflastersteinen und stürmen unter Rufen wie „Nazis raus!" und „Nazischlampe!" in das Innere. Dort verletzen sie zwei Personen mit einem Pflasterstein und einem so genannten „Nothammer".

März 2000

18.-19. März Mühlhausen – Hainichen Bundesparteitag der NPD

Auf dem Wahlparteitag versammeln sich ca. 230 Parteitagsdelegierte, um einen neuen Bundesvorstand zu wählen. Die Delegierten bestätigen den bisherigen NPD-Bundesvorsitzenden Udo VOIGT in seinem Amt. Mit der Wahl von Holger APFEL und Jürgen SCHÖN zu seinen Stellvertretern erhalten zwei in Sachsen wohnende Parteimitglieder eine zentrale Stellung im Bundesvorstand. Zum dritten Stellvertreter wird der Rechtsanwalt Dr. EISENECKER aus Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

19. März Falkenhain – Sächsischer Landesparteitag der DVU

Die sächsische DVU führt im Vorfeld einer Großveranstaltung mit etwa 400 DVU-Mitgliedern und -Sympathisanten aus dem Freistaat Sachsen und den benachbarten Bundesländern ihren Landesparteitag durch und wählt einen neuen Landesvorstand. Neuer sächsischer DVU-Landesvorsitzender wird der bisherige Stellvertreter Arnold PAPE aus Bayern.

25. März Dresden – Sächsischer Landesparteitag der REP

Im Rahmen eines Landesparteitages wählen die Delegierten einen neuen sächsischen Landesvorstand. Zur Landesvorsitzenden wird Kerstin LORENZ aus Heynitz (Lkr. Meißen) gewählt. An der Veranstaltung nimmt u. a. der REP-Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER als Gast teil.

25. März Dresden – Störung einer Demonstration der IWG[292]

Die IWG führt in Dresden eine Demonstration unter dem Motto „Recht auf Heimat“ durch, an der sich etwa 120 Personen beteiligen.
Nach einer landesweit durchgeführten Mobilisierung im linksextremistischen autonomen Spektrum, u. a. durch das ART und die A2D2, demonstrieren etwa 230 Personen friedlich gegen die Veranstaltung. Während der Abschlusskundgebung der IWG-Demonstration und bei der Abreise deren Teilnehmer kommt es zu verbalen Attacken und zu Störungen durch Gegendemonstranten. Teilweise versuchen in Kleingruppen agierende IWG-Gegner zu ihren politischen Gegnern vorzudringen, was durch die Polizei verhindert wird.

April 2000

29. April Leipzig – Rechtsextremistisches Skinhead-Konzert aufgelöst

Ein bereits begonnenes Skinhead-Konzert in Leipzig löst die Polizei auf. Das Konzert wurde unter dem Vorwand einer Geburtstagsparty veranstaltet. In den Kellerräumen eines leerstehenden Industriegebäudes finden sich rund 120 Personen der rechtsextremistischen Skinhead-Szene zusammen.

29. April Dresden – Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Gegendemonstranten und Teilnehmern einer Kundgebung der IWG

Zum zweiten Mal in diesem Jahr tritt die IWG mit einer Veranstaltung zum Thema „Recht auf Freiheit“ an die Dresdner Öffentlichkeit. An der Demonstration beteiligen sich etwa 30 Personen.
Das ART hatte im Internet unter Bezugnahme auf die IWG-Demonstration am 25. März 2000 gefordert: „NIEMALS EINEN FUSSBREIT DEN NAZIS!“. Daraufhin beteiligen sich ca. 40 Personen an der Gegendemonstration. In der Folge kommt es zu verbalen Auseinandersetzungen und zu Handgreiflichkeiten zwischen ihnen und den IWG-Anhängern. Die Polizei nimmt insgesamt 7 Personen in Gewahrsam.

[292] Die Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e. V. (IWG) ist ein in Pleinfeld (Bayern) angesiedelter Verein. Er tritt für die „Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands, auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts“ (Satzung vom 08.02.1997), ein und will dieses Ziel mit „Zentralen Veranstaltungen auf Bundesebene“ (ebenda) verfolgen. Im Jahr 2000 begann die IWG mit einer Reihe von Samstagsdemonstrationen mit dem Thema „Recht auf Heimat“. Einige davon fanden in Dresden statt.

Mai 2000

1. Mai Grimma – Demonstration der NPD

In Grimma demonstrieren etwa 550 Rechtsextremisten anlässlich des 1. Mai. Dem Ruf der NPD folgen u. a. Rechtsextremisten aus Grimma, Leipzig, Delitzsch, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zu den versammelten Rechtsextremisten sprechen der verurteilte Rechtsterrorist Manfred ROEDER aus Hessen und der sächsische NPD-Vorsitzende Winfried PETZOLD.

Foto: dpa

Linksextremistische Gegenaktivitäten

Ca. 350 Personen demonstrieren unter dem Motto „Der 1. Mai bleibt rot“ friedlich gegen den zeitgleich stattfindenden NPD-Aufmarsch. Unter den Demonstranten befinden sich auch Personen aus linksextremistischen Gruppierungen. Personen aus dem Leipziger linksextremistischen autonomen Spektrum halten Redebeiträge. Die Polizei nimmt 9 Personen u. a. wegen Mitführens verbotener Gegenstände und Vermummungsmittel in Gewahrsam.

1. Mai Dresden – Demonstration der NPD

Neben der Demonstration des NPD-Landesverbandes in Grimma organisiert der NPD-Kreisverband Dresden eine weitere Demonstration mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“ in Dresden. Daran beteiligten sich ca. 300 Rechtsextremisten aus Dresden und Umgebung. Ein Großteil der Teilnehmer kann der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene zugerechnet werden.

Linksextremistische Gegenaktivitäten

Linksextremistische Autonome versuchen, den Aufzug der NPD in Kleingruppentaktik zu behindern. Ca. 40 gewaltbereite Personen versuchen an einer Stelle, den Verlauf des NPD-Aufzuges zu stören. An anderer Stelle werden die Teilnehmer der NPD-Demonstration aus einer Gruppe von ca. 250 Gegendemonstranten heraus mit Feuerwerkskörpern beworfen. Insgesamt 15 an den Gegenaktivitäten beteiligte Personen werden in Gewahrsam genommen.

16. Mai Leipzig – Urteilsverkündung gegen sieben Besetzer des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig

Das Landgericht Leipzig spricht das Urteil im Verfahren gegen die sieben Hauptakteure der Besetzung des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig am 16. Februar 1999. Wegen Geiselnahme, besonders schweren Landfriedensbruchs und schweren Hausfriedensbruchs werden sie zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, die bis auf einen Fall zur Bewährung ausgesetzt werden.
In der Urteilsbegründung erklärt das Gericht, dass die Handlungen der Angeklagten durch Hintermänner bzw. Funktionäre der PKK organisiert wurden.

17. Juni Leipzig – Antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein!“

Mit der Demonstration greift die Leipziger linksextremistische autonome Szene das bereits 1998/Anfang 1999 verstärkt diskutierte Thema der so genannten „akzeptierenden Sozialarbeit“ mit rechtsextremistischen Jugendlichen in Leipzig-Grünau erneut auf. Etwa 1000 Personen folgen dem Aufruf des Leipziger linksextremistischen BÜNDNIS GEGEN RECHTS, des linksextremistischen ASN sowie der linksextremistischen GAG. Die Demonstration verläuft ohne Zwischenfälle.

Foto: Internetseite der antifaschistischen Pressemitteilungen Leipzig

24. Juni Raum Sächsische Schweiz – Exekutivmaßnahmen gegen die SSS

Bei 51 mutmaßlichen Mitgliedern der militanten rechtsextremistischen Skinheadgruppierung SSS finden im Rahmen polizeilicher Exekutivmaßnahmen Wohnungsdurchsuchungen statt. Gegen die Gruppierung wird wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Strafgesetzbuch ermittelt.
Am 26. September 2000 finden weitere 14 Durchsuchungen statt. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen richten sich mittlerweile gegen 65 Beschuldigte im Alter von 16 bis 28 Jahren.

Foto: Staatsanwaltschaft Dresden

24. Juni 2000 Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) – Großdemonstration von PKK-Anhängern

Etwa 25.000 Anhänger des PKK-Generalsekretärs Abdullah ÖCALAN aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland versammeln sich in Düsseldorf zu einer Demonstration mit Abschlusskundgebung. Das Ereignis steht unter dem Motto: Weg mit der Todesstrafe – Frieden jetzt – Freiheit für Abdullah ÖCALAN. Verschiedene Redner fordern die Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei, bessere Haftbedingungen für ÖCALAN und die Lösung des Kurdenproblems. Zusätzlich wird eine Rede ÖCALANs eingespielt, in der er u. a. darum bittet, auch weiterhin den Friedenskurs der Organisation zu unterstützen.

Foto: dpa

Juli 2000

1. Juli Zittau – Holger-MÜLLER-Gedenkmarsch

Wie auch schon im Jahr 1999 organisiert der NPD-Kreisverband Löbau/Zittau anlässlich des Todestages des Rechtsextremisten Holger MÜLLER eine öffentliche Versammlung in Zittau. MÜLLER war 1992 bei einer Auseinandersetzung mit einem Asylbewerber tödlich verletzt worden. Obwohl zur Veranstaltung auch bundesweit über Infotelefone aufgerufen wurde, beteiligen sich an der Demonstration nur etwa 180 Personen, die überwiegend der regionalen Skinhead- und Kameradschaftsszene zuzurechnen sind.

10.-12. Juli Staatsbesuch des iranischen Präsidenten Mohammed Khatami

Der Präsident der Islamischen Republik Iran, Mohammed Khatami, besucht auf Einladung der Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland. Der NWRI organisiert eine Kampagne gegen diesen Staatsbesuch. Demonstrationen finden u. a. in Berlin und Weimar statt. Auch NWRI-Anhänger aus dem Freistaat Sachsen reisen zu den Großveranstaltungen und Protestaktionen. Militante Ausschreitungen können durch die Sicherheitsbehörden verhindert werden.

Foto: dpa

15. Juli Dresden – Aktionen linksextremistischer Autonomer gegen eine NPD-Demonstration

Die NPD führt unter dem Motto „Gegen die Ausraubung Deutschlands“ eine Demonstration durch. Etwa 300 Rechtsextremisten, darunter NPD-Mitglieder, Skinheads und Kameradschaftsmitglieder marschieren durch die Innenstadt.

An einer Gegendemonstration, zu der das ART und die A2D2 aufgerufen hatten, beteiligen sich etwa 350 bis 400 Personen, darunter zahlreiche linksextremistische Autonome. Ein Sprecher fordert zur Verhinderung der bevorstehenden NPD-Demonstration auf. Daraufhin kommt es zu Störversuchen und zu Angriffen linksextremistischer Autonomer gegen den NPD-Aufzug und gegen einzelne Teilnehmer und deren Fahrzeuge. Größere Auseinandersetzungen werden durch die Polizei verhindert. Mehrere Personen werden festgenommen, und Platzverweise werden ausgesprochen.

August 2000

August Beginn der öffentlichen Diskussion über ein Verbot der NPD

Der bayerische Innenminister Beckstein eröffnet Anfang August 2000 mit seiner Forderung nach einem Verbot der NPD die Diskussion über dieses Thema. Beckstein weist darauf hin, dass sich die NPD in den vergangen Jahren zu einem Kristallisationspunkt für militante Skinheads und Neonationalsozialisten entwickelt hat. Die NPD reagiert auf die Verbotsdebatte mit Informationskampagnen und einem (vorübergehenden[293]) Rückzug aus dem Demonstrationsgeschehen.
Auf der Basis der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden entscheiden sich am 26. Oktober der Bundesrat, am 10. November die Bundesregierung und am 8. Dezember der Bundestag, jeweils einen eigenen Antrag auf ein Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.

8. August Dresden – Verurteilung eines PKK-Funktionärs

Das Dresdner Landgericht verurteilt einen kurdischen Asylbewerber zu zwei Jahren Haft. Die Strafe wird auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass der Verurteilte während der Besetzung des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig am 16. Februar 1999 eine Demonstration vor dem Gebäude organisiert hat, um den Polizeieinsatz zur Befreiung der Geiseln zu behindern. Zwei Tage später organisierte er eine Demonstration gegen die Verhaftung des PKK-Führers ÖCALAN in Chemnitz. Hierbei kam es mehrfach zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz. Darüber hinaus war er maßgeblich an der Eintreibung von Spendengeldern für die PKK in Sachsen beteiligt.

29. Juli - 6. August Forst (Brandenburg) – 3. „antirassistisches Grenzcamp“

Die von linksextremistischen Kräften unterstützte bundesweit agierende Kampagne KEIN MENSCH IST ILLEGAL veranstaltet zum dritten Mal ein „antirassistisches Grenzcamp“. Daran beteiligen sich zeitweise ca. 400 bis 450 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland, darunter eine Vielzahl linksextremistischer Autonomer, auch aus dem Freistaat Sachsen.
Die Veranstaltung findet in Forst statt, weil sich - nach Meinung der Organisatoren - die dortige Gemeinde „die Politik der neofaschistischen NPD“ zu eigen gemacht habe. Die Veranstaltung stellt wie auch in den Vorjahren die „Abschiebe- und Grenzpolitik“ der Bundesregierung in Frage. Neben friedlichen Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen finden auch „direkte Störaktionen“ statt. Die Proteste in diesem Jahr richten sich insbesondere gegen die BGS-Liegenschaft in Jänschwalde und gegen die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt.

[293] Vgl. Beitrag „Chronik“ November 2000.

September 2000

September 2000 Bundesweite Kampagne der NPD

Als Reaktion auf die Verbotsdebatte organisiert die NPD eine bundesweite Kampagne unter dem Motto „Argumente statt Verbote“. Am 9. September 2000 führt die NPD u. a. in Berlin, Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen), Nürnberg (Bayern) und Jena (Thüringen) Info-Stände durch. Auch die NPD Sachsen schließt sich im September 2000 dieser Kampagne an. In Dresden, Zwickau, Meißen und Riesa organisieren die Rechtsextremisten Info-Stände. Am 12. September 2000 findet eine vom NPD-Kreisverband Dresden angemeldete Mahnwache vor dem Haus der Presse in Dresden statt.

2. September Köln (Nordrhein-Westfalen) – 8. Internationales Festival für Frieden, Demokratie und Freiheit

Im Müngersdorfer Stadion in Köln findet das achte internationale Kurdistanfestival unter der Bezeichnung: „8. Internationales Festival für Frieden, Demokratie und Freiheit“ statt. Daran nehmen ca. 50.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet - auch aus dem Freistaat Sachsen - und dem benachbarten Ausland teil. Die Veranstaltung verläuft friedlich. Es werden aber - wie bei vergleichbaren Veranstaltungen in den Jahren zuvor - verbotene Symbole der PKK gezeigt.

14. September Verbot der Skinheadorganisation B&H

Der Bundesminister des Innern verbietet die rechtsextremistische Skinhead-Organisation B&H sowie deren Jugendorganisation WHITE YOUTH, da sich die Vereinigungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Zur Durchsetzung des Verbotes werden in 14 Bundesländern Durchsuchungen in Wohn- und Geschäftsräumen durchgeführt. Dabei werden umfangreiche Unterlagen und Materialien festgestellt. Im Freistaat Sachsen sind zwei Personen von den Exekutivmaßnahmen betroffen.

23./26. September Prag (Tschechische Republik) – Protestaktionen gegen die IWF- und Weltbanktagung in Prag

Anlässlich der 55. Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Prag kommt es zu erheblichen - auch gewalttätigen - Protesten in Prag und anderen Städten. Sächsische Linksextremisten beteiligen sich am 23. September an der Großdemonstration von kommunistischen und sozialistischen Parteien und Organisationen, Gewerkschaften und anderen Verbänden und am 26. September an Aktionen nach der Strategie des „global action day“. Dabei kommt es zu erheblichen Ausschreitungen, in deren Folge u. a. die Kongressteilnehmer am Verlassen des Tagungsortes gehindert werden. Bei den Ausschreitungen werden mehrere hundert Personen festgenommen, darunter auch Personen aus dem Freistaat Sachsen.

Foto: dpa

Oktober 2000

7. Oktober Dresden – Kundgebung des DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREINS e. V. DRESDEN

An der friedlich verlaufenden Veranstaltung, die vom DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e.V. DRESDEN unter dem Motto „Menschenrechte in der Türkei“ angemeldet worden war, nehmen etwa 50 Personen teil. Hintergrund der Kundgebung ist das so genannte „Internationale Komplott“ gegen die PKK. Ähnliche Aktionen finden auch in anderen Bundesländern statt.

14. Oktober Leipzig – Bundesweite Demonstration gegen die Videoüberwachung in Leipzig

Im Rahmen der Kampagne gegen die Videoüberwachung mobilisieren die Organisatoren, das linksextremistische BgR und der linksextremistische ANTIFA-FRAUENBLOCK LEIPZIG, mit einer Informationstour durch das gesamte Bundesgebiet zu dieser Demonstration. Diese steht unter dem Motto „Es ist niemals falsch das Richtige zu tun! Save The Resistance! Gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn“. Etwa 2.500 Personen - darunter zahlreiche Angehörige der linksextremistischen Szene - folgen den Aufrufen. Es kommt zu mehreren Auseinandersetzungen mit Einsatzkräften der Polizei. Zahlreiche Personen werden festgenommen.

Foto: dpa

21. Oktober Bad Düben – Landesparteitag des NPD-Landesverbandes Sachsen

Rund 120 Delegierte und Gäste versammeln sich in Bad Düben, um auf dem 10. ordentlichen Landesparteitag über die personelle Zusammensetzung des Landesvorstandes zu entscheiden. Der Vorsitzende Winfried PETZOLD wird in seinem Amt bestätigt. Mit Alexander DELLE (stellvertretender JN-Bundesvorsitzender; gewählt zum Beisitzer) und Jens PÜHSE (Beisitzer im NPD-Bundesvorstand; gewählt zum stellvertretenden Landesvorsitzenden) wählen die Delegierten zwei Rechtsextremisten in den Landesvorstand, die ihren Wohnsitz im Zusammenhang mit dem Umzug des Verlages der NPD-Publikation DEUTSCHE STIMME nach Sachsen verlegt haben.

24. Oktober Dresden – Verurteilung eines PKK-Funktionärs

Ein ehemaliger PKK-Funktionär wird vom Landgericht Dresden zu Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass der Verurteilte an der Besetzung des Griechischen Generalkonsulats in Leipzig am 16. Februar 1999 beteiligt war. Er ist der Geiselnahme in einem minder schweren Fall schuldig.

November 2000

4. November Delitzsch – Antifaschistische Demonstration

In Delitzsch demonstrieren unter dem Motto „Gegen Nazis in Delitzsch und Umland“ ca. 500 Personen gegen die „akzeptierende Jugend- und Sozialarbeit“ der Stadt mit rechtsorientierten Jugendlichen. Unter den Demonstranten befinden sich auch Angehörige der linksextremistischen autonomen Szene. Die Redebeiträge stammen unter anderem von der linksextremistischen R.A.A.L. und dem Leipziger linksextremistischen BgR. Ebenso ist ein Transparent der GAG aus Leipzig zu sehen.

21. November Straßburg (Frankreich) – Großdemonstration der PKK

Am 21. November 2000 eröffnet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Anhörung im Fall ÖCALAN. Der PKK-Generalsekretär klagt über seine Anwälte gegen die Türkische Republik, die nach seiner Auffassung mit seiner Entführung aus Kenia und dem Prozess wegen Hochverrats gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen habe.

Mehr als 15.000 Anhänger ÖCALANs fordern dessen Freilassung. Gleichzeitig findet eine Gegendemonstration von etwa 3.000 Türken statt, die die Vollstreckung der Todesstrafe fordern.

Foto: dpa

25. November Berlin – Demonstration der NPD

Die NPD gibt Ende November ihren vorübergehenden Verzicht auf Demonstrationen wieder auf. Rund 1.400 Anhänger der NPD ziehen unter dem Motto „Argumente statt Verbote - Nein zum NPD-Verbot“ durch die Stadt. Die Polizei beendet diese Demonstration vorzeitig, da auf Grund militanter Gegenaktionen die öffentliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann.

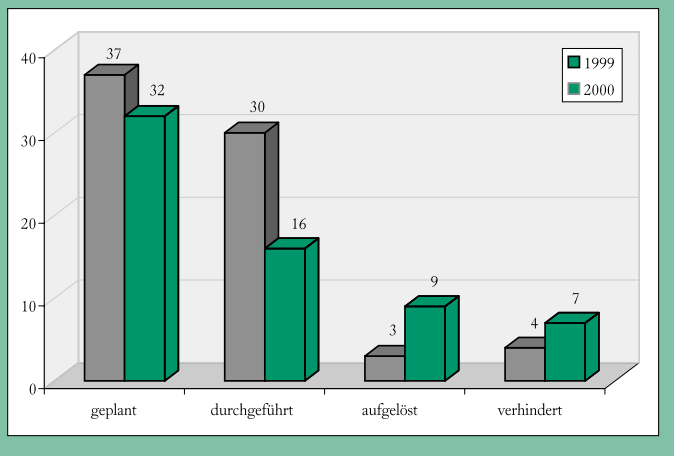
Dezember 2000

2. Dezember Glossen – Gewalttätige Widerstandshandlungen gegen die Polizei bei einem rechtsextremistischen Skinhead-Konzert

Im Jugendclub Glossen e. V. wird ein rechtsextremistisches Skinhead-Konzert mit rund 200 Teilnehmern von der Polizei aufgelöst, dabei kommt es zu gewalttätigen Widerstandshandlungen der Konzertteilnehmer gegen die Auflösung durch die Polizei. Insgesamt werden 25 Personen in Gewahrsam genommen. Zwei Personen, die sich der Polizei widersetzen, werden vorläufig festgenommen.

Jahresbilanz 2000 rechtsextremistischer Skinheadkonzerte im Freistaat Sachsen

Im Jahr 2000 ist dem LfV Sachsen die Planung von 32 rechtsextremistischen Skinheadkonzerten bekannt geworden. Die Hälfte der Konzerte konnte durch die Polizei aufgelöst (9) bzw. im Vorfeld verhindert (7) werden. Im Jahr 1999 war die Planung von 37 Konzerten bekannt geworden, ca. 19 % der Veranstaltungen konnten damals verhindert (4) bzw. aufgelöst (3) werden.
Bei den Teilnehmerzahlen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Nahmen 1999 noch durchschnittlich 435 Personen an einer Veranstaltung teil, so waren es im Jahr 2000 noch ca. 140.



2. Dezember Dresden – Verbotene Demonstration der NPD

Die NPD meldet unter dem Motto „Kulturerhalt statt Leitkultur“ die erste Demonstration im Freistaat Sachsen nach dem vorübergehenden Demonstrationsverzicht an. Diese Demonstration wird von der Stadt verboten. Dennoch versuchen einige Rechtsextremisten, in der Innenstadt zu demonstrieren. Nach Auflösung dieser Veranstaltung durch die Polizei formiert sich eine Gruppe erneut in einem Einkaufspark am Stadtrand und skandiert Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand“. Die Polizei nimmt insgesamt 16 Personen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam.

10. Dezember Leipzig – Demonstration gegen „Polizeiwillkür“

Etwa 120 Personen demonstrieren gegen die „Kriminalisierung antifaschistischen Widerstandes“. Veranstalter ist die militante R.A.A.L. Anlass für diese spontane Demonstration ist die Entnahme von Speichelproben bei Angehörigen der Leipziger autonomen Szene, die unter anderem im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen einer schweren Körperverletzung in Leipzig erfolgte.
In ihrer Pressemitteilung wirft die R.A.A.L. den Behörden die Bekämpfung des Engagements der autonomen Szene gegen den Faschismus vor. Für den Fall weiterer staatlicher Repressionen kündigt die R.A.A.L. „entsprechenden Widerstand“ an.

10. Dezember Leipzig – „Deutsch-Kurdisches Fest für Freiheit und Menschenrechte“

An der überregionalen Veranstaltung, die als „Deutsch-Kurdisches Fest für Freiheit und Menschenrechte“ angemeldet worden war, beteiligen sich ca. 500 Personen. Im Vorfeld meldete die PKK-nahe Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember 2000, die Veranstaltung stehe unter dem Motto „Föderation der Völker im Nahen Osten und Strategie einer demokratischen Republik“. Dieses Thema war in der Vergangenheit immer wieder von der PKK aufgegriffen worden.

Jugendarbeit von Extremisten

Jugendliche stellen für Extremisten eine wichtige Zielgruppe dar. Vor allem junge Menschen sind „anfällig" für extremistische Propaganda jeglicher Couleur. Extremisten versuchen deshalb, sie für ihre Parteien und Organisationen sowie deren politische Zielsetzung zu gewinnen.

Extremisten bieten mit ihrer Heilsideologie jungen Menschen in ihrer politischen Sozialisationsphase ein einfaches und scheinbar stimmiges Modell zur Erklärung gesellschaftlicher Prozesse und eine Handlungsorientierung an. Dabei bedienen sich Extremisten einer ganzen Reihe von Strategien und Methoden, wobei die Palette von jugendgemäßer Gestaltung einiger Zeitschriften über entsprechende Wahlpropaganda bis hin zu einer gezielten Jugendpolitik extremistischer Organisationen reicht. Eine besondere Bedeutung haben die unter Jugendlichen sehr beliebten Medien Musik und Internet.

Einige Jugendliche greifen solche Erklärungsmuster auf und orientieren sich an extremistischen Parteien oder Organisationen. Das zeigt zum einen die Tatsache, dass sowohl bei den sächsischen Landtagswahlen 1999 als auch bei den Wahlen zum Europaparlament 1999 im Freistaat Sachsen überdurchschnittlich viele Jungwähler (jeweils ca. 10 % der 18- bis unter 25-Jährigen) ihre Stimme einer rechtsextremistischen Partei gaben. Zum anderen konnten in den vergangenen Jahren rechtsextremistische Organisationen wie beispielsweise die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) oder auch rechtsextremistische Kameradschaften und die rechtsextremistische Skinheadszene verstärkt Jugendliche als Anhänger und Mitglieder gewinnen. Das Anwachsen des gewaltbereiten rechtsextremistischen Potenzials im Freistaat Sachsen von 1.100 Personen im Jahr 1999 auf 1.300 Personen im Jahr 2000 unterstreicht die Brisanz dieser Problematik.
Rechtsextremistische Erklärungsmuster und Parolen können auch den Nährboden für gewalttätige Übergriffe gegen Ausländer und politische Gegner bereiten.

Jugendarbeit extremistischer Gruppierungen und ihre Strategien bei der Rekrutierung jugendlicher Mitglieder

Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Parteien

Die rechtsextremistischen Parteien betreiben im Freistaat Sachsen eine sehr unterschiedliche Jugendpolitik. Besonders offensiv tritt die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) an die Jugend heran und öffnet sich aktiv für diese Zielgruppe. In der Parteiarbeit der NPD nimmt die Jugendpolitik einen besonderen Stellenwert ein.

Der Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Sachsen, Jürgen PETZOLD, drückt dies in einem Kommentar der NPD-Publikation SACHSEN STIMME deutlich aus. Er äußert: „Es gilt, weitaus stärker als bisher, im Bewusstsein des noch deutschfühlenden Bevölkerungsteils, besonders in der Jugend, die Erkenntnis durchzusetzen, dass einzig die NPD für die sozialen Belange der Deutschen eintritt. (...) Noch fehlt es in bestimmten Verbänden an geeigneten Jugendführern für die politische Schulung. Dort sollte die NPD künftig Schwerpunkt ihrer Arbeit setzen. Wir dürfen die vielen jungen Menschen, die mit teilweise hohen Erwartungen zu uns kommen, nicht enttäuschen! Zeigen wir ihnen, was gelebte Kameradschaft, was Volksgemeinschaft bedeutet."[294]

Die aktive Jugendarbeit der NPD zeichnet sich durch verschiedene Strategien aus. Zum einen versucht die Partei, den Drang von Jugendlichen zu Aktionen durch die Organisation von Demonstrationen zu nutzen und für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. PETZOLD stellt dazu fest: „Jugend will marschieren (...) Geben wir der deutschen Jugend die Möglichkeit zu Protest und Widerstand. (...) Prägende Gemeinschaftserlebnisse sind zur Stärkung der Kampfmoral nicht zu unterschätzen. Fahnen, Trommeln sowie exakte Marschformation erschrecken lediglich jene, die in Chaos, Gewalt, Anarchie und Zerstörung ihr Ideal sehen."[295] Gerade unter den Jugendlichen sieht die NPD ein hohes Mobilisierungspotenzial. Der Anteil von Jugendlichen bei Demonstrationen der Partei im Freistaat Sachsen lag im Jahr 2000 bei ca. 90 Prozent. Etwa 30 Prozent der Demonstrationsteilnehmer konnten der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene zugeordnet werden.

[294] SACHSEN STIMME, Ausgabe Januar-April 2000, S. 6 (Fehler im Original).
[295] SACHSEN STIMME, Ausgabe Januar-April 2000, S. 5.

Zum anderen versucht die NPD, im Bereich der Kommunalpolitik aktiv Jugendarbeit zu betreiben. So äußerte der NPD-Kreisgeschäftsführer und Stadtrat von Königstein, Uwe LEICHSENRING, in einem Interview mit der NPD-Zeitung DEUTSCHE STIMME, dass Basisarbeit mit Jugendlichen das wichtigste Ziel der NPD-Kommunalarbeit sei.
Eine besondere Bedeutung weist die NPD dabei dem strategischen Ziel der so genannten „national befreiten Zonen“[296] zu. Im Rahmen dieser Strategie versucht die Partei, Einfluss auf lokale Jugendszenen und -einrichtungen zu gewinnen und für ihre Parteizwecke auszunutzen.

Eine weitere Methode der NPD, Jugendliche an die Partei heranzuführen, ist ein ausgeprägter Wahlkampf um die Jungwähler. Bei den Landtagswahlen im Freistaat Sachsen im Jahr 1999 entschieden sich 6,4 Prozent aller Jungwähler (18- bis unter 25-jährige) für die NPD[297].
Die NPD versuchte, die insbesondere Jugendliche betreffende Problematik unzureichender Lehrstellen gezielt im Wahlkampf zu thematisieren. Auf Plakaten und Flugblättern wurde mit Slogans wie „Mehr Lehrstellen“, „Jugendlicher! Du hast keine Lehrstelle? Du musst handeln!“, „Massenarbeitslosigkeit bekämpfen!“ für die Partei geworben. Auf einem Wahlplakat erklärte die NPD den Jungwählern: „Wer die Jugend in seinen Reihen hat dem gehört die Zukunft! (...) Die Jugend kommt zur NPD - sie findet hier ihre politische Heimat, weil die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in unserem Land Ziel Nr. 1 ist und bleibt. (...) Die Zeit ist reif für eine Erneuerung von Staat und Gesellschaft!“

Die NPD wirbt um Anhänger und Unterstützer aus den Reihen der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene. Diese haben aus Sicht der NPD die wichtige Funktion, die Partei bei politischen Aktionen zu unterstützen, so z. B. als Wahlkampfhelfer oder als Ordner bei Parteiveranstaltungen. Folgende Äußerung des NPD-Landesvorsitzenden PETZOLD belegt die Akzeptanz innerhalb der Partei gegenüber rechtsextremistischen Skinheads: „Für viele Jugendliche bedeutet es Teil der eigenen Identität, Rennicke, ´Landser´ oder ´Sturmtrupp´ zu hören, einen deutschen Kurzhaarschnitt zu tragen und sich im NPD-Umfeld zu engagieren.“[298]

Um neue Anhänger aus der rechtsextremistischen Skinheadszene zu finden, macht die NPD seit 1999 zunehmend in Skinhead-Publikationen auf sich aufmerksam. Auch in den sächsischen NPD-Schriften KOMPAß und KLARTEXT werden Jugendliche direkt angesprochen. Sie enthalten Berichte über Jugendaktivitäten, Anzeigen der Jugendorganisation der NPD, den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), oder es wird zu Jugendinitiativen, beispielsweise zur Einrichtung eines Jugendstammtisches, aufgerufen.[299]

Die Jugendorganisation der NPD, die JN, nimmt bundesweit wichtige Aufgaben im Bereich der Jugendarbeit wahr. Der sächsische Landesverband der JN gab jedoch im Jahr 1999 nach internen Streitigkeiten seine Auflösung bekannt.

Dass die NPD mit ihrer Jugendarbeit dennoch Erfolg hat, zeigt sich vor allem am sehr niedrigen Durchschnittsalter der NPD-Mitglieder: Es beträgt im Freistaat Sachsen 26 Jahre (bundesweit: 39 Jahre). Die NPD konnte in den vergangenen Jahren gerade unter Jugendlichen neue Mitglieder gewinnen.

Obwohl im Parteiprogramm der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) das Thema Jugendarbeit fest verankert ist, konnten seit den Landtags- und Kommunalwahlen im Freistaat Sachsen im Jahr 1999 keine nennenswerten Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit festgestellt werden. Damals war es den REP - trotz eines ausgeprägten Jungwählerwahlkampfes - nicht gelungen, diese Altersgruppe für ihre Ziele zu begeistern.
Die REPUBLIKANISCHE JUGEND versucht mit ihrer Internet-Homepage, Jugendliche anzusprechen, indem z. B. für Seminare, Fußballturniere, Reisen und Rockkonzerte geworben wird.

Bei der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) gibt es im Freistaat Sachsen keine Hinweise auf eine gezielte Jugendarbeit.

Rechtsextremistische Skinhead-Gruppierungen

Auf Grund ihres subkulturellen Charakters sprechen rechtsextremistische Skinhead-Gruppierungen Jugendliche an.

[296] Das Konzept der „befreiten Zonen“ stellte erstmalig ein unbekannter Autor im Jahre 1991 in der Publikation VORDERSTE FRONT - ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE THEORIE & STRATEGIE (Zeitschrift des NHB, Nr. 2, Juni 1991) vor. In diesem Konzept forderte der Autor den Aufbau einer Gegenmacht. In diesen Zonen sollten die Rechtsextremen faktisch die Macht ausüben und sanktionsfähig sein. Dies umfasse zum Beispiel die Bestrafung von Feinden und Abweichlern.

[297] Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, Teil „Wahlkampf und Wahlergebnisse extremistischer Parteien im Freistaat Sachsen bei den Wahlen 1999“, S. 110 ff.

[298] Vgl. SACHSEN STIMME, Ausgabe Januar-April 2000, S. 5. Bei den genannten Musikgruppen handelt es sich um den rechtsextremistischen Liedermacher RENNICKE sowie die rechtsextremistischen Skinheadbands LANDSER und STURMTRUPP.

[299] KLARTEXT, Ausgabe Nr. 5, ohne Seitenangabe.

Das Medium Musik nimmt in dieser Szene einen besonderen Stellenwert ein. Jugendliche, die ideologisch noch nicht gefestigt sind, finden über die Skinheadmusik den Einstieg in die Szene. Vor allem Konzerte mit rechtsextremistischen Skinheadbands aus dem In- und Ausland sind geeignet, Jugendliche an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen.
Ein weiteres wichtiges Kommunikationsmittel innerhalb dieser Jugendsubkultur sind szeneeigene Publikationen, so genannte Skinhead-Fanzines. Sie können auf Konzerten, in einschlägigen Szeneläden oder über Skinheadvertriebe erworben werden. Auf Grund ihres Layouts und der jugendspezifischen Ausdrucksweise sprechen diese Zeitschriften gezielt Jugendliche an. Konzertberichte, Partyberichte, Interviews mit Skinheadbands, CD- und Fanzine-Rezensionen und Werbeanzeigen von Skinheadvertrieben sollen „Appetit" auf mehr machen. Berichte über Skinheadkonzerte oder Partys werden beispielsweise so gestaltet, dass der Leser zur Teilnahme an weiteren Veranstaltungen animiert wird:

„(...) Guter Gig, gute Leute, gute Bands (...)."
„Fazit: (...) ein super Konzert gesehen."
„Tolles Konzert. Gut, so viele SN-Kameraden in Tschechien zu sehen."
„Ein super Konzert wieder mal (...)."
„Fazit: Sehr gelungene, lustige Party mit guter Musik. Bis zum nächsten Mal."[300]

Auch bei der Vorstellung von neuen Skinhead-Fanzines wird mit der gleichen Strategie versucht, auf Jugendliche einzuwirken:

„Doch lest (...) am besten selber, (...) in meinen Augen eines der besten politischen Hefte (...)"
„Was soll ich da noch schreiben, außer unbedingt zulegen."
„Kaufen, kaufen und nochmals kaufen!"
„Ohne große Worte: Kaufen!"[301]

Neben der Skinheadmusik und den Publikationen gewinnt auch das Internet an Bedeutung. Homepages von Skinheadbands, -vertrieben und -organisationen wie den HAMMERSKINS sprechen durch ihr Layout und ihre speziellen Effekte vor allem Jugendliche an. Zudem bietet sich die Möglichkeit, die verschiedenen rechtsextremistischen Internet-Seiten per Link zu vernetzen.

Rechtsextremistische Kameradschaften

Auch für die rechtsextremistischen Kameradschaften sind Jugendliche die wesentliche Zielgruppe. Im Gegensatz zu den eher strukturlosen Skinheadgruppierungen weisen die Kameradschaften klare Gliederungen auf. Sie sind deshalb vor allem für die Jugendlichen attraktiv, die auf der Suche nach Organisationen mit festen Strukturen sind.
Das Interesse und den Drang vieler Jugendlicher nach „Abenteuer und Action" beantwortet die Szene mit Fußballturnieren, Zeltlagern, Sonnenwendfeiern und mit der Durchführung paramilitärischer Übungen, u. a. so genannte Gotcha-Spiele, die das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken sollen. Ebenso soll die Gemeinschaft und die politische Orientierung durch regelmäßige Treffen und politische Schulungen gefördert werden.
Auch die Kameradschaftsszene versucht, durch die Herausgabe von Publikationen gezielt Jugendliche anzusprechen. Im Freistaat Sachsen existiert u. a. das Magazin DER FRONTSOLDAT, das neben aktuellen Veranstaltungsberichten eine Vielzahl historischer Hintergrundbeiträge zu Ereignissen aus der Zeit des Nationalsozialismus enthält. Die Zeitschriften FROINDSCHAFT und die speziell auf Jugendliche zugeschnittene Schülerzeitung PAROLE wurden von der Kameradschaft SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) herausgegeben.
Einige sächsische Kameradschaften stellen sich im Internet mit eigenen jugendorientierten Homepages vor.

Linksextremismus

Marxistisch-Leninistische sowie Trotzkistische Gruppierungen

Die Jugendarbeit der linksextremistischen Parteien ist im Freistaat Sachsen wenig ausgeprägt.

Einzig die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLAND (KPD) konzentrierte sich im Jahr 2000 auf die Entwicklung einer eigenständigen Jugendarbeit. In diesem Zusammenhang veranstaltete die Partei im Juni und im November 2000 zwei Jugendtreffen im Freistaat Sachsen.
Im Rahmen einer dieser Veranstaltungen wurde unter anderem über die Notwendigkeit der Gründung einer KPD-eigenen kommunistischen Jugendorganisation diskutiert. Als Alternative zu einem Neuaufbau wurde die Stärkung von Organisationen wie der SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND (SDAJ - Jugendorganisation DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI [DKP]) und der FREIEN DEUTSCHEN JUGEND (FDJ) angesprochen. Die im Freistaat Sachsen bisher nicht vertretene SDAJ wurde, wie aus ihrer Internetseite hervorgeht, im Jahr 2000 gegründet. Angaben zu geplanten Aktivitäten wurden bisher jedoch nicht veröffentlicht.

[300] Aus: DER FOIERSTURM, Nr. 8, S. 11, 23, 29 und WHITE SUPREMACY, Nr. 2, S. 7, 8.
[301] Aus: DER FOIERSTURM, Nr. 8, S. 38 und WHITE SUPREMACY, Nr. 2, S. 28-30.

Auch die trotzkistischen Organisationen betreiben in Sachsen nur vereinzelt Jugendarbeit. Im Umfeld der bundesweit agierenden trotzkistischen Organisation LINKSRUCK wurde die Schülerorganisation MOVE gegründet, die bisher in drei Bundesländern - auch im Freistaat Sachsen - vertreten ist. Die sächsischen MOVE-Gruppen traten bisher öffentlich nicht in Erscheinung.
In den Linksruck-Notizen vom 25. April 2000 wird MOVE als ein Zusammenschluss „revolutionärer Schüler", die mit LINKSRUCK sympathisieren, charakterisiert. Es ist zu erwarten, dass MOVE dazu dienen soll, politisch interessierte Schüler zu organisieren, um sie später als Mitglieder von LINKSRUCK rekrutieren zu können.

Linksextremistische Autonome

Linksextremistische Autonome sprechen auf Grund ihres subkulturellen Charakters und ihres Alters Jugendliche an. Sie bieten vor allem aktionistisch orientierten Jugendlichen ein Betätigungsfeld.
Zu den von den Autonomen genutzten Medien gehören vor allem Szenezeitschriften, Partys und andere Veranstaltungen sowie - seit 1999 vermehrt - das Internet.

In der linksextremistischen autonomen Szene existieren von verschiedenen Gruppen verfasste Konzepte für eine aktive Jugendarbeit - insbesondere für die Gewinnung jugendlicher Mitglieder und Sympathisanten.

Die ANTIFASCHISTISCHE AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO), ein 1992 gegründeter bundesweiter Zusammenschluss militanter Autonomer, hatte die Bedeutung „politischer Jugendarbeit"[302] schon frühzeitig erkannt. So skizzierte die ANTIFASCHISTISCHE AKTION PASSAU, eine Mitgliedergruppe der AA/BO, in einem internen Papier von 1994 die Zielgruppen folgendermaßen: „Eine unserer Meinung nach ganz wichtige Gruppe sind die 10- bis 15-jährigen. (...) Es ist (...) die Zeit, in der das Elternhaus an Bedeutung verliert und die Trostlosigkeit der Gesellschaft ihnen kaum Alternativen bietet. Deshalb glauben wir, dass es notwendig und sinnvoll ist, besonders auf diese Jugendlichen zuzugehen. (...) Das heißt für uns, dass wir im verstärkten Maße Öffentlichkeitsarbeit v. a. an den Schulen betreiben müssen."

Mitgliedsgruppen der AA/BO setzten dieses Vorhaben zielstrebig um. So gab 1998 die ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERLIN (AAB) in einer Informationsbroschüre bekannt: „In der AAB gibt es eine eigene Jugend-AG. Deren Mitglieder bauen in möglichst vielen Stadtteilen Jugendantifagruppen auf. Sie initiieren erste Treffen, verteilen dafür Flugblätter vor Schulen, fühlen sich danach zuständig für die Stabilisierung der Gruppen und die Vermittlung von Erfahrungen. Wenn die Gruppen auf eigenen Beinen stehen, ziehen sich die Älteren heraus. Im Idealfall wird dann der Aufbau weiterer Jugendantifas von Neuen übernommen. Das Konzept erwies sich als enorm erfolgreich. Abhängig von der zwangsläufig hohen Fluktuation sind bis zu 100 Interessierte in Jugend-Antifa-Gruppen organisiert."[303]

Die seit 1999 in der AA/BO organisierte ROTE ANTIFASCHISTISCHE AKTION LEIPZIG (R.A.A.L.) stellte ihre Thesen zur Jugendarbeit beim so genannten „kulturellen Hegemoniekongress" (auch „Verstärkerkongress" genannt) vom 22. bis 24. Oktober 1999[304] vor. Sie trat darin wie die AAB für ein „Anleiterprinzip" ein, wonach ältere Autonome sich gezielt mit dem Aufbau von Jugendantifagruppen beschäftigen, „(...) denn tatsächlich sind die 13- bis 16-jährigen unser Mobilisierungspotential"[305]. Beim Aufbau einer Jugendgruppe soll der Anleiter nicht als Autorität, sondern als Respektsperson auftreten. In ein oder zwei Jahren sollen den Jugendlichen Verhaltensweisen und der Umgang mit „Repressionen" vermittelt werden. So begleiten Mitglieder der R.A.A.L. Jugendliche auf Demonstrationen, um ihnen das Vorgehen bei Aktionen praktisch zu verdeutlichen.
Weiterhin sollen Räume für die Jugendlichen gesucht, eine Antifa-Jugendzeitung herausgegeben sowie erste, dann regelmäßige Treffen durchgeführt werden. Jugendliche, die über genügend Erfahrungen verfügen, sollen anschließend in bestehende Strukturen eingegliedert werden, um aus den Jugendantifagruppen den Nachwuchs für bestehende linksextremistische Gruppierungen zu rekrutieren.
Dieses Vorhaben konnte die R.A.A.L. erfolgreich in die Praxis umsetzen. Sie unterstützte die Gründung von Jugendantifagruppen in Leipzig, darunter die SCHKEUDITZER ANTIFAGRUPPE und die GOHLISER ANTIFAGRUPPE.[306]
Gemeinsam mit weiteren Gruppierungen der linksextremistischen autonomen Szene gab die R.A.A.L. Ende 2000 die antifaschistische Jugendzeitschrift TOMORROW heraus. Diese enthält Beiträge zu jugendspezifischen Themen wie Schule und Graffitis. Weiterhin werden die Jugendlichen zum Aufbau eigener Projekte animiert. Bereits im Vorwort heißt es:

[302] Broschüre EIN SATZ, S. 13.
[303] Broschüre DAS KONZEPT ANTIFA - GRUNDSATZTEXTE UND KONKRETES, S. 44.
[304] Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 60.
[305] Verstärkerkongreß-Texte, Beitrag „Antifaschistische Jugendarbeit". Schreibweise wie im Original.
[306] KLAROFIX 12/00, Seite 38.

„Nazis und die Ursachen für rechtsextremes, unmenschliches Gedankengut müssen permanent angegriffen werden!“ sowie „(...) und wir gehen jedes Mal wieder gegen diesen Staat und gegen Nazis auf die Straße.“[307]

Beim Leipziger „Verstärkerkongress“ trat mit dem ANTIFASCHISTISCHEN SCHULNETZ (ASN) eine zweite Leipziger Gruppierung auf, welche ebenfalls zum Thema Jugendarbeit referierte. Das ASN ist eine von Jugendlichen selbst initiierte Gruppierung. Tatsächliche Anhaltspunkte deuten darauf hin, dass es sich bei den Mitgliedern des ASN um linksextremistische Autonome handelt.
Als grundlegend wird vom ASN die Schaffung von „attraktiven Freiräumen“[308] gesehen, in denen Jugendliche sich austauschen können, Informationen bekommen und auch an bereits bestehende Gruppierungen herantreten können. Jugendliche sollen durch Partys, Cafés und Schülerzeitschriften für antifaschistische Politik begeistert werden. Interessierte Jugendliche könnten dann in die vorhandenen Strukturen eingebunden werden.
Die Schülerzeitschrift des ASN ist die BÖRB. Sie erschien in den Jahren 1999 und 2000 unregelmäßig. Themen dieser Zeitschrift waren zahlreiche Demonstrationen der autonomen Szene. Die Artikel enthalten Parolen wie „Bildet Banden!“, „Naziaufmarsch verhindern!!!“ oder „Antifaschismus lässt sich nicht verbieten!!!“.
In der Sommerausgabe 2000 wurde die Arbeit des ASN in einem Interview mit zwei Mitgliedern dieser Gruppe vorgestellt. In dem Beitrag wird unter anderem um die Mitarbeit interessierter Personen an den Plena des ASN bzw. für das wöchentlich stattfindende „antifaschistische SchülerInnenCafé“ geworben. Mit diesem Schülercafé werde ein weiterer theoretischer Ansatzpunkt des ASN verwirklicht und den Jugendlichen ein Treffpunkt geboten, an dem sie sich kennen lernen und Informationen austauschen können.
Zudem organisiert das ASN regelmäßig so genannte „BÖRB-Partys“. Diese dienen - neben der Verbesserung der Finanzlage des ASN - der Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Gruppe.
Ein weiteres Ziel, die antifaschistische Aufklärungsarbeit an Schulen, konnte das ASN bisher jedoch nicht in die Praxis umsetzen. Ursächlich dafür ist nach Meinung der Gruppe die ablehnende Haltung der Schulleitungen.

Eine Gruppen übergreifende Variante der Jugendarbeit stellt das so genannte „Jugend-Antifa-Theorie-Cafe“ - auch „BÖRB-Café“ genannt - in Leipzig dar. Seit dem 1. Dezember 2000 finden wöchentlich Vorträge für Jugendliche statt. Mitglieder bereits etablierter linksextremistischer autonomer Gruppierungen, so u. a. der R.A.A.L. und des Leipziger linksextremistischen BÜNDNISSES GEGEN RECHTS (BgR), referieren dort beispielsweise zu Themen wie „Geschichte der Antifa“ und „Autonome Antifa vs. staatlicher Antifaschismus“.

Autonome versuchen auch, einzelne Jugendtreffs für ihre Zwecke zu nutzen oder sie sogar zu dominieren. Eine solche Anlaufstelle für linksextremistische Autonome ist beispielsweise das „Conne Island“ in Leipzig. Es wird von verschiedenen Gruppierungen der autonomen Szene Leipzigs als Kontaktadresse angegeben. Autonome treffen sich in diesem Objekt und profitieren von den dort vorhandenen Kommunikationseinrichtungen. Auch im Trägerverein des „Conne Island“ sind Autonome vertreten.

Ein Grund für die intensiven Bemühungen der linksextremistischen Autonomen um jugendliche Mitglieder und Anhänger ist die in dieser Szene stark ausgeprägte Fluktuation der Anhänger. Damit hatte im Jahr 2000 beispielsweise das OFFENE ANTIFASCHISTISCHE PLENUM (OAP) zu kämpfen. Eine so genannte VORBEREITUNGSGRUPPE OAP wandte sich deshalb mit Veröffentlichungen im Internet und in Leipziger Szenezeitschriften an Jugendliche, um für eine Teilnahme an diesen Plena zu werben.

Extremistische Homepages im Internet

Auch für Extremisten ist das Internet zu einem bedeutenden Agitationsmedium geworden. Die Vorteile, die das Internet durch den Einsatz benutzerfreundlicher Software und die Vielfalt der Nutzungsformen (WWW[309], FTP[310], E-Mail[311] u. a.) und multimedialer Möglichkeiten bietet, veranlassen auch immer mehr Extremisten dazu, Internet-Aktivitäten zu entwickeln. Insbesondere jüngere Menschen, die über die herkömmlichen Medien (Zeitschriften, Flugblätter, usw.) nicht oder nur bedingt zu erreichen wären, können über

[307] TOMORROW, Ausgabe 1, S. 1.
[308] VERSTÄRKERKONGREß-TEXTE, Beitrag „Antifaschistische Jugendarbeit“. Schreibweise wie im Original.
[309] World Wide Web. Grafikorientiertes Kernstück des Internets, das von WWW-Servern gebildet wird. Hier findet man Internet-Seiten mit den gewünschten Informationen. Durch die Verwendung von Links ist das schnelle Springen zu verwandten Informationen im WWW möglich.
[310] File Transfer Protocol. Verbindungsorientiertes Übertragungsprotokoll, das es erlaubt, Daten von oder auf einen Server zu laden.
[311] Elektronische Post im Internet. E-Mails sind grundsätzlich textorientiert und können durch Dateianhänge (Ton- und Bilddaten) ergänzt werden.

das Internet mit extremistischer Propaganda in Berührung gebracht werden. Fehlender Zugang zum Milieu und Hemmungen, die manche Bürger – auch aus Angst vor Entdeckung – davon abhalten, sich mit extremistischer Ideologie und den Zielen solcher Organisationen zu beschäftigen, verlieren an Bedeutung.

Die neuen Medien sind für Extremisten in verschiedener Hinsicht nützlich: das Internet hilft ihnen, die organisatorisch und ideologisch zersplitterte Szene zumindest informativ zu vernetzen. Elektronische Kommunikationsmittel, dazu zählen neben dem Internet auch Info-Telefone und Handys, werden intensiv für die Koordination und Mobilisierung der Szene genutzt.
Das Internet ist ein hervorragendes Medium für extremistische Agitationen. Die internationale Struktur des Internet ermöglicht es weitgehend, den Risiken deutscher Strafverfolgung aus dem Weg zu gehen. In Deutschland strafbare Inhalte werden von Extremisten über Provider[312] in Ländern, in denen sogar Bombenbauanleitungen oder Morddrohungen als freie Meinungsäußerung straflos sind, ins Netz gestellt. Weiterhin ermöglichen es die neuen Medien, sich – insbesondere durch von Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechniken – der Überwachung durch die Sicherheitsbehörden teilweise zu entziehen.

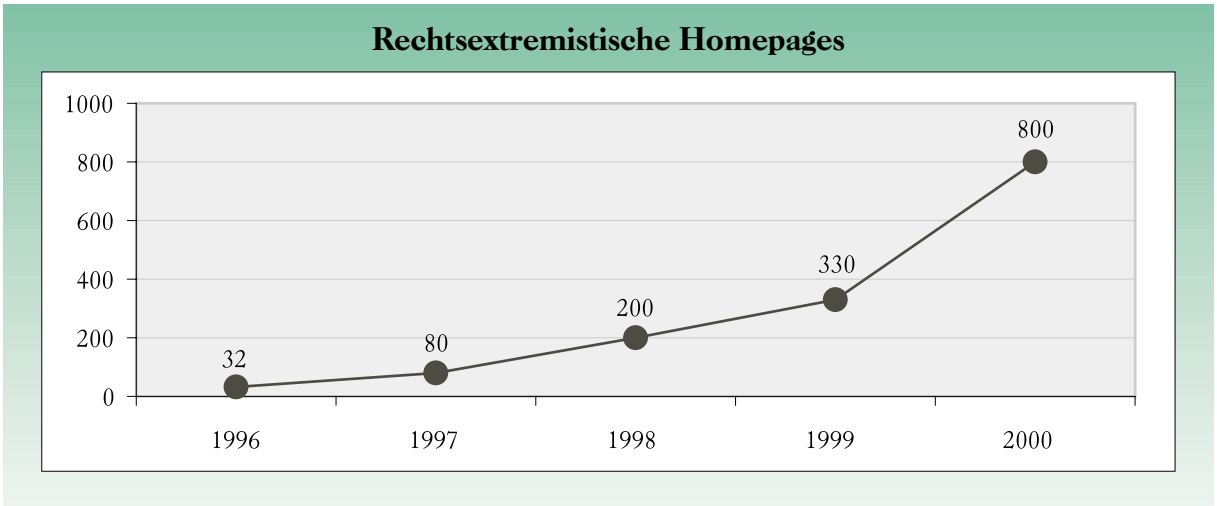
Rechtsextremistische Homepages

Die Anzahl der rechtsextremistischen Homepages ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Ende des Jahres 2000 gab es mindestens 800 von deutschen Rechtsextremisten betriebene Internet-Homepages.
Rechtsextremistische Aktivitäten im Internet nehmen aber nicht nur quantitativ zu. Da bevorzugt Jugendliche angesprochen werden sollen, sind eine Vielzahl rechtsextremistischer Homepages auf diesen Personenkreis ausgerichtet.
Zum einen wird mit technisch immer raffinierteren Elementen für verfassungsfeindliche Ziele geworben. Rechtsextremisten binden z. B. aufwendige Grafiken und Animationen ein, bieten Skinhead-Musik oder rechtsextremistische Computerspiele zum Herunterladen an und verbreiten über das Internet eigene TV- und Radiosendungen.
Zum anderen verschärfen sich die Inhalte: Es wird gehetzt und zum Rassenhass aufgestachelt, zur Anwendung von Gewalt aufgerufen und so genannte „schwarze Listen" veröffentlicht. Sogar Mordaufrufe gegen politische Gegner und detaillierte Anleitungen zur Herstellung von Spreng- und Brandsätzen sowie andere Sabotagetipps zählen zum Angebot rechtsextremistischer Internet-Lektüre.

Etwa ein Viertel der von deutschen Rechtsextremisten anonym über ausländische Provider eingestellten Internet-Seiten erfüllen Straftatbestände wie beispielsweise Aufrufe zur Gewalt, Volksverhetzung oder Verbreitung von Symbolen nationalsozialistischer Organisationen. Auch Holocaust-Leugnern, die sich nach deutschem Recht strafbar machen, bietet das Internet eine Plattform. Etwa 25 Internet-Homepages mit revisionistischen Inhalten sind bekannt, die im Ausland mehrsprachig gestaltet werden.

Deutsche Provider haben wiederholt Homepages mit rechtsextremistischen Inhalten gesperrt.

Viele der rechtsextremistischen Homepages sprechen gerade Jugendliche an. Hier liegt aber die große Gefahr: Unbedarfte Internet-Surfer können solche Seiten nicht immer auf den ersten Blick als rechtsextremistisch erkennen.



[312] Anbieter von Internet-Dienstleistungen.

Homepages sächsischer Rechtsextremisten

Die Anzahl der von Rechtsextremisten aus dem Freistaat Sachsen betriebenen Homepages hat sich mit etwa 30 im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.[313]

Mit einem einheitlichen Erscheinungsbild präsentieren sich einerseits sächsische Kreisverbände der nicht militanten rechtsextremistischen Parteien DIE REPUBLIKANER (REP) und andererseits die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) im Internet.

Auf der Homepage der sächsischen REP stellen sich verschiedene Kreis- und Ortsverbände mit eigenen regelmäßig aktualisierten Angeboten vor. Zusätzlich gibt es hier auch Informationen des Landesvorstandes und der Bundespartei.
Dem Besucherzähler auf der Internet-Seite zufolge hat sich die Anzahl der Zugriffe im Berichtsjahr von ca. 50.000 auf fast 150.000 nahezu verdreifacht.

Im Jahr 2000 hat auch die NPD ihr Internet-Angebot erweitert. Es entstand eine eigene Homepage des Landesverbandes Sachsen, auf der die verschiedenen Kreisverbände (Kreisverbände Zwickau, Dresden und Löbau-Zittau) „verlinkt“[314] sind.

Auch rechtsextremistische Skinheads und Kameradschaften im Freistaat Sachsen präsentieren sich im Internet. Häufig gelingt es diesen Organisationen und Gruppen jedoch nicht, ihre Präsenz dauerhaft aufrechtzuerhalten. Bekannt wurden auch private Homepages von Skinheads aus Sachsen, die zeitweise im Internet abrufbar waren, darunter eine Homepage eines „Onkel Tom aus dem Reichsgau Sachsen“.
Auf den sächsischen Skinhead-Seiten besteht die Möglichkeit, rechtsextremistische Bands kennen zu lernen, deren Musik und Texte aufzurufen, aber auch Kontakt mit ihnen aufzunehmen. Die jugendgemäße Aufmachung solcher Homepages kann als Einstieg in die „rechte“ Szene gesehen werden, wobei besonders Musik - rassistische oder gewaltverherrlichende Texte mit bekannten Melodien unterlegt - eine wichtige Rolle spielt.

Rechtsextremisten verbreiten ihre Informationen auch auf speziellen, nicht öffentlich zugänglichen Seiten in passwortgeschützten Bereichen. Darüber hinaus dienen so genannte Chat-Räume[315] zum direkten Informationsaustausch.

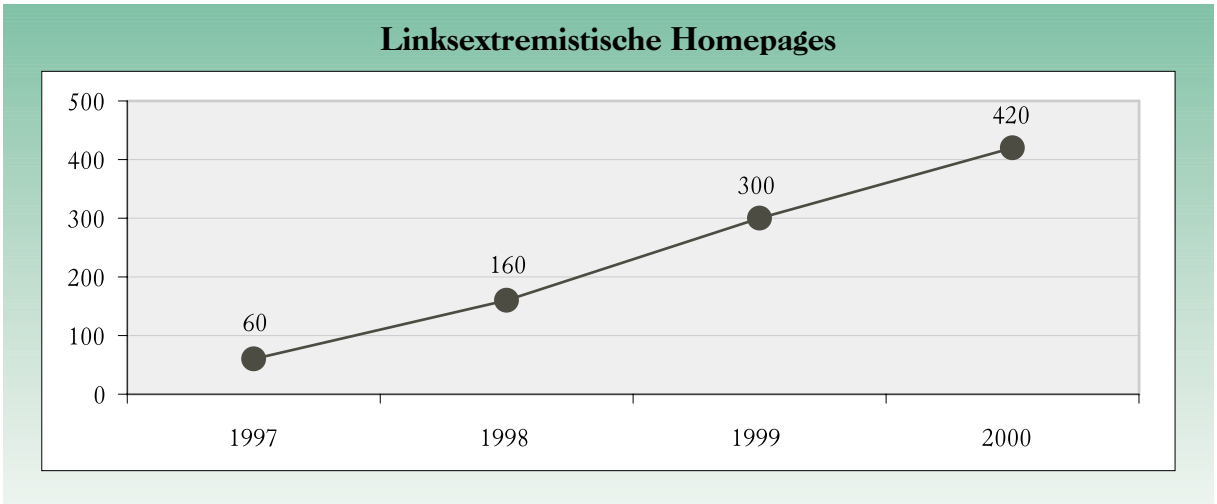
Linksextremistische Homepages

Seit etwa 1995 wird das Internet von Linksextremisten zur politischen Agitation genutzt. Darunter sind größere bundesweit aktive Organisationen, aber auch kleine und kleinste Gruppierungen.
Neben der Chance, deutsche Strafvorschriften zu umgehen, sehen Linksextremisten die Vorzüge des Internet in der nationalen/internationalen Verbreitung von Informationen (u. a. zur Propagierung politischer Ziele, Werbung neuer Mitglieder, Mobilisierung bei Aktionen). Weiter bietet das Internet günstige Möglichkeiten der Kommunikation und Archivierung älterer Texte. Insbesondere im Hinblick auf Schnelligkeit und Verbreitung ist das Internet anderen Kommunikationsmöglichkeiten überlegen.
Linksextremisten agieren zumindest in Teilbereichen konspirativ. Dabei kommt ihnen die Möglichkeit der neuen Medien, Informationen zu verschlüsseln oder durch Passwörter zu schützen, entgegen. Von den zur Verfügung stehenden Verschlüsselungsprogrammen ist das Programm „Pretty Good Privacy“ (PGP) das zur Zeit in der linksextremistischen Szene gebräuchlichste Verfahren.
Vor allem Autonome nutzen die Möglichkeiten der Anonymität im Internet, indem sie ausländische Provider nutzen.

Newsgroups[316] spielen in der linken Szene eine weitaus größere Rolle als bei Rechtsextremisten. Sie werden als Diskussionsform und zur Mobilisierung bei Demonstrationen eingesetzt. Teilweise sind auf Internet-Seiten nur eingegangene Nachrichten aus den verschiedenen linken Newsgroups eingestellt, was das Abfragen bei über 10.000 deutschsprachigen Newsgroups erleichtert.

Auch die Anzahl der linksextremistischen Homepages im Internet hat kontinuierlich zugenommen, jedoch nicht so stark wie die Anzahl der rechtsextremistischen Homepages.

[313] Erhebungen zu sächsischen rechtsextremistischen Internet-Präsentationen werden seit 1999 geführt. Aber auch davor wurde das Medium Internet in diesen Kreisen genutzt, allerdings in sehr geringem Umfang.
[314] Verweis in Internet-Seiten auf ein anderes Dokument.
[315] Dialog von Internet-Anwendern mittels Tastatur und Bildschirm.
[316] Netzwerk von Rechnern, die Nachrichten austauschen. Eine Newsgroup ist in der Regel auf ein spezielles Thema fixiert.



Die Seiten wirken - im Gegensatz zu denen der Rechtsextremisten - eher schlicht und beinhalten überwiegend Text.

Homepages sächsischer Linksextremisten

In Sachsen gibt es zur Zeit ca. 15 linksextremistische Homepages. Den Schwerpunkt bilden Homepages der autonomen Szene Leipzig und Dresden. Ferner gibt es zwei Homepages der ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN IN UND BEI DER PDS (AG JG). Auch der Landesverband Sachsen der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) und dessen Jugendverband SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ) sind mit einer Seite im Internet vertreten.

In der Hauptsache wird auf den Homepages zu Demonstrationen aufgerufen bzw. Informationen zu deren Nachbereitung veröffentlicht. Im Jahr 2000 waren es insbesondere Aktionen wie das antirassistische Grenzcamp, die Tagung des Internationalen Währungsfonds in Prag, die Gegenaktionen zu den Feierlichkeiten zum 3. Oktober 2000 in Dresden und die Demonstration „Save the Ressistance“ am 14. Oktober 2000 in Leipzig, die Aufmerksamkeit fanden.

Im Juli veröffentlichte das linksextremistische ANTIFA RECHERCHETEAM DRESDEN (ART) eine Informationsmappe „Der ganz normale Wahnsinn“ auf der Internetseite der Szenezeitschrift VENCEREMOS aus Dresden. Dort werden Daten und Bilder von Mitgliedern von Organisationen, wie der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO) und der INTERESSENGEMEINSCHAFT FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG GESAMTDEUTSCHLANDS e. V. (IWG) veröffentlicht. Bei einem der genannten Fahrzeuge wurde später eine Scheibe eingeschlagen.
Das ART veröffentlichte auch Beiträge auf anderen Dresdner Internetseiten, z. B. über die SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS).

Ausblick

Das Internet hat sich als das Medium des Kommunikationszeitalters herauskristallisiert. Jeder Nutzer kann sich dort ein nahezu grenzenloses Informationsangebot erschließen und weltweit kommunizieren. Die Bedeutung des Internet wird in Zukunft - auf Grund sinkender Computer-Preise und einfacher werdender Bedienbarkeit - sicherlich noch beträchtlich steigen.
Aber auch Extremisten werden ihre Präsenz im Internet weiter ausbauen, um ihre verfassungsfeindlichen Ideen und Zielsetzungen zu propagieren. Auf diesem Weg können sie wesentlich schneller und kostengünstiger ein breites Publikum erreichen. Die Zahl der Menschen, natürlich auch die an moderner Technologie besonders interessierte Jugend, die auf diese Weise mit extremistischer Propaganda in Berührung kommt, wird mit der absehbaren Expansion des Internet weiter wachsen.
Auf Grund der Möglichkeiten, die das Internet bietet, finden in Deutschland strafbare Symbole des Nationalsozialismus, Volksverhetzungen und revisionistische Texte wieder einfacher und damit weiter Verbreitung. Dies bedeutet auch, dass die Gefahr wächst, die mit der Strafbarkeit dieser Delikte unterbunden werden soll: Die verherrlichende Erinnerung an den Ungeist des Nationalsozialismus und der Angriff auf die Würde des Menschen.

Auszüge aus der Antragsschrift der Bundesregierung auf Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands vor dem Bundesverfassungsgericht[317]

Rechtsextremistische Aktivitäten haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Neonazistische Gruppen haben nicht nur häufiger demonstriert und verstärkt - z. B. über das Internet - Propaganda für ihre verfassungswidrigen Ziele betrieben, sondern sind auch immer gewalttätiger geworden. Menschen wurden und werden gejagt, geschlagen, ermordet.

Die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Sie wirbt mit zunehmendem Erfolg unter gewaltbereiten Jugendlichen Anhänger an, versucht, sozialen Protest in eine grundsätzliche Feindschaft gegenüber Demokratie und Rechtsstaat umzuprägen, verbreitet in geistiger Nähe zum Nationalsozialismus antisemitische und rassistische Äußerungen und verfassungswidrige Vorstellungen von einer totalitären Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie will die Organisationsform der politischen Partei für die Unterwanderung der parlamentarischen Demokratie nutzen. Für rechtsextremistische Jugendliche und neonazistische Kameradschaften hat sich die NPD „zu einem Dach und Schutzschild gegenüber dem demokratischen Staat entwickelt"[318] (...)

So können durch ein Parteiverbot zwar verfassungsfeindliche Meinungsäußerungen nicht verhindert werden, aber es kann verhindert werden, dass solche Meinungen weiterhin in dem organisatorischen Rahmen einer politischen Partei verbreitet werden. Das ist deshalb so bedeutsam, weil die parteipolitische Tätigkeit durch Art. 21 GG besonders geschützt („privilegiert") wird und weil Parteien, die nicht für verfassungswidrig erklärt worden sind, von Staat und Kommunen in mehrfacher Hinsicht unterstützt werden. Fallen diese Vorteile weg, so wird die Propaganda für verfassungsfeindliche Ideen erschwert, und die Organisation kann nicht mehr als Basis für gewalttätige Aktionen genutzt werden.

Der politische und moralische Schaden, der durch die NPD verursacht wird, kann mit anderen Mitteln nicht hinreichend abgewehrt werden. Selbst wenn zu befürchten ist, dass Ideen und Propaganda der NPD in anderen Organisationsformen auch nach einem Verbot der Partei weiter verbreitet werden, sind die Wertentscheidungen der Verfassung gegen so aggressive Feinde wie die NPD entschieden zu verteidigen.

Ablehnung des „Systems"

Die NPD kämpft gegen „das System", womit sie die freiheitliche Ordnung in Deutschland meint. Die NPD verwendet den Begriff in bewusster Anlehnung an den Nationalsozialismus, der dieses Wort verächtlich für die Weimarer Republik benutzte. (...)

Der Vorsitzende des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Hans Günter EISENECKER, erklärte laut Mitteilungsblatt des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, dass nur die NPD in Deutschland dem inzwischen für alle sichtbaren „Fäulnisprozess des Bonner Systems" eine glaubwürdige Alternative entgegenstellen könne. Er betont wörtlich:

> „Wir wollen nicht bewahren, wir wollen dieses System überwinden, weil davon das Überleben unseres Volkes abhängt."
> (ZÜNDSTOFF-DEUTSCHE STIMME FÜR BERLIN UND BRANDENBURG", Nr. 1/2000)

Die Redaktion der vom NPD/JN-Landesverband Baden-Württemberg herausgegebenen Publikation bekannte:

> „Nicht Mitregieren wollen wir, keine Beteiligung an der Macht streben wir an, von Reformen reden wir schon gar nicht, sondern wir wollen die absolute Macht in Deutschland, um unsere Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu verwirklichen und um das liberal-kapitalistische System durch unsere nationale, solidarische Volkswirtschaft zu ersetzen. Das, und nichts anderes, ist die deutsche Revolution."
> (SÜDWEST STIMME, Nr. 2/1998).

Rassistische Agitation

Die rassistische Programmatik zieht sich durch die gesamte Agitation und den Parteijargon. Fremdenfeindlichkeit erscheint danach als legitimes Mittel der „Arterhaltung", als ein biologisches und verpflichtendes Grundprinzip.

---

[317] Verschiedentliche Dopplungen im nachfolgenden Text sind beabsichtigt, um die - auch getrennte - Lesbarkeit der einzelnen Abschnitte zu gewährleisten.

[318] Formulierung von Bernd Wagner, Leiter des Zentrums Demokratische Kultur, Berlin bei einer Anhörung im Bundestagsinnenausschuss am 25. Oktober 2000 (schriftliche Stellungnahme, S. 5).

In ihrem Wahlprogramm zur Europawahl am 13. Juni 1999 beklagt die Partei einen nationalen Notstand u.a. als Folge einer „systematisch betriebenen ethnischen Überfremdung Deutschlands“, durch die „aus dem einst sozial ausgewogenen und geistig-kulturell leistungsfähigen Land der Deutschen bereits heute ein mit sozialen Sprengsätzen verminter Vielvölkerstaat auf kleinstem Raum“ geworden sei. (NPD-Wahlprogramm zur Europawahl am 13. 06. 1999)

In der vom JN-Bundesvorstand herausgegebenen Mitgliederzeitschrift erklärte der JN-Bundesvorsitzende ROßMÜLLER, die Publikation solle jedem Mitglied das Gefühl vermitteln, „im gleichgearteten, zielgerichteten Streben seiner Kameraden im übrigen Reichsgebiet, den gleichen ‚blutbewussten‘ Pulsschlag zu verspüren“. (DER AKTIVIST - MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER JN, 1999)

Im Bundestags- und Landtagswahlkampf erläuterte der frühere Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Ronny GRUBERT, die Bedeutung des von ihm geforderten nationalen Widerstandes:

> „Dass unsere Kinder nicht schwarz-weiß-gescheckt aussehen, sondern so, wie unsere Kinder schon vor Jahrhunderten ausgesehen haben.“ („Berliner Morgenpost“ vom 12.09.1998)

Im Oktober 1998 schrieb ein Autor unter dem Pseudonym ‚Stremme‘ in einem Mitteilungsblatt des NPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, heute seien „Rassenmischungen durch die moderne Informations- und Reisetechnik sehr gut möglich, obwohl Forschungen ergeben“ hätten, dass nur ca. 15 % der Bevölkerung bereit seien, Rassenschranken zu durchbrechen. Diese 15 % zähle man zu dem „genetischen Schrott“, der in jedem Volk vorhanden sei.
(DEUTSCHE ZUKUNFT - LANDESSPIEGEL NORDRHEIN-WESTFALEN, Nr. 10/1998).

Antisemitismus

Die Opfer des Völkermordes an den Juden werden geschmäht, u.a. mit Ausführungen wie den folgenden Auszügen aus dem Buch des seinerzeit (1998) stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD in Nordrhein-Westfalen:

> „Der Antisemitismus der Zwischenkriegszeit entstand, weil bereits in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts der jüdische Einfluss in alle Lebensbereiche eindrang und einen Generalangriff auf die deutsche Volksseele vornahm.”
>
> „Hitler mit seinem Antisemitismus war genau gesehen ein Glücksfall für die Juden. Aus diesem hitlerischen Antisemitismus entstand die euphorisch stimmende semitische Massenhysterie, die zur Gründung des Staates Israel führte, dessen nationalistischer Größenwahn bisher die Welt in Atem hält. So war nach Verständnis vieler Juden der letzte Weltkrieg ein Religions- und Rassenkrieg. Es ging darum, die arisch-nordische Rasse zu vernichten, die noch über die Kraft verfügte, sich gegen eine Weltherrschaft durch Juden zu wehren. Andere Völker ließ man weiterleben, wenn sie sich der jüdischen Heilswelt beugten. (...)“
>
> „Auschwitz ist für die Juden der ganzen Welt ein religiöser und politischer Angelpunkt geworden. (...) Wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte, müsste es für die Juden von heute erfunden werden. Denn Auschwitz ist die Machtergreifung durch das vernetzte Judentum.” (Wolfgang FRENZ, „Verlust der Väterlichkeit oder Das Jahrhundert der Juden“)

Zusammenarbeit mit Skinheads

Als „Zwischenschritt” zu ihrer „Machterlangung” will die NPD „Befreite Zonen” schaffen. Sie bedroht politische Gegner und Fremde und versucht, Menschen einzuschüchtern. Ihr Verhältnis zur Gewalt ist zumindest unklar; sie propagiert Gewalt als ein Mittel zur Durchsetzung ihrer revolutionären Ziele. Dabei verbündet sie sich mit Straftätern aus verschiedenen Teilen der rechtsextremistischen „Szene” und wirbt gewaltbereite Jugendliche an, z. B. Skinheads:

> „Die NPD hat keine Probleme, mit solchen Gruppen zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln. Dann zeigt sich auch, dass es sich i. d. R. um sehr wertvolle junge Menschen handelt, die es für den Wiederaufbau der Volksgemeinschaft zu gewinnen gilt.” (Das strategische Konzept der NPD)

Die Partei zielt beim Kampf um die Straße insbesondere auf die Jugend. Ihre Strategie ist dabei folgende:

> „Mobilisierbar sind heute in erster Linie jene Massen von jungen Menschen, die nicht nur um ihre berufliche Zukunft, sondern auch um ihr nationales und kulturelles Selbstwertgefühl betrogen werden, die sich zu Menschen zweiter Klasse herabgewürdigt fühlen und sich wie

Fremde im eigenen Land vorkommen. Wenn sich diese jungen Leute in eigenen Jugendkulturen, etwa Skinheadgruppen, zusammenschließen, so ist dies angesichts des Verfalls der Volksgemeinschaft in der BRD eine soziologische Selbstverständlichkeit, die hingenommen werden muss. Die NPD hat keine Probleme, mit solchen Gruppen zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln. Dann zeigt es sich auch, daß es sich i. d. R. um sehr wertvolle junge Menschen handelt, die es für den Wiederaufbau der Volksgemeinschaft zu gewinnen gilt."(Das strategische Konzept der NPD)

Schulung

Die NPD organisiert regelmäßige und systematische Schulungen für Funktionäre und Mitglieder. In dem in der Publikation WEG UND ZIEL vorgestellten Schulungskonzept werden als wichtigste Schulungsbereiche genannt: „Weltanschauung (Welt- u. Menschenbild), Agitprop, Politische Theorie". (...)

Die Organisation der Schulungen obliegt dem „Referat Schulung" im Parteivorstand. Eine Schulung auf der Ebene der „NPD-Basisgruppen" soll in erster Linie die Thesenpapiere der JN und das NPD-Parteiprogramm vermitteln. (WEG UND ZIEL - NATIONALISTISCHES SCHULUNGSHEFT Nr. 1/Januar-März 2000)

Auch die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN führen regelmäßige Schulungen durch. Sie unterscheiden zwischen Schulungen für Mitglieder/Interessierte sowie „Kader". Inhaltlich werden Themen behandelt wie z. B. politische Begriffe und Definitionen, geistige Grundlagen des Nationalismus (Menschenbild), „strukturelle Stärken und Schwächen des politischen Systems des Nationalsozialismus", „ideologische Grundlagen des Feindes".

Im Jahr 2000 fand auch wieder eine „Bundesosterschulung" in Oberwesel (Rheinland-Pfalz) mit fast 100 Teilnehmern statt.

Nach einer über Internet verbreiteten Mitteilung der JN fand im Jahr 2000 auch wieder das „traditionelle Pfingstzeltlager" der JN statt, und zwar auf dem Gelände einer „ehemaligen Nationalsozialistischen Bildungseinrichtung des Dritten Reiches in Sachsen-Anhalt" (Ballenstedt) mit mehr als 100 Teilnehmern. Schulungsort war eine ehemalige „Nationalpolitische Erziehungsanstalt" („Napola"), die 1936 unter der Bezeichnung „Napola Anhalt" errichtet worden war.

„National befreite Zonen"

Das Konzept der „Befreiten Zonen" wurde erstmals in einer Veröffentlichung des NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES (NHB) aus dem Jahre 1991 vorgestellt. Es heißt dort grundlegend:

> „Einmal ist es die Etablierung einer GEGENMACHT. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten (...). Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands."
> („Revolutionärer Weg konkret: Schafft befreite Zonen" in: VORDERSTE FRONT. ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE THEORIE & STRATEGIE, hrsg. vom NHB, Nr. 2, Juni 1991) (...)

In vielen Fällen ist es tatsächlich gelungen, „Angsträume" zu schaffen, z. B.:

Wurzen (Sachsen) war in der Vergangenheit Schauplatz für Straftaten von Rechtsextremisten. Als sich der NPD-Kreisverband in Wurzen gründete, fand die Szene einen organisatorischen Rückhalt. Die NPD bemühte sich tatsächlich, mit dem Aufbau ihres „Jugendzentrums" eine Region (hier ist allerdings nur eine begrenzte Lokalität als Region anzusehen) zu schaffen, die der Definition einer „national befreiten Zone" entsprach. Der Versuch scheiterte. Das Objekt wurde nach einer baupolizeilichen Schließung aufgegeben. NPD-Mitglieder agieren jedoch nach wie vor in Wurzen.

Strategisches Konzept, insbesondere der „Kampf um die Straße"

Die NPD hat zur Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele strategische Konzepte entwickelt. In dem „strategischen Konzept" von 1997 werden die „drei strategischen Säulen der NPD" dargestellt, nämlich „Programmatik" („Schlacht um die Köpfe"), „Massenmobilisierung" („Schlacht um die Straße") und „Wahlteilnahme" („Schlacht um die Wähler"). (...)

Zu der zweiten „strategischen Säule" heißt es in dem „strategischen Konzept", eine Partei wie die NPD könne „eine Massenwirkung nur durch die Mobilisierung der Straße erreichen". (Das strategische Konzept der NPD)

Ausdruck der an Etappenzielen ausgerichteten aggressiven Strategie der NPD ist das in diesem Zusammenhang zu sehende Konzept der „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition" (NAPO). Der NPD-Vorsitzende VOIGT umschrieb dies auf dem Passauer Parteitag 1998 als Synonym für den „Nationalen Widerstand". (Pressemitteilung der NPD vom 09.02.1998)

Laut Voigt hat die Partei den „Kampf um die Straße als Speerspitze der 'Nationalen Außerparlamentarischen Opposition', (...) aufgenommen". (DEUTSCHE STIMME, Nr. 4/2000)

Der Beginn des dargestellten Wandels von einer „Altherrenpartei" hin zu einer Partei, die gemäß einem neuen Strategiekonzept („Kampf um die Straße") insbesondere auch auf Massenmobilisierung auf der Straße setzt und die ihre verfassungsfeindlichen Ziele nicht nur verbal äußert, sondern sie auch in einer aktiv kämpferischen und aggressiven Weise umsetzt, hat mit dem Wechsel des Parteivorsitzes DECKERT/VOIGT eingesetzt.

Der Bundesvorsitzende VOIGT konstatierte im März 2000:

> „Wir setzen uns mehr und mehr auf der Straße durch und haben allen Unkenrufen zum Trotz dort überdurchschnittliche Ergebnisse gehabt, wo wir demonstriert haben (...) Neu wird die Konsequenz in der Durchsetzung unserer Ziele sein. (...) Unser revolutionärer Kampf fängt jetzt erst richtig an." (Beilage „Aufbruch 2000", in: DEUTSCHE STIMME, Nr. 3/2000)

Das aktiv kämpferische und aggressive Element des „Kampfes um die Straße" wird auch aus folgender Aussage des NPD-Bundespräsidiumsmitgliedes Per Lennart AAE deutlich:

> „Dabei verstehen wir Nationaldemokraten unter Widerstand stets immer nur gewaltfreien, geistigen Widerstand, was freilich nicht ausschließt - ganz im Gegenteil -, dass wir die Wut des Volkes auf die Straße tragen (...)". (DEUTSCHE STIMME, Nr. 5/1997)

Umwerbung Jugendlicher

Die Partei zielt beim Kampf um die Straße insbesondere auf die Jugend. Ihre Strategie ist dabei folgende:

> „Mobilisierbar sind heute in erster Linie jene Massen von jungen Menschen, die nicht nur um ihre berufliche Zukunft, sondern auch um ihr nationales und kulturelles Selbstwertgefühl betrogen werden, die sich zu Menschen zweiter Klasse herabgewürdigt fühlen und sich wie Fremde im eigenen Land vorkommen. Wenn sich diese jungen Leute in eigenen Jugendkulturen, etwa Skinheadgruppen, zusammenschließen, so ist dies angesichts des Verfalls der Volksgemeinschaft in der BRD eine soziologische Selbstverständlichkeit, die hingenommen werden muss. Die NPD hat keine Probleme, mit solchen Gruppen zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln. Dann zeigt es sich auch, dass es sich i. d. R. um sehr wertvolle junge Menschen handelt, die es für den Wiederaufbau der Volksgemeinschaft zu gewinnen gilt." (Das strategische Konzept der NPD)

Der Parteivorsitzende Udo VOIGT erklärte:

> „(...) Bei einer solchen Lage, darf ich nicht fragen, wo du herkommst oder die Leute danach beurteilen oder sagen, ja weil er eine Glatze hat, setz' ich mich nicht für den ein, das sind ja Skinheads. Ja, werte Freunde, was sind denn Skinheads? Skinheads sind deutsche Arbeiterkinder. Das sind Produkte dieses Staates. (...) Hab' ich mir wirklich abgewöhnt, Leute nach der Haarpracht politisch einzuschätzen oder wo er früher gewesen ist. Bei welcher Organisation, oder ob er vielleicht mal wegen eines politischen, wegen einer politischen Sache im Gefängnis war. (...) Werte Freunde, das spielt doch alles keine Rolle. Es ist 5 Minuten vor 12. Wir kämpfen heute um Deutschland. Und wenn wir heute um Deutschland kämpfen, dann fragen wir nicht danach was gestern war. Was gestern einer getan hat. Wenn er sich heute einbringt, wenn er sich heute unserer Organisationsdisziplin unterwirft, wenn er heute Mitglied in unserer Bewegung wird und mit dabei sein will, wenn wir eines Tages den Etablierten Dampf machen, dann ist er bei uns willkommen, vollkommen egal was er war." (Rede von Udo VOIGT am 23.07.1998 in Kaufbeuren)

Tatsächlich gelingt es der NPD auch, unter der Ägide VOIGTs vornehmlich junge Menschen für sich zu gewinnen: Nach seinen Angaben betrug das Durchschnittsalter eines Neumitglieds 1999 25 Jahre. (HAMBURGER STURM, Herbst 1999)

Die Partei arbeitet unter Udo Voigt mit zunehmendem Erfolg darauf hin, ihr einstiges Image einer „Altherrenpartei" abzulegen. Ihr Mitgliederaufschwung ist im Wesentlichen auf einen Zulauf junger Menschen zurückzuführen. Der Bundesvorsitzende erklärt diesen Mitgliederzuwachs damit, dass die Partei „wieder vermehrt Großdemonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit" durchführt, die Jugend anspricht; er denkt, „dass das eine Resonanz gefunden hat und deswegen der Zulauf gekommen ist."

Allerdings handelt es sich nur um einen spezifischen Teil der Jugend, der stark rechtsextremistisch geprägt ist und durch das entsprechende, auf diese Zielgruppe zugeschnittene, aktionsorientierte Angebot - bestehend aus Demonstrationen, (Skinhead-) Konzerten, Kameradschaftsabenden, Aktivitäten in einzelnen Jugendclubs oder dem Versand einschlägiger Devotionalien des DEUTSCHE STIMME-Verlags - angezogen wird. Dabei hängt die Bindungskraft nicht selten auch von einzelnen Funktionären ab, wie beispielsweise bis Frühjahr 2000 von Steffen Hupka in Sachsen-Anhalt. In regional unterschiedlicher Intensität konkurriert die NPD zusätzlich noch mit „Freien Kräften" um diese Klientel.

Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus

Trotz des zeitlichen Abstandes zum Nationalsozialismus ist die Ähnlichkeit der Denk- und Redeweise sowie der politischen Konzepte und Praxis zwischen der NPD und dem Nationalsozialismus unverkennbar. (...)

Die führenden Personen der NPD sind zwar keine Mitglieder der nationalsozialistischen Partei gewesen, sie sind überwiegend erst nach 1945 geboren, aber sie vertreten dieselben Vorstellungen von einer rassisch oder „kulturell" geprägten „Volksgemeinschaft", schwärmen in derselben Weise von der Wiederherstellung des deutschen „Reiches" zu Lasten der Nachbarvölker und propagieren auf Grund derselben Verschwörungstheorien über das „internationale Judentum" denselben aggressiven Antisemitismus, der sie zum Bestreiten oder Verharmlosen der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen veranlasst. Sie äußern Verehrung für führende Vertreter des NS-Regimes, feiern das Gedenken an sie und benutzen Formensprache, Begriffe und Kennzeichen der NSDAP sowie ihrer Nebenorganisationen, insbesondere der Waffen-SS. Sie diffamieren die Institutionen des Parlamentarismus, die demokratischen Parteien und ihre Politiker in derselben Weise, wie die Nationalsozialisten die Weimarer Republik und ihre Repräsentanten verunglimpft haben, und bedrohen alle Gegner mit gewalttätiger Rache.

Verfassungsschutz durch Aufklärung – Öffentlichkeitsarbeit

Zu den gesetzlichen Aufgaben des LfV Sachsen gehört die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten. Mit ihr leistet es einen wichtigen Präventionsbeitrag, der die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördert. Im Freistaat Sachsen wurde auch im Berichtsjahr Öffentlichkeitsarbeit in vielfältiger Form durchgeführt: Vorträge an Schulen, bei Jugendeinrichtungen und Institutionen sowie das Verteilen zahlreicher Publikationen vermittelten Kenntnisse über verfassungsfeindliche Zielsetzungen und Aktivitäten. Auf diese Weise werden die Bürgerinnen und Bürger für die Gefahren sensibilisiert, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch Extremismus jeglicher Couleur drohen. Zwar lebt die Demokratie von der Verschiedenartigkeit der Meinungen und der daraus resultierenden konstruktiven Diskussion, jedoch darf dies nicht dazu führen, dass die Gegner der Demokratie diese Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden dazu benutzen, unsere Staatsordnung zu gefährden.

Auch im Berichtsjahr sah das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen eine vordringliche Aufgabe darin, besonders junge Menschen über die Absichten extremistischer Bestrebungen aufzuklären. In Fortsetzung der seit 1991 durchgeführten Aufklärungskampagne „FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - gegen Fremdenhass“ gingen auch im Jahr 2000 vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen vielfältige Aktivitäten aus, um über Extremismus im Allgemeinen und über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als Elemente rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda im Besonderen aufzuklären. Wie bereits in den Vorjahren wurde dazu wiederum die Wanderausstellung „Biedermänner und Brandstifter - Gewalt von rechts im Freistaat Sachsen“[319] eingesetzt. Die Ausstellung, die seit 1997 bereits an 45 Bildungseinrichtungen des Freistaates sowie kommunalen Einrichtungen und Standorten der Bundeswehr gezeigt wurde, soll nicht nur über Zusammenhänge und Hintergründe von Rechtsextremismus und Gewalt aufklären, sondern ebenso zum Nachdenken und gegebenenfalls auch zum Umdenken anregen, die Diskussion über Rechtsextremismus nachhaltig beleben und für ein Klima der Toleranz gegenüber Fremden werben. Im Rahmen der im Berichtszeitraum verstärkt geführten Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus war die Ausstellung außerdem Teil von Projekten zur Gewaltprävention bzw. regionaler Aktionen gegen Extremismus und Ausländerfeindlichkeit.[320]

Begleitend zur Ausstellung führten Mitarbeiter des LfV Gespräche mit den Gemeinschaftskunde- und Ethiklehrern, Sozialarbeitern und Mitarbeitern von Jugendeinrichtungen, um sie mit dem Anliegen der Ausstellung bekannt zu machen. In den Pädagogen werden besonders geeignete Multiplikatoren gesehen, die neben der Familie am ehesten in der Lage sind, positiv auf Kinder und Jugendliche einzuwirken.

Besonderen Wert legt das LfV Sachsen auf Kontaktarbeit vor Ort, d. h. an Brennpunkten der Sozialarbeit wie Jugendfreizeittreffs, sozialen Einrichtungen u. ä. So wurde die Ausstellung beispielsweise im Herbst des Berichtsjahres im Kirschberghaus in Leipzig-Grünau (ehemals Treffpunkt von Rechtsextremisten) präsentiert.

Darüber hinaus informierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV Sachsen in rund 100 Vortragsveranstaltungen an Schulen, Oberschulämtern, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz, der Bundeswehr und in öffentlichen Gesprächsrunden über politischen Extremismus allgemein sowie speziell über dessen Erscheinungsformen und Aktivitäten im Freistaat Sachsen.

Gegenwärtig ist das LfV Sachsen bestrebt, gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der sächsischen Polizei, dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus und anderen interessierten Einrichtungen ein Modellprojekt zur Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen in der Öffentlichkeit - insbesondere bei Jugendlichen - zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit der Wanderausstellung, aber auch im Rahmen der sonstigen Öffentlichkeitsarbeit wurden kostenlos ca. 40.000 Broschüren (teilweise über das Internet) zu relevanten Themen des Verfassungsschutzes verteilt. Dazu gehören u. a.:

- Verfassungsschutzberichte
- „Aufgaben, Befugnisse und Rechte des Verfassungsschutzes in einem demokratischen Rechtsstaat“
- „Autonome im Freistaat Sachsen“

[319] Der Titel ist dem Stück „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch entlehnt, das präzise eine Geisteshaltung entlarvt, die der Technik des Totalitären zum Erfolg verhilft. Herrn Biedermann zeichnet in Frisch's Darstellung das kategorische Bedürfnis nach Ruhe und Frieden aus. Offenkundige Tatsachen, die auf sein eigenes Verderben hinweisen, will er nicht sehen und dementsprechend auch keine Konsequenzen ziehen. Diese spießbürgerliche Vertrauensseligkeit, die hofft, dass die Katastrophe durch die Brandstifter ausbleibt, ließe sich in unserer Gegenwart vergleichen mit dem Nichtsehenwollen und Ignorieren von extremistischen Erscheinungen in unserer Gesellschaft.

[320] An der Ausstellung interessierte Einrichtungen wenden sich bitte an die Stabsstelle des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, Tel: 0351/ 8 58 50.

Verfassungsschutz auf einen Blick

Aufgaben und Organisation

Am 3. November 1992 errichtete die Sächsische Staatsregierung das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV Sachsen) im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern.

Der gesetzliche Auftrag ist in dem Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen vom 16. Oktober 1992 festgelegt (vgl. Gesetzesanhang). Danach hat das LfV Sachsen den Auftrag, die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu schützen. Diese Aufgabe hat es durch das Sammeln und Auswerten von Informationen zu erfüllen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um Informationen über:

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben (hiermit sind insbesondere der Rechts- und Linksextremismus/-terrorismus umschrieben)
- Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht (hiermit sind gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Spionageaktivitäten gemeint)
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (Aktivitäten extremistischer/terroristischer Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland sind hier zu erfassen)
- Fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Freistaat Sachsen (damit sind Aktivitäten ehemaliger Mitarbeiter des MfS gemeint, die auf extremistische Ziele hinwirken oder Spionageaktivitäten nachgehen)

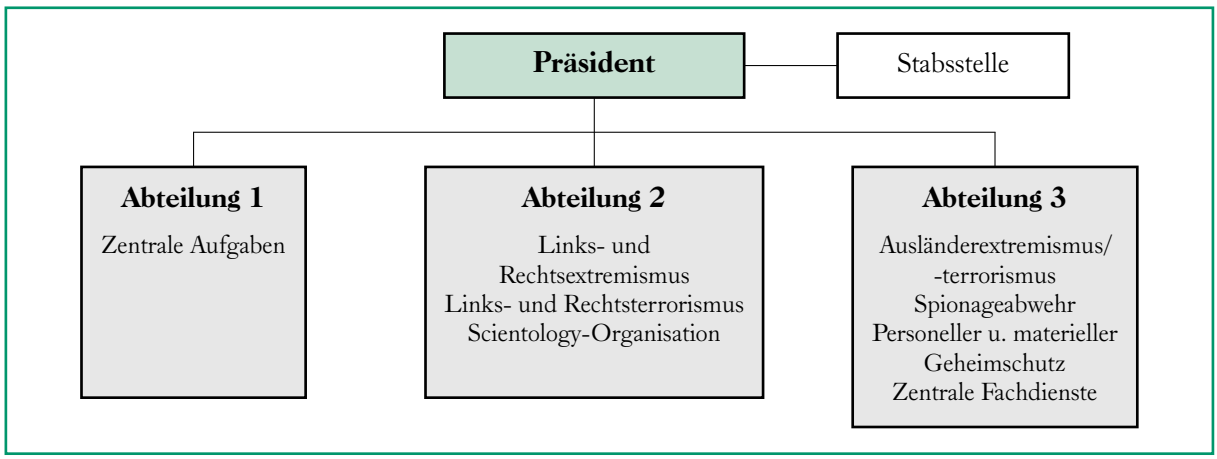
Neben diesen originären Aufgaben nimmt das LfV Sachsen so genannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die auf Grund ihrer Tätigkeit als Geheimnisträger eingestuft werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

Ebenso wird das LfV Sachsen im Einzelfall auf Ersuchen beteiligt bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass der Betroffene gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern, wenn ein Verdacht der Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Sicherheit oder der Beeinträchtigung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland besteht,
- anderen Überprüfungen, wenn ein Gesetz dies vorsieht.

Zum 31. Dezember 2000 hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 201 Mitarbeiter. Organisatorisch ist es in 3 Abteilungen und eine Stabsstelle gegliedert:



Mittel der Aufgabenerfüllung

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Er wertet z. B. die Publikationen der extremistischen Organisationen, die Reden ihrer Funktionäre, die Inhalte der Parteiprogramme und anderes offenes Material aus. Daneben können nachrichtendienstliche Mittel zur Aufklärung eingesetzt werden, wenn z. B. eine extremistische Organisation ihre Absichten nicht öffentlich kundtut. Unter nachrichtendienstlichen Mitteln versteht man unter anderem:

- den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen (V-Leuten), das heißt von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation von Personen (verdeckte Beobachtung),
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verdeckt werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen.

Der Eingriff in das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses ist in einem besonderen Gesetz geregelt (vgl. Gesetzesanhang: Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen).

Telefongespräche dürfen danach nur mitgehört und aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn ein Verdacht besteht, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z. B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant sind oder begangen wurden. Die Voraussetzungen für einen solchen Eingriff sind gesetzlich im Detail aufgeführt.

Der Verfassungsschutz unterliegt hierbei einer strengen Kontrolle. Eine Maßnahme zur Überwachung des Brief-, Post- oder Fernmeldeverkehrs einer Person muss nach entsprechender Prüfung vom Staatsminister des Innern persönlich oder von seinem Stellvertreter angeordnet werden. Eine vom Parlament gewählte Kommission, die so genannte G-10 Kommission, ist über die Anordnung zu unterrichten, die nochmals prüft und letztlich entscheidet, ob die Voraussetzungen für die Durchführung der Maßnahme gegeben sind. Hält die Kommission eine Überwachung für unzulässig oder für nicht mehr notwendig, darf sie nicht eingeleitet oder ggf. fortgesetzt werden.

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert. Über das Ergebnis seiner Analysen, sofern es erforderlich und gesetzlich zulässig ist, unterrichtet das LfV Sachsen

- das Staatsministerium des Innern,
- andere Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaft und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- die Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- als Grundlage für Entscheidungen über Maßnahmen wie beispielsweise Vereinsverbote oder Anträge auf Parteienverbote beim Bundesverfassungsgericht,
- zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten,
- zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und
- zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, um die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus zu unterstützen.

Verfassungsschutz und Polizei

Der Verfassungsschutz ist in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich als Beobachtungsbehörde eingerichtet.

Er soll frühzeitig, wenn erforderlich mit nachrichtendienstlichen Mitteln, Informationen über extremistische Bestrebungen und Spionagetätigkeiten sammeln. Gefahren sollen hierdurch rechtzeitig erkannt werden. Zwangsbefugnisse, wie sie die Polizei hat, stehen dem Verfassungsschutz nicht zu. Der Verfassungsschutz darf weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder

Gegenstände beschlagnahmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. In der Sächsischen Verfassung wie auch im Sächsischen Verfassungsschutzgesetz ist das Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz verankert.

Kontrollorgane

Das LfV Sachsen unterliegt umfangreichen und vielfältigen Kontrollen.

Es wird kontrolliert durch:

- *das Sächsische Staatsministerium des Innern*
  Als Fachaufsichtsbehörde kontrolliert es die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen.
  Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.

- *die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages*
  Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über das LfV Sachsen und hinsichtlich der Tätigkeit des LfV Sachsen.
  Die Sächsische Verfassung schreibt eine solche besondere Kontrolle, insbesondere beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, vor.

- *die G-10 Kommission*
  Diese Kommission prüft insbesondere die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz.

- *den Sächsischen Datenschutzbeauftragten*
  Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz, d. h. ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig verarbeitet.
  Jeder kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Bearbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.

- *die Gerichte*
  Jeder Bürger hat die Möglichkeit, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn er geltend macht, durch die Maßnahme in seinen Rechten verletzt zu sein.

- *die Öffentlichkeit*
  Durch die Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit und damit auch ihrer Kontrolle zugänglich gemacht.

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen

(Sächsisches Verfassungsschutzgesetz - SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt: Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1 Organisation, Zuständigkeit
§ 2 Aufgaben
§ 3 Begriffsbestimmungen
§ 4 Allgemeine Befugnisse
§ 5 Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

Zweiter Abschnitt: Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
§ 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
§ 8 Einrichtungsanordnung
§ 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt: Übermittlungsvorschriften

§ 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen
§ 11 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
§ 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
§ 13 Übermittlungsverbote
§ 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
§ 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vierter Abschnitt: Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

§ 16 Parlamentarische Kontrollkommission
§ 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
§ 18 Einschränkung von Grundrechten

Fünfter Abschnitt: Schlußbestimmung

§ 19 Inkrafttreten

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1 Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig
1. für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes im Freistaat Sachsen und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

§ 2 Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über
1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, daß für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit
1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, daß sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der Einbürgerungsbehörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern, wenn der Verdacht auf Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Sicherheit oder der Beeinträchtigung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland besteht,
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, daß es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 1 und 2 kann das Landesamt für Verfassungsschutz weitergehende Ermittlungen durchführen.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, daß Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind
1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluß handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:
1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;

2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
6. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 4 Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutze der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz) vom 11. November 1991 (SächsGVBI. S. 401).

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5 Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß
1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) Der Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich der Artikel 13 des Grundgesetzes und Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen, ohne daß eine für den Verfassungsschutz tätige Person anwesend ist, darf nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit erfolgen. In diesen Fällen gelten das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949); zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), mit Ausnahme von § 9 Abs. 6, und die Ausführungsregelungen des Freistaates Sachsen in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. Die Abwägung der widerstreitenden Rechtsgüter hat in diesem Fall unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu erfolgen.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz bleibt unberührt.

(5) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

Zweiter Abschnitt

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nrn. 4, 5 und 6 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfaßt werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muß erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherungsdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Eine Speicherung von personenbezogenen Daten über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres ist nicht zulässig. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 sind spätestens zehn Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten Information zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter stellt im Einzelfall fest, daß die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten gespeicherten personenbezogenen Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, daß ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden und die Daten für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen. Akten, in denen personenbezogene Daten gespeichert sind, sind zu vernichten, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.

§ 8 Einrichtungsanordnung

(1) Für jede automatisierte Datei des Landesamtes für Verfassungsschutz, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, ist in einer Einrichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:
1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherungsdauer,
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Nummer 5 ist auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut sind, dem die Dateien zugeordnet sind.

(2) Vor Erlaß und vor wesentlichen Änderungen der Einrichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9 Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit
1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt

Übermittlungsvorschriften

§ 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekanntgewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekanntgewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen.
Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozeßordnung bekanntgeworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, daß jemand eine der in § 2 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 7 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz entsprechende Anwendung.

§ 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienstellen von sich aus die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind die in §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen aufgrund ihrer Zielsetzung, der Motive von Tätern oder deren Verbindungen zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind. Absatz 1 bleibt unberührt.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter die Zustimmung erteilt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu

machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 13 Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11 und 12 unterbleibt, wenn
1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Information und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, daß dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten nur bekanntgegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

§ 16 Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie die Herstellung des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.
(3) Die Unterrichtung umfaßt nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern das Gremium nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18 Einschränkung von Grundrechten

(1) Durch Maßnahmen nach § 5 Abs. 3 kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 des Grundgesetzes und nach Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen eingeschränkt werden.

(2) Durch Maßnahmen nach § 2 Abs. 3, §§ 5 bis 15 kann das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung nach Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt

Schlußbestimmung

§ 19 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(Das Gesetz wurde am 22.10.1992 verkündet.)

Gesetz zur Neuregelung von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses

Vom 26. Juni 2001

Der Bundestag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz –G 10)

ABSCHNITT 1
Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Gegenstand des Gesetzes

(1) Es sind

1. die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages,
2. der Bundesnachrichtendienst im Rahmen seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 des BND-Gesetzes auch zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 bis 6 und § 8 Abs. 1 Satz 1 bestimmten Zwecken

berechtigt, die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen, in den Fällen der Nummer 1 auch die dem Brief- oder Postgeheimnis unterliegenden Sendungen zu öffnen und einzusehen.

(2) Soweit Maßnahmen nach Absatz 1 von Behörden des Bundes durchgeführt werden, unterliegen sie der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium und durch eine besondere Kommission (G-10-Kommission).

§ 2 Pflichten der Anbieter von Post- und Telekommunikationsdiensten

(1) Wer geschäftsmäßig Postdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände des Postverkehrs zu erteilen und Sendungen, die ihm zum Einsammeln, Weiterleiten oder Ausliefern anvertraut sind, auszuhändigen. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat der berechtigten Stelle auf Verlangen die zur Vorbereitung einer Anordnung erforderlichen Auskünfte zu Postfächern zu erteilen, ohne dass es hierzu einer gesonderten Anordnung bedarf. Wer geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirkt, hat der berechtigten Stelle auf Anordnung Auskunft über die näheren Umstände der nach Wirksamwerden der Anordnung durchgeführten Telekommunikation zu erteilen, Sendungen, die ihm zur Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg anvertraut sind, auszuhändigen sowie die Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation zu ermöglichen. Ob und in welchem Umfang der nach Satz 3 Verpflichtete Vorkehrungen für die technische und organisatorische Umsetzung der Überwachungsmaßnahme zu treffen hat, bestimmt sich nach § 88 des Telekommunikationsgesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnung.

(2) Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat vor Durchführung einer beabsichtigten Beschränkungsmaßnahme die Personen, die mit der Durchführung der Maßnahme betraut werden sollen,

1. einer einfachen Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu lassen und
2. über Mitteilungsverbote nach § 17 sowie die Strafbarkeit eines Verstoßes nach § 18 zu belehren; die Belehrung ist aktenkundig zu machen.

Mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme dürfen nur Personen betraut werden, die nach Maßgabe des Satzes 1 überprüft und belehrt worden sind. Der nach Absatz 1 Satz 1 oder 3 Verpflichtete hat sicherzustellen, dass die Geheimschutzmaßnahmen nach den Abschnitten 1.1 bis -1.4, 1.6, 2.1 und 2.3 bis 2.5 der Anlage 7 zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen vom 29. April 1994 (GMBl. S. 674) getroffen werden.

(3) Die Sicherheitsüberprüfung nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 ist entsprechend dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchzuführen. Für Beschränkungsmaßnahmen einer Landesbehörde gilt dies nicht, soweit Rechtsvorschriften des Landes vergleichbare Bestimmungen enthalten; in diesem Fall sind die Rechtsvorschriften des Landes entsprechend anzuwenden. Zuständig ist bei Beschränkungsmaßnahmen von Bundesbehörden das Bundesministerium des Innern; im Übrigen sind die nach Landesrecht bestimmten Behörden zuständig. Soll mit der Durchführung einer Beschränkungsmaßnahme eine Person betraut werden, für die innerhalb der letzten fünf Jahre bereits eine gleich- oder höherwertige Sicherheitsüberprüfung nach Bundes- oder Landesrecht durchgeführt worden ist, soll von einer erneuten Sicherheitsüberprüfung abgesehen werden.

ABSCHNITT 2
Beschränkungen in Einzelfällen

§ 3 Voraussetzungen

(1) Beschränkungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 dürfen unter den dort bezeichneten Voraussetzungen angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand

1. Straftaten des Friedensverrats oder des Hochverrats (§§ 80 bis 83 des Strafgesetzbuches),
2. Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84 bis 86, 87 bis 89 des Strafgesetzbuches, § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 des Vereinsgesetzes),
3. Straftaten des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§§ 94 bis 96, 97a bis 100a des Strafgesetzbuches),
4. Straftaten gegen die Landesverteidigung (§§ 109e bis 109g des Strafgesetzbuches),
5. Straftaten gegen die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrages (§§ 87, 89, 94 bis 96, 98 bis 100, 109e bis 109g des Strafgesetzbuches in Verbindung mit Artikel 7 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 11. Juni 1957 (BGBl. I S. 597) in der Fassung des Gesetzes vom 25. Juni 1968 (BGBl. I S. 741),
6. Straftaten nach
   a) den §§ 129a und 130 des Strafgesetzbuches sowie
   b) den §§ 211, 212, 239a, 239b, 306 bis 306c, 308 Abs. 1 bis 3, § 315 Abs. 3, § 316b Abs. 3 und § 316c Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches, soweit diese sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten, oder
7. Straftaten nach § 92 Abs. 1 Nr. 7 des Ausländergesetzes plant, begeht oder begangen hat. Gleiches gilt, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

(2) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Sie darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige ihren Anschluss benutzt. Maßnahmen, die sich auf Sendungen beziehen, sind nur hinsichtlich solcher Sendungen zulässig, bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie von dem, gegen den sich die Anordnung richtet, herrühren oder für ihn bestimmt sind. Abgeordnetenpost von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und der Parlamente der Länder darf nicht in eine Maßnahme einbezogen werden, die sich gegen einen Dritten richtet.

§ 4 Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Übermittlungen, Zweckbindung

(1) Die erhebende Stelle prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen ihrer Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 1 Abs. 1 Nr. 1 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die Daten für diese Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Sie unterbleibt, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 1 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfang aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 1 Abs. 1 Nr. 1 und den in Absatz 3 genannten Zwecken verwendet werden.

(3) Der Behördenleiter oder sein Stellvertreter kann anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung einer Beschränkungsmaßnahme nicht zu gefährden, und die G-10-Kommission oder, soweit es sich um die Übermittlung durch eine Landesbehörde handelt, die nach Landesrecht zuständige Stelle zugestimmt hat. Bei Gefahr im Verzuge kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden.

Wird die Zustimmung versagt, ist die Kennzeichnung durch den Übermittlungsempfänger unverzüglich nachzuholen; die übermittelnde Behörde hat ihn hiervon zu unterrichten.

(4) Die Daten dürfen nur übermittelt werden

1. zur Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten, wenn
   a) tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdach bestehen, dass jemand eine der in § 3 Abs. 1 genannten Straftaten plant oder begeht,
   b) bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine sonstige in § 7 Abs. 4 Satz 1 genannte Straftat plant oder begeht,
2. zur Verfolgung von Straftaten, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Nummer 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat, oder
3. zur Vorbereitung und Durchführung eines Verfahrens nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes oder einer Maßnahme nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,

soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich sind.

(5) Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter der übermittelnden Stelle, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchsten sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle unverzüglich über die erfolgte Löschung.

ABSCHNITT 3
Strategische Beschränkungen

§ 5 Voraussetzungen

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen, soweit eine gebündelte Übertragung erfolgt, angeordnet werden. Die jeweiligen Telekommunikationsbeziehungen werden von dem nach § 10 Abs. 1 zuständigen Bundesministerium mit Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bestimmt. Beschränkungen nach Satz 1 sind nur zulässig zur Sammlung von Informationen über Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr

1. eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland,
2. der Begehung internationaler terroristischer Anschläge mit unmittelbarem Bezug zur Bundesrepublik Deutschland,
3. der internationalen Verbreitung von Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen sowie des unerlaubten Außenwirtschaftsverkehrs mit Waren, Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien in Fällen von erheblicher Bedeutung,
4. der unbefugten Verbringung von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge in die Bundesrepublik Deutschland,
5. der Beeinträchtigung der Geldwertstabilität im Euro-Währungsraum durch im Ausland begangene Geldfälschungen oder
6. der international organisierten Geldwäsche in Fällen von erheblicher Bedeutung

rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen. In den Fällen von Satz 3 Nr. 1 dürfen Beschränkungen auch für Postverkehrsbeziehungen angeordnet werden; Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Bei Beschränkungen von Telekommunikationsbeziehungen darf der Bundesnachrichtendienst nur Suchbegriffe verwenden, die zur Aufklärung von Sachverhalten über den in der Anordnung bezeichneten Gefahrenbereich bestimmt und geeignet sind. Die Suchbegriffe dürfen keine Identifizierungsmerkmale enthalten, die zu einer gezielten Erfassung bestimmter Telekommunikationsanschlüsse führen. Dies gilt nicht für Telekommunikationsanschlüsse im Ausland, sofern ausgeschlossen werden kann, dass Anschlüsse, deren Inhaber oder regelmäßige Nutzer deutsche Staatsangehörige sind, gezielt erfasst werden. Die Durchführung ist zu protokollieren. Die Protokolldaten dürfen ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr der Protokollierung folgt, zu löschen.

§ 6 Prüf-, Kennzeichnungs- und Löschungspflichten, Zweckbindung

(1) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgaben allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten für die in § 5 Abs. 1 Satz 3 bestimmten Zwecke erforderlich sind. Soweit die

Daten für die Zwecke nicht erforderlich sind und nicht für eine Übermittlung an andere Stellen benötigt werden, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. Außer in den Fällen der erstmaligen Prüfung nach Satz 1 unterbleibt die Löschung, soweit die Daten für eine Mitteilung nach § 12 Abs. 2 oder für eine gerichtliche Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschränkungsmaßnahme von Bedeutung sein können. In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur zu diesen Zwecken verwendet werden.

(2) Die verbleibenden Daten sind zu kennzeichnen. Nach einer Übermittlung ist die Kennzeichnung durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Die Daten dürfen nur zu den in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Zwecken und für Übermittlungen nach § 7 Abs. 1 bis 4 verwendet werden.

§ 7 Übermittlungen durch den Bundesnachrichtendienst

(1) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in § 5 Abs. 1 Satz 3 genannten Gefahren übermittelt werden.

(2) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen an die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie an den Militärischen Abschirmdienst übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Daten erforderlich sind zur Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, oder
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht begründen.

(3) Durch Beschränkungen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 Nr. 3 erhobene personenbezogene Daten dürfen an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Kenntnis dieser Daten erforderlich ist

1. zur Aufklärung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr über Umstände, die für die Einhaltung von Beschränkungen des Außenwirtschaftsverkehrs von Bedeutung sind, oder
2. im Rahmen eines Verfahrens zur Erteilung einer ausfuhrrechtlichen Genehmigung oder zur Unterrichtung von Teilnehmern am Außenwirtschaftsverkehr, soweit hierdurch eine Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Gütern begründet wird.

(4) Durch Beschränkungen nach § 5 erhobene personenbezogene Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die mit polizeilichen Aufgaben betrauten Behörden übermittelt werden, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand
   a) Straftaten nach den §§ 129a, 146, 151 bis 152a oder 261 des Strafgesetzbuches,
   b) Straftaten nach § 34 Abs. 1 bis 6 und 8, §35 des Außenwirtschaftsgesetzes, §§ 19 bis 21 oder 22a Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen oder
   c) Straftaten nach § 29a Abs. 1 Nr. 2, § 30 Abs. 1 Nr. 1, 4 oder § 30a des Betäubungsmittelgesetzes

   plant oder begeht oder
2. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass
   a) Straftaten, die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 5 und 7, Satz 2 dieses Gesetzes oder in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches bezeichnet sind, oder
   b) Straftaten nach den §§ 130, 181, 249 bis 251, 255, 315b Abs. 3 oder § 316a des Strafgesetzbuches

   plant oder begeht.

Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat.

(5) Die Übermittlung ist nur zulässig, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist. Sind mit personenbezogenen Daten, die übermittelt werden dürfen, weitere Daten des Betroffenen oder eines Dritten in Akten so verbunden, das eine Trennung nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist, ist die Übermittlung auch dieser Daten zulässig; eine Verwendung dieser Daten ist unzulässig. Über die Übermittlung entscheidet ein Bediensteter des Bundesnachrichtendienstes, der die Befähigung zum Richteramt hat. Die Übermittlung ist zu protokollieren.

(6) Der Empfänger darf die Daten nur für die Zwecke verwenden, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind. Er prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für diese Zwecke erforderlich sind. § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 8 Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland

(1) Auf Antrag des Bundesnachrichtendienstes dürfen Beschränkungen nach § 1 für internationale Telekommunikationsbeziehungen im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 1 angeordnet werden, wenn dies erforderlich ist, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland rechtzeitig zu erkennen oder ihr zu begegnen und dadurch Belange der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar in besonderer Weise berührt sind. § 5 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Die Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder. Die Bestimmung tritt spätestens nach zwei Monaten außer Kraft. Eine erneute Bestimmung ist zulässig, soweit ihre Voraussetzungen fortbestehen.

(3) Die Anordnung ist nur zulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Der Bundesnachrichtendienst darf nur Suchbegriffe verwenden, die zur Erlangung von Informationen über die in der Anordnung bezeichnete Gefahr bestimmt und geeignet sind. § 5 Abs. 2 Satz 2 bis 6 gilt entsprechend.

(4) Der Bundesnachrichtendienst prüft unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die erhobenen personenbezogenen Daten im Rahmen seiner Aufgabe allein oder zusammen mit bereits vorliegenden Daten zu dem in Absatz 1 bestimmten Zweck erforderlich sind. Soweit die Daten für diesen Zweck nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht eines Bediensteten, der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Löschung ist zu protokollieren. § 6 Abs. 1 Satz 4 und 5, Abs. 2 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die Daten dürfen nur zu den in den Absätzen 1, 5 und 6 genannten Zwecken verwendet werden.

(5) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nach § 12 des BND-Gesetzes zur Unterrichtung über die in Absatz 1 genannte Gefahr übermittelt werden.

(6) Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen zur Verhinderung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass jemand eine Straftat plant oder begeht, die geeignet ist, zu der Entstehung oder Aufrechterhaltung der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr beizutragen. Die Daten dürfen zur Verfolgung von Straftaten an die zuständigen Behörden übermittelt werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand eine in Satz 1 bezeichnete Straftat begeht oder begangen hat. § 7 Abs. 5 und 6 gilt entsprechend.

ABSCHNITT 4
Verfahren

§ 9 Antrag

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach diesem Gesetz dürfen nur auf Antrag angeordnet werden.

(2) Antragsberechtigt sind im Rahmen ihres Geschäftsbereichs

1. das Bundesamt für Verfassungsschutz,
2. die Verfassungsschutzbehörden der Länder,
3. das Amt für den Militärischen Abschirmdienst und
4. der Bundesnachrichtendienst

durch den Behördenleiter oder seinen Stellvertreter.

(3) Der Antrag ist schriftlich zu stellen und zu begründen. Er muss alle für die Anordnung erforderlichen Angaben enthalten. In den Fällen der §§ 3 und 8 hat der Antragsteller darzulegen, dass die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

§ 10 Anordnung

(1) Zuständig für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen ist bei Anträgen der Verfassungsschutzbehörden der Länder die zuständige oberste Landesbehörde, im Übrigen ein vom Bundeskanzler beauftragtes Bundesministerium.

(2) Die Anordnung ergeht schriftlich. In ihr sind der Grund der Anordnung und die zur Überwachung berechtigte Stelle anzugeben sowie Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme zu bestimmen.

(3) In den Fällen des § 3 muss die Anordnung denjenigen bezeichnen, gegen den sich die Beschränkungsmaßnahme richtet. Bei einer Überwachung der Telekommunikation ist auch die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses anzugeben.

(4) In den Fällen der §§ 5 und 8 sind die Suchbegriffe in der Anordnung zu benennen. Ferner sind das Gebiet, über das Informationen gesammelt werden sollen, und die Übertragungswege, die der Beschränkung unterliegen, zu bezeichnen. Weiterhin ist festzulegen,

welcher Anteil der auf diesen Übertragungswegen zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität überwacht werden darf. In den Fällen des § 5 darf dieser Anteil höchstens 20 vom Hundert betragen.

(5) In den Fällen der §§ 3 und 5 ist die Anordnung auf höchstens drei Monate zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als drei weitere Monate sind auf Antrag zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen.

(6) Die Anordnung ist dem nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 Verpflichteten insoweit mitzuteilen, als dies erforderlich ist, um ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Mitteilung entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt werden kann.

(7) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die jeweilige Landesbehörde für Verfassungsschutz über die in deren Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen. Die Landesbehörden für Verfassungsschutz teilen dem Bundesamt für Verfassungsschutz die in ihrem Bereich getroffenen Beschränkungsanordnungen mit.

§ 11 Durchführung

(1) Die aus der Anordnung sich ergebenden Beschränkungsmaßnahmen sind unter Verantwortung der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist, und unter Aufsicht eines Bediensteten vorzunehmen, der die Befähigung zum Richteramt hat.

(2) Die Maßnahmen sind unverzüglich zu beenden, wenn sie nicht mehr erforderlich sind oder die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vorliegen. Die Beendigung ist der Stelle, die die Anordnung getroffen hat, und dem nach § 2 Abs. 1 oder 3 Verpflichteten, dem die Anordnung mitgeteilt worden ist, anzuzeigen. Die Anzeige an den Verpflichteten entfällt, wenn die Anordnung ohne seine Mitwirkung ausgeführt wurde.

(3) Postsendungen, die zur Öffnung und Einsichtnahme ausgehändigt worden sind, sind dem Postverkehr unverzüglich wieder zuzuführen. Telegramme dürfen dem Postverkehr nicht entzogen werden. Der zur Einsichtnahme berechtigten Stelle ist eine Abschrift des Telegramms zu übergeben.

§ 12 Mitteilungen an Betroffene

(1) Beschränkungsmaßnahmen nach § 3 sind dem Betroffenen nach ihrer Einstellung mitzuteilen, wenn eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung ausgeschlossen werden kann. Lässt sich in diesem Zeitpunkt noch nicht beurteilen, ob diese Voraussetzung vorliegt, ist die Mitteilung vorzunehmen, sobald eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung ausgeschlossen werden kann. Einer Mitteilung bedarf es nicht, wenn die G-10-Kommission einstimmig festgestellt hat, dass

1. diese Voraussetzung auch nach fünf Jahren nach Beendigung der Maßnahme noch nicht eingetreten ist,
2. sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht eintreten wird und
3. die Voraussetzungen für eine Löschung sowohl bei der erhebenden Stelle als auch beim Empfänger vorliegen.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 5 und 8, sofern die personenbezogenen Daten nicht unverzüglich gelöscht wurden. Die Frist von fünf Jahren beginnt mit der Erhebung der personenbezogenen Daten.

(3) Die Mitteilung obliegt der Behörde, auf deren Antrag die Anordnung ergangen ist. Wurden personenbezogene Daten übermittelt, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger.

§ 13 Rechtsweg

Gegen die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen nach den §§ 3 und 5 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 und ihren Vollzug ist der Rechtsweg vor der Mitteilung an den Betroffenen nicht zulässig.

ABSCHNITT 5
Kontrolle

§ 14 Parlamentarisches Kontrollgremium

(1) Das nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständige Bundesministerium unterrichtet in Abständen von höchstens sechs Monaten das Parlamentarische Kontrollgremium über die Durchführung dieses Gesetzes. Das Gremium erstattet dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht über Durchführung sowie Art und Umfang der Maßnahmen nach den §§ 3, 5 und 8; dabei sind die Grundsätze des § 5 Abs. 1 des Kontrollgremiumgesetzes zu beachten.

(2) Bei Gefahr im Verzuge kann die Zustimmung zu Bestimmungen nach den §§ 5 und 8 durch den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums und seinen Stellvertreter vorläufig erteilt werden. Die Zu-

stimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist unverzüglich einzuholen. Die vorläufige Zustimmung tritt spätestens nach zwei Wochen außer Kraft.

§ 15 G-10-Kommission

(1) Die G-10-Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und drei Beisitzern sowie vier stellvertretenden Mitgliedern, die an den Sitzungen mit Rede- und Fragerecht teilnehmen können. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Mitglieder der G-10-Kommission sind in ihrer Ausführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie nehmen ein öffentliches Ehrenamt wahr und werden von dem Parlamentarischen Kontrollgremium nach Anhörung der Bundesregierung für die Dauer einer Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit der Maßgabe bestellt, dass ihre Amtszeit erst mit der Neubestimmung der Mitglieder der Kommission, spätestens jedoch drei Monate nach Ablauf der Wahlperiode endet.

(2) Die Beratungen der G-10-Kommission sind geheim. Die Mitglieder der Kommission sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Kommission.

(3) Der G-10-Kommission ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen; sie ist im Einzelplan des Deutschen Bundestages gesondert auszuweisen. Der Kommission sind Mitarbeiter mit technischem Sachverstand zur Verfügung zu stellen.

(4) Die G-10-Kommission tritt mindestens einmal im Monat zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Parlamentarischen Kontrollgremiums bedarf. Vor der Zustimmung ist die Bundesregierung zu hören.

(5) Die G-10-Kommission entscheidet von Amts wegen oder auf Grund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Die Kontrollbefugnis der Kommission erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach diesem Gesetz erlangten personenbezogenen Daten durch Nachrichtendienste des Bundes einschließlich der Entscheidung über die Mitteilung an Betroffene. Der Kommission und ihren Mitarbeitern ist dabei besondere

1. Auskunft zu ihren Fragen zu erteilen,
2. Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme, zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Beschränkungsmaßnahme stehen, und
3. jederzeit Zutritt in alle Diensträume zu gewähren.

Die Kommission kann dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes geben.

(6) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G-10-Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzuge kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen auch bereits vor der Unterrichtung der Kommission anordnen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat das zuständige Bundesministerium unverzüglich aufzuheben. In den Fällen des § 8 tritt die Anordnung außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von der Kommission bestätigt wird. Ist eine Entscheidung der Kommission innerhalb dieses Zeitraums nicht möglich, kann die Bestätigung durch den Vorsitzenden oder seinen Stellvertreter vorläufig erteilt werden; die Bestätigung der Kommission ist unverzüglich nachzuholen.

(7) Das zuständige Bundesministerium unterrichtet monatlich die G-10-Kommission über Mitteilungen von Bundesbehörden nach § 12 Abs. 1 und 2 oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, ist diese unverzüglich vorzunehmen. § 12 Abs. 3 Satz 2 bleibt unberührt, soweit das Benehmen einer Landesbehörde erforderlich ist.

§ 16 Parlamentarische Kontrolle in den Ländern

Durch den Landesgesetzgeber wird die parlamentarische Kontrolle der nach § 10 Abs. 1 für die Anordnung von Beschränkungsmaßnahmen zuständigen obersten Landesbehörden und die Überprüfung der von ihnen angeordneten Beschränkungsmaßnahmen geregelt. Personenbezogene Daten dürfen nur dann an Landesbehörden übermittelt werden, wenn die Kontrolle ihrer Verarbeitung und Nutzung durch den Landesgesetzgeber geregelt ist.

ABSCHNITT 6
Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17 Mitteilungsverbote

(1) Wird die Telekommunikation nach diesem Gesetz oder nach den §§ 100a, 100b der Strafprozessordnung

überwacht, darf diese Tatsache von Personen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(2) Wird die Aushändigung von Sendungen nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 angeordnet, darf diese Tatsache von Personen, die zur Aushändigung verpflichtet oder mit der Sendungsübermittlung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

(3) Erfolgt ein Auskunftsersuchen oder eine Auskunftserteilung nach § 2 Abs. 1 darf diese Tatsache oder der Inhalt des Ersuchens oder der erteilten Auskunft von Personen, die zur Beantwortung verpflichtet oder mit der Beantwortung betraut sind oder hieran mitwirken, anderen nicht mitgeteilt werden.

§ 18 Straftaten

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 17 eine Mitteilung macht.

§ 19 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer
1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 2 Abs. 1 Satz 1 oder 3 zuwiderhandelt,
2. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 2 eine Person betraut oder
3. entgegen § 2 Abs. 2 Satz 3 nicht sicherstellt, dass eine Geheimschutzmaßnahme getroffen wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu dreißigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Bußgeldbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach § 10 Abs. 1 zuständige Stelle.

ABSCHNITT 7
Schlussvorschriften

§ 20 Entschädigung

Die nach § 1 Abs. 1 berechtigten Stellen haben für die Leistungen nach § 2 Abs. 1 eine Entschädigung zu gewähren, deren Umfang sich nach § 17a des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen bemisst.

§ 21 Einschränkung von Grundrechten

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird durch dieses Gesetz eingeschränkt.

Artikel 2

Änderung des BND-Gesetzes

(Hier nicht abgedruckt)

Artikel 3

Änderung anderer Gesetze

(Hier nicht abgedruckt)

Artikel 4

Änderung der Fernmeldeverkehr-Überwachungs-Verordnung

(Hier nicht abgedruckt)

Artikel 5

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1956), außer Kraft.

(Das Gesetz wurde am 28. Juni 2001 verkündet.)

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen

(SächsAG G 10)

Vom 16. Oktober 1992
(SächsGVBl. S. 464)

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Oberste Landesbehörde im Sinne des § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz - G 10) vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes zur Neuregelung des Ausländerrechts vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), ist das Staatsministerium des Innern. Die Anordnung ist durch den Staatsminister des Innern oder seinen Stellvertreter zu unterzeichnen.

§ 2

(1) Das Sächsische Staatsministerium des Innern unterrichtet eine Kommission des Landtags über die nach § 1 G 10 angeordneten Beschränkungsmaßnahmen vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann es den Vollzug der Beschränkungsmaßnahmen bereits vor Unterrichtung der Kommission, die innerhalb von zehn Tagen nachzuholen ist, anordnen. Die Kommission entscheidet von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, sind unverzüglich aufzuheben.

(2) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet innerhalb von drei Monaten nach Einstellung einer Beschränkungsmaßnahme die Kommission über die von ihm gemäß 5 Abs. 5 G 10 vorgenommenen Mitteilungen an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen. Läßt sich bei der Einstellung der Beschränkungsmaßnahmen noch nicht abschließend beurteilen, ob eine Gefährdung des Zwecks der Beschränkung durch die Mitteilung ausgeschlossen werden kann, so unterrichtet das Staatsministerium des Innern die Kommission weiterhin auf deren Verlangen. Spätestens nach fünf Jahren ist die Kommission über die abschließende Entscheidung zu unterrichten. Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, hat das Staatsministerium des Innern diese unverzüglich zu veranlassen.

§ 3

(1) Die Kommission besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muß oder die erste Staatsprüfung im Sinne der §§ 5 bis 6 des Deutschen Richtergesetzes oder einen nach Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 8 Buchst. y) gg) des Einigungsvertrages gleichgestellten Abschluß abgelegt hat, und zwei Beisitzern. Die Mitglieder der Kommission sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen. Sie werden vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder für die Dauer einer Wahlperiode bestellt und bleiben nach Ablauf der Wahlperiode im Amt, bis eine neue Kommission bestellt ist. Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Die Beratungen der Kommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Kommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden.

§ 4

Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes auf Aufforderung, mindestens aber einmal im Jahr, über Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 GG und nach § 5 Abs. 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen, die von ihm angeordnet worden sind, in geheimer Sitzung.

§ 5

Das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 des Grundgesetzes und nach Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen werden durch dieses Gesetz eingeschränkt.

§ 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(Das Gesetz wurde am 22.10.1992 verkündet.)

Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung für die Sicherheitsüberprüfung von Personen im Rahmen des Geheimschutzes

(Sicherheitsrichtlinien - SiR)

Vom 19. Mai 1992

(Sächs Abl. 1992, SD 7/92, Seite S347)

Erster Teil

Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweckbestimmung

(1) Die staatlichen Stellen sind verpflichtet, Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen zu treffen. Sie haben hierbei die Mindestanforderungen der Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) zu beachten und die besonderen Gefahren zu berücksichtigen, die sich für den Geheimschutz aus der Tätigkeit fremder Nachrichtendienste in Deutschland ergeben.

(2) Ein wirksamer Geheimschutz besteht aus vorbeugenden Maßnahmen personeller und materieller Art. Gegenstand dieser Richtlinien ist der personelle Geheimschutz, insbesondere die Sicherheitsüberprüfung von Personen in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit. Der materielle Geheimschutz ist in der Verschlußsachenanweisung für den Freistaat Sachsen (VSA) und den sie ergänzenden Vorschriften geregelt.

§ 2 Anwendungsbereich

(1) Diese Richtlinien gelten für die Behörden des Freistaates Sachsen.

(2) Sie gelten für die Gemeinden und Landkreise entsprechend.

(3) Soweit Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts Sicherheit Überprüfungen durchführen, wenden sie diese Richtlinien entsprechend an.

(4) Andere als die in den Absätzen 1-3 genannten Institutionen, die an öffentlichen Aufgaben mitwirken und Sicherheitsüberprüfungen durchführen wollen, haben sich zuvor gegenüber dem Staatsministerium des Innern zu verpflichten, diese Richtlinien entsprechend anzuwenden.

§ 3 Betroffene Personen

(1) Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausüben sollen, sind vorher einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit darf Personen erst nach Vollendung ihres sechzehnten Lebensjahres übertragen werden.

(2) Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit üben Personen aus, die
1. Zugang zu oder Umgang mit STRENG GEHEIM, GEHEIM oder VS-VERTRAULICH eingestuften Verschlußsachen haben (vgl. § 15 VSA),
2. sich auf technischem Wege Zugang zu Verschlußsachen verschaffen können (vgl. § 23 Nr. 2),
3. in Dienststellen nach § 62 VSA oder Sicherheitsbereichen nach § 52 VSA tätig sind.

§ 4 Sicherheitsrisiken

(1) Sicherheitsrisiken sind Umstände, die es aus Gründen des staatlichen Geheimschutzes verbieten, einer betroffenen Person eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zuzuweisen. Bei der Beurteilung sind die Umstände des Einzelfalles maßgebend.

(2) Sicherheitsrisiken liegen insbesondere vor bei
1. hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR,
2. hauptamtlichen Funktionären und wegen besonderer Aktivitäten ihnen gleichzusetzenden Mitgliedern der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), einer der Nationalen Front angehörenden Parteien oder ihrer Massenorganisationen in der ehemaligen DDR.

(3) Sicherheitsrisiken sind ferner gegeben, wenn Umstände vorliegen, die bei einer betroffenen Person
1. Zweifel an der gebotenen Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung sicherheitsempfindlicher Tätigkeit begründen,
2. eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs-/Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste, insbesondere die Besorgnis einer Erpreßbarkeit, begründen,

3. Zweifel begründen, daß sie sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennt und bereit ist, jederzeit für deren Erhaltung einzutreten,
4. keine ausreichende Überprüfung ermöglichen.

(4) Sicherheitsrisiken können auch durch den Ehegatten, Verlobten oder andere Personen des näheren Lebensumfeldes bedingt sein.

Zweiter Teil

Geheimschutzbeauftragter

§ 5 Bestellung, Aufgabe und Stellung

(1) Bei den obersten Landesbehörden, den größeren Landesober- und -mittelbehörden sind, wenn sie mit Verschlußsachen befaßt sind, ein Geheimschutzbeauftragter und ein Vertreter zu bestellen. Andere mit Verschlußsachen befaßte Behörden können einen Geheimschutzbeauftragten bestellen. Soweit dies nicht geschieht, ist für Angelegenheiten des personellen Geheimschutzes der Geheimschutzbeauftragte der vorgesetzten Dienststelle zuständig. In sonstigen Fällen nimmt der Dienststellenleiter die Aufgabe des Geheimschutzbeauftragten wahr.

(2) Der Geheimschutzbeauftragte
1. sorgt in seiner Dienststelle für die Durchführung dieser Richtlinien,
2. berät den Dienststellenleiter in allen Fragen des personellen Geheimschutzes,
3. unterstützt in Verdachtsfällen das Landesamt für Verfassungsschutz und andere an der Aufklärung beteiligte Behörden. Andere Aufgaben dürfen ihm nur zugewiesen werden, soweit er diese ohne Beeinträchtigung seiner Aufgaben auf dem Gebiet des Geheimschutzes erfüllen kann.

(3) Der Geheimschutzbeauftragte hat ein unmittelbares Vortragsrecht beim Dienststellenleiter; er kann dem Dienststellenleiter, bei obersten Landesbehörden dem Staatssekretär, unmittelbar unterstellt werden.

(4) Personeller Geheimschutz und Personalverwaltung sind personell und organisatorisch zu trennen; davon kann allenfalls in der Aufbauphase einer Behörde abgewichen werden. Der Geheimschutzbeauftragte ist, soweit es die Durchführung seiner Aufgaben erfordert, berechtigt, die Personalakten der betroffenen Personen einzusehen.

(5) Zur Wahrung der Kontinuität und Wirksamkeit der Geheimschutzpraxis sollen der Geheimschutzbeauftragte und seine Mitarbeiter ihre Tätigkeit mehrere Jahre ausüben. Soweit sie obersten Landesbehörden oder Dienststellen nach § 62 VSA angehören, sind sie durch die Verfassungsschutzbehörde besonders zu schulen. Auch in anderen Behörden sollen die Geheimschutzbeauftragten und ihre Mitarbeiter durch die Verfassungsschutzbehörde geschult werden.

§ 6 Zuständigkeit

(1) Für die Sicherheitsüberprüfung ist der Geheimschutzbeauftragte derjenigen Dienststelle zuständig, die einer Person eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zuweisen will, soweit die Absätze 2 und 3 nichts anderes bestimmen. Die zuständige oberste Landesbehörde kann eine abweichende Regelung treffen.

(2) Für Erweiterte Sicherheitsüberprüfungen mit Sicherheitsermittlungen (§ 11) ist der Geheimschutzbeauftragte der obersten Landesbehörde auch im nachgeordneten Bereich zuständig.

(3) Für Sicherheitsüberprüfungen von deutschen Staatsangehörigen aus Anlaß einer vorgesehenen Tätigkeit bei
1. Dienststellen/Einrichtungen der NATO,
2. anderen über- oder zwischenstaatlichen Organisationen/ausländischen Stellen, ist der Bundesminister des Innern als Nationale Sicherheitsbehörde zuständig, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Dritter Teil

Sicherheitsüberprüfung

§ 7 Durchführung

(1) Der Geheimschutzbeauftragte führt die Sicherheitsüberprüfung durch. Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt nach Maßgabe dieser Richtlinien mit. Unbeschadet der Befugnisse des Geheimschutzbeauftragten nimmt es die ihm zugewiesenen Aufgaben eigenverantwortlich wahr.
(2) Der Geheimschutzbeauftragte und das Landesamt für Verfassungsschutz arbeiten bei der Wahrnehmung der ihnen durch diese Richtlinien übertragenen Aufgaben eng zusammen.

§ 8 Arten der Sicherheitsüberprüfung

Die Sicherheitsüberprüfung wird als
1. Einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü 1),
2. Erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü 2) oder
3. Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3)

durchgeführt.

§ 9 Einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü 1)

(1) Die Einfache Sicherheitsüberprüfung ist für Personen durchzuführen, die
1. Zugang zu oder Umgang mit VS-VERTRAULICH eingestuften Verschlußsachen erhalten sollen,
2. Tätigkeiten nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 wahrnehmen sollen, sofern nicht eine Erweiterte Sicherheitsüberprüfung oder eine Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen durchzuführen ist.

(2) In den Fällen von Absatz 1 Nr. 2 kann der Geheimschutzbeauftragte von einer Sicherheitsüberprüfung absehen, wenn er sie nach Art oder Dauer der Tätigkeit nicht für erforderlich hält.

(3) Bei der Einfachen Sicherheitsüberprüfung trifft das Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen seiner Mitwirkung folgende Maßnahmen:
1. Eine sicherheitsmäßige Bewertung der Angaben in der Sicherheitserklärung, auch bezüglich der in § 10 Abs. 2 Nr. 3 genannten Personen, unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden.
2. Einholung einer unbeschränkten Auskunft aus dem Zentralregister (§ 41 Abs. 1 Nr. 3 Abs. 4 Bundeszentralregistergesetz - BZRG -).
3. Anfragen an
   a) das Landeskriminalamt,
   b) falls erforderlich, das Amt für den Militärischen Abschirmdienst, den Bundesnachrichtendienst und die Grenzschutzdirektion Koblenz.
4. Soweit ein sicherheitserheblicher Sachverhalt es erfordert,
   a) eine Befragung der betroffenen Person im Einvernehmen mit dem Geheimschutzbeauftragten,
   b) die Befragung anderer Personen,
   c) Einzelmaßnahmen nach § 10 Abs. 2.

§ 10 Erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü 2)

(1) Eine Erweiterte Sicherheitsüberprüfung ist für Personen durchzuführen,
1. die Zugang zu oder Umgang mit GEHEIM eingestuften Verschlußsachen erhalten sollen,
2. die häufig Zugang zu oder Umgang mit VS -VERTRAULICH eingestuften Verschlußsachen erhalten sollen,
3. die eine andere sicherheitsempfindliche Tätigkeit länger als sechs Monate ausüben und durch ihre Aufgabe/Stellung Kenntnisse erhalten oder sich verschaffen können, die in ihrer Gesamtheit in besonders hohem Maße sicherheitsempfindlich sind,
4. bei denen das Ergebnis einer Einfachen Sicherheitsüberprüfung dies erfordert, sofern keine Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen durchzuführen ist.

(2) Bei der Erweiterten Sicherheitsüberprüfung trifft das Landesamt für Verfassungsschutz neben den Maßnahmen bei einer Einfachen Sicherheitsüberprüfung (vgl. § 9 Abs. 3) zusätzlich folgende Maßnahmen:
1. Anfragen
   a) an die Polizeidienststellen der Wohnsitze der betroffenen Person, in der Regel beschränkt auf die letzten 5 Jahre, sowie
   b) bei Bedarf an andere geeignete Stellen.
2. Prüfung der Identität der betroffenen Person.
   Zu diesem Zwecke können auch
   a) Personen befragt werden, die diese bereits im Alter von etwa 16 bis 18 Jahren persönlich kannten,
   b) Urkunden kriminaltechnisch untersucht werden.
3. Die Einbeziehung des Ehegatten, Verlobten oder der Person, mit der die betroffene Person in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, in die Sicherheitsüberprüfung.
   Es werden die in Nummern 1 und 2 und in § 9 Abs. 3 genannten Maßnahmen durchgeführt. Wenn die genannten persönlichen Beziehungen erst nach Abschluß der Sicherheitsüberprüfung eintreten oder bekannt werden, sind die Maßnahmen nachzuholen.
4. Bei Bedarf Nutzung der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden zu anderen Personen, soweit sie für die Sicherheitsüberprüfung der betroffenen Person unmittelbar von Bedeutung sind.

§ 11 Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3)

(1) Eine Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen ist für Personen durchzuführen,
1. die unter Geheimhaltungsgesichtspunkten Schlüsselpositionen einnehmen sollen (Schlüsselpersonal); dies sind Personen, die
   a) Zugang zu oder Umgang mit STRENG GEHEIM eingestuften Verschlußsachen erhalten,

b) Zugang zu oder Umgang mit GEHEIM eingestuften Verschlußsachen erhalten, die nach Umfang oder Bedeutung in besonders hohem Maße sicherheitsempfindlich sind,
c) Dienststellenleiter/Geheimschutzbeauftragte oder deren Vertreter einer Dienststelle sind, die mit STRENG GEHEIM eingestuften Verschlußsachen oder häufig mit GEHEIM eingestuften Verschlußsachen befaßt sind,

2. die beim Landesamt für Verfassungsschutz oder einer Stelle, die nach Feststellung des Staatsministeriums des Innern vergleichbar sicherheitsempfindliche Aufgaben wahrnimmt, tätig werden sollen, soweit der Geheimschutzbeauftragte im Einzelfall nach Art oder Dauer der Tätigkeit nicht eine Erweiterte Sicherheitsüberprüfung oder im Ausnahmefall eine Einfache Sicherheitsüberprüfung für ausreichend hält,
3. bei denen das Ergebnis einer Einfachen oder Erweiterten Sicherheitsüberprüfung dies erfordert.

(2) Die Erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen umfaßt neben den Maßnahmen bei einer Einfachen und Erweiterten Sicherheitsüberprüfung (vgl. §§ 9 Abs. 3 und 10 Abs. 2) Ermittlungen des Landesamtes für Verfassungsschutz zur

1. Prüfung der Angaben sowie
2. Feststellung und Aufklärung von Umständen, die auf ein Sicherheitsrisiko hindeuten können.
   Zu diesem Zweck können insbesondere die von der betroffenen Person in der Sicherheitserklärung angegebenen Referenzpersonen sowie weitere Personen befragt werden, von denen anzunehmen ist, daß sie sachdienliche Hinweise geben können.

Vierter Teil

Verfahren

§ 12 Grundsätze

(1) Eine Sicherheitsüberprüfung darf nur für Personen, die unter § 3 fallen, eingeleitet und durchgeführt werden. Sie darf nur mit Zustimmung der betroffenen Person sowie der nach § 10 Abs. 2 Nr. 3 in die Sicherheitsüberprüfung einzubeziehenden Person erfolgen.

(2) Der Geheimschutzbeauftragte kann die betroffene Person bei Bedarf jederzeit zu sicherheitserheblichen Sachverhalten befragen und diese mit ihr erörtern.

(3) Anfallende Informationen sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen nur für

1. die mit der Sicherheitsüberprüfung verfolgten Zwecke des Geheimschutzes,
2. Zwecke des Verfassungsschutzes,
3. Zwecke der straf- oder disziplinarrechtlichen Verfolgung sowie erforderliche dienst- oder arbeitsrechtliche Maßnahmen und
4. parlamentarische Untersuchungen (Artikel 44 bis 45c GG) genutzt oder weitergegeben werden. Die Auskünfte aus dem Zentralregister dürfen nur für den in dem Ersuchen um Auskunft angegebenen Zweck verwertet werden (§ 41 Abs. 4 Satz 2 BZRG).

(4) Der Geheimschutztbeauftragte und die Verfassungsschutzbehörden sind mit Ausnahme der Fälle des § 138 StGB nicht zur Weitergabe von Informationen für die in Absatz 3 Nr. 3 genannten Zwecke verpflichtet (Opportunitätsprinzip). Zugesagte Vertraulichkeit haben sie grundsätzlich zu wahren. Der Geheimschutzbeauftragte soll vor Weitergabe von Informationen für die in Absatz 3 Nr. 3 oder 4 genannten Zwecke die Zustimmung des Geheimschutzbeauftragten der obersten Landesbehörde einholen; soweit es sich dabei um Erkenntnisse des Verfassungsschutzes handelt, ist dessen Zustimmung zur Weitergabe erforderlich.

§ 13 Einleitung der Sicherheitsüberprüfung

(1) Der Geheimschutzbeauftragte fordert die betroffene Person schriftlich (Anlage 1) oder mündlich auf, eine Sicherheitserklärung (Anlage 2) mit zwei Lichtbildern abzugeben. Bei einer Einfachen Sicherheitsüberprüfung kann

1. auf die Lichtbilder verzichtet werden,
2. in den Fällen des § 9 Abs. 1 Nr. 2 nur eine Einfache Sicherheitserklärung (Anlage 3) eingeholt werden, wenn die sicherheitsempfindliche Tätigkeit voraussichtlich nicht länger als 6 Monate ausgeübt wird.

(2) Der Geheimschutzbeauftragte prüft anhand der Personalakte und sonstiger für ihn als geeignet erkennbarer Unterlagen die Vollständigkeit und Übereinstimmung der gemachten Angaben und etwaige sicherheitserhebliche Umstände. Bei Personen, die nur einer Einfachen Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden (auch vorläufig, vgl. § 14 Abs. 3), ist die Identität anhand des Personalausweises oder Reisepasses zu prüfen; in der Sicherheitserklärung ist die Angabe der Ausweisnummer zu verlangen und auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

(3) Der Geheimschutzbeauftragte übersendet dem Landesamt für Verfassungsschutz die Sicherheitserklärung mit einem Schreiben gemäß Anlage 4 und teilt diesem die ihm vorliegenden Informationen, die für die Sicherheitsüberprüfung von Bedeutung sein können, mit. In den Fällen des § 6 Abs. 2 sendet der Geheimschutzbeauftragte die Sicherheitserklärung an den Geheimschutzbeauftragten der zuständigen obersten Landesbehörde, in den Fällen des § 6 Abs. 3 über diesen an den Geheimschutzbeauftragten des Bundesministers des Innern (Anlage 5).

(4) In dringenden Fällen kann der Geheimschutzbeauftragte das Landesamt für Verfassungsschutz auffordern, ihm ein vorläufiges Ergebnis (§ 14 Abs. 3) mitzuteilen.

§ 14 Ergebnis der Maßnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Hat das Landesamt für Verfassungsschutz keine Umstände festgestellt, die nach seiner Beurteilung im Hinblick auf die vorgesehene sicherheitsempfindliche Tätigkeit ein Sicherheitsrisiko darstellen, teilt es dies dem Geheimschutzbeauftragten der einleitenden Dienststelle schriftlich mit (Anlage 6). Sind andere Erkenntnisse angefallen, die nach seiner Beurteilung zwar kein Sicherheitsrisiko begründen, jedoch gleichwohl sicherheitserheblich sind, teilt es diese ebenfalls mit. Falls erforderlich, gibt es Sicherheitshinweise.

(2) Hat das Landesamt für Verfassungsschutz Umstände festgestellt, die nach seiner Beurteilung im Hinblick auf die vorgesehene sicherheitsempfindliche Tätigkeit ein Sicherheitsrisiko darstellen, unterrichtet es darüber schriftlich (Anlage 7) unter Darlegung der Gründe den Geheimschutzbeauftragten der einleitenden Dienststelle. Die Unterrichtung erfolgt über den Geheimschutzbeauftragten der zuständigen obersten Landesbehörde.

(3) Auf Anforderung (§ 13 Abs. 4) teilt das Landesamt für Verfassungsschutz bei einer
1. Einfachen Sicherheitsüberprüfung nach Bewertung der Angaben in der Sicherheitserklärung unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden,
2. Erweiterten Sicherheitsüberprüfung nach Durchführung einer Einfachen Sicherheitsüberprüfung,
3. Erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen nach Durchführung einer Erweiterten Sicherheitsüberprüfung dem Geheimschutzbeauftragten das vorläufige Ergebnis mit (Anlage 8).

(4) Soll aufgrund des Ergebnisses einer Einfachen oder Erweiterten Sicherheitsüberprüfung eine höhere Sicherheitsüberprüfung durchgeführt werden (vgl. § 10 Abs. 1 Nr. 3 und § 11 Abs. 1 Nr. 3), teilt das Landesamt für Verfassungsschutz dies dem Geheimschutzbeauftragten mit. § 12 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. Eine danach noch erforderliche Zustimmung ist durch den Geheimschutzbeauftragten unverzüglich einzuholen.

§ 15 Entscheidung des Geheimschutzbeauftragten

(1) Der Geheimschutzbeauftragte entscheidet auf der Grundlage des vom Landesamt für Verfassungsschutz vorgelegten Ergebnisses (vgl. § 14) unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles, ob im Hinblick auf die vorgesehene sicherheitsempfindliche Tätigkeit ein Sicherheitsrisiko vorliegt. Kommt der Geheimschutzbeauftragte zu einer anderen sicherheitsmäßigen Beurteilung als das Landesamt für Verfassungsschutz, so hat er dies vor seiner Entscheidung mit ihm zu erörtern. Wird eine einheitliche Beurteilung nicht erreicht, ist das Staatsministerium des Innern zu beteiligen. Im Zweifelsfalle ist dem Sicherheitsinteresse Vorrang einzuräumen.

(2) Liegt nach Beurteilung des Geheimschutzbeauftragten kein Sicherheitsrisiko vor, teilt er dies der personalverwaltenden oder sonst zuständigen Stelle mit.

(3) Liegt nach Beurteilung des Geheimschutzbeauftragten ein Sicherheitsrisiko vor, hat er die betroffene Person vor seiner Entscheidung anzuhören. Die Anhörung erfolgt auf eine Weise, die den Quellenschutz gewährleistet und Belangen von Personen, die in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen wurden, Rechnung trägt. Sie unterbleibt, wenn sie einen erheblichen Nachteil für die Sicherheit des Bundes oder eines Landes zur Folge hätte. Auf Antrag der betroffenen Person ist dieser zu gestatten, einen Rechtsanwalt zur Anhörung hinzuzuziehen. Seine Mitwirkung ist auf die Beratung der betroffenen Person und auf Verfahrensfragen zu beschränken.

(4) Lehnt der Geheimschutzbeauftragte die Verwendung einer Person in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit ab, unterrichtet er, soweit dies zur Durchführung der von ihm geforderten Personalmaßnahme erforderlich und sicherheitsmäßig unbedenklich ist, die personalverwaltende oder sonst zuständige Stelle. Diese kann auf Wunsch der betroffenen Person auch umfassend über die Gründe für die Ablehnung unterrichtet werden, wenn dies sicherheitsmäßig unbedenklich ist.

(5) Die betroffene Person ist durch die personalverwaltende oder sonst zuständige Stelle über die Ablehnung zu unterrichten. Die Ablehnung ist auf Antrag der betroffenen Person schriftlich zu begründen; Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(6) Der Geheimschutzbeauftragte hat zu prüfen, ob ein vorliegendes oder zu erwartendes Sicherheitsrisiko durch Fürsorge- oder andere Maßnahmen beseitigt oder gemindert werden kann. Er kann solche Maßnahmen bei der personalverwaltenden oder sonst zuständigen Stelle anregen.

§ 16 Sicherheitsakten

(1) Der Geheimschutzbeauftragte führt über die betroffenen Personen Sicherheitsakten, in die alle sicherheitserheblichen Informationen aufzunehmen sind. Sicherheitsakten sind keine Personalakten. Die Sicherheitsakten sind gesondert zu führen und dürfen weder anderen - insbesondere nicht personalverwaltenden - Stellen noch der betroffenen Person zugänglich gemacht werden; die §§ 12 Abs. 2, 15 und 19 Abs. 2 bleiben unberührt.

(2) Die Sicherheitsakten und die Hilfsmittel der Sicherheitsakten-Registratur sind so zu verwahren, daß Unbefugte sich nicht unbemerkt Zugang verschaffen können. Unterlagen in personellen Sicherheitsangelegenheiten sind verschlossen zu befördern und bei Versendung so zu adressieren, daß sie dem Geheimschutzbeauftragten oder seinem Vertreter im Amt und der zuständigen Stelle im Landesamt für Verfassungsschutz ungeöffnet zugeleitet werden.

(3) Bei Versetzung oder Abordnung einer betroffenen Person zu einer anderen Behörde ist, wenn sie auch dort für eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit vorgesehen ist, die Sicherheitsakte auf Anforderung an den Geheimschutzbeauftragten der neuen Dienststelle abzugeben. Auf Anforderung ist dem Geheimschutzbeauftragten die Sicherheitsakte auch vor solchen Versetzungen oder Abordnungen zur Einsichtnahme zu überlassen.

(4) Scheidet eine Person aus sicherheitsempfindlicher Tätigkeit aus und soll sie nicht erneut eine solche ausüben, sind die Sicherheitsakten nach 5 Jahren auszusondern und gemäß § 30 VSA zu vernichten. Das Landesamt für Verfassungsschutz ist bei Fristablauf durch den Geheimschutzbeauftragten zu unterrichten (Anlage 9). Es sondert seine Akten (Sicherheitsüberprüfungsakten) ebenfalls unverzüglich aus. Bei

1. Erweiterten Sicherheitsüberprüfungen mit Sicherheitsermittlungen sowie
2. festgestellten sicherheitserheblichen Erkenntnissen

können die Sicherheitsüberprüfungsakten weitere 10 Jahre aufbewahrt werden.

Fünfter Teil

Maßnahmen nach Abschluß der Sicherheitsüberprüfung

§ 17 Zuweisung sicherheitsempfindlicher Tätigkeit

(1) Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit darf einer Person erst zugewiesen werden, wenn das abschließende Ergebnis des Landesamtes für Verfassungsschutz vorliegt und nach Feststellung des Geheimschutzbeauftragten ein Sicherheitsrisiko nicht gegeben ist.

(2) In dringenden Fällen kann der Geheimschutzbeauftragte aufgrund eines vorläufigen Ergebnisses (vgl. § 14 Abs. 3) die vorläufige Zuweisung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit erlauben, wenn danach ein Sicherheitsrisiko nicht zu erwarten ist. Entsprechend kann bereits überprüften Personen eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit wie folgt vorläufig zugewiesen werden.

1. Nach einer Einfachen Sicherheitsüberprüfung aufgrund einer Sicherheitserklärung gemäß Anlage 2 (vgl. § 13 Abs. 1 Satz 1) eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit nach § 10,
2. nach einer Erweiterten Sicherheitsüberprüfung eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit nach § 11.

Die erforderliche höhere Sicherheitsüberprüfung ist unverzüglich einzuleiten. Die personalverwaltende oder sonst zuständige Stelle ist auf die Vorläufigkeit der Entscheidung hinzuweisen; sie hat dies an die betroffene Person weiterzugeben.

(3) Wechselt eine betroffene Person in eine andere Behörde, entscheidet deren Geheimschutzbeauftragter anhand der Sicherheitsakte (vgl. § 16 Abs. 3) unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls, ob ihr dort eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit zugewiesen werden darf.

§ 18 Unterrichtung und Beteiligung des Geheimschutzbeauftragten durch die personalverwaltende Stelle

(1) Die personalverwaltende Stelle teilt dem Geheimschutzbeauftragten unverzüglich alle Informationen über die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse von Personen in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit mit, die für deren sicherheitsmäßige Beurteilung erheblich sein können. Insbesondere unterrichtet sie ihn über

1. Umsetzung, Abordnung, Versetzung und Ausscheiden,
2. Änderungen des Familienstandes (z. B. Eheschließung, Ehescheidung - auch das Getrenntleben vom Ehegatten), des Namens und der Staatsangehörigkeit,
3. Anhaltspunkte für geistige oder seelische Störungen sowie für Alkohol- oder Drogenprobleme,
4. Anhaltspunkte für Überschuldung, insbesondere Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse,
5. Strafsachen,
6. Disziplinarfälle (auch Vorermittlungen), bei Angestellten und Lohnempfängern solche Vorfälle, die bei Beamten die Einleitung von Vorermittlungen zur Folge hätten,
7. alle sonstigen Umstände, die nach näherer Bezeichnung des Geheimschutzbeauftragten für die sicherheitsmäßige Beurteilung erheblich sein können; dies betrifft insbesondere Hinweise nach § 4 Abs. 2.

(2) Die personalverwaltende oder sonst zuständige Stelle hat die Zustimmung des Geheimschutzbeauftragten einzuholen, bevor sie einer Person eine andere sicherheitsempfindliche Tätigkeit zuweist. Der Geheimschutzbeauftragte kann in Fällen, in denen die neue Tätigkeit keine höhere Sicherheitsüberprüfung erfordert, auf eine vorherige Beteiligung verzichten.

§ 19 Nachträgliche sicherheitserhebliche Erkenntnisse/Wiederholungsüberprüfung

(1) Der Geheimschutzbeauftragte und das Landesamt für Verfassungsschutz haben sich unverzüglich gegenseitig zu unterrichten, wenn bei einer betroffenen Person nach Abschluß der Sicherheitsüberprüfung Umstände bekannt werden, die auf ein Sicherheitsrisiko hindeuten. Das Landesamt für Verfassungsschutz trifft in diesen Fällen die erforderlichen Maßnahmen nach den §§ 9 bis 11, läßt, soweit noch erforderlich, die notwendige Zustimmung durch den Geheimschutzbeauftragten einholen (vgl. § 12 Abs. 1 Satz 2) und unterrichtet diesen über das Ergebnis seiner Maßnahmen. In Verdachtsfällen kann das Landesamt für Verfassungsschutz von einer Unterrichtung des Geheimschutzbeauftragten vorläufig absehen.

(2) Übt eine Person eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit über einen längeren Zeitraum aus, leitet der Geheimschutzbeauftragte ihr alle 5 Jahre die vorliegende Sicherheitserklärung zu und fordert sie auf, diese im Falle eingetretener Veränderungen zu ergänzen. Er überprüft die Angaben gemäß § 13 Abs. 2 und unterrichtet über sicherheitserhebliche Veränderungen/Umstände das Landesamt für Verfassungsschutz (Anlage 9). § 19 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Der Geheimschutzbeauftragte kann bei Umständen, die auf ein Sicherheitsrisiko hindeuten, bei Bedarf die Wiederholung der Sicherheitsüberprüfung veranlassen. Er unterrichtet in diesem Fall das Landesamt für Verfassungsschutz über die Gründe und leitet ihm bei Bedarf eine ergänzte oder neue Sicherheitserklärung zu. In den Fällen des § 11 Absatz 1 ist die Sicherheitsüberprüfung regelmäßig im Abstand von 10 Jahren zu wiederholen.

(4) Daneben kann das Staatsministerium des Innern, wenn Sicherheitsgründe dies erfordern, für bestimmte Personengruppen

1. die Wiederholung der Sicherheitsüberprüfungen anordnen und/oder
2. das Landesamt für Verfassungsschutz beauftragen, im Einvernehmen mit dem Geheimschutzbeauftragten mit den betroffenen Personen ein Gespräch über ihre sicherheitsmäßige Situation (Sicherheitsgespräch) zu führen.

(5) Werden bei einer Person in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit nachträglich Umstände bekannt, die ein Sicherheitsrisiko darstellen können, finden die §§ 14 und 15 entsprechend Anwendung.

Sechster Teil

Schlußbestimmungen

§ 20 Speicherung von personenbezogenen Daten in Dateien

(1) Im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung anfallende personenbezogene Daten dürfen nur

1. zu der betroffenen Person sowie
2. bei der Erweiterten Sicherheitsüberprüfung und Erweiterten Sicherheitsüberprüfung mit Sicher-

heitsermittlungen zum Ehegatten, Verlobten oder der Person, mit der sie in eheähnlicher Gemeinschaft lebt in Dateien gespeichert werden, soweit dies für Zwecke des Geheimschutzes erforderlich ist; § 12 Abs. 3 Nr. 2 bis 4 bleibt unberührt.

(2) Der Geheimschutzbeauftragte darf Dateien nur für Registraturzwecke sowie im erforderlichen Umfange für Zwecke der Sachbearbeitung anlegen.

(3) Die gespeicherten Daten sind nach Maßgabe der in § 16 Abs. 4 genannten Fristen zu löschen.

§ 21 Beratung durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Das Landesamt für Verfassungsschutz berät den Geheimschutzbeauftragten bei seiner Tätigkeit. Er kann sich im Einvernehmen mit der zuständigen obersten Landesbehörde bei allen Dienststellen und Einrichtungen des Freistaates über die Handhabung dieser Richtlinien unterrichten.

§ 22 Sonderregelungen

(1) Jede oberste Landesbehörde kann in besonders begründeten Fällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern Abweichungen von diesen Richtlinien zulassen, wenn dadurch die Wirksamkeit des personellen Geheimschutzes nicht beeinträchtigt wird und die Grundsätze dieser Richtlinien beachtet werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz führt die Sicherheitsüberprüfungen seines Personals in eigener Zuständigkeit durch. Für die Sicherheitsüberprüfung des Behördenleiters, des Geheimschutzbeauftragten und ihrer Stellvertreter gilt § 6 Abs. 2; der Geheimschutzbeauftragte des Staatsministeriums des Innern kann in diesen Fällen eine andere Verfassungsschutzbehörde um Mitwirkung bitten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann für seinen Bereich den Grundsätzen dieser Richtlinien entsprechende eigene Bestimmungen erlassen, die seinen Besonderheiten Rechnung tragen.

(4) Soweit oberste Landesbehörden Stellen außerhalb des Behördenbereichs zur Geheimhaltung verpflichten, treffen sie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern die erforderlichen Regelungen.

§ 23 Ermächtigung des Staatsministeriums des Innern

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, im Benehmen mit den anderen obersten Landesbehörden

1. diese Richtlinien zu ändern, wenn Änderungen der Rechtslage dies erforderlich machen oder eine Vereinfachung der Verwaltungsarbeit ohne Abweichung von den Grundsätzen dieser Richtlinien erreicht werden kann,
2. in den Richtlinien nach § 64 VSA Erfordernis und Art der Sicherheitsüberprüfung von Personen zu regeln, die sich auf technischem Wege Zugang zu STRENG GEHEIM, GEHEIM oder VS - VERTRAULICH eingestuften Verschlußsachen verschaffen können.

§ 24 Übergangsregelung

Bis zur Errichtung einer Landesbehörde für Verfassungsschutz nimmt das Staatsministerium des Innern deren Aufgaben wahr.

§ 25 Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten am Tage nach Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

(Diese Richtlinien wurden am 15. Juli 1992 bekanntgemacht)

Anmerkung:
Die in den Sicherheitsrichtlinien (SiR) mehrfach zitierte Verschlußsachenanweisung (VSA) ist abgedruckt im Sächs Abl. 1992, SD 7/92, Seite S. 373.

Stichwortverzeichnis

„Marquis“ siehe: Antifa-Recherchegruppe „Marquis“

14 Nothelfer – S. 17, 18, 19, 21, 43

A2D2 siehe: Antifaschistische Aktion Dresden – S. 64, 69, 72, 73, 74, 116, 117, 120
AA/BO siehe: Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation – S. 64, 69, 70, 71, 73, 129
AAB siehe: Antifaschistische Aktion Berlin – S. 69, 72, 73, 129
AAE, Per Lennart – S. 137
AEG – S. 21
AFBL siehe: Antifaschistischer Frauenblock Leipzig – S. 72, 76
AG JG siehe: Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS – S. 63, 65, 81, 133
AG Jugendantifa-Demo – S. 76
AG Öffentliche Räume – S. 70, 76, 115
AIW siehe: Antiimperialistischer Widerstand – S. 65
AKON siehe: Aktion Oder-Neiße – S. 45
Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) – S. 45
Aktion Oder-Neiße (AKON) – S. 45
AND siehe: AUTONOMER NACHRICHTENDIENST – S. 72, 73
Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD – S. 87
ANGEHÖRIGENINFO – S. 87
Anti-Antifa – S. 15, 24
Antifa Dresden – S. 64, 69, 72, 73
Antifa-Frauenblock Leipzig – S. 76, 123
Antifa-Recherchegruppe „Marquis“ („Marquis“)
Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) – S. 69, 72, 73, 129
Antifaschistische Aktion Dresden (A2D2) – S. 64, 69, 72, 73, 74, 116, 117, 120
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) – S. 64, 69, 70, 71, 73, 129
Antifaschistischer Frauenblock Leipzig (AFBL) – S. 72, 76
Antifaschistisches Infotelefon Leipzig
Antifaschistisches Rechercheteam Dresden (ART) – S. 64, 70, 72, 73, 75, 117, 120, 133
Antifaschistisches Schulnetz (ASN) – S. 71, 76, 119, 130
Antiimperialistischer Widerstand (AIW) – S. 65
APFEL, Holger – S. 13, 34, 39, 40, 117
APO siehe: ÖCALAN, Abdullah – S. 90, 91, 93, 94, 115, 119, 121, 124
Arbeiterkommunistische Partei Iran (AKP-Iran) – S. 98
Arbeiterpartei der Frauen Kurdistans (PJKK) – S. 92
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – S. 89, 90, 91, 92, 93, 94, 118, 119, 121, 122, 123, 124, 125
Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG JG) – S. 63, 65, 81, 133
Arbeitskreis Ökologie – S. 86
ARF siehe: Aktion deutsches Radio und Fernsehen – S. 45
Arndt-Buchdienst/Europa-Buchhandlung – S. 55
Arndt-Verlag – S. 55
ART siehe: Antifaschistisches Rechercheteam Dresden – S. 64, 70, 72, 73, 75, 117, 120, 133
ASN siehe: Antifaschistisches Schulnetz – S. 71, 76, 119, 130
Atifaschistische Aktion Passau – S. 129
Autonome Antifa (M) – S. 69
Autonome siehe: Linksextremistische Autonome – S. 60, 62, 63, 65, 70, 71, 75, 77, 113, 118, 119, 120, 129, 130
AUTONOMER NACHRICHTENDIENST (AND) – S. 72, 73

B.A.T. siehe: Bundesweites Antifa-Treffen – S. 69, 70
BDVG siehe: Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft – S. 33, 42
BENJAMIN, Michael – S. 83
Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft – S. 42
BfB siehe: Bund freier Bürger – S. 51, 52
BgR siehe: Bündnis gegen Rechts – S. 65, 66, 67, 70, 71, 74, 75, 76, 77, 113, 115, 116, 123, 124, 130
Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) – S. 33, 42
BISKY, Lothar – S. 83
Blitzkrieg – S. 21
Blood & Honour (B&H) – S. 12, 14, 16, 17, 18, 22, 40, 43
Blutstahl – S. 18, 21

BÖRB – S. 71, 130
BRANDLER – S. 82
BRONSTEIN Leo Davidowitsch – S. 85
Bund freier Bürger (BfB) – S. 51, 52
Bundesweites Antifa-Treffen (B.A.T.) – S. 69, 70
Bündnis gegen Links (B.G.L.) – S. 24, 44, 54
Bündnis gegen Rechts (BgR) – S. 65, 66, 67, 70, 71, 74, 75, 76, 77, 113, 115, 116, 123, 124, 130
Bürgerwehr – S. 21
BURISCHECK, Gottfried – S. 49
BUSSE, Friedhelm – S. 30

Café Germania – S. 68
Castel del Monte Verlag – S. 58
CEE IEH – S. 73, 75, 76
Church of Scientology – S. 100
Church of Scientology International – S. 100
Church of Scientology of berlin – S. 100
CLIFF, Tony – S. 85
Confident of Glory – S. 25
Conne Island – S. 70, 73, 130

DAS FREIE FORUM – S. 58
DEHOUST, Peter – S. 57
DELLE, Alexander – S. 13, 34, 123
Demokratische partei – S. 91
Demokratische Partei Kurdistan/Irak (DPK/I) – S. 90
DER FOIERSTURM – S. 23, 128
DER FRONTSOLDAT – S. 25, 42, 128
DER REPUBLIKANER – S. 49, 50, 51, 52
Deutsche Akademie – S. 38
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) – S. 63, 79, 88, 128, 133
Deutsche Reichspartei (DRP) – S. 33
DEUTSCHE STIMME – S. 14, 24, 32, 34, 38, 41, 44, 51, 54, 55, 58, 123, 127, 134, 137, 138
Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH – S. 13, 32, 34, 42, 55, 64, 116
Deutsche Volksunion (DVU) – S. 11, 13, 14, 39, 45, 46, 47, 48, 50, 51, 52, 54, 56, 58, 59, 116, 117, 127
Deutsche Volksunion e. V. (DVU e. V.) – S. 45
Deutsche Volksunion-Liste D (DVU-Liste D) – S. 45
Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur – S. 45
Deutsches Kolleg
Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein e. V. Dresden – S. 92
Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Zwickau – S. 92
DEVRIMCI SOL – S. 95
Devrimci Sol – S. 92, 95
DHKP-C – S. 89, 92, 95
DIANETIK – S. 100, 101, 102
DIE GEMEINDE MOHAMMEDS – S. 96
Die Nationalen e. V. – S. 40
Die Republikaner (REP) – S. 10, 11, 13, 39, 48, 49, 50, 51, 52, 54, 56, 58, 116, 117, 127, 132
DIE ROTE FAHNE – S. 78, 79, 87
DIE ROTE HILFE – S. 87
DIREKTE AKTION – S. 87
DISTLER, Jürgen – S. 39
DONALDSON, Ian Stuart – S. 17
DSZ-Druckschriften- und Zeitungs-Verlag GmbH (DSZ-Verlag) – S. 46
DVU e. V. siehe: Deutsche Volksunion e. V. – S. 45
DVU siehe: Deutsche Volksunion – S. 11, 13, 14, 39, 45, 46, 47, 48, 50, 51, 52, 54, 56, 58, 59, 116, 117, 127

Ehrenbund Rudel – S. 45
EISENECKER, Dr. Hans Günter – S. 117, 134
ENGELS – S. 78, 82
ERBAKAN, Necmettin – S. 97
ERNK siehe: Nationale Befreiungsfront Kurdistans – S. 91, 92
Europa Vorn Vertrieb – S. 59

FAP siehe: Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei – S. 30
FAPSI – S. 108
Fazilet Partizi (FP) – S. 97
Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM) – S. 92, 93, 94
Freikorps – S. 25
Freie ArbeiterInnen-Union/IAA (FAU) – S. 87
Freie Kameradschaften Sachsen (FKS) – S. 24
FREIHEIT – S. 100, 103
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) – S. 30
Freikorps Löbau – S. 25
Freundeskreis Unabhängige Nachrichten – S. 59
FREY, Dr. Gerhard – S. 13, 45, 46, 47, 48, 51
FRITZ – S. 53
FROINDSCHAFT – S. 18, 19, 128
Frontschwein – S. 21
FSB – S. 108

GAG siehe: Grünauer Antifa-Gruppe – S. 72, 76, 119, 124
GÄRTNER, Johann – S. 50
GEGENSTANDPUNKT – S. 87
Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GFP) – S. 57, 58
Gestapo – S. 21
Gewalttäter – S. 10, 15, 44
GLAUBENSKÄMPFER – S. 98
GLUCKSTEIN, Ygael – S. 85
GOEBBELS, Joseph – S. 29, 56
Gohliser Antifagruppe – S. 129
GÖRING – S. 55, 56
GRAMSCI – S. 82
graswurzelrevolution e. V. – S. 87
GRASWURZELREVOLUTION FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT – S. 87
GRU – S. 108, 109
Grünauer Antifa-Gruppe (GAG) – S. 72, 76, 119, 124

HAGAL- DIE ALLUMFASSENDE – S. 57, 58
HAKK-TV – S. 96
Hammerskins – S. 14, 16, 18, 43, 128
HASS – S. 18
Heimatschutz Elsnig – S. 26
HEISE, Torsten – S. 30
HEMPEL, Udo – S. 40
Heß, Rudolf – S. 56
HEUER, Uwe-Jens – S. 84, 85
HIK – S. 94
Hilafet Devleti siehe: Kalifatsstaat – S. 96
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) – S. 11, 14, 25, 29, 30, 59
HIRZEL, Hans – S. 49, 50, 51, 52
HITLER – S. 21, 26, 28, 56, 57
HNG siehe: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. – S. 11, 14, 25, 29, 30, 59
HUBBARD, Lafayette Ron – S. 100, 101, 102, 103

IAS siehe: International Association of Scientologists – S. 100
IGMG siehe: Islamische Gemeinschaft - Milli Görüs – S. 97
IM NAMEN DES VOLKES! – S. 23, 59
IMPACT – S. 100
Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.) – S. 45
Initiative für Versammlungsfreiheit – S. 38
Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e. V. (IWG) – S. 64, 72, 73, 75, 117, 133
INTERIM – S. 67, 69, 73, 74, 87

International Association of Scientologists (IAS) – S. 100
INTERNATIONAL SOCIALIST (IS) – S. 85
Internationale Föderation Iranischer Flüchtlings- und Immigrantenräte e. V. (IFIR) – S. 98
Internationale Sozialisten (IS) – S. 85
Internationalistische Sozialistische Organisation (ISO) – S. 85, 87
IRVING, David – S. 55, 68
Islamische Gemeinschaft - Milli Görüs (IGMG) – S. 97
IWG siehe: Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands e. V. – S. 64, 72, 73, 75, 117, 133

JLO siehe: Junge Landsmannschft Ostpreußen – S. 13, 14, 39, 48, 52, 53, 54, 55, 116, 133
JN siehe: Junge Nationaldemokraten – S. 13, 23, 25, 32, 33, 37, 38, 42, 123, 127, 134, 135, 136
JNS siehe: Junges Nationales Spektrum – S. 40
Junge Landsmannschft Ostpreußen (JLO) – S. 13, 14, 39, 48, 52, 53, 54, 55, 116, 133
Junge Nationaldemokraten (JN) – S. 13, 23, 25, 32, 33, 37, 38, 42, 123, 127, 134, 135, 136
JUNGE WELT – S. 83, 85, 87
Junges Nationales Spektrum (JNS) – S. 40
Jungsturm Bellwitz – S. 25

KAB – S. 94
KABD siehe: Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands – S. 79
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti) – S. 96
Kameradschaft Ahnenerbe – S. 26
Kameradschaft Asgard – S. 26
Kameradschaft Cavertitz – S. 26
Kameradschaft Gera – S. 24
Kameradschaft Germania – S. 24, 26
Kameradschaft Muldental – S. 24
Kameradschaft Oberlausitz – S. 24
Kameradschaft Taucha – S. 24
KAPLAN, Cemaleddin – S. 96
KAPLAN, Metin – S. 96
KAPPEL, Heiner – S. 52
Kein Mensch ist illegal – S. 77, 121
KLAROFIX – S. 67, 70, 71, 72, 73, 76, 87, 129
KLARTEXT – S. 40, 42, 44, 59, 127
KLEBER, Alexander – S. 39, 48, 116
KOHLMANN, Martin – S. 52
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e. V. (KVPM) – S. 104
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD-Ost) – S. 62, 63, 65, 78, 79, 87, 88, 128
Kommunistische Plattform der PDS (KPF der PDS) – S. 62, 63, 81, 82
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) – S. 79
KOMPAß – S. 35, 42, 59, 127
Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD)
KONRAD, Gerhard – S. 48
Koordinierungsgruppe des MF – S. 83
KOSIEK, Dr. Rolf – S. 58
KPD-Ost siehe: Kommunistische Partei Deutschlands – S. 62, 63, 65, 78, 79, 87, 88, 128
KPF siehe: Kommunistische Plattform der PDS – S. 62, 63, 81, 82
Ku-Klux-Klan (KKK) – S. 19
Kurdische Demokratische Volksunion (YDK) – S. 91, 92, 93
Kurdischer Kulturverein Leipzig – S. 92
Kurdischer Nationalkongress (KNK) – S. 92, 93, 94
Kurdischer Roter Halbmond e. V. (HSK) – S. 92
Kurdisches Exilparlament (PKDW) – S. 92
Kurt Vorwinkel-Verlag
KURZWEG, Prof. Dr. – S. 51

LANDSER – S. 25, 36, 43, 127
Landsmannschaft Ostpreußen – S. 14, 53, 54
LANE, David – S. 17
LAUCK, Gary Rex – S. 27, 28, 29, 30
Legion of Hate – S. 21

LEICHSENRING, Uwe – S. 40, 44, 127
LENIN – S. 78, 79, 82
LERNEN UND KÄMPFEN – S. 79, 87
Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versand GmbH – S. 55
LIEBKNECHT – S. 82
LINKE OFFENSIVE - FÜR ARBEITERDEMOKRATIE UND INTERNATIONALEN SOZIALISMUS – S. 87
Linksextremistische Autonome – S. 60, 62, 63, 65, 70, 71, 75, 77, 113, 118, 119, 120, 129, 130
LINKSRUCK – S. 86, 88
Linksruck (LR) – S. 75, 85, 86, 88, 129
LORENZ, Kerstin – S. 50, 52, 117
LÖWE UND SONNE – S. 98
LR siehe: Linksruck – S. 75, 85, 86, 88, 129
LUXEMBURG, Rosa – S. 82

MAHLER, Horst – S. 38, 39, 48, 50, 51, 54, 55, 56, 57, 116
MAO TSE-TUNG – S. 79
MARX – S. 78, 79, 82, 84
Marxistische Gruppe (MG) – S. 87
MARXISTISCHE LESEHEFTE – S. 83
MARXISTISCHES FORUM – S. 83, 84, 88
Marxistisches Forum der PDS (MF) – S. 62, 63, 65, 81, 83, 84, 85, 88
Marxistisches Forum Leipzig – S. 83
Marxistisches Forum Sachsen – S. 83
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) – S. 62, 63, 65, 79, 80, 87, 88
MECHTERSHEIMER, Dr. Alfred – S. 56, 58
MED-TV – S. 93
MEDYA-TV – S. 93
MEK siehe: Volksmodjahedin Iran (MEK) – S. 98, 99
MEZOPOTAMYA BRODCASTING A/S (METV) – S. 93
MF siehe: Marxistisches Forum der PDS – S. 62, 63, 65, 81, 83, 84, 85, 88
MfS – S. 109, 141
Might of Rage – S. 21
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE – S. 97
Minton, Robert – S. 103
MISCAVIGE, David – S. 100
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS – S. 81, 82, 84, 88
Mitteldeutsche Nationaldemokraten (MND) – S. 33
MLPD siehe: Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands – S. 62, 63, 65, 79, 80, 87, 88
MODJAHED – S. 98
Move – S. 86, 129
Movement Records – S. 22
MÜLLER, Ehepaar – S. 30
MÜLLER, Holger – S. 14, 25, 31, 40, 44, 120
MÜLLER, Ursula – S. 29
NACHRICHTEN DER HNG – S. 29, 30, 59
NATION & EUROPA - DEUTSCHE MONATSHEFTE – S. 50, 51, 55, 56, 57, 58, 59
Nation Europa Verlag GmbH – S. 56, 59
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – S. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 20, 23, 24, 25, 26, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 48, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 64, 67, 68, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 113, 116, 117, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) – S. 32, 36, 38, 54, 127, 136
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) – S. 91, 92
Nationaler Jugendblock Zittau e. V. (NJB) – 11, 14, 25, 31
Nationaler Widerstand Oberlausitz
Nationaler Widerstand Pirna
Nationaler Widerstand Sächsische Schweiz
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) – S. 89, 98, 99, 120
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) – S. 8, 21, 27, 28, 29, 56, 58, 138
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) – S. 11, 27, 28, 29, 30, 59
NATIONAL-ZEITUNG/DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG (NZ) – S. S. 45, 46, 47, 48, 59
NEHRING, Herbert – S. 52

NEUBAUER, Harald – S. 58
Neue Argumente – S. 21
New Era Publications Deutschland GmbH – S. 103
NHB siehe: Nationaldemokratischer Hochschulbund – S. 32, 36, 38, 54, 127, 136
NJB siehe: Nationaler Jugendblock Zittau e. V. – S. 11, 14, 25, 31
NPD siehe: Nationaldemokratische Partei Deutschlands – S. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 20, 23, 24, 25, 26, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 48, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 64, 67, 68, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 113, 116, 117, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138
NS KAMPFRUF – S. 27, 28, 29, 59
NSDAP siehe: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – S. 8, 21, 27, 28, 29, 56, 58, 138
NSDAP/AO siehe: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation – S. 11, 27, 28, 29, 30, 59
NWRI siehe: Nationaler Widerstandsrat Iran – S. 89, 98, 99, 120
NZ siehe: NATIONAL-ZEITUNG/DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG – S. 45, 46, 47, 48, 59

OAP siehe: Offenes Antifaschistisches Plenum – S. 70, 130
OBERLERCHER, Dr. Reinhold – S. 37, 38
ÖCALAN, Abdullah – S. 90, 91, 93, 94, 115, 119, 121, 124
ÖCALAN, Osman – S. 93
Odessa – S. 21
Odins Legion – S. 24, 25, 44
Offenes Antifaschistisches Plenum (OAP) – S. 70, 130
OSA – S. 103
Ostara – S. 21
ÖZGÜR POLITIKA – S. 93, 125

PAPE, Arnold – S. 47, 117
PAROLE – S. 19, 20, 59, 128
Partei der freien Frauen (PJA) – S. 92
Partei der freien Frauen Kurdistans (PJK) – S. 92
Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) – S. 62, 63, 65, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 95, 133
Patriotische Union Kurdistans (PUK) – S. 90
PDS siehe: Partei des demokratischen Sozialismus – S. 62, 63, 65, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 88, 95, 133
PETZOLD, Winfried – S. 12, 24, 32, 35, 36, 39, 43, 44, 51, 118, 123, 126, 127
PKK siehe: Arbeiterpartei Kurdistans – S. 89, 90, 91, 92, 93, 94, 118, 119, 121, 122, 123, 124, 125
politisch motivierte Ausländerkriminalität – S. 89
PÜHSE, Jens – S. 13, 34, 41, 123

R.A.A.L. siehe: Rote Antifaschistische Aktion Leipzig – S. 66, 67, 69, 71, 72, 124, 125, 129, 130
RABE, Friedrich – S. 83
Radikal
RADIKAL – S. 88
RAF siehe: Rote Armee Fraktion – S. 38, 50, 65, 116
Rebell – S. 79, 80
REBELL - JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL – S. 79, 88
rechtsextremistische Skinheads – S. 3, 8, 10, 11, 15, 16, 17, 21, 31, 38, 132, 140
Reichsfront Rennersdorf – S. 25
RENNICKE, Frank – S. 26, 36, 56, 127
REP siehe: Die Republikaner (REP) – S. 10, 11, 13, 39, 48, 49, 50, 51, 52, 54, 56, 58, 116, 117, 127, 132
Republikanische Bund der öffentlich Bediensteten (RepBB) – S. 49, 51
Republikanische Jugend (RJ) – S. 49, 51
Republikanischer Bund der Frauen (RBF) – S. 49
Republikanischer Hochschulverband (RHV) – S. 49
Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000 (RPF) – S. 13, 37, 38, 40
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) – S. 89, 92, 95
Revolutionäre Zellen (RZ) – S. 65
REVOLUTIONÄRER WEG – S. 79
REVOLUTIONÄRER WEG - PROBLEME DES MARXISMUS-LENINISMUS – S. 88
ROEDER, Manfred – S. 37, 39, 118
ROHLEDER, Frank – S. 49
ROßMÜLLER – S. 135
Rote Antifaschistische Aktion Leipzig (R.A.A.L.) – S. 66, 67, 69, 71, 72, 124, 125, 129, 130
Rote Armee Fraktion (RAF) – S. 38, 50, 65, 116

ROTE FAHNE – S. 78, 79, 80, 88
Rote Hilfe e. V. – S. 63, 87
Rotfüchse – S. 79, 80
RÖTTGEN, Peter – S. 47
RPF siehe: Revolutionäre Plattform - Aufbruch 2000 – S. 13, 37, 38, 40
Rüsselskins Kaupen – S. 25

S.U.D. – S. 25
SACHSEN STIMME – S. 12, 14, 20, 24, 26, 32, 33, 35, 36, 38, 42, 43, 54, 59, 126, 127
SACHSENS GLANZ – S. 23
SANDER, Hans-Dietrich – S. 59
SCHAAL, Karl-August – S. 52
Schkeuditzer Antifagruppe – S. 129
Schlesische Jungs – S. 25
SCHLIERER, Dr. Rolf – S. 13, 49, 51, 52, 117
SCHMANK, Burkhard – S. 51
SCHNEIDER, Dr. Heinz – S. 52
SCHÖN, Jürgen – S. 33, 42, 43, 117
SCHÖNHUBER, Franz – S. 39, 48, 49, 50, 51, 54, 56, 57, 116
SCHWAB, Jürgen – S. 38, 55
SCHWARZ, Wolfgang – S. 48, 51
SCHWERDT, Frank – S. 25, 40
Schwurbrüder – S. 21
Scientology-Kirche Deutschland e. V. – S. 103
Scientology-Organisation (SO) – S. 3, 7, 100, 101, 102, 103, 104, 140, 141
SDAJ siehe: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend – S. 79, 128, 133
SERXWERBUN
SIGNAL - DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN – S. 59
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) – S. 12, 13, 15, 18, 19, 20, 21, 24, 41, 44, 59, 73, 119, 128, 133
Skinheads siehe: rechtsextremistische Skinheads – S. 3, 8, 10, 11, 15, 16, 17, 21, 31, 38, 132, 140
Skrewdriver – S. 25
SO siehe: Scientology-Organisation – S. 3, 7, 100, 101, 102, 103, 104, 140, 141
SOFU – S. 96
SOJKA, Prof. Dr. Klaus – S. 47, 50
Solution – S. 21
sonstige militante Rechtsextremisten – S. 11
SOURCE – S. 100
SOZ - MAGAZIN – S. 88
SOZIALISMUS VON UNTEN – S. 88
Sozialistische Alternative VORAN (SAV) – S. 88
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) – S. 85, 86, 88
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) – S. 79, 128, 133
SPARTAKIST – S. 88
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) – S. 88
SSS siehe: Skinheads Sächsische Schweiz – S. 12, 13, 15, 18, 19, 20, 21, 24, 41, 44, 59, 73, 119, 128, 133
STAATSBRIEFE – S. 55, 58, 59
Staatsfeind – S. 21
STALIN – S. 85
Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund – S. 66, 113, 114
Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund – S. 16, 111, 112
Sturmtrupp – S. 36, 43, 127
SWIERZCEK, Michael – S. 38
SWR – S. 108
Synergon Deutschland – S. 58

TEMPEL, Gerhard – S. 51, 52
THALHEIMER – S. 82
THÄLMANN – S. 82
THOMAS, Ronny – S. 40
Thule Seminar – S. 38
TOMORROW – S. 129, 130
TROTZ ALLEDEM – S. 78, 88
TROTZKI – S. 82, 85

Trotzkismus – S. 85
trotzkistische Gruppen – S. 62, 63
Türkische Volksbefreiunghspartei-Front - Revolutionäre Linke (THKP-C DEV SOL) – S. 95

ÜMMET-I-MUHAMMED – S. 96
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 59
Unabhängiger iranischer Verein für Politik Leipzig
Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) – S. 92
UNSERE ZEIT – S. 88
Utgard – S. 21

VENCEREMOS – S. 73, 133
Verein iranischer demokratischer Akademiker e. V. (KDA)
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT) – S. 97
Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) – S. 88
Verlag S. Bublies – S. 58
Verlagsgesellschaft Berg mbH (VGB) – S. 57
VERREYCKEN, Wim – S. 52
Vlaams Blok – S. 51, 52
Vlaams Blok Jongeren – S. 51
VOIGT, Udo – S. 37, 38, 117, 137, 138
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (AGRK) – S. 90
Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA) – S. 45
Volksmodjahedin Iran (MEK) – S. 98, 99
Volksverteidigungskräfte (HSG) – S. 91
VORAN - ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ALTERNATIVE VORAN (SAV) – S. 88
Vorbereitungsgruppe OAP – S. 70, 130

WAGENKNECHT, Sahra – S. 81, 83
Wanderjugend Gibor (WJG) – S. 11
WEBER, Sabine – S. 103
Weiße Bruderschaft Erzgebirge (WBE) – S. 26
WENDT, Christian – S. 30
Westsachsengesocks – S. 21
WHITE REVOLUTION – S. 59
WHITE SUPREMACY – S. 23, 26, 43, 59, 128
White Terror Skins (WTS) – S. 24, 44
White Warrior Crew (WWC) – S. 59
White Youth – S. 12, 14, 17, 122
WICHMANN, Claudia – S. 13, 45
WINKELSETT, Uschi – S. 50
WINNING! – S. 103
WISE siehe: World Institute of Scientology Enterprises – S. 101
WISSLER, Gerald – S. 51
WJG siehe: Wanderjugend Gibor – S. 11
Wohlfahrtspartei (RP) – S. 97
WOLF, Helmut – S. 45
WOLF, WINFRIED – S. 84
WORCH, Christian – S. 37
World Institute of Scientology Enterprises (WISE) – S. 101
WTS siehe: White Terror Skins – S. 24, 44
WULFF, Thomas – S. 38
WWC siehe: White Warrior Crew – S. 59

YEK – S. 94
YELKUVAN, Ilhan – S. 95
YXK – S. 94

Zeitenwende – S. 57, 58

Impressum: Herausgegeben vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI), Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden
und dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Redaktionsschluss: 31.12.2000
Fotos Titelseite: dpa
Hinweis: Der Verfassungsschutzbericht 2000 ist auch über das Internet abrufbar: http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/
Gestaltung, Satz, Druck und Weiterverarbeitung:
Druckerei Olbernhau GmbH, Albertstraße 11, 09526 Olbernhau, Tel. (03 73 60) 7 22 48, Fax (03 73 60) 7 48 78
Gedruckt auf chlorfreigebleichtem Papier, Auflage: 11.000 Exemplare
Bezug: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, PF 100242, 01072 Dresden, Telefon (03 51) 8 58 50
Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.

Absender:

_____

_____

_____

_____

_____

_____

Bitte ausreichend frankieren

Landesamt für
Verfassungsschutz Sachsen
Neuländer Straße 60

01129 Dresden

Bitte senden Sie uns kostenlos folgendes Informationsmaterial zu:
(Zutreffendes bitte ankreuzen und Stückzahl angeben)

(Hinweis: Postfachversand leider nicht möglich)

☐ _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 2000

☐ _____ „Mit Hakenkreuz und Totenkopf – wie sich Rechtsextremisten zu erkennen geben“

☐ _____ „18, 88 und Blut und Ehre – Rechtsextremistische Skinheads im Freistaat Sachsen“

Alle genannten Broschüren können auch unter der Internetadresse http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/ heruntergeladen werden.

FAIRSTÄNDNIS
Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß
Die Innenminister von Bund und Ländern